

WP-01 Ein Land der Innovation und Nachhaltigkeit

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 4. Programm zur Landtagswahl 2027

Antragstext

- 1 Wir wollen ein NRW, dessen Wirtschaft, Energie und Mobilität den Menschen ein
2 gutes Leben ermöglicht. Wir wollen, dass ambitionierter Klimaschutz und
3 nachhaltiger Wohlstand zusammengehen: mit einer Industrie, die Zukunft hat, mit
4 Energie, die unabhängig macht, mit Mobilität, die für alle funktioniert. Wir
5 fragen zuerst, was Menschen im Alltag brauchen: günstige Energie, verlässliche
6 Mobilität, sichere Arbeitsplätze. Daran richten wir unsere Wirtschafts-,
7 Energie- und Verkehrspolitik aus.
- 8 NRW muss unabhängig und handlungsfähig sein. Dazu gehört ein klarer Pfad zur
9 Klimaneutralität, der ambitioniert im Ziel und pragmatisch im Weg ist. Dazu
10 gehört eine Energieversorgung, die nicht von Öl, Gas oder autoritären Regimen
11 abhängt, sondern auf heimischer Wind- und Sonnenkraft aufbaut. Dazu gehört eine
12 Industrie, die eigene Wertschöpfungsketten stärkt, statt sich von geopolitisch
13 unzuverlässigen Lieferketten abhängig zu machen. Und dazu gehört ein
14 Verkehrssystem, das die Menschen zuverlässig ans Ziel bringt, egal ob mit Bus,
15 Bahn, Rad, zu Fuß oder mit dem Auto.
- 16 Diese Unabhängigkeit ist für uns eine Frage wirtschaftlicher Stärke und
17 politischer Handlungsfähigkeit. Wir wollen weniger abhängig von fossilen
18 Energien, kritischen Rohstoffen und einzelnen Lieferanten sein – und mehr von
19 dem in NRW und Europa produzieren, was wir für unseren Wohlstand und unsere
20 Zukunft brauchen.
- 21 Wir wollen ein NRW, das bei den Alltagssorgen hilft, bei der Transformation
22 unterstützt und als starker und innovativer Wirtschafts- und Energiestandort
23 vorangeht. Ein Land, das Wohlstand sichert, Unabhängigkeit schafft und
24 nachhaltiges Wirtschaftswachstum ermöglicht. Seit fast fünf Jahren arbeiten wir
25 daran, NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen – mit
26 über 1.000 neuen Windrädern, Investitionen in unsere Infrastruktur, einem klaren
27 Fahrplan für den Kohleausstieg und einer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie im
28 Sinne der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN (SDG's) Diesen Kurs wollen wir für alle
29 18 Millionen Menschen in diesem Land fortsetzen: bezahlbar, gerecht, innovativ
30 und mit einem Wohlstand, der sich aus echter Zukunftsfähigkeit speist.
- 31 Denn wir sind überzeugt: NRW hat alles, was es braucht, um aus den großen
32 Veränderungen unserer Zeit neue Stärke zu gewinnen. Diesen Weg gehen wir weiter:
33 Wir wollen jeden Tag NRW ein kleines bisschen besser machen, denn wir sind
34 überzeugt, dass die besten Tage nicht hinter uns, sondern vor uns liegen.

35 **Wir machen Klimaschutz zum Wirtschaftsmotor**

36 **Klimaschutzgesetz weiterentwickeln**

37 Klimaschutz gehört zu unserer politischen DNA, weil wir der nächsten Generation
38 ein Land hinterlassen wollen, in dem man weiterhin gut leben kann. Wer Klima und
39 Natur schützt, schützt auch Frieden und Freiheit. Wir denken Klimaschutz in
40 sämtlichen Politikbereichen mit: von Energie, über Industrie, Verkehr, Wohnen
41 bis zur Landwirtschaft. Auch unsere Verwaltung, unsere Finanzpolitik und unsere
42 Bildung richten wir konsequent am Klimaschutz aus. Diesen Weg gehen wir mit
43 Zuversicht weiter. Es lohnt sich zu kämpfen, denn jeder noch so kleine
44 Temperaturanstieg, den wir verhindern, macht einen Unterschied für die 18
45 Millionen Menschen in NRW aus. Wir bekennen uns klar zum Pariser Klimaabkommen
46 und seinem Ziel, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen.

47 NRW übernimmt seinen Teil der globalen Verantwortung: Unser Ziel ist ein
48 klimaneutrales NRW spätestens im Jahr 2045. Und wir kommen voran: Als größtes
49 Industrie- und Energieland Deutschlands haben wir unsere Treibhausgasemissionen
50 seit 1990 inzwischen um mehr als die Hälfte gesenkt. Das zeigt: Konsequenter
51 Klimaschutz wirkt – auch in einem Land, in dem ein großer Teil der deutschen
52 Industrieproduktion stattfindet. Diesen Weg werden wir entschlossen weitergehen
53 und entwickeln dafür das Klimaschutzgesetz weiter, indem wir verbindliche
54 Sektorziele für die Jahre 2035 und 2040 und klare Reduktionspfade für alle
55 Ministerien festlegen. Mit ambitionierten Maßnahmen wie der bereits umgesetzten
56 Solarpflicht, einer Strategie für eine klimaneutrale Landesverwaltung, einem
57 CO₂-Schattenpreis und verlässlichen Investitionen bringen wir NRW Schritt für
58 Schritt auf den Weg zur Klimaneutralität. Obwohl der Klimaschutzfortschritt des
59 Landes maßgeblich von den Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene abhängt,
60 werden wir als Landesregierung alles tun, um unsere Ziele zu erreichen.

61 **Transformation und Klimaanpassung als zentrale Chancen für** 62 **den Wirtschaftsstandort**

63 Am stärksten wirkt Klimaschutz dort, wo er Wohlstand sichert und neuen schafft.
64 Schon heute erzeugen wir mit Erneuerbarer Energie günstigen Strom und unsere
65 Unternehmen in der Kreislaufwirtschaft sind international Vorreiter. Deshalb
66 sehen wir in der Transformation unserer Industrie eine echte Chance und einen
67 der größten Hebel, um das im Klimaschutzgesetz festgelegte Ziel, NRW bis 2045
68 klimaneutral zu machen, zu erreichen und unseren Wohlstand zu erneuern. Wer
69 stattdessen heute immer noch an fossilen Energien festhält, setzt die Wirtschaft
70 einer massiven geopolitischen Abhängigkeit von autoritären Regimen aus, wie die
71 Blockade der Straße von Hormuz schmerzhaft zeigt. Nicht Klimaschutz belastet die
72 Wirtschaft, sondern kein Klimaschutz. Das hat auch das Rhein-Niedrigwasser in
73 den Jahren 2025 und 2026 gezeigt, das unsere Industrie in NRW massiv belastete
74 und zu horrenden Folgekosten führte.

75 Wir wollen den CO₂-Ausstoß so weit wie möglich reduzieren und zukünftig
76 vermeiden. Für unvermeidbare, beziehungsweise schwer vermeidbare
77 Prozessemissionen, wollen wir der Industrie Möglichkeiten zur Abscheidung und
78 Nutzung von CO₂ eröffnen und die notwendige Transportinfrastruktur
79 weiterentwickeln. Dabei setzen wir auf eine leistungsfähige nationale und

80 europäische CO₂-Infrastruktur, über die auch geeignete Speicherstätten
81 erreichbar werden. Das gilt auch für die CO₂-Entnahme aus der Atmosphäre, die
82 wir künftig brauchen werden, um unvermeidbare Restemissionen auszugleichen.

83 Wir wollen Klimaanpassung als eigenen Zukunftsmarkt gezielt weiterentwickeln,
84 indem wir die Vernetzung und Unterstützung von Unternehmen ausbauen und
85 Klimaanpassung stärker in öffentlichen Ausschreibungen unterstützen. Eine
86 leistungsfähige Wirtschaft braucht zudem eine Infrastruktur, die auch unter
87 veränderten klimatischen Bedingungen zuverlässig funktioniert. Deshalb
88 berücksichtigen wir Klimarisiken beim Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur:
89 bei Wasserstraßen, beim Bau von Hochwasser- und Starkregenschutz, bei der
90 Wasserverfügbarkeit sowie Energie- und Verkehrsinfrastruktur. Klimaanpassung
91 schützt damit auch Produktion, Lieferketten und industrielle Wertschöpfung.

92 **Wir stärken die Wirtschaft für die Zukunft**

93 **Industrie, die uns stark macht**

94 Wirtschaftliches Wachstum und klimaneutrale Transformation gehören für uns
95 zusammen. Wir wollen NRW wirtschaftlich stärker, wettbewerbsfähiger und zugleich
96 klimaneutral machen. Wir wollen, dass die Wirtschaft in NRW wieder wächst und
97 sich zugleich ressourcenschonend, klimaneutral und zukunftsfähig aufstellt.
98 Unsere Politik schafft dafür die Voraussetzungen: bezahlbare, saubere und
99 verlässlich verfügbare Energie, weniger Bürokratie und schnellere Verfahren,
100 mehr private Investitionen, wettbewerbsfähige Unternehmen, neue Wertschöpfung
101 und gute Arbeitsplätze.

102 Wir stehen für nachhaltiges Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen, das auf
103 Innovation, technologischem Fortschritt und einem effizienteren Einsatz von
104 Ressourcen beruht. Damit unsere Unternehmen ihre Potenziale voll ausschöpfen
105 können, benötigen wir aber auch verlässliche und wettbewerbsfähige
106 Rahmenbedingungen auf Bundes- und europäischer Ebene. Unterschiedliche Regeln,
107 unübersichtliche Förderprogramme und nationale Insellösungen dürfen
108 Investitionen und Innovationen nicht ausbremsen. Deshalb setzen wir uns beim
109 Bund und in der EU für einen verlässlichen Rahmen ein, der Investitionen
110 erleichtert, Innovationen beschleunigt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer
111 Unternehmen stärkt.

112 Wir haben uns ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Wir machen NRW zur ersten
113 klimaneutralen Industrieregion. Der Weg dorthin muss pragmatisch, technisch
114 machbar, wirtschaftlich gangbar und sozial verträglich sein. Gerade bei
115 grundlegenden Wertschöpfungsstufen in Chemie, Stahl, Raffinerien und anderen
116 energieintensiven Industrien wollen wir Strukturbrüche verhindern und
117 industrielle Wertschöpfung im Land halten.

118 In NRW soll auch in Zukunft das Herz der deutschen Stahlindustrie kräftig
119 schlagen. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten. Sie sehen ihre Zukunft in
120 der klimaneutralen Produktion. Zehntausende Arbeitsplätze und ganze
121 Wertschöpfungsketten hängen direkt und indirekt an unseren Stahlstandorten.
122 Deshalb kämpfen wir für eine starke, wettbewerbsfähige und klimaneutrale
123 Stahlindustrie und für den Erhalt guter Industriearbeitsplätze in NRW. Wir
124 stehen zu den Investitionen in die Transformation von Thyssenkrupp Steel und

125 anderen Stahlstandorten und erwarten zugleich von den Unternehmen, Verantwortung
126 für moderne Standorte und Beschäftigte zu übernehmen. Dafür setzen wir uns auf
127 allen Ebenen für verlässliche Rahmenbedingungen ein: wettbewerbsfähige
128 Energiepreise, ausreichend erneuerbaren Strom und Wasserstoff, die notwendige
129 Infrastruktur und starke Märkte für klimaneutralen Stahl. Unser Ziel ist
130 klimaneutraler Stahl Made in NRW – mit guter Arbeit und industrieller
131 Wertschöpfung hier bei uns.

132 Wasserstoff bleibt für die Industrie ein zentraler Baustein. Deshalb treiben wir
133 die Anbindung NRWs an das Wasserstoffkernnetz sowie an nationale und europäische
134 Import- und Transportinfrastrukturen voran. Innerhalb einer Übergangsphase gehen
135 wir pragmatisch mit unterschiedlichen Herkunftspfaden um, solange sie mit dem
136 Pfad zur Klimaneutralität vereinbar sind.

137 Mit dem industriepolitischen Leitbild des NRW-Wirtschaftsministeriums wurde ein
138 verlässlicher Rahmen für die Transformation des Industriestandorts geschaffen.
139 Diesen Weg entwickeln wir gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften und
140 Verbänden weiter und übersetzen ihn dort, wo es notwendig ist, in konkrete
141 Lösungen für einzelne Branchen. Mit dem Chemie- und Raffineriepakt ist es
142 gelungen, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein gemeinsames Verständnis von
143 Industrie und Politik zu schaffen: Wir halten am Ziel der Klimaneutralität fest
144 und arbeiten gemeinsam daran, wie die Transformation der Chemie- und
145 Raffinerieindustrie unter wettbewerbsfähigen Bedingungen gelingen kann.

146 Für die klimaneutrale Transformation unserer Industrie wollen wir die
147 bestehenden Förderinstrumente des Landes stärker bündeln und gezielt auf
148 Investitionen ausrichten, die klimaneutrale Produktion und neue Wertschöpfung in
149 NRW voranbringen.

150 Private Investitionen sind der Schlüssel für neues Wachstum und die
151 klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft. Deshalb setzen wir uns auf
152 Bundesebene für einen Investitionsbooster ein: Unternehmen, die in
153 Klimaneutralität und Transformation investieren, sollen durch eine
154 Steuergutschrift gezielt entlastet werden. Damit mobilisieren wir zusätzliches
155 privates Kapital für die Modernisierung unseres Wirtschaftsstandorts.

156 Wir wollen, dass die Industrie der Zukunft klimaneutral produziert und das in
157 NRW. Die Gefahr, dass Produktion und Arbeitsplätze in Länder mit niedrigeren
158 Umwelt- und Klima-Standards abwandern, nehmen wir ernst. Deshalb sichern wir
159 industrielle Wertschöpfungsketten und Verbundstandorte und stärken die
160 Wettbewerbsfähigkeit und Transformation unserer Stahl-, Chemie- und
161 Automobilindustrie. Klimaschutz darf nicht dazu führen, dass Emissionen
162 lediglich ins Ausland verlagert werden. Den Europäischen Emissionshandel
163 verteidigen wir deshalb als marktbasiertes Klimaschutzinstrument und setzen uns
164 für einen wirksamen europäischen CO₂-Grenzausgleich ein, der heimische
165 Unternehmen vor unfairem Wettbewerb durch klimaschädlich produzierte Importe
166 schützt.

167 Unsere Industrie braucht jetzt wirksamen Schutz gegen den aggressiven
168 Preiskrieg, den China mit staatlich subventionierter Überproduktion befeuert.
169 Deshalb setzen wir uns für starke europäische Schutzinstrumente ein und gehen
170 entschlossen unseren Weg zu mehr wirtschaftlicher Unabhängigkeit.

171 Wir machen NRW zu einem Land, in dem aus Investitionsentscheidungen schnell
172 Investitionen werden. Dafür halten wir ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen
173 vor, revitalisieren Brachen und ehemalige Industrieflächen und entwickeln
174 strategisch wichtige Standorte vorausschauend. Große Investitionsstandorte
175 machen wir „ready to invest“: mit geklärtem Planungsrecht, leistungsfähigen
176 Strom- und perspektivisch Wasserstoffanschlüssen, Glasfaser sowie guter
177 Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur. Für bedeutende Investitionsvorhaben,
178 welche die Transformation zur klimaneutralen Industrieregion ermöglichen,
179 schaffen wir ein verbindliches Projektmanagement mit einer zentralen
180 Ansprechperson, die Genehmigungsverfahren über Behörden und staatliche Ebenen
181 hinweg koordiniert und beschleunigt. Investitionsförderung konzentrieren wir
182 dort, wo sie zusätzliche private Investitionen, Innovation und klimaneutrale
183 Wertschöpfung auslöst.

184 Wir warten nicht darauf, dass Investitionen nach NRW kommen, sondern werben
185 weltweit aktiv um sie. Wir sprechen gezielt Unternehmen aus Zukunftsbranchen an,
186 begleiten sie von der Standortentscheidung bis zur Ansiedlung und verknüpfen sie
187 mit heimischem Mittelstand, Start-ups und Forschung. So sorgen wir dafür, dass
188 aus internationalen Investitionen neue Arbeitsplätze, Innovationen und
189 zusätzliche Wertschöpfung in NRW entstehen.

190 Mittelstand zum Gewinner der Transformation machen

191 Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und tief in den Regionen
192 NRWs verwurzelt. Familienunternehmen, Handwerksbetriebe und kleine und mittlere
193 Unternehmen schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, treiben Innovationen voran
194 und übernehmen Verantwortung vor Ort. Viele von ihnen stehen gleichzeitig vor
195 großen Herausforderungen: steigende Kosten, fehlende Fachkräfte,
196 Unternehmensnachfolgen sowie notwendige Investitionen in Digitalisierung, KI und
197 klimaneutrale Produktion. Wir wollen, dass der Mittelstand zu den Gewinnern der
198 Transformation gehört. Kommunen sollen Unternehmen bei Genehmigungen und
199 Planungsverfahren unterstützen. Junge Menschen, die als
200 Nachfolgeunternehmer*innen Verantwortung übernehmen wollen, unterstützen wir,
201 z.B. mit günstigen Krediten oder Garantien. Denn sie stehen oft vor großen
202 Herausforderungen, um den Kapitalbedarf für die Übernahme eines Unternehmens
203 aufzubringen.

204 Wir verbessern den Zugang zu Finanzierung und Förderung, bringen neue
205 Technologien und Forschung schneller in die betriebliche Praxis und Mittelstand
206 und Start-ups gezielter zusammen. Wir wollen es kleinen und mittleren
207 Unternehmen erleichtern, innovative Lösungen von Start-ups erstmals im eigenen
208 Betrieb einzusetzen und daraus langfristige Partnerschaften entstehen zu lassen.
209 So bekommen Mittelständler schneller Zugang zu neuen Technologien und Start-ups
210 schneller ihre ersten Kunden.

211 Mehr Frauen sollen Unternehmen gründen und übernehmen können. Deshalb setzen wir
212 unseren Einsatz auf Bundesebene für einen besseren Mutterschutz für
213 Selbstständige fort. Wer als selbstständige Mutter einen Betrieb führt, trägt
214 Verantwortung für Beschäftigte und Kund*innen und darf rund um die Geburt eines
215 Kindes nicht vor der Frage stehen, wie Betrieb und eigene Absicherung
216 weiterlaufen. Ein verlässlicher Mutterschutz für Selbstständige ist deshalb für
217 uns eine Frage von wirtschaftlicher Teilhabe, Gleichstellung und fairen

218 Bedingungen für Unternehmerinnen. Denn wer einen Betrieb gründet, übernimmt oder
219 weiterführt, schafft Arbeitsplätze und sichert handwerkliches Know-how für die
220 nächste Generation.

221 Unternehmer*innen mit Einwanderungsgeschichte gründen überdurchschnittlich oft
222 und sind ein wichtiger Teil unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen ihre
223 Potenziale stärken und bestehende Hürden für Gründung, wirtschaftlichen Erfolg
224 und Teilhabe abbauen. Zudem arbeiten noch immer Menschen in NRW weit unterhalb
225 ihrer Qualifikation, weil Berufs- und Bildungsabschlüsse nicht oder erst nach
226 langen Verfahren anerkannt werden. Zu oft verlassen genau diese Fachkräfte unser
227 Land, da Behördengänge zu kompliziert sind. Das können wir uns weder
228 gesellschaftlich noch angesichts des Fach- und Arbeitskräftemangels leisten. Wir
229 wollen Anerkennungsverfahren weiter vereinfachen, beschleunigen und
230 digitalisieren. Informations- und Beratungsangebote über Anerkennungsverfahren
231 sollen niedrigschwellig und mehrsprachig verfügbar sein. Die behördlichen
232 Zuständigkeiten wollen wir übersichtlicher und effizienter gestalten.

233 Vor allem schaffen wir Verlässlichkeit für Investitionen: bei Energiepreisen,
234 Infrastruktur und den politischen Rahmenbedingungen. Bei neuen Großinvestitionen
235 und Ansiedlungen wollen wir, dass heimische Zulieferer, Handwerk und Mittelstand
236 profitieren und neue Wertschöpfung in den Regionen entsteht.

237 Ohne starkes Handwerk keine erfolgreiche Transformation

238 Handwerker*innen bauen Wohnungen, installieren Wärmepumpen und Solaranlagen,
239 modernisieren unsere Infrastruktur und sorgen überall im Land für regionale
240 Wertschöpfung. Deshalb wollen wir dem Handwerk den Rücken freihalten und vor
241 allem die Fachkräftebasis stärken. Wir bringen junge Menschen und
242 Ausbildungsbetriebe besser zusammen, fördern die berufliche Bildung und gewinnen
243 gezielt mehr Frauen, Zugewanderte und Menschen mit Behinderungen für
244 handwerkliche Berufe.

245 Gleichzeitig unterstützen wir Betriebsübernahmen und machen die
246 Selbstständigkeit im Handwerk attraktiver. NRW braucht die Meister*innen von
247 morgen: Sie bilden Fachkräfte aus, übernehmen Betriebe und sichern die Zukunft
248 unseres Handwerks und Mittelstands. Deshalb wollen wir die
249 Ausbildungseinrichtungen stärken, die Plätze für die Meisterausbildung erhöhen
250 und die Meisterausbildung in NRW schrittweise kostenfrei machen. So investieren
251 wir direkt in die Fachkräfte, die unser Land braucht, und erleichtern den Weg in
252 Selbstständigkeit und Betriebsnachfolge.

253 Innovation strategisch und zielgerichtet fördern

254 Innovationen bringen uns in NRW vorwärts. Wir wollen technologischen Fortschritt
255 mit den Stärken unseres Industriestandortes verbinden und dafür sorgen, dass aus
256 guten Ideen schneller konkrete Anwendungen, Wertschöpfung und Arbeitsplätze
257 entstehen. Dafür bringen wir Forschung, Wirtschaft und Gründungen stärker
258 zusammen.

259 NRW steckt voller Ideen, die sich in zahlreichen Start-up-Gründungen
260 niederschlagen. Unsere Gründungsförderung wirkt: NRW gehört heute zu den
261 führenden Start-up-Standorten Deutschlands, und die Zahl der Neugründungen ist
262 zuletzt deutlich gestiegen. Diesen Erfolg wollen wir ausbauen. Wir wollen

263 weiterhin ein attraktiver Standort für Gründungen und innovative Unternehmen
264 sein. Wir setzen einen besonderen Fokus auf Gründungen, die nachhaltige Produkte
265 oder Social Impact haben und bauen das Gründer*innenstipendium weiter aus.
266 Wissenschaftliche Ausgründungen wollen wir erleichtern und den Weg von der
267 Hochschule in den Markt beschleunigen. Dafür setzen wir uns für standardisierte
268 und faire Verträge bei Ausgründungen ein.

269 Wer sich selbstständig macht, übernimmt Verantwortung, verwirklicht eigene Ideen
270 und schafft wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wert. Solo-Selbstständige
271 und Kleinstunternehmen gehören selbstverständlich zur Vielfalt unserer Arbeits-
272 und Wirtschaftswelt – von Handwerk und Beratung über Kultur und
273 Kreativwirtschaft bis zu digitalen Dienstleistungen. Wir wollen, dass NRW ein
274 Land ist, in dem Menschen den Mut haben, ihre Ideen selbstständig zu
275 verwirklichen, und dabei auf gute Rahmenbedingungen treffen.

276 Deshalb werden wir Solo-Selbstständige bei Förderprogrammen und
277 wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Landes konsequent mitdenken, Zugänge
278 zu Beratung und Förderung niedrigschwelliger gestalten und unnötige Bürokratie
279 abbauen. Beratungsangebote wollen wir auch in der Festigungsphase einer
280 Selbstständigkeit stärken. Bei öffentlichen Vergaben des Landes achten wir
281 darauf, dass auch Solo-Selbstständige und kleine Unternehmen faire Chancen
282 haben. Dabei wollen wir die unterschiedlichen Formen von Selbstständigkeit in
283 den Blick nehmen.

284 Wir wollen, dass in NRW erfolgreiche Start-ups gegründet werden und aus ihnen
285 auch die großen Unternehmen von morgen entstehen. Wir unterstützen
286 wachstumsstarke Unternehmen bereits bei Skalierung, Finanzierung und
287 Internationalisierung und stellen über die NRW.BANK zugleich Wachstumskapital
288 bereit und mobilisieren gemeinsam mit privaten Investor*innen zusätzliches
289 Kapital. Diesen Ansatz wollen wir weiter ausbauen, damit innovative Unternehmen
290 ihre nächste Wachstumsphase in NRW finanzieren und Wertschöpfung und
291 Arbeitsplätze hier schaffen können. Dabei setzen wir auf klare wirtschaftliche
292 Kriterien und nehmen besonders Unternehmen in den Blick, die neue Technologien
293 voranbringen und zur Transformation unseres Wirtschaftsstandortes beitragen.

294 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass mit dem „28. Regime“ ein einheitlicher
295 europäischer Rechtsrahmen für Unternehmen Realität wird. Davon würden Start-ups,
296 Betriebe und Handwerksunternehmen in den Grenzregionen von ganz NRW profitieren.

297 Wir konzentrieren unsere Innovationspolitik auf die Bereiche, in denen für NRW
298 besonders große Chancen liegen: Künstliche Intelligenz und neue
299 Computertechnologien, Verteidigung und Raumfahrt, Medizin und Biotechnologie,
300 Kreislaufwirtschaft und Umwelttechnologien sowie die Mobilität der Zukunft. Die
301 Industrie der Zukunft verbindet moderne Produktion und Logistik mit digitalen
302 Dienstleistungen und neuen, datenbasierten Geschäftsmodellen. Gerade bei der
303 industriellen Anwendung von KI wollen wir NRW zur Leitregion machen – vom
304 Großkonzern bis zum kleinen Betrieb.

305 Diese Zukunftsfelder wollen wir mit echter Substanz füllen. Bei Halbleitern –
306 dem Rückgrat jeder digitalen und klimaneutralen Industrie – bauen wir die
307 Forschungsförderung und Brücken zwischen Wissenschaft und Wirtschaft aus. Bei
308 der Quantentechnologie investieren wir in Testfelder, Ausbildung und schnelleren
309 Technologietransfer. Die Raumfahrt nutzen wir als Innovationstreiber weit über
310 die eigene Branche hinaus: Rund um starke Forschungseinrichtungen wie dem

311 Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) wollen wir den Transfer in die
312 Wirtschaft und die Entstehung neuer Unternehmen vorantreiben.

313 Biobasierte Rohstoffe, Materialien und Produktionsverfahren können fossile und
314 kritische Rohstoffe ersetzen und Importabhängigkeiten verringern. Wir
315 beschleunigen deshalb den Weg von Forschung und Pilotprojekten in die
316 industrielle Anwendung, insbesondere in unserer Chemie-, Pharma- und
317 Grundstoffindustrie. So schaffen wir neue Märkte und stärken zukunftssichere
318 Wertschöpfung in NRW.

319 Innovation ist mehr als Technologie. Auch neue Geschäftsmodelle und Formen des
320 Wirtschaftens können gesellschaftlichen Fortschritt vorantreiben.

321 Gemeinwohlorientierte Unternehmen zeigen, dass unternehmerischer Erfolg und
322 gesellschaftlicher Nutzen keine Gegensätze sind: von der
323 Bürgerenergiegenossenschaft über die solidarische Landwirtschaft bis zum
324 genossenschaftlichen Unverpackt-Laden. Diese Initiativen unterstützen wir
325 gezielt mit Förderung und Bürokratieabbau und schaffen bessere Bedingungen für
326 wirkungsorientiertes Wirtschaften.

327 NRW zeigt seine Zukunftsfähigkeit auch in neueren Wirtschaftszweigen wie der
328 Gaming-Branche. Mit der gamescom in Köln ist NRW Standort für die weltweit
329 größte Messe für interaktive Unterhaltung. Zahlreiche Entwicklerstudios und
330 Gaming-Unternehmen haben ihren Sitz in NRW. Förderungen in diesem Bereich wollen
331 wir fortsetzen und ausbauen. Gaming ist nicht nur eine eigene Kulturform
332 geworden, sondern mittlerweile auch ein großer Wirtschaftsfaktor. Wir wollen NRW
333 zum zentralen Games-Standort entwickeln.

334 Der Tourismus ist mit mehreren Milliarden Euro Umsatz und Hunderttausenden
335 Erwerbstätigen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für NRW: von der dichtesten
336 Kulturregion Europas mit sechs UNESCO-Welterbestätten bis zu naturreichen
337 Regionen wie Sauerland, Ostwestfalen-Lippe und dem Nationalpark Eifel, die
338 Besucher*innen anziehen, die authentischen, klimafreundlichen Urlaub suchen. Wir
339 fördern diesen Trend gezielt mit nachhaltigen Tourismuskonzepten für die
340 ländlichen Räume des Landes, damit Wertschöpfung auch dort ankommt, wo sie am
341 dringendsten gebraucht wird.

342 Kreislaufwirtschaft sichert unsere Rohstoffe

343 NRW muss unabhängiger von Rohstoffimporten werden. Unsichere Weltmärkte,
344 geopolitische Konflikte und die Konzentration wichtiger Rohstoffe auf wenige
345 Lieferländer zeigen: Eine sichere Rohstoffversorgung ist längst eine Frage
346 unserer wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit. Kreislaufwirtschaft ist deshalb
347 für uns auch Rohstoffpolitik. Rohstoffe, die bereits in unseren Produkten,
348 Gebäuden und Anlagen stecken, müssen wir möglichst lange nutzen und
349 zurückgewinnen.

350 Dafür müssen Ressourcen von Anfang an effizienter genutzt, Produkte langlebig,
351 reparierbar und recyclingfähig gestaltet werden. Mit der
352 Landeskreislaufwirtschaftsstrategie wurde der strategische Rahmen dafür gesetzt.
353 Weiterhin unterstützen wir Forschung und Innovation und sorgen mit
354 NRW.Energy4Climate für die Umsetzung in der Praxis. Diesen Weg gehen wir
355 konsequent weiter. Wir wollen zirkuläre Netzwerke fördern: Erfolgreiche Cluster
356 und Projekte sollen langfristig unterstützt und besser miteinander vernetzt

357 werden, um NRW als Leitregion der Kreislaufwirtschaft in Europa zu
358 positionieren.

359 Der Wandel hin zu einer Kreislaufwirtschaft muss der sogenannten
360 "Abfallhierarchie" folgen. Abfälle sind in erster Linie zu vermeiden und
361 Produkte wiederverwendbar zu gestalten. Sekundärrohstoffe sind für uns keine
362 Abfälle zweiter Klasse, sondern wertvolle heimische Rohstoffquellen. Wir fördern
363 Recycling, Wiederverwendung und industrielle Kreisläufe und reduzieren so
364 Importabhängigkeiten. Gerade bei kritischen Rohstoffen bauen wir die
365 Rückgewinnung sowie die dafür nötigen Recycling- und Verarbeitungskapazitäten in
366 NRW und Europa aus. Der Staat schafft dabei selbst Nachfrage: Bei öffentlichen
367 Beschaffungen und Bauvorhaben sollen qualitativ gleichwertige Recycling- und
368 Sekundärmaterialien bevorzugt werden. Rechtliche und praktische Hemmnisse für
369 qualitätsgesicherte Sekundärrohstoffe bauen wir ab, damit diese einfach und
370 rechtssicher wieder als Rohstoffe eingesetzt und gehandelt werden können.

371 Reparieren statt Wegwerfen wird für uns zum Prinzip: Wir bauen ein landesweites
372 Reparaturnetz auf, das Reparaturbetriebe und -initiativen sichtbar macht und
373 verbindet, und erweitern Reparaturangebote, damit sich das Reparieren gegenüber
374 dem Neukauf wieder lohnt.

375 Batterien und Akkus gehören nicht in den Hausmüll: Falsch entsorgte Lithium-
376 Batterien oder E-Zigaretten führen immer wieder zu Bränden in Müllfahrzeugen
377 oder Recyclinganlagen und gefährden so Beschäftigte und verursachen hohe
378 Schäden. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für eine wirksame
379 Rücknahmepflicht des Handels und ein Pfandsystem ein, das einen starken Anreiz
380 zur Rückgabe schafft. Auch beim Onlinehandel braucht es klare Regeln, damit
381 Batterien und Akkus zuverlässig zurückgenommen und fachgerecht entsorgt werden.

382 Strukturwandel verlässlich gestalten

383 Strukturwandel bedeutet für uns, aus der Veränderung heraus eine neue
384 wirtschaftliche Stärke zu schaffen. Im Rheinischen Revier nutzen wir die
385 Strukturfördermittel des Bundes gezielt dafür, neue Unternehmen und Technologien
386 anzusiedeln, private Investitionen auszulösen und zukunftssichere Arbeitsplätze
387 zu schaffen. Auch das Ruhrgebiet steht vor einem tiefgreifenden industriellen
388 Wandel. Ehemalige Industrie-, Brach- und Konversionsflächen entwickeln wir zu
389 neuen Standorten für Unternehmen, Forschung, Wohnen und Innovation und schaffen
390 dort die Infrastruktur, die neue Investitionen möglich macht. Dabei haben wir
391 besonders die Beschäftigten im Blick: Wenn sich Berufsbilder verändern oder
392 Arbeitsplätze wegfallen, wollen wir frühzeitig neue Perspektiven schaffen.
393 Deshalb bringen wir Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen und
394 Weiterbildungsträger zusammen, stärken berufsbegleitende Qualifizierung und
395 erleichtern den Wechsel in neue Tätigkeiten und wachsende Branchen. Unser Ziel
396 ist, dass neue Arbeitsplätze möglichst dort entstehen, wo durch den
397 Strukturwandel alte verloren gehen. Die Förderung der Metropole Ruhr wollen wir
398 stärker bündeln und langfristiger ausrichten, statt sie auf zahlreiche
399 Einzelprojekte zu verteilen. Bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete der
400 Gemeinschaftsförderung Regionale Wirtschaftsstruktur (GRW) setzen wir uns dafür
401 ein, dass die strukturellen Herausforderungen des Ruhrgebiets angemessen
402 berücksichtigt werden.

403 Resilienz und Sicherheit als Standortfaktor

404 NRW lebt von offenen Märkten und internationaler Arbeitsteilung. Doch einseitige
405 Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen, Vorprodukten und Technologien können
406 unsere industrielle und politische Handlungsfähigkeit gefährden, verschärft
407 durch Trumps unzuverlässige Handelspolitik und Putins hybride Kriegsführung
408 gegen Europa. Deshalb erkennen wir kritische Abhängigkeiten frühzeitig,
409 diversifizieren Bezugsquellen und stärken eigene Fähigkeiten in NRW und Europa
410 dort, wo sie für unsere wirtschaftliche Sicherheit entscheidend sind. Ein
411 kontinuierliches Rohstoffmonitoring hilft uns dabei, Engpässe frühzeitig zu
412 erkennen und rechtzeitig gegenzusteuern. Bestimmte Güter für unsere
413 Grundversorgung – etwa Stahl und chemische Grundstoffe – wollen wir in NRW
414 produzieren oder zumindest durch Herstellung in Europa krisensicher beziehen
415 können.

416 Rechenzentren im Besitz europäischer Unternehmen sind eine Schlüssel-
417 Infrastruktur für Künstliche Intelligenz und digitale Souveränität. In
418 europäischer Hand verhindern sie den Abfluss von Daten und geistigem Eigentum
419 und stärken unseren Wirtschafts- und Forschungsstandort. Hocheffiziente und mit
420 erneuerbaren Energien betriebene Rechenzentren können einen wichtigen Beitrag zu
421 „KI made in NRW“ leisten. Die Nutzung von Strom aus fossilen Quellen auf dem
422 Gelände lehnen wir ab. Wir legen höchste Standards an Energie- und
423 Flächeneffizienz, einen möglichst geringen Wasserverbrauch, die konsequente
424 Nutzung von Abwärme und die Beteiligung von Kommunen. Dabei hat die Versorgung
425 der Menschen mit Trinkwasser für uns immer Vorrang vor dem Wasserbedarf von
426 Rechenzentren. Auf europäischer Ebene muss die volle Transparenz über Energie-
427 und Wasserverbrauch für einzelne Rechenzentren gesetzlich verankert werden,
428 damit Land und Kommunen verlässlich planen können. Wir setzen uns aktiv dafür
429 ein, dass digitale und industrielle Ökosysteme entstehen, die von Rechenzentren
430 profitieren können.

431 Gleichzeitig sehen wir neben den großen Chancen von KI auch ihre Risiken. Für
432 uns ist klar: Wir nutzen KI dort, wo sie sinnvoll ist, aber der Mensch bestimmt
433 die Regeln. Entscheidungen mit weitreichenden Folgen für Menschen dürfen nicht
434 der alleinigen Kontrolle von KI-Systemen überlassen werden.

435 Fachkräfte gewinnen und halten

436 NRW braucht Fachkräfte, die anpacken: in Bildungs- und Gesundheitsberufen, aber
437 auch im Handwerk, in den Unternehmen oder um die Digitalisierung NRWs weiter
438 voranzutreiben. Wir setzen deshalb, insbesondere in Branchen mit
439 Fachkräftemangel, auf eine Fachkräfteoffensive, die an mehreren Stellen ansetzt.
440 So wollen wir Erwerbspotenziale ausschöpfen, die heute oft ungenutzt bleiben:
441 Eltern in der Familienphase, Alleinerziehende und pflegende Angehörige, die
442 (wieder) einsteigen wollen, aufstocken oder umsteigen. Für all dies braucht es
443 eine starke Infrastruktur, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert
444 und ausreichend und flexible Betreuungsplätze schafft.

445 Wir können es uns nicht leisten, vorhandene Fähigkeiten ungenutzt zu lassen –
446 unabhängig davon, ob jemand in NRW geboren wurde oder erst vor Kurzem zu uns
447 gekommen ist. Zugewanderte und Geflüchtete bringen Qualifikationen,
448 Berufserfahrung und Fähigkeiten mit, die wir auf unserem Arbeitsmarkt dringend

449 brauchen. Deshalb wollen wir ihren Weg in die Arbeit beschleunigen: Mitgebrachte
450 Berufs- und Bildungsabschlüsse wollen wir schneller anerkennen. Fehlende
451 Qualifikationen sollen möglichst berufsbegleitend erworben und Sprachförderung,
452 Qualifizierung und Beschäftigung stärker parallel organisiert werden. Wer eine
453 Ausbildung macht oder arbeitet und sich eine Perspektive aufgebaut hat, braucht
454 eine verlässliche Bleibeperspektive.

455 Zu oft verbringen engagierte Unternehmer*innen gemeinsam mit ihren Beschäftigten
456 lange Stunden auf den Fluren der Ausländerbehörden in unseren Kommunen. Sie
457 brauchen Planungssicherheit: Sie müssen sich darauf verlassen können, dass ihre
458 Auszubildenden und Beschäftigten nicht aus laufender Ausbildung oder
459 Beschäftigung abgeschoben werden. Heute hängt es noch zu oft vom persönlichen
460 Einsatz einzelner Unternehmer*innen oder Handwerksmeister*innen ab, ob gut
461 integrierte Menschen bleiben können. Wir wollen die Integrationsstrukturen so
462 aufbauen, dass bestehende aufenthaltsrechtliche Spielräume konsequent für
463 sichere Bleibeperspektiven während Ausbildung und Beschäftigung genutzt werden
464 können. So sichern wir Fachkräfte, honorieren das Engagement der Betriebe und
465 ermöglichen Menschen, auf eigenen Beinen zu stehen und ihre Fähigkeiten
466 einzubringen.

467 Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Robotik können einen wichtigen
468 Beitrag gegen den Fachkräftemangel leisten und zugleich die Produktivität
469 erhöhen. Sie können Beschäftigte von Routinetätigkeiten und körperlich
470 belastender Arbeit entlasten und ihnen mehr Zeit für die Aufgaben geben, bei
471 denen Menschen unverzichtbar sind. Gerade kleine und mittlere Unternehmen
472 brauchen dafür einen einfachen Zugang zu neuen Technologien und Know-how.
473 Deshalb stärken wir den Transfer zwischen Unternehmen, Hochschulen,
474 Forschungseinrichtungen und Startups und unterstützen die praxisnahe Erprobung
475 und Anwendung von KI, Automatisierung und Robotik.

476 **Wir erreichen unabhängige und saubere Energie**

477 **Saubere Energie zum Standortvorteil machen**

478 NRW hat alles, was eine Energiewende zum Erfolg braucht: Erfindergeist und
479 industrielle Stärke, eine leistungsfähige Infrastruktur, viel Potenzial für
480 Erneuerbare Energien und Menschen, die anpacken und Veränderung möglich machen.

481 Eine eigene Energieversorgung macht uns unabhängig von fossilen Importen und
482 Diktatoren weltweit: Wegen Wind und Sonne wurde noch nie ein Krieg geführt. Beim
483 Ausbau der Erneuerbaren Energien brechen wir in NRW einen Rekord nach dem
484 nächsten und sorgen so für bezahlbaren Strom. Diesen Weg setzen wir ambitioniert
485 fort und entwickeln zugleich das Energiesystem weiter. Denn unser Strombedarf
486 wird in Zukunft weiter steigen: Industrieprozesse werden elektrifiziert, immer
487 mehr E-Autos und Wärmepumpen kommen hinzu, die Wasserstoffwirtschaft läuft an
488 und mit KI und Rechenzentren entstehen neue große Stromverbraucher.

489 Unser Weg ist klar: Bis 2030 soll unser Strom in NRW zu 80 Prozent aus
490 Erneuerbaren Energien stammen, bis 2035 wollen wir die Stromproduktion
491 vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen. Dafür brauchen wir mehr
492 Windenergie- und Solaranlagen und ein Energiesystem, das mitwächst: mit
493 leistungsfähigen Netzen, Speichern und Flexibilität. Gleichzeitig sorgen wir

494 schon jetzt, u.a. mit dem Bürgerenergiegesetz, dafür, dass die Menschen vor Ort
495 vom Ausbau profitieren und die Wertschöpfung in den Regionen ankommt. So sichern
496 wir auch in Zukunft ausreichend sauberen, sicheren und bezahlbaren Strom für
497 Menschen und Unternehmen in NRW.

498 Wachstum darf dabei auch mehr Stromverbrauch bedeuten: Entscheidend ist, dass
499 die zusätzliche Nachfrage zunehmend klimaneutral, zuverlässig und
500 wettbewerbsfähig gedeckt werden kann. Wir wollen mehr fossile Energie durch
501 sauberen Strom ersetzen – in Industrie, Verkehr und Wärme. Deshalb setzen wir
502 uns für NRW das Ziel, den Anteil von Strom am gesamten Endenergieverbrauch von
503 heute rund 20 Prozent bis 2040 auf 50 Prozent zu steigern. Vom Bund fordern wir,
504 endlich die Stromsteuer für alle zu senken und die Kosten des Netzausbaus über
505 ein Amortisationskonto auf einen längeren Zeitraum zu strecken.

506 Wind und Sonne weiter auf Rekordkurs

507 Bei der Windenergie ist NRW Spitzenreiterin unter den Bundesländern. Diesen
508 Platz verteidigen wir und bauen ihn aus, mit schnellen Genehmigungsverfahren und
509 der Absicherung ausgewiesener Beschleunigungsflächen. Dafür brauchen wir stabile
510 Ausschreibungsmengen durch den Bund und weiterhin einen Ausgleich der
511 Standortnachteile gegenüber Küstenregionen.

512 Wir wollen, dass Menschen und Unternehmen Strom dann verbrauchen, wenn besonders
513 viel Erneuerbare Energien produziert werden. Um das zu erreichen, braucht es vom
514 Bund endlich einen Solarbonus, mit dem in den Sommermonaten mittags der
515 Strombezug kostenlos für Haushalte wird. Bisher ungenutzte Potenziale bei
516 flächensparenden Lösungen und Mehrfachnutzungen wie Agri- und Floating-PV
517 Solaranlagen auf Parkplätzen wollen wir heben. Freiflächen-PV-Anlagen bieten die
518 Chance, Energiewende und Artenschutz zusammen zu denken. Wo oben der Strom für
519 unsere Industrie erzeugt wird, können unten Schafe weiden, Wildblumen blühen,
520 Kleintiere Verstecke und Insekten Nahrung finden. Beim Bund setzen wir uns für
521 einen Ausgleich ein, damit Anlagen aus NRW in den Ausschreibungen eine faire
522 Chance im Wettbewerb mit der sonnenreicheren Südregion haben.

523 Netze, Speicher und digitale Steuerung ausbauen

524 Unser Ziel ist, ausreichend klimaneutrale Energie zuverlässig und zu
525 wettbewerbsfähigen Preisen bereitzustellen. Dafür denken wir Erzeugung, Netze,
526 Speicher und Flexibilität stärker zusammen. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren
527 müssen Netze und Steuerbarkeit Schritt halten. Wir wollen Netzanschlüsse mit
528 schnelleren Genehmigungsverfahren beschleunigen. Fehlende Netzkapazitäten dürfen
529 dabei nicht zur dauerhaften Bremse werden. Deshalb treiben wir parallel den
530 Ausbau und die Digitalisierung der Netze voran. Wir wollen diese vorausschauend
531 für den Strombedarf von morgen ausbauen.

532 Mehr und mehr Stromspeicher sorgen dafür, dass Wind- und Solarstrom zeitversetzt
533 genutzt werden können. Dabei kommt es nicht nur darauf an, wie viele Speicher
534 entstehen, sondern auch darauf, wo sie entstehen und wann sie Strom aufnehmen
535 und abgeben. Wir setzen uns dafür ein, dass Speicher ausreichende und wirksame
536 Einsatzsignale vom Strommarkt und aus dem Netz bekommen, damit sie dort und dann
537 Strom aufnehmen oder abgeben, wo es dem gesamten Energiesystem am meisten nutzt.

538 So können wir mehr erneuerbaren Strom nutzen, Netze entlasten und den Bedarf an
539 Strom aus Gaskraftwerken deutlich senken.

540 Solaranlagen, Speicher, Wärmepumpen und E-Autos können zu einem flexiblen
541 Energiesystem beitragen. Dafür müssen sie intelligent miteinander vernetzt und
542 steuerbar sein. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für den deutlich
543 schnelleren Ausbau von intelligenten Stromzählern (Smart-Meter) ein und treiben
544 die Digitalisierung der Verteilnetze in NRW voran. Davon profitieren auch
545 Verbraucher*innen: Mit Smart Metern können sie günstige Strompreise gezielt
546 nutzen und E-Autos, Wärmepumpen oder Batteriespeicher dann einsetzen, wenn viel
547 günstiger erneuerbarer Strom verfügbar ist.

548 Für die Zeiten, in denen Wind und Sonne nicht ausreichend Strom liefern,
549 brauchen wir zusätzlich gesicherte Leistung. Deshalb setzen wir uns für
550 Speicher, Flexibilitäten und wasserstofffähige Back-up-Kraftwerke ein. Dabei
551 wollen wir Speicher und flexible Verbraucher bestmöglich nutzen, Kraft-Wärme-
552 Kopplungsanlagen sinnvoll einbinden und machen uns darüber hinaus für die
553 Flexibilisierung bestehender Biogasanlagen stark, damit diese Strom dann
554 produzieren, wenn wenig Strom aus Sonne und Wind zur Verfügung steht. So
555 begrenzen wir den Bedarf an neuen wasserstofffähigen Gaskraftwerken auf das
556 notwendige Maß und vermeiden neue fossile Abhängigkeiten.

557 Kohleausstieg 2030: Versorgung sichern, Zukunft gestalten

558 Den Kohleausstieg 2030 wollen wir verlässlich umsetzen. Mit der Entscheidung für
559 den vorgezogenen Kohleausstieg haben wir eines der zentralen Versprechen dieser
560 Landesregierung auf den Weg gebracht: acht Jahre früher aus der
561 Braunkohleverstromung auszusteigen und dabei Versorgungssicherheit, Klimaschutz
562 und Bezahlbarkeit der Energie miteinander zu verbinden. NRW hat die
563 Voraussetzungen für den vorgezogenen Kohleausstieg geschaffen und sein
564 Versprechen gehalten: Wir haben den Ausbau der Erneuerbaren stark
565 vorangetrieben, die notwendigen Entscheidungen im Rheinischen Revier getroffen
566 und den Strukturwandel in der Region beschleunigt. Der Kohleausstieg 2030 ist
567 deshalb weit mehr als das Abschalten von Kraftwerken: Er bedeutet den Umbau
568 unseres Energiesystems und die Modernisierung unseres Industriestandortes.

569 Jetzt muss der Bund seinen Teil leisten, zügig die notwendigen gesicherten
570 Kraftwerkskapazitäten ermöglichen und endlich Planungssicherheit schaffen, damit
571 die dafür notwendigen Investitionen erfolgen können. NRW hat geliefert – jetzt
572 darf der Bund den Kohleausstieg 2030 nicht durch fehlende Entscheidungen
573 gefährden. Sollte für die Versorgungssicherheit eine zeitlich begrenzte Reserve
574 notwendig sein, muss darüber auf Grundlage der tatsächlichen
575 energiewirtschaftlichen Erfordernisse entschieden werden. Unser Ziel bleibt der
576 Kohleausstieg 2030.

577 Auch ökologisch eröffnet der Kohleausstieg neue Chancen für das Rheinische
578 Revier. Mit der Ausweisung des Hambacher Waldes als Wildnis-Entwicklungsgebiet
579 schützen wir dauerhaft einen besonderen Naturraum. Auch bei der Nachnutzung
580 ehemaliger Tagebauflächen wollen wir neue Räume für Natur und Erholung und damit
581 neue Lebensqualität für die Menschen vor Ort schaffen.

582 Keine Rückkehr zur Atomkraft

583 Atomkraft ist für uns keine Zukunftstechnologie. Wir lehnen sogenannte “Small
584 Modular Reactors” ab. Sie existieren bislang nur auf dem Papier, sind teuer,
585 sicherheitspolitisch riskant und lösen die Frage der Uran-Abhängigkeit nicht.
586 Wir fordern vom Bund endlich ein umfassendes Konzept für eine sichere
587 Zwischenlagerung des Atommülls für die Zeit des fehlenden Endlagers. Darüber
588 hinaus fordern wir den Bund dazu auf, alle Hebel zur Beschleunigung des
589 Standortauswahlverfahrens für ein Endlager für hochradioaktiven Abfall zu
590 nutzen. Auch unter sicherheitstechnischen Aspekten drängt hier die Zeit. Die
591 Endlagerung von radioaktiven Abfällen ist nach wie vor ungeklärt, ebenso fehlt
592 ein langfristiges Zwischenlagerkonzept. Wir setzen uns dafür ein, dass die
593 Bundesregierung hierfür endlich ein entsprechendes Konzept vorlegt, und bringen
594 uns konstruktiv in diesen Prozess ein. Solange beides unklar ist, sind die von
595 der Bundesregierung verfügbten Castor-Transporte von Jülich und Garching nach
596 Ahaus nicht sinnvoll. Als Landesregierung werden wir selbstverständlich
597 weiterhin das geltende Bundesrecht umsetzen. Die politische Entscheidung der
598 Bundesregierung für diese Transporte lehnen wir jedoch ab und setzen uns für ein
599 nachhaltigeres und sicheres Konzept für die End- und Zwischenlagerung ein. Der
600 Atomausstieg ist für uns erst vollständig, wenn auch die Urananreicherung in
601 Gronau und die Brennelementefertigung in Lingen beendet werden – neue atomare
602 Abhängigkeiten, etwa über Rosatom, den staatlichen russischen Atomkonzern,
603 kommen für uns nicht infrage.

604 Energie in Bürger*innenhand

605 Mit dem Bürgerenergiegesetz und dem Bürgerenergiefonds haben wir die Grundlage
606 geschaffen, dass die Menschen vor Ort am Erfolg der Erneuerbaren Energien
607 teilhaben können. Diesen Weg gehen wir weiter: Wir unterstützen Bürger*innen,
608 die sowohl Strom produzieren, als auch konsumieren, gezielt. Wir fördern
609 außerdem Speicher- und Quartierslösungen und bringen Energieerzeugung und -
610 nutzung stärker in Bürgerhand und in die Kommunen zurück. Auch wer zur Miete
611 wohnt, muss ein echter Teil der Energiewende sein: Wir setzen uns bei den
612 Netzbetreibern für die konsequente Umsetzung von gemeinschaftlicher
613 Gebäudeversorgung und Energy-Sharing ein.

614 Wer eine energetische Sanierung oder Heizungsumstellung plant, trifft eine
615 langfristige Entscheidung und braucht dafür verlässliche Förderbedingungen statt
616 jährlicher Unsicherheit. Wir sichern zentrale Landesprogramme mit mehrjährigen
617 Förderzusagen von mindestens drei Jahren ab und machen Informationen dazu
618 niedrigschwellig zugänglich.

619 Die Energiewende muss alle Generationen mitnehmen. Gerade ältere Menschen stehen
620 bei der Umstellung ihrer Energieversorgung oft vor besonderen Hürden,
621 beispielsweise vor begrenzten finanziellen Spielräumen, älteren Gebäuden oder
622 komplizierten digitalen Anwendungen. Deshalb gestalten wir Informations-,
623 Beratungs- und Förderangebote barrierefrei, mehrsprachig und niedrigschwellig,
624 damit auch ältere Menschen, Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Menschen
625 mit geringem Einkommen gleichermaßen von der Energiewende profitieren.

626 Wärme, die sich alle leisten können

627 Wir nutzen die Länderöffnungsklausel, um die Wärmewende in NRW auf realistische
628 und bezahlbare Lösungen auszurichten. Wo Wärmepumpen effizient eingesetzt werden
629 können, wollen wir ihnen Vorrang vor knappen und teuren biogenen Brennstoffen
630 geben. Diese sollen vor allem dort zum Einsatz kommen, wo andere klimaneutrale
631 Alternativen nicht sinnvoll verfügbar sind. Die kommunale Wärmeplanung
632 unterstützen wir landesseitig, damit der Gebäudebestand schneller klimaneutral
633 wird, und stärken die Abwärmenutzung gezielt. Zusätzlich etablieren wir
634 Kältenetze für effiziente Gebäudekühlung.

635 NRW hat mit dem "Masterplan Geothermie", der geologischen Erkundung und der
636 Absicherung des Fündigkeitsrisikos, dem finanziellen und technischen Risiko in
637 der Tiefengeothermie, wichtige Voraussetzungen für den Hochlauf dieser wichtigen
638 Quelle der Wärmenutzung geschaffen. Jetzt wollen wir Geothermie vom Pilotprojekt
639 zu einer wichtigen Säule insbesondere der klimaneutralen Wärmeversorgung
640 entwickeln: für Wärmenetze, Quartiere und dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll
641 ist, auch für industrielle Anwendungen. Dafür entwickeln wir
642 Genehmigungsverfahren, Datengrundlagen und die bestehenden Förder- und
643 Absicherungsinstrumente weiter.

644 Klimafreundliches Heizen darf keine Frage des Einkommens sein. Mit dem
645 Landesprogramm „Wärme für alle“ bringt NRW den Ausbau von Großwärmepumpen und
646 klimafreundlichen Nahwärmenetzen insbesondere in sozial benachteiligten
647 Quartieren voran. Dabei bündeln wir Landes-, Bundes- und private Mittel und
648 schließen gezielt Finanzierungslücken. Unser Ziel ist eine bezahlbare und
649 klimaneutrale Wärmeversorgung. Auch die Wärmepumpe im eigenen Zuhause muss
650 bezahlbar sein. Wir setzen uns deshalb für eine verlässliche und sozial
651 gestaffelte Bundesförderung ein, die Investitionen ermöglicht, ohne
652 Preissteigerungen bei Herstellern und Anbietern zu fördern. Dabei wollen wir
653 stärker mit festen Förderbeiträgen statt prozentualen Zuschüssen arbeiten und so
654 Anreize für sinkende Preise und mehr Wettbewerb schaffen.

655 Wir gestalten Mobilität für alle

656 Bus und Bahn ausbauen – für Stadt und Land

657 Die Verkehrswende ist der wichtigste Hebel für gerechte Klimaneutralität: wie
658 wir uns fortbewegen, hat einen entscheidenden Einfluss auf unsere Umwelt.
659 Gleichzeitig ist Mobilität eine zentrale Voraussetzung für Chancengleichheit,
660 Bildungserfolg und soziale Teilhabe von Menschen. Wir wollen, dass NRW ein Land
661 ist, in dem alle zuverlässig von A nach B kommen. Wir wollen, dass Mobilität
662 bezahlbar und klimafreundlich ist – von der Großstadt bis ins Dorf. Dafür
663 benötigen wir zuerst ein ÖPNV-Angebot, auf das man sich verlassen kann:
664 ausreichend Kapazität, verlässliche Takte und Verbindungen auch dort, wo heute
665 noch keine Schienen liegen. Wir wollen, dass Bahnen und Busse eine echte
666 Alternative zum Auto werden.

667 Mit steigenden Fahrgastzahlen müssen Kapazität, Komfort und Sicherheit zunehmen.
668 Wenn Regionalzüge stark überfüllt sind und Fahrgäste in den Gängen stehen
669 müssen, sollen freie Plätze in der 1. Klasse unbürokratisch für alle Fahrgäste

670 freigegeben werden können. Wir wollen dafür gemeinsam mit den Aufgabenträgern
671 landesweit einheitliche Regeln schaffen und entsprechende Vorgaben in den
672 Verkehrsverträgen verankern. Moderne, größere Fahrzeuge und bestehende
673 Sicherheitskonzepte bauen wir aus, damit Busse, Bahnen und Bahnhöfe dauerhaft
674 attraktiv und sicher bleiben.

675 Auch auf heißere Sommer bereiten wir den Nahverkehr vor: Bei der Modernisierung
676 von Fahrzeugen und Infrastruktur berücksichtigen wir konsequent den Hitzeschutz
677 und sorgen in den Fahrzeugen für Klimaanlage, mehr Schatten und für die
678 Begrünung der Haltestellen und Mobilstationen. Wir verbessern die
679 Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder, da sie den Weg zwischen Haltestelle und
680 Ziel verkürzen.

681 Gute Mobilität darf nicht davon abhängen, ob vor der eigenen Haustür Schienen
682 liegen. Gerade in ländlichen Regionen, in denen neue Bahnverbindungen nicht
683 überall realistisch sind, bauen wir gemeinsam mit den Aufgabenträgern ein
684 verlässliches Netz regionaler Schnellbuslinien aus. Sie sollen Städte und
685 Gemeinden ohne direkten Bahnanschluss schnell mit den nächsten Mittel- und
686 Oberzentren sowie wichtigen Bahnhöfen verbinden. Dafür stärken wir die
687 Landesfinanzierung für regionale Schnellbusse und sorgen für abgestimmte Takte
688 und gute Anschlüsse an den Schienenverkehr. Ergänzend stärken wir On-Demand-
689 Verkehre, die insbesondere in dünn besiedelten Regionen die letzte Lücke
690 zwischen Wohnort, Schnellbus und Schiene schließen können. Die landesweit
691 einheitliche App "Rufmobil.NRW" machen wir zum flächendeckenden Standard. Auch
692 den grenzüberschreitenden ÖPNV mit Belgien und den Niederlanden stärken wir und
693 setzen uns für einheitliche Tarife, gute Angebote und abgestimmte Takte ein.
694 Damit der Umstieg zwischen den Verkehrsmitteln überall reibungslos gelingt,
695 bauen wir Mobilstationen in Stadt-, Quartiers- und Ortszentren aus. mit direktem
696 Anschluss an Bus und Bahn, Leihrädern und Ladeinfrastruktur für E-Autos und E-
697 Bikes an einem Ort.

698 Barrierefrei unterwegs – von der Planung bis zum Ziel

699 Mobilität ist für uns ein Menschenrecht. Deshalb möchten wir Barrierefreiheit in
700 allen Aspekten des ÖPNV weiter ausbauen, damit Busse, Bahnen und Haltestellen
701 wirklich für alle Menschen in NRW nutzbar sind.

702 Barrierefreie Mobilität beginnt schon vor der Bahnsteigkante. Wir wollen, dass
703 Menschen ihre Wege mit Bus und Bahn selbstständig planen und zurücklegen können.
704 Deshalb treiben wir den barrierefreien Umbau von Bahnhöfen, Haltestellen und
705 Fahrzeugen konsequent voran. Dazu gehören stufenlose Zugänge, funktionierende
706 Aufzüge und Rampen, barrierefreie Ein- und Ausstiege sowie taktile Leitsysteme
707 und eine barrierefreie Wegeführung. Auch beim Ausbau von Mobilitätsstationen und
708 bei der Gestaltung des öffentlichen Raums berücksichtigen wir die besonderen
709 Bedarfe von Menschen mit Behinderung. Neben baulichen Barrieren nehmen wir
710 digitale, sensorische, kommunikative und kognitive Barrieren in den Blick.
711 Fahrgastinformationen sollen nach dem Zwei-Sinne-Prinzip, also sichtbar und
712 hörbar verfügbar, Apps und Ticketangebote barrierefrei bedienbar und
713 Informationen verständlich sein. Informationen über die Zugänglichkeit von
714 Stationen und Fahrzeugen sowie über ausgefallene Aufzüge sollen zuverlässig und
715 in Echtzeit verfügbar sein. Unser Ziel ist eine durchgehend barrierefreie

716 Reisekette, von der Planung über den Weg zur Haltestelle und den Einstieg bis
717 zum Ticketkauf und zum Ziel.

718 Ein Ticket für alle: einfach und bezahlbar

719 Ein gutes Angebot nützt wenig, wenn der Zugang dazu kompliziert oder zu teuer
720 ist. Deshalb machen wir auch Tickets und Tarife so einfach, wie Mobilität selbst
721 sein sollte. Das Deutschlandticket wollen wir als attraktives und
722 leistungsfähiges Angebot erhalten und weiterentwickeln. Es macht Mobilität
723 bezahlbar, sichert gesellschaftliche Teilhabe und bringt die Mobilitätswende
724 voran. Dafür machen wir Druck auf den Bund, seinen Zuschuss deutlich zu erhöhen,
725 damit der Preis dauerhaft günstig wird. Wir sichern das Sozialticket und wollen
726 es weiter vereinheitlichen. Perspektivisch wollen wir mit einer stärkeren
727 Beteiligung des Bundes ermöglichen, dass Schüler*innen bundesweit kostenlos mit
728 Bus und Bahn fahren können. Beim verbleibenden Ticketsortiment setzen wir
729 stärker auf digitale Lösungen wie den Ticketkauf per Bankkarte. Mit "eezy.NRW"
730 zeigt NRW, wie einfach es sein kann: Einchecken beim Einstieg, Auschecken am
731 Ziel – automatische Abrechnung zum günstigsten Preis. Dieses Erfolgsmodell
732 wollen wir bekannter machen und mit digitalen, landesweit einheitlichen Tarifen
733 den Tarifdschungel endgültig beenden.

734 Bahn zuverlässig und leistungsfähig machen

735 Zuverlässige Zugverbindungen sind für unseren Alltag zentral, egal ob auf dem
736 Weg zur Arbeit, zur Schule oder zu Familie und Freund*innen. Die jahrzehntelang
737 vernachlässigte Bahninfrastruktur muss deshalb konsequent weiter saniert werden:
738 Wir führen die Sonderprogramme von "DB InfraGO" fort.

739 Mit dem Programm „Robustes Netz“ investieren Land und Deutsche Bahn bereits
740 gemeinsam in eine stabilere Infrastruktur. Diesen Weg setzen wir fort: Wir
741 wollen besonders störanfällige Stellen im NRW-Schienennetz gezielt beseitigen
742 und die Infrastruktur robuster gegen Ausfälle machen. Die Fahrgastinformation,
743 insbesondere über digitale Systeme wie das Zugradar, verbessern wir weiter,
744 damit Verspätungen, Ausfälle, Gleisänderungen und alternative Verbindungen
745 zuverlässig und in Echtzeit verfügbar sind.

746 Als Teil unserer kritischen Infrastruktur schützen wir Schienennetz, Stellwerke
747 und digitale Steuerungssysteme besser vor Sabotage und Cyberangriffen und
748 fördern dafür die Zusammenarbeit von Verkehrsunternehmen und
749 Sicherheitsbehörden.

750 Die kommenden Jahre werden zugleich von notwendigen Baustellen und
751 Streckensperrungen geprägt sein. Wir sorgen für bessere Baustellenkoordination,
752 damit die Belastungen für Fahrgäste möglichst gering bleiben. Wir bündeln
753 Baustellendaten von Straße und Schiene und verbessern die Koordination von
754 Sperrungen und Umleitungen. Dafür sollen Deutsche Bahn und Straßenbaulastträger
755 ihre Baustellendaten vollständig und aktuell bereitstellen.

756 Bei längeren Streckensperrungen setzen wir uns gegenüber der Deutschen Bahn für
757 einen verlässlichen und leistungsfähigen Schienenersatzverkehr ein. Dazu gehören
758 neben regulären Ersatzbussen auch Expressverbindungen zwischen wichtigen Knoten,
759 damit längere Strecken trotz Baustellen möglichst schnell zurückgelegt werden
760 können.

761 Eine zuverlässige Bahn braucht neben einer funktionierenden Infrastruktur auch
762 ausreichend Personal. Unser Aktionsprogramm und die verstärkten
763 Ausbildungsbemühungen der Branche zeigen Wirkung: 2025 haben rund 700
764 zusätzliche Lokführer*innen eine Ausbildung begonnen, personalbedingte Ausfälle
765 im Regional- und Nahverkehr konnten auf unter ein Prozent gesenkt werden. Mit
766 einer neuen zentralen Ausbildungsstruktur bündeln wir zudem die Qualifizierung
767 von Fachkräften unternehmensübergreifend und schaffen zusätzliche
768 Ausbildungskapazitäten. Diesen Weg setzen wir fort, erleichtern den Quereinstieg
769 in Bahnberufe und wollen gezielt mehr Frauen für die Schiene gewinnen.

770 Wer täglich für unsere Mobilität sorgt, muss bei der Arbeit bestmöglich
771 geschützt sein. Deshalb bauen wir Sicherheitsteams, Sicherheitstrainings und -
772 ausstattung weiter aus und verbessern schnelle Hilferufsysteme.

773 Unser Bahnnetz ausbauen

774 Wir bauen das Schienennetz in NRW weiter aus, mit mehr Verbindungen, mehr
775 Haltestellen und Anschlüssen auch dort, wo heute noch keine Schienen liegen.
776 Unser Ziel ist es, mehr Menschen in NRW an das öffentliche Verkehrsnetz
777 anzubinden.

778 Mit der Zusammenführung der Verkehrsverbünde zur Gesellschaft „Schiene.NRW“
779 haben wir den Schienenpersonalverkehr in NRW reformiert. Wir wollen auch
780 weiterhin dafür sorgen, dass unsere Verkehrsstrukturen effizienter werden und
781 den Nahverkehr im Rhein-Ruhr-Gebiet, im Rheinland und in Ostwestfalen-Lippe
782 deutlich verbessern. Für die Metropolregionen Rhein-Ruhr zum Beispiel mit dem
783 Konzept „S-Bahn-2.0“: mit dichteren Takten, besseren Verbindungen zwischen den
784 S-Bahn-Linien und mehr Direktverbindungen, damit Menschen schneller und
785 zuverlässiger von A nach B kommen.

786 Wir setzen uns auch weiterhin für die Reaktivierung von Bahnstrecken ein: Die
787 Zielnetze 2032 und 2040 für den Schienenverkehr werden wir aktualisieren und um
788 eine Priorisierung und Beschleunigung für konkrete Reaktivierungsprojekte
789 ergänzen. Wo Machbarkeitsstudien ein ausreichendes Fahrgastpotenzial zeigen,
790 wollen wir den Weg in die konkrete Planung beschleunigen und dafür insbesondere
791 die Finanzierung der frühen Planungsphasen stärken. Ehemalige Bahntrassen mit
792 Potenzial für eine spätere Reaktivierung sichern wir vor Überbauung. Auch wenn
793 das Land nicht Eigentümerin der Bahninfrastruktur ist, stellen wir mehr
794 Landesmittel für Planung und Ausbau bereit und beseitigen vorrangig die Engpässe
795 an zentralen Knoten wie Köln, Düsseldorf und Dortmund. Hier setzen wir uns auch
796 für den beschleunigten Ausbau des RRX ein.

797 Auch auf kommunaler Ebene bringen wir Bus und Bahn voran: Mit regional
798 spezifischer Erhöhung der Taktung wollen wir in ganz NRW eine verlässliche
799 Grundversorgung mit Bus und Bahn sichern. Den interkommunalen Schienenausbau
800 unterstützen wir stärker, mit dem Ziel, das Netz bis 2040 um 150 Kilometer zu
801 erweitern. Außerdem modernisieren wir Stadt- und Straßenbahnsysteme nach
802 einheitlichen Standards.

803 Das rund 300 Kilometer lange RWE-Werksbahnnetz im Rheinischen Revier, bislang
804 für Braunkohle- und Abraumtransporte genutzt, muss als Bahninfrastruktur
805 erhalten bleiben. Wir unterstützen den Weiterbetrieb nach dem Kohleausstieg für

806 den Güter- und Personenverkehr und wollen, dass Flächen an der Werksbahn für die
807 Bahnindustrie und nachhaltige Wirtschaftskonzepte umgenutzt werden.

808 Möglichst viele Güter gehören auf die Schiene. Dafür stärken wir die Vernetzung
809 mit Straßen und Wasserstraßen durch Terminals. Wir unterstützen den Anschluss
810 von Gewerbegebieten und Betrieben ans Schienennetz.

811 Durch NRW verlaufen zentrale europäische Netzkorridore. Unsere
812 Verkehrsinfrastruktur ist damit auch für das europäische Verkehrsnetz von
813 Bedeutung. Wir investieren deshalb in Netzausbau und Sanierung, stärken den SPNV
814 und setzen uns für ein einheitliches Ticketsystem auf europäischer Ebene ein.
815 Außerdem stehen wir auch weiterhin für eine direkte Zugverbindung zwischen Köln
816 und London.

817 Rad- und Fußverkehr stärken

818 Immer mehr Menschen nutzen das Fahrrad im Alltag, dank Pedelecs, E-Bikes und
819 Radschnellwegen längst auch auf dem Land und in bergigen Regionen. Sie brauchen
820 eine sichere Infrastruktur, auch zum Abstellen und Laden, damit der Umstieg vom
821 Auto aufs Rad gelingt. Jeder Weg, der mit dem Rad zurückgelegt wird, entlastet
822 unsere Straßen und tut dem Klima und der Gesundheit gleichermaßen gut. Wir haben
823 mit der bislang größten Investitionssumme für den Radverkehr in der Geschichte
824 des Landes unser Ziel von 1.000 Kilometern neuer Radwege bis 2027 fast erreicht,
825 werden die Prozesse weiter beschleunigen und den Ausbau fortsetzen.

826 Wir setzen uns weiterhin für eine Verbesserung der Radinfrastruktur ein: Das
827 landesweite Radleitnetz entwickeln wir als hochwertiges Netz für den
828 Alltagsradverkehr weiter. Neben den bereits geplanten sieben Radschnellwegen
829 entstehen gemeinsam mit den Kommunen weitere Radvorrangrouten und überörtliche
830 Verbindungen. Kleine Gemeinden mit begrenzten Ressourcen unterstützen wir
831 gezielt durch Standardisierung, Bürokratieabbau, Rahmenverträge und geförderte
832 Radverkehrskordinationsstellen in allen Städten und Landkreisen.

833 Die Landesregierung verfolgt die „Vision Zero“ – also null Tote und
834 Schwerverletzte im Straßenverkehr – als zentrales Ziel ihrer
835 Verkehrssicherheitsstrategie. Das bedeutet für uns: Wir gestalten Regeln,
836 Infrastruktur und die Aufteilung des Straßenraums so, dass die schwächsten
837 Verkehrsteilnehmer*innen besonders geschützt werden.

838 Egal ob auf dem Rad oder zu Fuß – NRW soll das sicherste Bundesland für
839 Alltagsmobilität werden. Unser Ziel ist klar: Niemand soll im Straßenverkehr
840 sein Leben verlieren oder schwer verletzt werden. Wir wollen Kommunen bei der
841 Anwendung der STVO deutlich mehr Handlungsspielraum geben. Wir verbessern das
842 Parkraummanagement, um den öffentlichen Raum in unseren Städten fair zu
843 verteilen. Jedes Kind in NRW soll unabhängig vom Wohnort sicher mit dem Rad zur
844 Schule fahren können. Mit einer Landesoffensive „Sicheres Schulumfeld“ bündeln
845 wir Maßnahmen für sichere, aktiv zurückgelegte Schulwege. Damit stärken wir
846 gemeinsam mit den Kommunen sichere Schulwege für Kinder zu Fuß und mit dem Rad.
847 Ergänzend etablieren wir gemeinsam mit den Kommunen sichere Schulradrouten mit
848 landesweiten Qualitätsstandards, schließen Netzlücken und entschärfen
849 gefährliche Querungsstellen. Schulwege sollen regelmäßig unter Beteiligung von
850 Schulen, Eltern und Schüler*innen überprüft und eng mit der kommunalen
851 Radverkehrs- und Mobilitätsplanung verknüpft werden. Schulstraßen, Hol- und

852 Bring-Zonen und Walking-Bus-Angebote unterstützen wir mit einheitlichen
853 Leitlinien und einem landesweiten Wissenstransfer. Die Radfahrausbildung
854 entwickeln wir zu einem durchgängigen Programm „Sicher auf dem Rad“ weiter, das
855 nach der Grundschule altersgerechte Auffrischungen und praktische
856 Verkehrssicherheitsbildung vorsieht.

857 Auch wer zu Fuß unterwegs ist, muss sich auf gute Bedingungen verlassen können.
858 Wir unterstützen Kommunen dabei, eigene Fußverkehrsstrategien zu entwickeln und
859 umzusetzen – für eine komfortable, barrierefreie Wegeführung auf Straßen, Wegen
860 und Plätzen und die Möglichkeit, Straßen sicher zu überqueren. Ampelschaltungen
861 gestalten wir auch für Fußgänger*innen attraktiv, mit ausreichend Grünphasen
862 statt langer Wartezeiten. Abgesenkte Bordsteine und taktile Leitelemente sorgen
863 dafür, dass auch mobilitätseingeschränkte und sehbehinderte Menschen sicher und
864 selbstständig unterwegs sein können.

865 Straßen erhalten und digital steuern

866 Zu einer funktionierenden und zukunftsfesten Infrastruktur gehören auch Straßen
867 und Brücken. Funktionierende Straßen und Brücken sind wichtiger als immer neue
868 Straßenbauprojekte, die zusätzliche Flächen, Geld und Planungskapazitäten
869 binden. Unser Grundsatz lautet daher: Erhalt vor Neu- und Ausbau. Gerade marode
870 Brücken müssen zuverlässig saniert und ersetzt werden. Im Rahmen des NRW-Plans
871 und des Sondervermögens des Bundes können wir unsere Aktivitäten zur Sanierung
872 und den Erhalt von Brücken und Straßen erheblich ausweiten. Den Großteil der
873 Mittel stellen wir dabei den Kommunen zur Verfügung – allein zwei Milliarden
874 Euro für die Sanierung und den Ersatzneubau überregional bedeutsamer kommunaler
875 Brücken. Um den Kommunen die Planung und Umsetzung der Projekte zu erleichtern,
876 gründen wir eine „Brücken-Agentur“.

877 Mit der Sanierungsoffensive und dem „400-Brücken-Programm“ haben wir die
878 Investitionen für den Erhalt auf besonders sanierungsbedürftige Straßen und
879 Brücken deutlich erhöht und schaffen eine verlässliche Perspektive für deren
880 Erneuerung. Innovative, ressourcenschonende Modul- und Expressbauweisen wollen
881 wir stärker nutzen, um Bauzeiten zu verkürzen und die Belastungen durch
882 Sperrungen und Umleitungen zu reduzieren. Gleichzeitig wollen wir Baustellen von
883 Bund, Land, Kommunen und Deutscher Bahn frühzeitig und besser aufeinander
884 abstimmen. So können parallele Großbaustellen und sich überschneidende
885 Umleitungen vermieden und Verkehrsbeeinträchtigungen für Pendler*innen,
886 Unternehmen und Logistik möglichst gering gehalten werden.

887 Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen wir durch einfachere
888 Ausschreibungen, konsequente Digitalisierung und die Vermeidung von
889 Doppelprüfungen, ohne Umwelt- und Naturschutzstandards abzusenken. Den
890 Landesstraßenbedarfsplan richten wir neu an verkehrlichem Bedarf,
891 Finanzierbarkeit und Klimaschutz aus und konzentrieren die verfügbaren Mittel
892 auf tatsächlich realisierbare Projekte.

893 Auch vom Bund erwarten wir, den Grundsatz „Erhalt vor Neu- und Ausbau“
894 verbindlich in der Bundesfernstraßenpolitik zu verankern. Marode Brücken und
895 bestehende Verkehrswege in NRW müssen zuverlässig saniert werden, bevor neue
896 Kapazitäten geschaffen werden. Autobahnausbauprojekte wollen wir deshalb nach
897 Planungskapazität, Kosten und Nutzen sowie ihren Klima-, Flächen- und
898 Sozialwirkungen neu bewerten. Zusätzliche Kapazitäten soll es nur dort geben, wo

899 sie zwingend erforderlich sind und die vorhandene Infrastruktur nicht
900 effizienter genutzt werden kann. Fördermittel für Kommunen richten wir ebenfalls
901 am Erhalt der Straßen- und Radwegeinfrastruktur sowie an Verbesserungen für
902 Nahmobilität und ÖPNV aus. Auf besonders vom Schwerverkehr belasteten
903 Landesstraßen führen wir zudem eine LKW-Maut ein, deren Erlös zweckgebunden in
904 Straßenerhalt, Radinfrastruktur und Nahverkehr fließt. So verhindern wir, dass
905 LKW auf mautfreie Landesstraßen ausweichen und Kommunen unter Lärm und
906 Straßenschäden leiden.

907 Neben dem Erhalt wollen wir die bestehende Infrastruktur intelligenter und
908 effizienter nutzen. Mit der "Landesagentur für Mobilitätsdaten" (MOBIDROM)
909 schaffen wir die Grundlage für einen digitaleren, effizienteren und
910 nutzerfreundlicheren Verkehr – von besserer Routenplanung über zuverlässigere
911 Fahrgastinformationen bis zur intelligenten Steuerung von Verkehrsströmen. Die
912 Zahl digitaler Lichtsignalanlagen erhöhen wir deutlich, damit Grünphasen sich an
913 die tatsächliche Verkehrslage anpassen und Busse, Einsatzfahrzeuge sowie Rad-
914 und Fußverkehr gezielt bevorrechtigt werden können. Auch beim autonomen ÖPNV
915 wollen wir vom Pilotstatus in den regulären Alltag kommen: Eine zentrale
916 Genehmigungsstelle bündelt und standardisiert die Verfahren, mit klaren Fristen,
917 damit autonome Fahrzeuge dort eingesetzt werden, wo sie den Nahverkehr wirklich
918 stärken, ohne die Betriebskosten zu erhöhen.

919 Elektromobilität für alle erschwinglich machen

920 Klimafreundliche Mobilität darf nicht vom Einkommen abhängen. Vom Bund fordern
921 wir Social-Leasing-Modelle für Elektroautos und Kaufprämien für gebrauchte E-
922 Fahrzeuge, damit sich mehr Menschen den Umstieg auf ein E-Auto leisten können.
923 Beim Güterverkehr fördern wir weiter den Umstieg von Diesel-LKW auf elektrische
924 Antriebe, damit auch er klimafreundlich und unabhängig von fossilen Importen
925 wird.

926 Eine zuverlässige Ladeinfrastruktur ist der entscheidende Erfolgsfaktor für
927 Elektromobilität. Unser Ziel ist eine flächendeckende und bedarfsgerechte
928 Ladeinfrastruktur in ganz NRW, damit gute Lademöglichkeiten unabhängig von
929 Wohnort und Wohnsituation verfügbar sind. Wir legen deshalb ein Programm für den
930 Ausbau von Schnellladepunkten entlang der Autobahnen auf und treiben den
931 bedarfsgerechten Ausbau von Schnellladeinfrastruktur für E-LKW und in
932 Logistikdepots voran. Gleichzeitig treiben wir den Ausbau dort voran, wo
933 Menschen ihr Auto ohnehin länger abstellen: an Mehrfamilienhäusern, am
934 Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum und im Einzelhandel. Insbesondere erleichtern
935 wir damit auch Nutzer*innen ohne eigene Garage den Zugang zu Ladeinfrastruktur.
936 Wo kein eigener Stellplatz vorhanden ist, bauen wir bürokratische Hürden für das
937 Laden auf öffentlichen Straßen direkt vor der eigenen Haustür ab und schaffen
938 einheitliche, unkomplizierte Regeln für Sondernutzungserlaubnisse. Kleine und
939 mittlere Logistikunternehmen unterstützen wir beim Aufbau eigener
940 Ladeinfrastruktur für ihre E-Lkw-Flotten. Kommunen helfen wir mit
941 Ladeinfrastrukturkonzepten dabei, vorausschauend zu planen, wo zusätzliche
942 Ladepunkte benötigt werden. Die gezielte Förderung von Ladeinfrastruktur setzen
943 wir dort fort, wo der Markt allein noch nicht ausreichend vorankommt.

944 Binnenschifffahrt resilient machen

945 Lange Trockenperioden und extreme Niedrigwasserlagen werden wir in NRW aufgrund
946 des Klimawandels immer häufiger erleben. Sie treffen nicht nur die Natur,
947 sondern auch die Binnenschifffahrt und die Wirtschaft am Rhein zunehmend hart.
948 Rund 80 Prozent des deutschen Binnenschiff-Güterverkehrs entfallen auf den Rhein
949 und seine Nebenflüsse. Bei Niedrigwasser drohen deshalb schnell Engpässe für die
950 Chemieindustrie, Stahlwerke und die Energieversorgung, bis hin zu
951 Produktionsdrosselungen und Kurzarbeit bei Unternehmen, deren Standorte auf den
952 Rheintransport angewiesen sind.

953 Dafür benötigen wir auch technische Maßnahmen an einigen Engstellen im Rhein.
954 Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund dafür endlich Mittel freimacht. Über
955 Maßnahmen an Engstellen am Fluss hinaus stärken wir deshalb die Bevorratung und
956 Koordinierung von Gütern, den Einsatz niedrigwassergängiger Schiffe und
957 Umstiegskonzepte auf die Schiene. Wir setzen uns für eine nationale Taskforce
958 Niedrigwasser ein, die Bund, Länder, Häfen, Binnenschifffahrt und Wirtschaft
959 zusammenbringt und Maßnahmen für belastbare Logistikketten koordiniert. Der Bund
960 muss die bereits geplanten Maßnahmen an den Bundeswasserstraßen beschleunigen,
961 die Befahrbarkeit des Rheins bei Niedrigwasser durch die gezielte Optimierung
962 der Fahrrinne verbessern und dafür ausreichend Planungs- und Investitionsmittel
963 bereitstellen. Die Modernisierung der Flotte hin zu niedrigwassergängigen und
964 klimaneutralen Schiffen wollen wir mit geeigneten Förderinstrumenten
965 unterstützen. Gleichzeitig stärken wir Häfen als multimodale Knoten und schaffen
966 bessere Voraussetzungen dafür, Güter bei Niedrigwasser flexibel zwischen Schiff
967 und Schiene zu verlagern.

968 Luftverkehr zukunftsfähig gestalten

969 Fliegen ist für das global vernetzte NRW und seine Bürger*innen von großer
970 Bedeutung. Ob Tourismus, Wirtschaft oder Logistik, ohne unsere Flughäfen geht es
971 nicht. Zugleich leiden Anwohner*innen in den Flugschneisen von Flughäfen
972 besonders nachts unter Fluglärm mit erheblichen Folgen für ihre Gesundheit. Am
973 Flughafen Düsseldorf werden wir uns weiter für die Einhaltung der in der
974 Betriebsgenehmigung verankerten Nachtruhe einsetzen. Am Flughafen Köln/Bonn
975 reduzieren wir die Lärmbelastung durch die neuen Auflagen in der
976 Betriebsgenehmigung weiter. Im Rahmen der Möglichkeiten des Landes schaffen wir
977 mit stärker lärm- und emissionsabhängigen Start- und Landeentgelten Anreize für
978 leisere und saubere Flugzeuge.

979 Flughäfen in NRW müssen sich dauerhaft wirtschaftlich selbst tragen; dauerhafte
980 Betriebssubventionen aus öffentlichen Haushalten lehnen wir ab. Wo schnelle und
981 attraktive Bahnverbindungen eine echte Alternative bieten, wollen wir
982 Kurzstreckenflüge zunehmend auf die Schiene verlagern und dafür insbesondere die
983 nationalen und europäischen Direktverbindungen aus NRW stärken. Gleichzeitig
984 unterstützen wir Flughäfen auf dem Weg zur Klimaneutralität und wollen NRW,
985 aufbauend auf seinen zahlreichen Forschungsaktivitäten, zum führenden Standort
986 für klimaneutrale Flugkraftstoffe, Wasserstoff- und Elektroflugzeuge machen.

WP-02 Ein Land der intakten Lebensgrundlagen

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 4. Programm zur Landtagswahl 2027

Antragstext

Für uns entscheidet sich Lebensqualität in NRW daran, ob Menschen auch in der Zukunft hier noch gut leben können. Wir wollen zeigen, dass kühle, begrünte Städte, bezahlbares Bauen und eine gesunde Natur zusammengehören. Deshalb stellen wir in den Vordergrund, was Menschen im Alltag guttut: Schatten und Grün im Sommer, ein Zuhause, das man sich leisten kann, gute Lebensmittel und eine intakte Natur, direkt vor der Haustür.

Wir setzen dort an, wo wir den größten Unterschied machen können. Besonders dort, wo Menschen mit wenig Geld stärker von Hitze und Wetterextremen betroffen sind, schaffen wir mehr Abkühlung, Schatten und Schutz. Und wo veraltete Bauvorschriften Wohnraum unnötig verteuern, schaffen wir Freiraum für neue, klügere Lösungen.

Zu einem guten Leben in NRW gehören grüne, lebenswerte Städte mit mehr Bäumen und Platz zum Verweilen. Dazu gehört eine bäuerliche Landwirtschaft, die Höfe und Natur gleichzeitig stärkt. Dazu gehört ein starker Tierschutz, gesunde Wälder und lebendige Gewässer, an denen Insekten summen, Vögel nisten und seltene Arten wieder eine Heimat finden. Und dazu gehört eine Lebensmittelversorgung, die gesunde und bezahlbare Ernährung für alle ermöglicht.

Diese Ziele erreichen wir am besten gemeinsam mit Landwirt*innen, die ihre Betriebe zukunftsfest machen wollen, mit Kommunen, die ihre Städte grüner gestalten wollen, und mit Menschen und Initiativen, die sich für Natur- und Tierschutz einsetzen. Dabei setzen wir auf klare Rahmenbedingungen, verlässliche Förderung und echte Partnerschaft.

Ökologische und soziale Fragen gehören für uns zusammen. Denn wo wir Natur schützen, schützt sie auch uns: vor Hitze und Hochwasser; sie sorgt für sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel und lebenswerte Orte. Das ist für uns die Grundlage eines guten Lebens für alle. Diese Haltung prägt unsere Arbeit seit fast fünf Jahren: Wir haben Klimaanpassung zur festen Aufgabe der Kommunen gemacht, eine Renaturierungsoffensive gestartet, die Mietpreiskontrolle ausgeweitet und die Landesbauordnung modernisiert. Wir wollen weiter an einem NRW arbeiten, in dem alle eine gesunde Umwelt und lebenswerte Orte genießen können und ein gutes und bezahlbares Zuhause haben.

Wir stärken NRW gegen die Folgen der Klimakrise

Klimafolgen gerecht begegnen

Klimaanpassung sorgt für eine lebenswerte und sichere Heimat. Sie schützt unsere Lebensqualität und sorgt dafür, dass unsere Städte und Gemeinden auch in Zukunft

37 gute und sichere Orte zum Leben bleiben. Denn selbst der beste Klimaschutz kann
38 einige Folgen der Erderwärmung nicht aufhalten – das erleben Menschen in NRW
39 längst hautnah, wenn Keller volllaufen, die Dürre zunimmt oder Schulhöfe zu
40 Backöfen werden. Wir wollen deshalb den Klimawandel begrenzen und gleichzeitig
41 vorsorgen: mit kühlen Innenstädten, sicheren Kellern und Straßen, die Starkregen
42 aushalten. Klimaanpassung ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Denn gerade
43 Menschen, die sich keinen eigenen Garten oder eine Klimaanlage leisten können,
44 sind vom Klimawandel am stärksten betroffen.

45 Klimaanpassung soll bei Planungen und Investitionen verbindlich berücksichtigt
46 werden. Wir haben die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass alle Kommunen
47 ein Klimaanpassungskonzept erarbeiten können und müssen. So werden überall im
48 Land bei allen Planungen die extremen Folgen des Klimawandels in Form von
49 Starkregen, Hochwasser, Dürre und Hitze heute schon und in Zukunft
50 berücksichtigt. Dafür braucht es klare Standards und Zuständigkeiten in Stadt-,
51 Verkehrs-, Regional- und Bauleitplanung sowie im Gewässer- und Naturschutz. Bei
52 der Vergabe von Landesmitteln setzen wir auf einen Klima-Check. Die Umsetzung
53 konkreter Maßnahmen für Klimaanpassungen, wie Investitionen in Begrünung,
54 Hitzeschutz und resiliente Quartiersentwicklung, treiben wir flächendeckend
55 voran und sichern sie durch verlässliche Finanzierung von Land und Bund ab. So
56 verbessern wir insgesamt die Lebensqualität in den Quartieren und können
57 außerdem bisher vernachlässigte Stadtteile aufwerten. Dies kommt gerade
58 besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen wie älteren Menschen und Kindern
59 zugute.

60 Hitzeschutz für alle

61 Wir müssen NRW besser auf Hitze vorbereiten. Das zeigen die vergangenen
62 Hitzewellen, die immer häufiger auftreten. Jeder Hitzetag belastet unsere
63 Gesundheit, verursacht hohe Kosten für unsere Wirtschaft und bringt Notaufnahmen
64 sowie Rettungskräfte an ihre Grenzen. Besonders betroffen sind Bewohner*innen
65 von Dachgeschosswohnungen und dicht bebauten Mehrfamilienhaussiedlungen, in
66 denen überdurchschnittlich oft Menschen mit geringem Einkommen leben. Wir wollen
67 deshalb Hitzeschutz im sozialen Wohnungsbau und bei der Sanierung von
68 Mehrfamilienhäusern gezielt vorantreiben: durch Wärmepumpen, die auch kühlen,
69 außenliegenden Sonnenschutz sowie Dach- und Fassadenbegrünung.

70 In Städten und Ortskernen, in denen das Land die bauliche Entwicklung fördert,
71 muss Klimafolgenanpassung von Anfang an mitgedacht werden. Wir machen
72 Klimaanpassung deshalb zur Grundvoraussetzung landesgeförderter
73 Stadtentwicklungsprojekte. Neue und umgestaltete Quartiere, Plätze und
74 öffentliche Gebäude sollen auf zunehmende Hitze, Trockenheit und Starkregen
75 vorbereitet sein. Wir wollen den Grünflächenanteil im Zuge der EU-
76 Wiederherstellungsverordnung erhöhen. Wir wollen Stadtgrün konsequent ausbauen.
77 Dazu gehören mehr Grün und Schatten, weniger versiegelte Flächen, mehr Bäume und
78 eine vielfältige, möglichst naturnahe Begrünung, die zugleich Lebensräume für
79 Tiere und Pflanzen schafft sowie eine konsequente Umsetzung des Schwammstadt-
80 Prinzips. Regenwasser soll vor Ort versickern, zurückgehalten und gespeichert
81 werden und so auch für Trockenzeiten zur Verfügung stehen. Dafür schaffen und
82 fördern wir mehr Versickerungs- und Rückhalteflächen, begrünte Dächer und
83 Flächen, die bei Starkregen zusätzlich Wasser aufnehmen können. So sorgen wir

84 dafür, dass öffentliche Investitionen unsere Städte schöner, lebenswerter und
85 widerstandsfähiger gegen die Folgen der Klimakrise machen.

86 Zu klimaangepassten und lebenswerten öffentlichen Räumen gehört auch der
87 einfache Zugang zu Trinkwasser. Gerade an heißen Tagen darf Wasser keine Frage
88 des Geldbeutels sein. Nachdem wir den Kommunen den Bau öffentlicher Trinkbrunnen
89 bereits erleichtert haben, gehen wir diesen Weg weiter: Wir wollen mehr
90 kostenlose Trinkbrunnen dort, wo viele Menschen unterwegs sind – etwa in
91 Innenstädten, auf öffentlichen Plätzen und Spielplätzen oder an stark
92 frequentierten Haltestellen. So werden unsere Städte auch bei zunehmender Hitze
93 zu Orten, an denen sich alle gut aufhalten können.

94 Wir wollen kühle, schattige und grüne Städte und Dörfer. Dafür wollen wir die
95 öffentliche Fläche stärker entsiegeln und Bäume pflanzen. Als Ziel setzen wir
96 uns 10.000 Hektar Entsiegelung landesweit und 1.000.000 Bäume in den nächsten 10
97 Jahren. Dafür richten wir die Programme des Landes für Stadtentwicklung und
98 Klimaanpassung noch stärker auf eine grüne und lebenswerte Umgebung aus und
99 entwickeln sie im Sinne der EU-Wiederherstellungsverordnung weiter.

100 Kein Kind sollte in der Pause auf glühendem Asphalt stehen müssen. Wir wollen,
101 dass mehr Schulhöfe und Kitas zu kühleren Orten werden mit fest installierten,
102 großflächigen Sonnensegeln, mehr Bäumen, Wasserspielflächen und begrüntem
103 Flächen. Dafür setzen wir unsere Programme „Coole Schulhöfe“ sowie „Coole Kitas“
104 fort und entwickeln es mit dem Ziel weiter, alle Schulhöfe in NRW zu entsiegeln
105 und klimaangepasst zu gestalten. Hitzeschutz wird so Teil der
106 Bildungsgerechtigkeit.

107 Hitzeschutz muss dort ankommen, wo Menschen ihren Alltag verbringen. Deshalb
108 sorgen wir dafür, dass Klimaanpassung bei landesgeförderten Investitionen
109 konsequent berücksichtigt wird – von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bis
110 zum öffentlichen Nahverkehr. Haltestellen und Mobilstationen wollen wir stärker
111 verschatten und begrünen und bei der Modernisierung von Bussen und Bahnen
112 wirksamen Hitzeschutz mitdenken.

113 Hitze macht auch vor dem Arbeitsplatz nicht halt: Für Beschäftigte, die
114 besonders von Hitze betroffen sind, setzen wir uns für bessere
115 Arbeitsschutzregeln ein. Hitzeschutzmaßnahmen müssen zudem durch aufsuchende,
116 mehrsprachige Informationsangebote ergänzt werden, damit Schutzwissen wirklich
117 bei den Menschen ankommt, die es am dringendsten brauchen.

118 **Wir bauen klimagerecht und bezahlbar**

119 **Gut Wohnen, besser bauen**

120 Gut leben in NRW beginnt mit einem guten Zuhause und einem lebenswerten Umfeld.
121 Wie heute gebaut, umgebaut oder saniert wird, entscheidet darüber, ob Wohnen
122 auch morgen bezahlbar bleibt, wie hoch unser Energieverbrauch wird, ob unsere
123 Städte und Dörfer lebenswert sind und wir mit Fläche und Ressourcen
124 verantwortungsvoll umgehen. Deshalb wollen wir einfacher, günstiger und zugleich
125 zukunftsfest bauen. Dafür nutzen wir innovative Ideen aus Forschung, Planung und
126 Handwerk und setzen stärker auf den Bestand.

127 Die Landesbauordnung und Förderprogramme richten wir stärker auf Bestandserhalt,
128 die Wiederverwendung von Bauteilen und Recycling-Baustoffe aus. Bei öffentlichen
129 Bauvorhaben stärken wir die Wiederverwendung von Bauteilen und den Einsatz
130 hochwertiger Recycling-Baustoffe und schaffen damit eine verlässliche Nachfrage
131 nach zirkulären Baustoffen. Kreislaufgerechtes Bauen wird beim Neubau zum
132 Standard. Gleichzeitig bauen wir Hemmnisse für den Einsatz qualitätsgesicherter
133 Recycling-Baustoffe ab. Den bereits erprobten digitalen Gebäuderessourcenpass
134 entwickeln wir weiter, damit sichtbar wird, welche Materialien in einem Gebäude
135 verbaut sind und später wiederverwendet werden können. Nachwachsende Baustoffe
136 wie Holz unterstützen wir gezielt. Mit der Solarpflicht haben wir Photovoltaik
137 auf Neubauten bereits zum Standard gemacht. Diesen Weg setzen wir fort und
138 sorgen dafür, dass Solarenergie und Dachbegrünung bei Neubauten möglichst
139 gemeinsam umgesetzt werden können.

140 Gerade im Gebäudebestand liegt enormes Potenzial für zusätzlichen Wohnraum und
141 mehr Klimaschutz. Mit der Novelle der Landesbauordnung haben wir bereits viele
142 Hürden für Ausbau, Aufstockung, Sanierung und den Einsatz Erneuerbarer Energien
143 beseitigt. Diesen Weg gehen wir weiter: Dachausbauten, Aufstockungen und
144 Umnutzungen sollen einfacher werden, damit bestehende Gebäude besser genutzt und
145 an neue Bedürfnisse angepasst werden können. Viele Eigentümer*innen übernehmen
146 bereits Verantwortung, investieren in ihre Gebäude und wollen vor Ort Teil der
147 Energiewende sein. Ihnen wollen wir es so einfach wie möglich machen. Zugleich
148 ist für uns klar: Mit Eigentum geht Verantwortung einher – für das eigene
149 Gebäude, aber auch für Klima und Gesellschaft. Die neu eingeführte
150 Baugenehmigungsfiktion, also ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren für
151 einfache Bauvorhaben, werten wir zeitnah aus und überprüfen insbesondere, ob sie
152 Verfahren tatsächlich beschleunigt. Bei Bedarf steuern wir nach. Serielles
153 Sanieren – die Vorfertigung ganzer Fassaden- und Dachelemente – macht
154 energetische Sanierungen schneller und günstiger. Auch serielles und modulares
155 Bauen wollen wir stärker nutzen, um schneller und kostengünstiger neuen Wohnraum
156 zu schaffen. Unnötige Vorgaben, die das Bauen verteuern, wollen wir abbauen. Die
157 Pflicht, bei jedem Neubau Stellplätze nachzuweisen, treibt die Kosten etwa durch
158 zusätzlichen Flächenbedarf oder teure Tiefgaragen in die Höhe. Deshalb streichen
159 wir die Stellplatzpflicht aus der Landesbauordnung und das kommunale Recht auf
160 eigene Stellplatzsatzungen. Den Gebäudetyp E unterstützen wir und wollen ihn in
161 NRW zügig umsetzen, sobald die bundesrechtlichen Voraussetzungen dafür
162 geschaffen sind. Gleichzeitig treiben wir digitale Planungs- und
163 Genehmigungsverfahren weiter voran, damit Bauvorhaben schneller, einfacher und
164 mit weniger Verwaltungsaufwand umgesetzt werden können.

165 Flächen effizienter nutzen, kurze Wege schaffen

166 Unser Grundsatz lautet: Bestehende Flächen besser nutzen, bevor neue versiegelt
167 werden. Deshalb setzen wir auf Umnutzung, Baulücken, Nachverdichtung und eine
168 flächensparende Siedlungsentwicklung. Wir bringen Arbeiten und Leben wieder
169 näher zusammen: Gemischte Wohn-Arbeits-Quartiere mit Co-Working, Handel,
170 Handwerk und Produktion machen kurze Wege möglich, reduzieren Pendelverkehr und
171 stärken lokale Wirtschaftskreisläufe. Über Städtebauförderung, angepasstes Bau-
172 und Nutzungsrecht sowie gezielte Beratung unterstützen wir Kommunen dabei, neue
173 Nutzungsmischungen zu ermöglichen.

174 Damit Baulücken nicht länger ungenutzt bleiben, unterstützen wir Kommunen dabei,
175 das im Baugesetzbuch bereits vorgesehene Baugebot konsequent durchzusetzen. Wir
176 wollen, dass Kommunen Baulücken systematisch erfassen und vorhandene
177 Flächenpotenziale für neuen Wohnraum besser aktivieren. Das Land unterstützt sie
178 dabei mit geeigneten Instrumenten und Beratung.

179 Wir möchten den Weg frei machen, um Immobilien leichter umnutzen zu können:
180 Leerstehende Büros, Gewerbeflächen, Ladenlokale und Gastronomieräume, für die
181 dauerhaft keine entsprechende Nutzung mehr absehbar ist, wollen wir leichter für
182 Wohnen, Kultur oder Gemeinschaft öffnen. Wo dafür Unterstützung notwendig ist,
183 nutzen wir insbesondere die bestehende Städtebauförderung. Gerade in kleineren
184 Städten und Gemeinden wollen wir Leerstände in Ortskernen wieder mit Leben
185 füllen und bestehende Gebäude für Wohnen, Arbeiten, Nahversorgung und Begegnung
186 neu nutzen.

187 Neue Wohnungen sollen vorrangig dort entstehen, wo Wohnen, Arbeiten und
188 Mobilität so verbunden sind, dass sie kurze Wege ermöglichen. Wir wollen deshalb
189 vor allem dort neuen Wohnraum schaffen und nachverdichten, wo Bus und Bahn,
190 Schulen, Kitas und andere Infrastruktur bereits gut erreichbar sind. Wir
191 unterstützen Kommunen dabei, entsprechende Standorte zu identifizieren und aktiv
192 zu entwickeln. Bodenwertsteigerungen, die durch eine bessere Anbindung
193 entstehen, wollen wir stärker nutzen, um den Ausbau des Umweltverbunds sowie
194 dauerhaft günstigen Wohnraum mitzufinanzieren.

195 Barrierefreiheit gehört für uns als selbstverständlicher Standard bei Neubauten
196 und bei der Entwicklung unserer Quartiere dazu. Im Bestand wollen wir Barrieren
197 bei Umbau und Modernisierung so weit wie möglich abbauen.

198 10.000 neue Wohnungen im Rheinischen Revier

199 Im Rheinischer Revier bieten die vom Braunkohlebergbau verschonten, aber
200 überwiegend verlassenen Dörfer an den Tagebauen Garzweiler und Hambach
201 Perspektiven einer neuen und nachhaltigen Stadtentwicklung des 21. Jahrhunderts.
202 Die alten Dörfer und nicht mehr benötigten Flächen des Bergbaus bieten Potenzial
203 für neue Wohneinheiten, sogar auf den entstehenden Seeflächen. Diese
204 Möglichkeiten wollen wir gemeinsam mit den Kommunen und den Menschen vor Ort
205 nutzen und 10.000 neue Wohneinheiten erreichen. Das schafft zusätzlichen
206 Wohnraum und soll zugleich Modell für Städte und Dörfer der Zukunft werden.

207 **Wir schützen Natur und Umwelt**

208 Natur schützen und Artenvielfalt bewahren

209 NRW trägt besondere Verantwortung für seine Wälder, Moore, Flüsse und
210 Kulturlandschaften. Sie zu bewahren heißt, unsere eigenen Lebensgrundlagen zu
211 schützen. Deshalb starten wir eine Renaturierungsoffensive für NRW und holen die
212 Natur dort zurück, wo sie verloren gegangen ist.

213 Die EU-Wiederherstellungsverordnung verpflichtet alle Mitgliedstaaten, bis 2030
214 wirksame Maßnahmen auf mindestens 20 Prozent der Flächen mit Sanierungsbedarf
215 umzusetzen. Wir wollen diese Verpflichtung ambitioniert vorantreiben. Einen
216 Schwerpunkt legen wir dabei auf die Wiedervernässung von Mooren und den Erhalt

217 von Feuchtgebieten, auf strukturreiche, klimaresiliente Wälder mit heimischen
218 Baumarten, auf die Renaturierung von Flussauen und durchgängige Gewässer sowie
219 auf artenreiche Agrarlandschaften mit Lebensräumen für Feldvögel und Insekten.

220 Wir knüpfen zugleich ein Natur-Netz durch ganz NRW: Schutzgebiete dürfen keine
221 voneinander getrennten Inseln bleiben. Deshalb schließen wir gezielt Lücken im
222 landesweiten Biotopverbund und verbinden Wälder, Moore, Flussauen, Wiesen und
223 andere wertvolle Lebensräume. Auch in unseren Städten schaffen und verbinden wir
224 mehr Lebensräume für Tiere und Pflanzen.

225 Wir wollen das Artensterben nicht nur bremsen, sondern bedrohte Arten
226 zurückholen. Deshalb bauen wir erfolgreiche Artenhilfsprogramme zu einem „Arten-
227 Comeback NRW“ aus. Für Arten, für deren Erhalt NRW eine besondere Verantwortung
228 trägt, verbessern wir gezielt Lebensräume, sichern Wanderkorridore und
229 unterstützen dort, wo nötig, Nachzucht und Wiederansiedlung. Unser Ziel ist
230 klar: Feldhase, Wiesenweihe und Co. sollen in NRW wieder eine Zukunft haben.

231 NRW hat mit dem Nationalpark Eifel gezeigt, wie sich wirksamer Natur- und
232 Artenschutz mit Naturerleben, Umweltbildung und nachhaltigem Tourismus verbinden
233 lässt. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortsetzen und den Nationalpark Eifel
234 weiter stärken. Regional breit getragene Initiativen zur Gründung eines weiteren
235 Nationalparks in NRW werden wir von Landesseite unterstützen. Darüber hinaus
236 sichern wir naturschutzfachlich besonders wertvolle Flächen in ganz NRW
237 dauerhaft für die Natur. Um Schutzziele effektiv zu erreichen, wollen wir
238 wertvolle Naturflächen, auch durch die NRW-Stiftung, erwerben und in einem
239 dauerhaft geschützten Biotopverbund sichern überführen.

240 In Wildnisgebieten und landeseigenen Naturschutzgebieten schaffen wir
241 Reallabore, in denen Praxis und Wissenschaft gemeinsam an ökologischer
242 Wiederherstellung und Klimaanpassung arbeiten. Wir machen messbar, ob die Natur
243 in NRW tatsächlich wieder gesünder wird. Die Vielzahl der bisherigen
244 Einzelberichte zu Biotoptypen und Artengruppen wollen wir in einem
245 Naturzustandsbericht zusammenführen, um aufzuzeigen wie sich Artenvielfalt,
246 Wälder, Moore, Gewässer und Biotopverbunde entwickeln. So messen wir
247 Naturschutzpolitik nicht daran, wie viele Programme aufgelegt wurden, sondern
248 daran, ob Arten zurückkehren und Lebensräume wieder entstehen.

249 Die kürzlich von der Landesregierung beschlossene, umfassende
250 Biodiversitätsstrategie werden wir umsetzen, um so das Artensterben zu stoppen
251 und die Bestandserholung und Rückkehr von bedrohten Arten nach NRW zu
252 ermöglichen. Ob Weißstorch, Fischadler oder Feldhase – viele positive
253 Entwicklungen in der Artenvielfalt zeigen uns, dass es geht.

254 Moore zählen zu den wichtigsten Kohlenstoffsinken und sind zugleich Hotspots der
255 biologischen Vielfalt. Deshalb brauchen unsere Moore Widerstandskraft, auch für
256 die nächste Hitzewelle: Wir setzen die begonnene Wiedervernässung fort und gehen
257 ab 2027 verstärkt in die Projektumsetzung. Gezielte Beratung und passgenaue
258 Fördermöglichkeiten helfen den Menschen vor Ort, die Wiedervernässung zum Erfolg
259 zu führen. Bislang bestehen viele Moorflächen noch als kleine, isolierte Areale.
260 Wir wollen sie gezielt zu größeren, zusammenhängenden Flächen bündeln, damit
261 Renaturierung wirklich wirkt.

262 Wo Straßen, Siedlungen oder andere Infrastruktur in die Natur eingreifen, muss
263 der ökologische Ausgleich tatsächlich wirken. Wir bündeln Ausgleichsmaßnahmen

264 stärker zu größeren zusammenhängenden Naturflächen und richten sie danach aus,
265 wo sie den größten Nutzen für Artenvielfalt und Biotopverbund haben.
266 Ersatzgelder setzen wir gezielter für die Aufwertung bestehender Schutzgebiete
267 und das Schließen von Lücken in unserem Natur-Netz ein. Für Landesprojekte
268 machen wir transparent, wo Ausgleich geschaffen wurde und wie sich diese Flächen
269 entwickeln.

270 Naturschutz entscheidet sich vor Ort. Deshalb sichern wir das Netz der
271 Biologischen Stationen dauerhaft ab und stärken sie als Partner unserer
272 Renaturierungsoffensive. Sie bringen Naturschutz, Landwirtschaft, Kommunen und
273 Ehrenamt zusammen und sorgen dafür, dass aus politischen Zielen konkrete
274 Projekte vor Ort werden.

275 Guter Naturschutz und schnellere Verfahren gehören für uns zusammen. Wir bauen
276 unnötige Bürokratie ab und sorgen zugleich für verlässliche und klare
277 Umweltstandards. Dafür setzen wir auf auskömmliche Personalausstattung,
278 frühzeitige Beteiligung und konsequente Digitalisierung von
279 Genehmigungsprozessen. Auch im Naturschutz vereinfachen wir überkomplexe
280 Verfahren und schaffen gezielte Erleichterungen, ohne das Schutzniveau
281 abzusenken.

282 Für guten Umgang mit unserem Wasser

283 Wasser muss in der Landschaft bleiben. Viel zu lange wurden Flüsse begradigt,
284 Moore trockengelegt, Flächen versiegelt und Regenwasser möglichst schnell
285 abgeleitet. Angesichts von Starkregen und zunehmender Trockenheit brauchen wir
286 das Gegenteil: Böden, Wälder, Moore und Auen müssen wieder mehr Wasser aufnehmen
287 und speichern können. Deshalb machen wir den natürlichen Wasserrückhalt zum
288 Leitprinzip unserer Wasserpolitik: Wir entsiegeln Flächen, vernässen Moore,
289 renaturieren Gewässer und geben Flüssen und Bächen wieder mehr Raum. Das schützt
290 vor Hochwasser, hilft durch trockene Sommer und schafft zugleich neue
291 Lebensräume.

292 Wasserentnahmen finden in NRW häufig noch auf Grundlage jahrzehntealter
293 Genehmigungen statt. Wie viel tatsächlich entnommen wird, ist oft unbekannt. Wir
294 wollen das bei den Kreisen und kreisfreien Städten geführte „Wasserbuch“ über
295 Grundwasserentnahmen digital und transparent weiterentwickeln, um Auswirkungen
296 auf den Wasserhaushalt in Zeiten des Klimawandels abschätzen und wenn nötig
297 gegensteuern zu können. Sinkende Grundwasserspiegel und Dürreperioden erhöhen
298 den Druck auf unsere Wasserressourcen zusätzlich. Gleichzeitig sind die
299 Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt zuletzt gesunken, obwohl der
300 Finanzbedarf für den Ausbau der Wasserinfrastruktur wächst. Die Folgen der
301 Klimakrise erfordern eine Weiterentwicklung und Neuausrichtung des
302 Wasserentnahmementgelts.

303 Seit der Flutkatastrophe von 2021 haben wir den Hochwasserschutz im Land
304 substanziell verbessert. Dieses risikobasierte Hochwassermanagement, bei dem der
305 Schutz von Leib und Leben im Vordergrund steht, entwickeln wir konsequent
306 weiter. Neben technischem spielt ökologischer Hochwasserschutz eine ebenso große
307 Rolle: Gewässer- und Auenrenaturierung reduzieren Hochwasserspitzen spürbar und
308 schaffen gleichzeitig wertvolle Lebensräume für bedrohte Tiere und Pflanzen.
309 Deshalb geben wir unseren Flüssen wieder mehr Raum: Wo es möglich ist,
310 reaktivieren wir ehemalige Auen, schaffen zusätzliche natürliche

311 Überschwemmungsflächen und verlegen Deiche zurück. Damit verbinden wir
312 technischen und natürlichen Hochwasserschutz – Wasser, das sich auf dafür
313 vorgesehenen Flächen ausbreiten kann, bedroht keine Keller und Häuser. Rund die
314 Hälfte der Deiche in NRW ist sanierungsbedürftig. Über den NRW-Plan haben wir
315 dafür eine Investitionsgarantie von 1,1 Milliarden Euro bis 2036 gesichert und
316 beschleunigen zusätzlich die Genehmigungsverfahren für technischen wie
317 ökologischen Hochwasserschutz.

318 Hochwasser hält sich nicht an Gemeinde-, Kreis- oder Landesgrenzen. Deshalb
319 organisieren wir Hochwasserschutz konsequenter entlang ganzer
320 Flusseinzugsgebiete. Kommunen, Wasserverbände, Landwirtschaft und Naturschutz
321 planen gemeinsam, wo Rückhalteflächen, Renaturierungen und technische
322 Schutzmaßnahmen die größte Wirkung entfalten. Dabei gilt: Wer oberhalb Wasser
323 zurückhält, schützt die Menschen flussabwärts. Die Zusammenarbeit mit unseren
324 Nachbarländern, insbesondere den Niederlanden, bauen wir weiter aus.

325 Auch auf Starkregen wollen wir die Menschen besser vorbereiten. Informationen
326 über Hochwasser- und Starkregenrisiken machen wir leicht zugänglich und
327 verständlich, damit jede*r erkennen kann, wie gefährdet das eigene Zuhause ist
328 und welche Vorsorge hilft. Kommunen unterstützen wir bei Beratung und Vorsorge
329 vor Ort.

330 Immer mehr Gewässer sind mit Spurenstoffen belastet, allen voran den sogenannten
331 Ewigkeitschemikalien PFAS. Wir unterbinden ihre Einleitung, bauen das Monitoring
332 aus und beteiligen die Verursacher konsequent an den Sanierungskosten nach dem
333 Prinzip: Wer verschmutzt, muss auch zahlen. Für PFAS-haltige Alltagsprodukte wie
334 Bratpfannen oder Regenjacken prüfen wir eigene Sammel- und Entsorgungswege. Wir
335 werden die Abwasserreinigung in NRW Schritt für Schritt bedarfsorientiert
336 ausbauen, um auch die Belastung mit Mikroschadstoffen weiter zu reduzieren.

337 Luft, Fläche, Boden schützen

338 Die Luft in NRW ist heute so sauber wie seit Beginn der Industrialisierung nicht
339 mehr. Das ist ein großer Erfolg für die Lebensqualität und Gesundheit der
340 Menschen in unserem Land. Noch vor 50 Jahren legte Smog regelmäßig große Teile
341 NRWs lahm und verschmutzte Luft machte viele Menschen krank. Heute werden die
342 geltenden Grenzwerte für zentrale Luftschadstoffe eingehalten. Dieser
343 Fortschritt zeigt: Konsequente Umweltpolitik wirkt und macht das Leben der
344 Menschen besser. Aber darauf wollen wir uns nicht ausruhen: Ab 2030 gelten in
345 Europa deutlich strengere Grenzwerte für Luftschadstoffe. Auch diese wollen wir
346 erreichen und damit besonders Kinder, ältere Menschen und Menschen mit
347 Vorerkrankungen besser schützen. Dafür verbessern wir die Luftqualität weiter –
348 mit Lösungen, die Gesundheitsschutz, Mobilität und eine starke Wirtschaft
349 zusammenbringen. Unser Ziel ist ein NRW, in dem niemand durch schlechte Luft
350 krank wird.

351 NRW verfügt über ein ausgeklügeltes System zur Sammlung, Aufbereitung und
352 Verwertung von Abfällen aus Privathaushalten, Gewerbe- und Industriebetrieben.
353 Aus immer mehr Abfällen werden heute wieder wertvolle Rohstoffe. Doch noch zu
354 viele Wertstoffe gehen verloren, werden nur minderwertig weiterverwertet oder
355 illegal exportiert. Gleichzeitig stellen neue Abfallströme wie die wachsenden
356 Mengen an Billig-Kleidung unsere kommunalen und privaten Entsorgungsbetriebe vor
357 große Herausforderungen. Auch die wilde Müllentsorgung in Städten und in der

358 freien Landschaft nimmt vielerorts zu. Deshalb brauchen wir in NRW gemeinsam mit
359 den kommunalen und privaten Entsorgungsbetrieben eine neue Offensive für die
360 Kreislaufwirtschaft in allen Bereichen. Egal ob Papier, Bauschutt, Bioabfall,
361 Kunststoff oder Elektronikschrott: Was wiederverwendet oder recycelt werden
362 kann, soll als Rohstoff im Kreislauf bleiben. Das schützt das Klima, schont
363 Ressourcen und macht unsere Wirtschaft unabhängiger von Rohstoffimporten.

364 Unser gesunder Boden ist wertvoll. Der Wert misst sich aber in mehr als nur
365 Geld. Auf ihm wächst Natur, die uns schützt und auf ihm produzieren
366 Landwirt*innen unsere Nahrung. Doch dieser Boden ist bedroht. Der
367 Flächenverbrauch in NRW ist nach wie vor zu hoch. Der Landesentwicklungsplan
368 begrenzt die Neuversiegelung derzeit auf maximal fünf Hektar pro Tag. Unser
369 mittelfristiges Ziel ist Netto-Null. Dabei gilt für uns: Bevor Landschaften
370 versiegelt werden, wollen wir bereits genutzte Gewerbe-, Industrie- und andere
371 Brachflächen reaktivieren. Dafür stärken wir das Flächenrecycling und prüfen,
372 welche weiteren Instrumente den Flächenverbrauch wirksam reduzieren können.

373 Klimafolgen erfordern, dass wir Flächen für Retentionsräume, Frischluftschneisen
374 und Kaltluftentstehungsgebiete raumplanerisch sichern und von anderen Nutzungen
375 freihalten. Wir setzen dabei konsequent auf natürliche Klimaanpassung.

376 **Wir stärken Landwirtschaft und schützen Tiere**

377 **Bäuerliche Landwirtschaft stärken**

378 Vielfältige Felder statt Monokulturen, artgerecht gehaltene Tiere statt
379 qualvoller Haltung, und Höfe, die sich für die nächste Generation noch lohnen:
380 Diese Landwirtschaft unterstützen wir besonders. Eine nachhaltige Landwirtschaft
381 schützt Natur, Wasser und Gesundheit gleichermaßen. Wir bauen den ökologischen
382 Landbau in NRW weiter aus und unterstützen Landwirt*innen bei der Umstellung
383 verlässlich mit gestärkten regionalen Vermarktungsstrukturen und der Abnahme
384 ökologischer, regionaler Produkte über öffentliche Kantinen. Wir möchten den
385 Ökolandbau stärken, indem wir die höchstmöglichen Fördersätze zahlen, so wie es
386 Bayern und Niedersachsen bereits tun. Wasser und Böden schützen wir gemeinsam
387 mit der Praxis: Eine verbindliche Zielvereinbarung zum landwirtschaftlichen
388 Grundwasserschutz und ein klarer Aktionsplan reduzieren den Düngemiteleinsatz
389 vor allem dort, wo es am dringendsten nötig ist. Gemeinsam mit Wissenschaft und
390 Praxis evaluieren wir außerdem die Reduktionsstrategie Pflanzenschutzmittel des
391 Landes.

392 Auch die Neugründung von Landwirtschaftsbetrieben verdient Aufmerksamkeit und
393 Unterstützung. Wir setzen uns dafür ein, Beratungsangebote auszubauen und
394 wollen, dass Neugründungen nicht an der Bürokratie scheitern.

395 Streuobstwiesen und Landschaftsgehölze prägen unsere Kulturlandschaft und
396 schützen gleichzeitig Klima und Artenvielfalt. Wir wollen den
397 Vertragsnaturschutz weiter ausbauen, denn er sichert Landwirt*innen ein
398 Einkommen und vielen bedrohten Tier- und Pflanzenarten den Lebensraum. Wir
399 fördern ihren Ausbau gezielt mit einer Pilotphase und einem Handlungskonzept für
400 Streuobstwiesen. Agrarflächen sollen bezahlbar und in den Händen aktiver
401 Landwirt*innen bleiben. Deshalb schaffen wir die doppelte Grunderwerbsteuer beim
402 landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht ab.

403 Wird Gentechnik in der Landwirtschaft eingesetzt, setzen wir auf klare
404 Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit – auch bei Tierfutter –, auf
405 Haftungsübernahme und auf die Koexistenz von konventioneller, gentechnikfreier
406 und ökologischer Landwirtschaft. Kommunen und Gemeinschaften, die sich als
407 gentechnikfreie Regionen ausweisen wollen, unterstützen wir, verpflichten uns in
408 öffentlichen Einrichtungen auf gentechnikfreie Produkte und fördern die
409 ökologische Pflanzen- und Tierzucht.

410 Bei der Bekämpfung innerbetrieblicher Tierseuchen setzen wir auf
411 Resilienzmerkmale bei der Zucht, auf geringere Viehbesatzdichten und auf
412 Impfstoffentwicklung. Außerdem nehmen wir die Tierseuchenkassen – auch bei den
413 Kosten der Bekämpfung selbst – stärker in die Pflicht.

414 Tierschutz stärken

415 Wir wollen den Tierschutz in NRW stärken, denn Tiere sollen hier qualfrei und
416 artgerecht leben. Außerdem führen wir das Verbandsklagerecht für staatlich
417 anerkannte Tierschutzvereine wieder ein. Tierheime übernehmen wichtige Aufgaben
418 für die öffentliche Hand. Dort leisten wenige Haupt- und sehr viele engagierte
419 Ehrenamtliche eine wichtige Arbeit. Der bauliche Zustand dieser Tierheime ist
420 aber oft nicht ausreichend. Daher wollen wir dafür sorgen, dass unsere Tierheime
421 gut ausgestattet und in einem guten baulichen Zustand sind. Auch sorgen wir
422 gemeinsam mit den Kommunen für eine verlässliche und angemessene Vergütung der
423 Unterbringung von Fund- und sichergestellten Tieren.

424 Konkrete Verbesserungen setzen wir dort an, wo Tierleid heute am größten ist:
425 Tierbörsen und Tierhandel kontrollieren wir strenger, auch länderübergreifend,
426 um illegalen Handel zu unterbinden. Insbesondere im Bereich von Qualzuchten und
427 illegalem Welpenhandel greifen wir härter durch. Außerdem setzen wir uns dafür
428 ein, dass Katzen verpflichtend registriert und Freigängerkatzen kastriert
429 werden.

430 Tiere sind keine Requisiten. Tierleid darf nicht für Klicks und Reichweite
431 inszeniert werden. Auch in sozialen Medien und digitalen Unterhaltungsformaten
432 muss ihr Wohl an erster Stelle stehen. Deshalb wollen wir den kommerziellen
433 Einsatz von Wildtieren für Social-Media-Inhalte stärker in den Blick nehmen und
434 dafür sensibilisieren, wenn solche Inhalte Tierleid und nicht artgerechte
435 Haltung verharmlosen.

436 Auf großen Schlachthöfen verbessern wir die Kontrolle des Tierschutzes durch
437 Videoaufzeichnung in sensiblen Bereichen. Wir bauen außerdem bürokratische Hürden
438 für mobile und hofnahe Schlachtung ab, um Tieren lange Transportwege zu
439 ersparen, und treiben die Forschung zu alternativen Betäubungsmethoden voran.
440 Wir sorgen dafür, dass Tiere in Ställen und auf Weiden wirksam vor Hitze und
441 Bränden geschützt werden, und entwickeln die Anforderungen an Hitze- und
442 Brandschutz entsprechend weiter. Die allgemeine Genehmigung der Anbindehaltung
443 von Rindern in kleinen Öko-Betrieben haben wir bereits beendet. Nun wollen wir
444 den Ausstieg insgesamt vorantreiben und mit unbürokratischer Beratung und fairen
445 Übergangsfristen den Umbau zu modernen, tiergerechten Haltungsformen
446 ermöglichen. Betriebe lassen wir dabei nicht allein.

447 Auch außerhalb der Landwirtschaft setzen wir klare Grenzen: Tierversuche wollen
448 wir reduzieren und, wo Versuche unvermeidbar bleiben, setzen wir auf gestärkten

449 Tierschutz und Förderung von Methoden gegen überzählige Versuchstiere. Wir
450 setzen uns auf Bundesebene dafür ein, Tiere, deren artgerechte Haltung in
451 reisenden Zirkusbetrieben nicht gewährleistet werden kann, nicht länger in
452 Zirkussen zuzulassen. Bei der Weiterentwicklung unserer Zoos stärken wir ihre
453 Aufgaben in Artenschutz, Erhaltungszucht, Forschung und Umweltbildung. Immer
454 mehr Kommunen schützen nachtaktive Wildtiere wie Igel mit einem Nachtfahrverbot
455 für Mähroboter, daher fordern wir den Bund auf, dafür einheitliche Regeln
456 aufzustellen.

457 Wald, Jagd und Fischerei

458 Mehr als ein Viertel NRWs ist von Wald bedeckt. Unsere Wälder sind Lebensraum
459 für unzählige Arten, speichern Kohlenstoff und Wasser, kühlen ihre Umgebung,
460 bieten Erholung und liefern mit Holz einen wichtigen nachwachsenden Rohstoff.
461 Wir wollen sie so bewirtschaften und schützen, dass sie all diese Funktionen
462 auch in Zeiten der Klimakrise erfüllen können. Den Landesbetrieb Wald und Holz
463 richten wir konsequent auf seine hoheitlichen Aufgaben, den Naturschutz sowie
464 die nachhaltige Produktion von Holz und Energie und ebenso auf Beratung,
465 Waldschutz und die Begleitung des klimaresilienten Waldumbaus aus. Mit dem durch
466 uns neu gegründeten Institut für Waldökosystemforschung stärken wir Forschung
467 und Wissenstransfer für klimaresiliente Wälder und sorgen dafür, dass neue
468 Erkenntnisse schnell bei Waldbesitzer*innen und in der forstlichen Praxis
469 ankommen. Gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung und Kooperationen von Klein- und
470 Kleinstwaldbesitzer*innen unterstützen wir dort, wo sie eine nachhaltige und
471 klimaresiliente Bewirtschaftung erleichtern.

472 In einer von Menschen dominierten Natur benötigen wir, um das Gleichgewicht von
473 Flora und Fauna sicherzustellen, oft auch Bejagung. Der überwiegende Teil der
474 Jäger*innen in NRW betreibt diese wichtige Aufgabe ehrenamtlich. Gerade bei
475 Wildunfällen leisten sie schnelle und verantwortungsvolle Hilfe und tragen damit
476 wesentlich zum Tierwohl und zur Verkehrssicherheit bei. Daneben muss die Jagd
477 auch dazu beitragen, dass sich unsere Wälder natürlich und klimaresilient
478 entwickeln können. Deshalb entwickeln wir Verbissgutachten und Schonzeiten auf
479 wissenschaftlicher Grundlage weiter. Der Wolf gehört wieder zur Artenvielfalt in
480 NRW. Wir sichern seinen Schutz und schaffen zugleich klare, rechtssichere Regeln
481 für den Umgang mit auffälligen Tieren und Konfliktfällen, die insbesondere
482 Weidetierhalter*innen Sicherheit geben. Bei der Jagd stärken wir den Tierschutz:
483 Die Ausbildung von Jagdhunden in Schliefeanlagen mit lebenden Füchsen sowie die
484 Baujagd verbieten wir.

485 Auch die Fischerei entwickeln wir natur- und tierschutzgerecht weiter. Wir
486 modernisieren die Ausbildung und schaffen die Voraussetzung für die bundesweite
487 gegenseitige Anerkennung der Fischereischeine mit einem verpflichtenden
488 Praxistag. Wir überarbeiten die Regelungen zum Angeln in Naturschutzgebieten,
489 sodass statt pauschaler Verbote passgenaue Regelungen im Sinne des Schutzzweckes
490 geschaffen werden.

491 Für gute Ernährung

492 Wir wollen, dass in NRW vielfältige, gesunde und nachhaltig produzierte
493 Lebensmittel gegessen werden. Wir entwickeln deshalb eine
494 Lebensmittelversorgungsstrategie für NRW, mit der wir unsere Versorgung

495 resilienter machen, regionale Lieferketten, nachhaltige, regionale und gesunde
496 Gemeinschaftsverpflegung in Kitas, Schulen und Kantinen und zugleich unsere
497 heimische Landwirtschaft stärken. Ernährungsarmut bekämpfen wir mit einem
498 ausgebauten Kita- und Schulkantinenprogramm nach DGE-Standards und einem
499 bezahlbaren, gesunden Mittagessen, das nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.
500 Auch für ältere Menschen setzen wir uns für gute Verpflegung in Altersheimen und
501 bei „Essen auf Rädern“ ein.

502 Wir wollen die regionale Wertschöpfung stärken, indem wir Erzeuger*innen,
503 Lebensmittelhandwerk, Handel und Gemeinschaftsverpflegung besser miteinander
504 vernetzen und regionale Vermarktungs- und Logistikstrukturen weiterentwickeln.
505 Bei der öffentlichen Beschaffung nutzen wir Spielräume, um Nachhaltigkeit,
506 ökologische Erzeugung und kurze Lieferketten stärker zu berücksichtigen.

507 Bei der Fleischerzeugung sorgen wir für wirksame und verlässliche Kontrollen.
508 Lebensmittelverschwendung wollen wir weiter reduzieren und Ernährungsbildung
509 sowie das Wissen über die Erzeugung unserer Lebensmittel stärken. Mit Kampagnen
510 gegen Lebensmittelverschwendung, Kochkursen in Schulen und Bauernhofpädagogik
511 stärken wir die Wertschätzung für gute Lebensmittel von klein auf, unterstützt
512 durch die Vernetzungsstellen der Verbraucherzentrale NRW.

513 Verbraucher*innen schützen

514 Verbraucher*innen müssen sich darauf verlassen können, beim Einkaufen, bei
515 Verträgen und bei digitalen Angeboten fair behandelt zu werden. Gerade gegenüber
516 großen Unternehmen benötigen wir starke Verbraucherrechte und die Möglichkeit,
517 diese auch tatsächlich durchzusetzen. In den vergangenen Jahren haben wir den
518 Verbraucherschutz in NRW gestärkt und sind gegen unfaire Geschäftspraktiken und
519 den Missbrauch von Marktmacht vorgegangen. Diesen Weg gehen wir konsequent
520 weiter. Dazu gehören unabhängige Beratung, verständliche Informationen und
521 Unterstützung bei der Durchsetzung der eigenen Rechte. Auch Finanzbildung gehört
522 für uns dazu: Wir bauen entsprechende Angebote für Menschen jeden Alters aus und
523 verzahnen sie besser mit bestehenden Strukturen wie den Verbraucherzentralen,
524 damit Menschen ihre eigenen finanziellen Entscheidungen selbstbewusst treffen
525 können. Ob Kleingedrucktes im Kreditvertrag, versteckte Kosten beim Abo oder die
526 Frage, wie man fürs Alter vorsorgt: Wer die eigenen finanziellen Möglichkeiten
527 kennt, gewinnt Entscheidungsfreiheit.

528 Wir setzen uns dafür ein, dass auch künftig alle Zugang zu den Angeboten der
529 Verbraucherzentrale NRW haben. Dafür unterstützen wir sie beim Ausbau digitaler
530 Beratungsangebote, ertüchtigen und erweitern nötigenfalls das Netz der
531 Beratungsstellen und sichern dessen Finanzierung langfristig.

WP-03 Ein Land der Chancen

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 4. Programm zur Landtagswahl 2027

Antragstext

Wir wollen ein Bildungssystem, in dem jedes Kind eine echte Chance bekommt. Wir wollen, dass jedes Kind seine Fähigkeiten und Talente entfalten kann – von der Kita bis zur Ausbildung, vom Klassenzimmer bis zum Hörsaal. Im Mittelpunkt stehen für uns die Menschen mit ihren unterschiedlichen Stärken und Bedürfnissen und ihrem Recht auf gute Bildung und lebenslanges Lernen.

Unsere Bildungspolitik setzt dort an, wo Menschen sie am dringendsten brauchen. Wo Kitas und Schulen an ihre Grenzen kommen, weil Personal fehlt oder Gebäude marode sind, investieren wir gezielt und schaffen bessere Bedingungen. Wo starre Vorgaben gutem Unterricht im Weg stehen, schaffen wir mehr Spielraum für die, die jeden Tag vor Ort arbeiten.

Bildungserfolg darf nicht vom Elternhaus abhängen. Dazu gehört eine frühkindliche Bildung, die bereits vor dem ersten Schultag ansetzt, damit kein Kind zurückbleibt, bevor es überhaupt eine Chance hatte. Dazu gehören Schulen, an denen niemand ausgeschlossen wird – unabhängig von Herkunft, Behinderung oder sozialer Lage. Und dazu gehören Ausbildung und Studium, die allen offenstehen, nicht nur denen, die es sich leisten können.

Gegenüber Diskriminierung, Rassismus und Queerfeindlichkeit im Bildungsalltag positionieren wir uns klar: Jeder junge Mensch soll sich in Kita, Schule, Ausbildung oder Hochschule sicher fühlen. Sie alle gehören zu NRW. Wo Hass und Ausgrenzung Lernorte bedrohen, stehen wir an der Seite der Betroffenen und handeln konsequent.

Uns geht es um ein Bildungssystem, das Familien im Alltag entlastet, den digitalen Wandel begleitet und Talente unabhängig von ihrer Herkunft fördert; ein System, das Chancen eröffnet, Vielfalt lebt und Zukunft ermöglicht. Diese Überzeugung treibt unsere Arbeit seit fast fünf Jahren an: Wir haben Investitionen in Kitas, Schulen und Ausbildung priorisiert und überfällige Reformen angestoßen. Noch nie hat das Land so viel Geld für Bildung ausgegeben wie jetzt unter einer schwarz-grünen Regierung. Darauf bauen wir auf: für jedes Kind und jeden jungen Menschen in diesem Land, chancengerecht statt vom Zufall abhängig, mit dem klaren Ziel, dass nicht Herkunft über den Bildungserfolg entscheidet, sondern Fähigkeiten, Talente und eigene Ziele.

Wir stärken frühkindliche Bildung von Klein an

Für einen guten Bildungsstart

Wir wollen die besten Bildungschancen für alle Kinder. Wir wollen, dass jedes Kind gut aufwachsen und sich entfalten kann. Jedes Kind soll mit den besten Voraussetzungen ins Leben starten. Bildungsgerechtigkeit entscheidet sich vor

37 dem ersten Schultag. Hier setzen wir an. Frühkindliche Bildung muss sich
38 konsequent am Kind orientieren. Wir haben die Kindertagesbetreuung in NRW in den
39 vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Die Zahl der Kita-Plätze ist gestiegen,
40 gleichzeitig ist auch die Zahl der pädagogischen Fachkräfte deutlich
41 angewachsen. Und wir investieren Rekordsummen in die frühkindliche Bildung: im
42 Haushaltsjahr 2027 stehen 6,5 Milliarden Euro für Kitas und Kindertagespflege
43 bereit – rund 2,1 Milliarden Euro mehr als noch im Jahr 2022.

44 Mit der Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes haben wir bereits bewusst
45 die Sprachbildung in den Fokus gerückt und auch finanziell gestärkt. Denn
46 Sprache ist der Schlüssel zu Teilhabe und Selbstbestimmung. Wir setzen auf eine
47 kontinuierliche, alltagsintegrierte Sprachbildung in den Kitas, die
48 Entwicklungsstände früh erkennt, dokumentiert und begleitet. Die Dokumentation
49 der Sprachstandsentwicklung soll digital erfolgen, auch zur Arbeitserleichterung
50 der Fachkräfte. Den Übergang von der Kita in die Grundschule wollen wir weiter
51 stärken.

52 Ein regelmäßiger Kita-Besuch verbessert die Bildungs- und Teilhabechancen von
53 Kindern erheblich. Wir bauen deshalb mögliche Hürden ab, die einem verlässlichen
54 mehrjährigen Kita-Besuch heute noch im Weg stehen und gehen niedrigschwellig auf
55 Eltern zu, um sie von den Chancen des Kita-Besuchs zu überzeugen. Es ist unser
56 Ziel, dass jedes Kind mindestens im letzten Jahr vor der Einschulung eine Kita
57 besucht. Deshalb wollen wir das letzte Kita-Jahr verbindlich gestalten.

58 Kein Kind soll hungrig in der ersten Schulstunde oder im Morgenkreis der Kita
59 sitzen. Deswegen arbeiten wir mit Angeboten daran, dass das der Vergangenheit
60 angehört.

61 Wo die Startbedingungen am schwierigsten sind, muss der Staat am stärksten
62 unterstützen. Dafür haben wir den Kita-Sozialindex entwickelt, denn wir wollen
63 unsere Ressourcen gezielt dort einsetzen, wo das Geld am meisten gebraucht wird
64 und die Herausforderungen am größten sind. Deshalb setzen wir mit dem Ausbau der
65 Chancen-Kitas genau dort an, wo Kinder die Unterstützung am dringendsten
66 brauchen – durch aufsuchende Sozialarbeit und gezielte Sprachförderung.

67 Kitas müssen verlässlich sein. Wenn Betreuungszeiten kurzfristig ausfallen oder
68 reduziert werden, bringt das den Alltag von Familien durcheinander und stellt
69 insbesondere berufstätige Eltern vor große Probleme. Gute frühkindliche Bildung,
70 gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Kitas und die Vereinbarkeit von
71 Familie und Beruf gehören für uns zusammen. Daher benötigen wir neben den Kitas
72 auch in Zukunft die Kindertagespflege als eine tragende Säule der frühkindlichen
73 Bildung und Betreuung. Wir wollen Kitas so aufstellen, dass Familien sich auf
74 ihre Betreuung verlassen können und Kinder verlässliche Strukturen erleben.

75 Für eine weiterhin hohe Qualität in den Kitas brauchen wir mehr Fachkräfte. Dem
76 Fachkräftemangel im Elementarbereich begegnen wir deshalb mit neuen Wegen in den
77 Beruf: Kinderpfleger*innen sollen sich berufsbegleitend zur Erzieher*in
78 qualifizieren können, ohne noch einmal eine komplette Ausbildung durchlaufen zu
79 müssen. Wir bauen praxisintegrierte Ausbildungsplätze weiter aus und erleichtern
80 die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, denn der Einsatz von guten
81 Erzieher*innen darf nicht an Bürokratie scheitern. Auch die Fachkräfteoffensive
82 wollen wir weiterführen und ausbauen.

83 Weil gute Kitas eine zuverlässige Finanzierungsgrundlage brauchen, bauen wir das
84 aktuelle Finanzierungssystem um. Die Umsetzung der Kita-Formel für ein neues,
85 bürokratiearmes und bedarfsgerechteres System wollen wir vorantreiben und
86 insbesondere das Kind und seine Bedarfe in den Fokus nehmen. Finanzielle
87 Spielräume, die sich durch den Bürokratieabbau und durch sinkende Kinderzahlen
88 ergeben, wollen wir für die Stärkung der Qualität der frühkindlichen Bildung
89 einsetzen. Damit Inklusion gelingen kann, müssen die finanziellen und
90 personellen Ressourcen bereitgestellt werden. Für uns gilt: Gute Chancen
91 beginnen in der Kita. Wir wollen, dass jedes Kind von Anfang an die besten
92 Voraussetzungen für seinen weiteren Weg bekommt.

93 Medienbildung von Anfang an

94 Medienbildung gehört für uns von Anfang an dazu. Dazu wollen wir insbesondere
95 die Eltern sensibilisieren. Weil digitale Medien den Familienalltag schon in den
96 ersten Lebensjahren prägen, verankern wir Medienkompetenz als festen Baustein
97 der Frühen Hilfen: Wir qualifizieren Fachkräfte, bauen niedrigschwellige
98 Beratung aus und unterstützen Eltern dabei, ihre Kinder von Anfang an sicher
99 durch die digitale Welt zu begleiten.

100 Digitalisierung soll zugleich die Arbeit in unseren Kitas einfacher machen.
101 Digitale Anwendungen können Fachkräfte bei Dokumentation, Organisation und
102 Verwaltung entlasten und so mehr Zeit für die Arbeit mit den Kindern schaffen.
103 Dafür wollen wir die digitale Ausstattung der Kitas verbessern und auch
104 Bundesmittel für die Finanzierung notwendiger Endgeräte nutzen.

105 **Wir geben Kindern, Jugendlichen und Familien** 106 **Rückhalt**

107 Familien im Alltag begleiten

108 Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.
109 Familien sind so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Familien geben Halt, sind
110 Ort von Fürsorge, Erziehung und Pflege und sind damit von unverzichtbarem
111 gesellschaftlichen Wert, der weit über das Private hinausreicht. Deshalb ist es
112 unsere Aufgabe, allen Familienformen echte Wahlfreiheit, Anerkennung und
113 verlässliche Unterstützung zu ermöglichen.

114 Eltern sind die ersten Bildungsbegleiter ihrer Kinder. Familien bewegen heute
115 viele Fragen und Herausforderungen und der Beratungsbedarf wächst. Deshalb
116 stärken wir die Familienbildung als wichtigen Teil der Bildungskette und
117 unterstützen Familien frühzeitig und niedrigschwellig in ihrer Erziehungs- und
118 Bildungskompetenz. Familienzentren sind hierfür gute Orte des Austauschs und der
119 Beratung. Ihr Angebot in NRW wurde stetig erweitert. Diese Struktur muss nun
120 weiter verbessert werden. Deshalb bündeln wir bestehende Angebote gezielt und
121 verzahnen Familienbildung, -pflege und -beratung besser miteinander. Dabei
122 schauen wir besonders dorthin, wo der Bedarf am größten ist. Dort bauen wir die
123 Angebote gezielt aus und erleichtern Familien den Zugang, mitgestaltet von
124 Kindern, Jugendlichen und Eltern selbst.

125 Teilhabe ermöglichen: Mit der Kidz-/YouthCard

126 Jedes fünfte Kind in NRW wächst in Armut auf. Das ist eine
127 gesamtgesellschaftliche Herausforderung mit direkten Folgen für Bildungschancen
128 und das spätere Leben. Bildungsgerechtigkeit hängt nicht nur von guter Kita und
129 Schule ab, sondern auch davon, ob sich Familien Sportverein, Musikschule,
130 Mittagessen, Nachhilfe oder die Klassenfahrt leisten können. Wir setzen uns für
131 eine landesweit einheitliche Kidz-/YouthCard ein, die Kindern und Jugendlichen
132 unkompliziert Zugang zu Teilhabe verschafft. Die Finanzierung der Karte soll an
133 die Bundesmittel für Bildung und Teilhabe gekoppelt werden, um diese besser
134 auszuschöpfen. Darüber hinaus sollen sowohl das Land als auch die Kommunen
135 eigene Angebote ergänzen können – etwa kostenlosen Nahverkehr, freien Eintritt
136 in Museen oder weitere Vergünstigungen vor Ort.

137 Kinderschutz, der wirkt

138 Kinder brauchen unseren Schutz, denn sie sind besonders verletzlich und
139 überdurchschnittlich von Gewalt betroffen. NRW nimmt eine Vorreiterrolle
140 bundesweit im Kinderschutz ein – diese wollen wir weiter ausbauen. Unser Ziel
141 ist es, Kinderrechte im Alltag von Familien, Schulen, Kitas, Vereinen und der
142 Kinder- und Jugendhilfe sichtbar zu machen und ihre Umsetzung zu stärken.

143 Wir entwickeln verbindliche Qualitätsstandards für Kinderschutzkonzepte, die wir
144 gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und Eltern erarbeiten. Wir konkretisieren
145 das bewährte Qualitätsentwicklungsverfahren der Jugendämter durch einen klaren
146 Kriterienkatalog. Jugendämter und freie Träger stärken wir mit einer
147 Qualitätsoffensive aus Fortbildung, Supervision und Vernetzung.
148 Kinderschutzhäuser für kindgerechte, belastungsarme Vernehmungen bauen wir aus,
149 indem wir bestehende Kinderschutzambulanzen weiterentwickeln. In jedem
150 Regierungsbezirk soll mindestens eine Kinderschutzambulanz zur Verfügung stehen.
151 Wir legen ein Programm auf, das Kinderschutzfachkräfte, gerade bei kleineren
152 Trägern, qualifiziert und vernetzt. Auch bei kommerziellen Anbietern wollen wir
153 den Kinderschutz stärken. Und weil ein großer Teil des Kinderalltags in Schulen
154 stattfindet, müssen Kinderschutz und Gewaltprävention fest in der
155 Schulentwicklung verankert werden.

156 Wenn Kinder oder Familien in Konflikt mit der Jugendhilfe geraten, brauchen sie
157 unabhängige Ansprechstellen. Wir legen landesweit verbindliche Mindeststandards
158 für Ombudsstellen fest: unabhängig, barrierefrei, mehrsprachig und
159 flächendeckend erreichbar. Für uns steht fest: Hilfe in Notsituationen für
160 Kinder und Familien darf nie an der Finanzkraft einer Kommune scheitern. Doch
161 zugleich können aufwendige, individualpädagogische Hilfen kleinere Jugendämter
162 finanziell überfordern. Wir suchen daher gemeinsam mit den Kommunen nach
163 tragfähigen Lösungen.

164 Mit der unabhängigen Beauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte ist in NRW
165 eine wichtige neue Struktur geschaffen worden. Wir wollen diese Stelle zu einer
166 starken und sichtbaren Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln.
167 Dafür benötigen wir ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen und eine
168 enge Verzahnung mit den kommunalen Kinderschutznetzwerken.

169 Bei Verdacht auf Gewalt gegen Kinder leiten wir einen Paradigmenwechsel ein und
170 verzahnen familiengerichtliche und strafrechtliche Verfahren konsequent. Durch

171 die Bündelung richterlicher Zuständigkeiten und die enge Vernetzung von
172 Gerichten, Polizei, Jugendämtern sowie Hilfsangeboten beschleunigen wir
173 Verfahren, verhindern Re-Traumatisierungen und ersparen Kindern belastende
174 Mehrfachvernehmungen. Kinder und Jugendliche müssen in Verfahren, die sie
175 betreffen, tatsächlich Gehör finden.

176 Erwachsenen Personen, die in ihrer Kindheit oder Jugend Opfer von sexualisierter
177 Gewalt in Institutionen oder auch in der Familie geworden sind, wollen wir eine
178 Stimme geben. Zurecht fordern sie ein Recht auf Aufarbeitung ein. Die Ergebnisse
179 der Kommission für die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und
180 Jugendliche nehmen wir daher sehr ernst und wollen die Umsetzung der Forderungen
181 sorgfältig prüfen und angehen.

182 Besondere Lebenslagen begleiten

183 Manche Kinder und Jugendliche brauchen einen zweiten Blick. Pflegefamilien geben
184 ihnen Sicherheit und ein familiäres Zuhause. Wir entwickeln das Konzept der
185 Westfälischen Pflegefamilie zum Modell „Nordrhein-Westfälische Pflegefamilie“
186 weiter, mit einheitlichen Qualitätsstandards, verbindlicher Fortbildung und
187 einer landesweiten Hotline, die Pflegefamilien in Krisen schnell und
188 unbürokratisch berät und unterstützt. Jugendliche, die aus der Jugendhilfe
189 herauswachsen, dürfen danach nicht allein gelassen werden: Wir bauen
190 verlässliche kommunale Netzwerke auf, die sie beim Übergang in Ausbildung,
191 Studium, Beruf und eigenes Wohnen langfristig begleiten.

192 Mädchen sollen frei, sicher und selbstbestimmt aufwachsen und ihren eigenen Weg
193 gehen können. Deshalb stärken wir ihre Chancen in Bildung, Gesundheit, Sport und
194 Beruf, schützen sie vor geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung und
195 machen vielfältige weibliche Vorbilder sichtbar.

196 Auch Jungen brauchen Unterstützung dabei, sich frei von starren Rollenbildern
197 und problematischen Vorbildern in sozialen Medien zu entwickeln und einen guten
198 Umgang mit Konflikten und Gewalt zu lernen. Wir treten für ein positives,
199 verantwortungsvolles Rollenbild von Jungen und männlichen Vorbildern ein.
200 Deshalb stärken wir geschlechterreflektierte Jungenarbeit gezielt mit
201 präventiven Angeboten und qualifizierten Fachkräften.

202 Jugendarbeit stärken

203 Gute Jugendarbeit erreicht junge Menschen dort, wo sie sind, und nimmt ihre
204 Lebensrealität ernst – von Sorgen um Armut, Ausbildung und Familie bis zu Krieg
205 und Klimawandel. Der Kinder- und Jugendförderplan NRW ist das wichtigste und
206 zentrale Förderinstrument des Landes, um Kinder und Jugendliche zu unterstützen
207 und ihre Teilhabe zu stärken. Daher werden wir die Dynamisierung fortsetzen und
208 Kinder und Jugendliche selbst bei der Erarbeitung der Schwerpunkte des nächsten
209 Kinder- und Jugendförderplans einbeziehen.

210 Mit einem Landesprogramm „Digital Streetwork – Jugend NRW“ bringen wir
211 aufsuchende Sozialarbeit ins Netz, also dorthin, wo viele Jugendliche einen
212 Großteil ihrer Zeit verbringen und schützen sie so früher vor mentalen Krisen
213 und Radikalisierung. Jugendarbeit für geflüchtete Kinder und Jugendliche
214 verankern wir dauerhaft im Kinder- und Jugendförderplan, statt sie von Projekt
215 zu Projekt zu finanzieren. Zugleich richten wir die Jugendarbeit stärker auf die

216 Herausforderungen aus, die junge Menschen heute beschäftigen – von psychischer
217 Gesundheit, Rollenbildern und unterschiedlichen individuellen Bedürfnissen bis
218 zu einem respektvollen, demokratischen und sicheren Miteinander, online wie
219 offline.

220 Freiwilligendienstleistende sollen vom Land ein kostenfreies Deutschlandticket
221 als Anerkennung erhalten.

222 Im ländlichen Raum bauen wir zielgruppenspezifische Angebote, wie Mädchen- und
223 Jungenarbeit, queere und antirassistische Jugendarbeit, gezielt aus, damit gute
224 Jugendarbeit keine Frage des Wohnorts bleibt.

225 Junge Menschen brauchen Orte, die ihnen gehören und in denen sie sich
226 wohlfühlen. Wir schaffen Anreize, bestehende Jugendräume zu modernisieren und
227 neue Treffpunkte zu schaffen. Junge Menschen sollen dabei beteiligt werden,
228 Spiel- und Bolzplätze, Skate-, Calisthenic- und Dirtspots so zu gestalten, dass
229 sie wirklich zu ihren Bedürfnissen passen.

230 Medienkompetenz stärken, digitale Räume schützen

231 Die Sozialen Medien sind für junge Menschen Orte der Kommunikation, Information
232 und Teilhabe. Es sind aber auch Orte, an denen sie Hass, digitaler Gewalt,
233 Cybergrooming und gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind. Kinder und
234 Jugendliche müssen befähigt werden, Desinformation, Hass und manipulative
235 Algorithmen zu erkennen und einzuordnen. Das gilt besonders für den Umgang mit
236 Künstlicher Intelligenz, denn Schüler*innen und Lehrer*innen müssen frühzeitig
237 Chancen und Grenzen von KI kennenlernen. Wir bauen Medienkompetenz und
238 Medienbildung für Kinder, Jugendliche, Eltern und pädagogisches Personal weiter
239 konsequent aus. Dabei bauen wir auf erfolgreichen Angeboten in NRW auf: Angebote
240 wie das "Internet-ABC" und die "Medienscouts NRW" vermitteln Kindern und
241 Jugendlichen Wissen und Kompetenzen für einen sicheren, selbstbestimmten und
242 kritischen Umgang mit digitalen Medien. Wir wollen solche Angebote stärken und
243 weiter in die Fläche bringen. Gleichzeitig stärken wir mit Angeboten wie „Eltern
244 und Medien“ die Zusammenarbeit von Kitas, Schulen und Eltern, denn gute
245 Medienbildung gelingt am besten gemeinsam.

246 Gleichzeitig reicht Bildung allein nicht: Suchtverstärkende Algorithmen,
247 zielgenaues Targeting und gesundheitsgefährdende Inhalte treffen Kinder und
248 Jugendliche besonders hart. Wir setzen uns deshalb für eine verbindliche
249 Altersgrenze von 13 Jahren für Social-Media-Plattformen ein. Für 13- bis 15-
250 Jährige sollen nur Plattformen zugänglich sein, die den
251 Jugendschutzanforderungen des Digitale-Dienste-Gesetzes (Digital Services Act)
252 entsprechen. Dafür nehmen wir die Plattformen in die Verantwortung. Die
253 Altersprüfung muss datenschutzkonform erfolgen, ohne biometrische Daten. So
254 verbinden wir Schutz und digitale Teilhabe, statt Verantwortung allein auf junge
255 Menschen und ihre Eltern abzuwälzen. Kinder und Jugendliche beziehen wir in die
256 Weiterentwicklung des Jugendmedienschutzes ein und setzen die
257 Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Expertenkommission „Kinder- und
258 Jugendschutz in der digitalen Welt“ für NRW konsequent um.

259 **Wir machen Schulen und Ausbildung zukunftsfit**

260 **Für eine neue Schulfreiheit**

261 Wir wollen Schulen, in denen Kinder eigenständig und verantwortungsvoll lernen
262 können. Zu oft erstickt ihr Schulalltag in starren Regeln für Lehrpläne,
263 Organisation und Personal. Wir finden: Lehrkräfte sollten bei ihrer
264 pädagogischen Arbeit viel mehr Freiheit haben – getragen von Vertrauen,
265 gemeinsamen Werten, Teilhabe und der Orientierung am Wohl der Kinder. Schulen
266 sollen ihren eigenen Weg gestalten und Profile entwickeln, die zu ihren
267 Schüler*innen, ihren Teams und ihrem Umfeld passen. Vertrauen bildet dabei die
268 Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulträgern, Schulaufsicht,
269 Eltern, Schüler*innen und Politik. Schulen sollen Neues erproben, aus
270 Erfahrungen lernen und Konzepte verändern dürfen, wenn sie sich im Alltag nicht
271 bewähren. Eine Vielfalt von Schulkonzepten erleben wir als Stärke, die wir
272 sichtbar machen wollen.

273 Bildung soll sich am Kind orientieren: Ganzheitliches Lernen heißt für uns,
274 Leistung und Persönlichkeit zusammenzudenken, mit weniger Bürokratie und mehr
275 Wirkung. Wir wollen das Schulsystem mit seinen Bildungsgängen übersichtlicher
276 gestalten und die Durchlässigkeit zwischen ihnen verbessern. Die Strukturen im
277 Schulsystem verschlanken wir dort, wo es pädagogisch sinnvoll ist.

278 Einzelschulen erhalten mehr Verantwortung für ihr eigenes Budget. Dazu gehört
279 auch, dass Grundschulen mit hohem Sozialindex die Schulzeit flexibel auf fünf
280 statt vier Jahre verteilen können, wenn das dem Lerntempo der Kinder entspricht.
281 Jugendliche, deren Abschluss gefährdet ist, fangen wir auf durch feste
282 Kooperationsklassen zwischen Schule und Betrieb, mit eigens dafür
283 bereitgestellter Begleitung. Schulleitungen erhalten gezielte Fortbildung in
284 Organisationsentwicklung.

285 Wie Schulentwicklungsplanung und Schulfinanzierung künftig zwischen Land und
286 Kommunen verteilt werden, wollen wir gemeinsam mit den kommunalen
287 Spitzenverbänden neu verabreden.

288 Das System zur Steuerung von Schulen ist derzeit sehr kompliziert und wenig
289 effizient. Das erschwert es, Schüler*innen gezielt zu unterstützen. Deshalb
290 wollen wir die Zusammenarbeit von Schulen, Schulträgern, Schulaufsicht und Land
291 neu ordnen und Abläufe vereinfachen.

292 Schulen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, gemeinsam mit den Kommunen passende
293 Lösungen für ihre Lernorte in der Region zu entwickeln. Dabei geben wir den
294 einzelnen Schulen mehr Entscheidungsspielraum. So wird Verantwortung stärker vor
295 Ort verankert und Bildungsangebote können besser auf die unterschiedlichen
296 Bedürfnisse der Schüler*innen zugeschnitten werden.

297 **Lernen, das ins 21. Jahrhundert passt**

298 Wir setzen die erfolgreiche Förderung von Einrichtungen der Bildung für
299 nachhaltige Entwicklung und Umweltbildungseinrichtungen weiter fort und
300 ermöglichen Naturerlebnisse für jedes Kind. In den vergangenen fünf Jahren haben
301 wir das Netzwerk geförderter Einrichtungen im Bereich Bildung für nachhaltige
302 Entwicklung und Umweltbildung in NRW massiv ausgebaut; dieses Engagement setzen

303 wir fort und stärken dafür auch die regionalen BNE-Zentren strukturell und
304 finanziell weiter. Konkret wollen wir einen Exkursionstag in jedem Kita- und
305 Schuljahr verankern, ergänzt um jährliche Aktionen an Schulen und Kitas selbst.
306 Etwa dort, wo Außenanlagen im Rahmen der Landesförderprogramme „Coole Schulhöfe“
307 und „Grüne Kitas“ naturnah und unter Beteiligung der Kinder umgestaltet werden.

308 Schule darf nicht bei vorgegebenen Lehrplänen stehen bleiben. Wir setzen auf
309 Gestaltungskompetenzen und auf Projektlernen über Fachgrenzen hinaus. Schulen
310 erhalten regelmäßig Zeit im Stundenplan, um sich fächer- und
311 jahrgangsübergreifend mit aktuellen Themen zu beschäftigen. Wir stimmen
312 Unterricht und den offenen Ganztag besser aufeinander ab und schaffen so einen
313 kindgerechten Tagesablauf mit klarem Rhythmus für Lernen, Spielen und Erholen.

314 Wir machen Schluss mit der Unübersichtlichkeit aus rund 130 Lehrplänen in NRW:
315 wir ersetzen schulformbezogene durch schulstufenbezogene Fachlehrpläne auf
316 Grundlage eines Rahmenlehrplans, wie es andere Bundesländer bereits vormachen.
317 So lernen alle Schüler*innen in einer Altersstufe dieselben Themen, flexibel
318 angepasst an ihr persönliches Leistungsniveau. Das schafft Transparenz,
319 ermöglicht durchlässigere Bildungswege, individuelle Förderung unabhängig von
320 der Schulform und reduziert zugleich Bürokratie und den Aufwand der
321 Schulaufsicht. So erleben Kinder und Jugendliche eine durchgängige,
322 Bildungsbiografie ohne Brüche.

323 Damit trotzdem niemand durchs Raster fällt, legen wir landesweit verbindliche
324 Mindeststandards und darauf aufbauende Kernlehrpläne fest. Sie müssen am Ende
325 der Primarstufe und der Sekundarstufe I erreicht sein, überprüft durch
326 regelmäßige Tests und Monitoring, verantwortet von den einzelnen Schulen
327 gemeinsam mit der Schulaufsicht. In der Sekundarstufe I ermöglichen wir
328 individualisierte Formen von Klassenarbeiten und mündlichen Prüfungen.

329 Wir stärken den Stellenwert von Politik, Sozialwissenschaften und Gesellschaft
330 im Unterricht wieder deutlich, damit junge Menschen unsere Demokratie aktiv
331 mitgestalten können.

332 Gute Schule braucht gutes Personal

333 Unsere Schulen in NRW kämpfen weiter mit Lehrkräftemangel und
334 Unterrichtsausfall. Wir wollen dagegen vorgehen, mit Entbürokratisierung und mit
335 Maßnahmen, die den Lehrberuf attraktiv halten und neues Personal gewinnen.

336 Gute Schule braucht starke Teams und weiß selbst am besten, welches Personal und
337 welche Mittel sie dafür braucht. Schulen sollen flexibel und eigenständig
338 entscheiden können, wie sie Personal- und Sachmittel einsetzen. Dabei
339 orientieren wir uns an den Freiräumen, die Ersatzschulen schon heute nutzen. Auf
340 Grundlage eines schulbezogenen Stellenplans verwalten Schulen künftig auch
341 multiprofessionelle Personalstellen (u.a. Schulsozialarbeiter*innen,
342 Schulpsycholog*innen, Verwaltungsstellen in IT und Administration) selbst, damit
343 Schulen ihr Personal unkompliziert entsprechend ihrer akuten Bedarfe einsetzen
344 können. Jede Schule kann sich so selbst das Team bauen, das sie wirklich
345 braucht. Wir entlasten das pädagogische Personal gezielt von
346 Verwaltungsaufgaben, damit mehr Zeit für das Lehren bleibt. Fach-, Werkstatt-
347 und technische Lehrkräfte sollen eingestellt werden können. Schulsozialarbeit

348 wird mit verbindlichen Standards fester Bestandteil von Schule, mit engerem
349 Austausch zwischen Jugendhilfe und Schule.

350 Wir schaffen gezielte Angebote für Gesundheitsförderung und Prävention gegen
351 Überlastung von Lehrkräften.

352 Für den Seiten- und Quereinstieg in den Lehrberuf möchten wir weiter Hürden
353 abbauen, ebenfalls bei der Anerkennung von ausländischen Studienabschlüssen und
354 Berufserfahrung.

355 Lehrkräfte verstehen wir dabei als Begleiter*innen individueller Lernwege.
356 Kinder und Jugendliche können ihr Lernen aktiv mitgestalten und eigene Stärken
357 entdecken. Fort- und Weiterbildung gestalten wir gemeinsam mit den Hochschulen
358 neu und verbindlicher: mit verpflichtenden Fortbildungen zur wachsenden
359 Heterogenität der Klassen und zum Umgang mit Inklusion und
360 Einwanderungsgesellschaft, zu Vielfalt, Bildung für nachhaltige Entwicklung
361 sowie mit ausgeweiteten Angeboten zu digitalen, auch KI-gestützten Lehr- und
362 Lernformaten. Die Lehramtsausbildung selbst öffnen wir für duale Elemente und
363 Studiengänge.

364 Schulleitungen stärken wir konsequent durch mehr Leitungszeit, größere Autonomie
365 in Personal- und Unterrichtsentwicklung sowie kontinuierlicher Begleitung durch
366 Coaching und Supervision. Mit den Lehrer*innenverbänden gehen wir zudem die
367 überfällige Neubewertung der Lehrer*innenarbeitszeit an. Und wir reformieren das
368 Referendariat mit dem Ziel eines fairen, modernen Vorbereitungsdienstes:
369 flexibel zwischen 18 und 30 Monaten, modular strukturiert und an den
370 individuellen Bedürfnissen der Lehramtsanwärter*innen orientiert.

371 Für einen guten und verlässlichen Ganzttag

372 Der Ganzttag ist und bleibt für uns der Schlüssel zu echter Chancengerechtigkeit
373 und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir halten an der Ausbauoffensive
374 der Offenen Ganzttagsschule (OGS) in NRW fest und schreiben sie fort. Klar ist:
375 Der Rechtsanspruch allein reicht nicht, solange Fachkräftemangel und angespannte
376 Haushaltsslage Tempo und Qualität begrenzen. Deshalb setzen wir parallel auf neue
377 Ausbildungswege wie die Sozialassistenten mit Schwerpunkt Grundschulbetreuung und
378 auf eine engere, gleichberechtigte Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe.
379 Wir wollen landesweit verlässliche Qualitätsstandards für den Ganzttag schaffen,
380 damit gute Betreuung und Förderung nicht von der Finanzkraft der Kommune oder
381 den Bedingungen vor Ort abhängen. Gleichzeitig stärken wir die Beteiligung von
382 Kindern und Eltern sowie den Kinderschutz. Den gebundenen Ganzttag an Grund- und
383 weiterführenden Schulen bauen wir gekoppelt an den Sozialindex und somit den
384 sozialen Herausforderungen in den Nachbarschaften aus. Unser Ziel bleibt ein
385 Ganzttag, der nicht nur verlässlich, sondern auch in seiner Qualität allen
386 Kindern und Beschäftigten gerecht wird.

387 Inklusion: Schule als Ort ohne Ausgrenzung

388 Jedes Kind soll genau die Unterstützung erhalten, die es für seinen eigenen Weg
389 braucht, unabhängig von Herkunft, familiärer Situation, Geschlecht, Sprache oder
390 Behinderung. Bei Behinderung ist die Umsetzung der UN-
391 Behindertenrechtskonvention die Leitlinie unserer Bildungspolitik.

392 Individuelle Schulbegleitung bleibt für Kinder unverzichtbar, die ohne sie nicht
393 am Unterricht teilnehmen können. Bei dauerhaftem Bedarf wollen wir
394 längerfristige Bewilligungen ermöglichen, damit Familien nicht jährlich erneut
395 Anträge stellen müssen. Zugleich integrieren wir Schulbegleitung stärker in das
396 multiprofessionelle Team der Schule, mit verbindlich geregelter Qualifikation,
397 pädagogischer Einbindung und fairen Arbeitsbedingungen. Perspektivisch wollen
398 wir pädagogische Klassenbegleitungen als festen Bestandteil multiprofessioneller
399 Teams etablieren. Pflegerische Tätigkeiten müssen fachlich benannt,
400 professionell eingeordnet und entsprechend vergütet werden.

401 Perspektivisch wollen wir jeder Klasse der Primar- und Sekundarstufe I eine
402 pädagogische Klassenbegleitung an die Seite stellen und eine feste,
403 qualifizierte Ansprechperson für Kinder, Lehrkräfte und Schulsozialarbeit. Über
404 den Schulsozialindex erhalten Schulen mit besonderem Bedarf zusätzliche
405 Klassenbegleitungen. Multiprofessionelle Teams bauen wir gezielt um
406 Sonderpädagog*innen und weitere Professionen aus und verankern
407 Inklusionskoordinator*innen auf Schulleitungsebene. Landesweite Baustandards
408 sorgen für Barrierefreiheit und inklusionsfördernde Raumausstattung. Gemeinsam
409 mit der Monitoring-Stelle in NRW erstellen wir einen Aktionsplan Inklusion mit
410 klaren Zielen und verbindlicher Zeitachse. Individuelle Hilfen sollen wo nötig
411 erhalten bleiben, integrieren sich aber künftig in die strukturelle
412 Verantwortung der Schule. Erstmals erarbeiten wir für NRW einen Dyskalkulie-
413 Erlass, um Leitlinien im Umgang mit Rechenschwäche zu geben.

414 So lernen Kinder gemeinsam in vielfältigen Gruppen, in denen Unterschiede
415 selbstverständlich dazugehören, und erfahren Schule als sicheren Ort ohne
416 Ausgrenzung.

417 Kein Kind bleibt zurück: flexible Wege durch die Schulzeit

418 Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb streben
419 wir beitragsfreie Bildung an. Wir wollen Ganztagschulen mit Gebührenbefreiung
420 für Geringverdienende und die finanzielle Unterstützung beim Schulstart oder für
421 Schulausflüge, damit kein Kind zurückbleibt. Auf dem Weg dorthin legen wir
422 Höchstgrenzen für die Elternbeiträge in Kitas, Kindertagespflege und offenen
423 Ganztagschulen fest, um insbesondere Familien mit kleinen und mittleren
424 Einkommen zu entlasten.

425 Erfolgreiche Ansätze aus dem Startchancen-Programm werten wir systematisch aus
426 und sorgen dafür, dass bewährte Konzepte schnell allen Schulen in NRW
427 zugutekommen.

428 Unser Ziel ist, Abschlüssen und unfreiwillige Klassenwiederholungen durch
429 bessere individuelle Förderung so weit wie möglich zu vermeiden. Schwierigkeiten
430 beim Lernen wollen wir frühzeitig erkennen und Schüler*innen gezielt
431 unterstützen, damit sie ihren Bildungsweg erfolgreich fortsetzen können, statt
432 durch Rückstufungen zusätzliche Hürden zu erleben. Die Kita kennt die
433 Entwicklung eines Kindes besonders gut und kann deshalb Eltern beim richtigen
434 Zeitpunkt für die Einschulung fachkundig beraten. Mit der Kita-Pflicht im
435 letzten Jahr stellen wir sicher, dass jedes Kind und seine Familie von dieser
436 Beratung profitieren. Das Modell der PRIMUS-Schulen mit längerem gemeinsamen
437 Lernen von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe I bauen wir aus.

438 Damit Unterstützung dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird,
439 entwickeln wir den Schulsozialindex weiter. Dabei berücksichtigen wir stärker
440 die tatsächlichen Voraussetzungen und Förderbedarfe der Schüler*innen.
441 Zusätzliche Mittel sollen gezielt Schulen zugutekommen, an denen besonders viele
442 Kinder die Mindeststandards noch nicht erreichen – vor allem in den
443 Grundschulen. Eine datenschutzkonforme Bildungs-ID begleitet Bildungsbiografien
444 über Einrichtungsgrenzen hinweg, vereinfacht Verwaltungsprozesse und verbessert
445 den Datenaustausch zwischen Bildungseinrichtungen. Unterstützung für Familien
446 endet nicht an der Schultür: Wir bauen die Zahl der Familiengrundschulzentren
447 deutlich aus und docken sie an den Sozialindex an, damit sie als
448 multiprofessionelle Netzwerke genau dort ankommen, wo der Bedarf am größten ist.

449 Eine Schule, die trägt

450 Schule muss tragen; gerade dann, wenn junge Menschen krank werden. Psychische
451 Belastungen bei Kindern und Jugendlichen haben spürbar zugenommen: Angst- und
452 Essstörungen, Depressionen und psychosomatische Beschwerden treten früher auf,
453 verlaufen intensiver und bleiben oft unbehandelt. Deshalb braucht Schule Raum
454 und Zeit für echte Beziehungen und Zuhören, Lernen ohne übermäßigen Druck sowie
455 eine an jeder Schule präsente Unterstützung für seelische und soziale Fragen,
456 die Kinder, Jugendliche, Mitarbeitende und Familien gleichermaßen einbindet. Wir
457 wollen, dass diagnostizierte psychische Erkrankungen verbindlich unter den
458 Nachteilsausgleich fallen. Dafür braucht es landesweite Richtlinien,
459 Fortbildungen für Lehrkräfte und transparente, niedrigschwellige Verfahren. Für
460 Schüler*innen mit Long Covid und anderen chronischen Krankheiten wie ME/CFS
461 fordern wir flexible Leistungsbewertungen, individualisierte Präsenzpfllichten im
462 Rahmen der Oberstufenreform sowie rechtssicher abgesicherte hybride und digitale
463 Teilhabe. Kein junger Mensch darf zurückgelassen werden, nur weil das System
464 nicht flexibel genug ist. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns, Strukturen so zu
465 gestalten, dass sie wirklich tragen.

466 Schule als Lebensort: Zeit, Bewegung, Beziehung

467 Ein guter Schulalltag braucht mehr als einen vollen Stundenplan. Wir geben
468 Schulen die Möglichkeit, per Beschluss der Schulkonferenz den Schulbeginn auf
469 bis zu 9 Uhr zu legen, damit der Tag besser zum Biorhythmus junger Menschen
470 passt. Gesundes, nachhaltiges Schulessen unterstützen wir gezielt mit
471 Förderprogrammen für Schulen und Schulträger. Mit einer Sport- und
472 Schwimmoffensive bringen wir mehr Bewegung in den Schulalltag. Den Schulsport
473 entwickeln wir weiter und verzahnen ihn enger mit dem Ganzttag. Kulturelle
474 Bildung gehört für uns genauso zur Schule wie Mathematik oder Deutsch: Wir
475 wollen Schulen ermöglichen, die Zusammenarbeit mit Kulturinstitutionen und der
476 Freien Szene nach ihren Bedürfnissen auszubauen. Schulen leben von den Menschen,
477 die sich für sie engagieren. Deshalb bauen wir bürokratische Hürden für
478 ehrenamtliches Engagement an ihnen ab.

479 Schulen als Orte der Demokratie und Toleranz

480 Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener
481 Menschenfeindlichkeit sind Realität im Alltag vieler Menschen, auch in unseren
482 Schulen. Deshalb müssen Schüler*innen und Lehrkräfte gerade auch im Netz für

483 Hass, Hetze und sexualisierte Gewalt sensibilisiert werden. Stigmatisierung und
484 Diskriminierung haben in unserer Gesellschaft genau so wenig zu suchen wie in
485 der Schule. Wir wollen Angebote für Schüler*innen mit Diskriminierungserfahrung
486 schaffen und aufklären. Schüler*innen sind so unterschiedlich wie unsere
487 Gesellschaft es auch ist. Ein Land, das in Vielfalt zusammenhält, zeigt sich
488 gerade in der Schule, egal ob im Lehrplan oder im Klassenzimmer. Dazu gehört auch
489 ein diskriminierungsfreier Sexualkundeunterricht.

490 Wir verstehen Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Chance, die wir ausschöpfen
491 wollen. Wer neben Deutsch eine andere Sprache beherrscht, bringt eine
492 zusätzliche Kompetenz mit. Wir stärken deshalb Mehrsprachigkeit von der Kita bis
493 zur Schule und entwickeln den herkunftssprachlichen Unterricht weiter. Damit
494 jedes Kind die gleichen Bildungschancen erhält, stärken wir die durchgängige
495 Bildungssprache Deutsch. Demokratiebildung, Sensibilität für Diskriminierung,
496 Radikalisierungsprävention und rassismuskritische Aufklärungsarbeit etablieren
497 wir verbindlich in den Schulen des Landes. Entsprechende Inhalte nehmen wir in
498 die Fort- und Weiterbildungsplanung auf, damit Lehrkräfte durch regelmäßige
499 Fortbildungen und Handreichungen Handlungssicherheit gewinnen. Dazu gehört auch
500 eine geschlechtersensible Sprache.

501 Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und „Schule der
502 Vielfalt“ sind wichtige Bekenntnisse – aber ein Schild an der Schultür allein
503 verändert noch keinen Schulalltag. Auch an ausgezeichneten Schulen erleben
504 Schüler*innen Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen
505 von Diskriminierung. Entscheidend ist deshalb, wie Schulen damit umgehen.

506 Wir wollen solche Programme weiterentwickeln und mit verbindlichen Standards
507 koppeln: regelmäßige Fortbildungen, verlässliche Ansprech- und
508 Beschwerdestrukturen, die Beteiligung von Schüler*innen sowie eine regelmäßige
509 Überprüfung der vereinbarten Maßnahmen. Schulen sollen nicht behaupten müssen,
510 frei von Diskriminierung zu sein – sie sollen zeigen, dass sie Diskriminierung
511 erkennen, Betroffene ernst nehmen und konsequent handeln.

512 Gleichzeitig stärken wir rassismus- und diskriminierungskritische Bildung in
513 Unterricht, Lehrplänen und Schulbüchern. Dafür ist es ebenfalls wichtig, die
514 deutsche und europäische Kolonialgeschichte und ihre Auswirkungen bis in die
515 Gegenwart verbindlicher zu behandeln.

516 Wir wollen den islamischen Religionsunterricht als dauerhaftes Regelangebot in
517 NRW sichern und qualitativ weiterentwickeln. Dabei stärken wir eine religiöse
518 Bildung, die die Lebensrealität junger Muslim*innen aufgreift und Demokratie,
519 gesellschaftliche Teilhabe und einen reflektierten Umgang mit Religion fördert.
520 Wir wollen die Stimmen

521 liberaler Muslim*innen in der Kommission für islamischen Religionsunterricht
522 stärken. Die religiösen Inhalte des Unterrichts müssen unabhängig von der
523 Einflussnahme ausländischer Staaten bestimmt werden. Deshalb sollen Verbände,
524 die der Steuerung oder maßgeblichen Einflussnahme ausländischer Regierungen
525 unterliegen, nicht in der Kommission vertreten sein.

526 Angesichts wachsender konfessioneller und religiöser Vielfalt öffnen wir als
527 Angebot den Religionsunterricht für interreligiöse Modelle. Dazu stoßen wir
528 einen institutionalisierten Dialogprozess mit allen beteiligten Kirchen und
529 Religionsgemeinschaften an. Weil der Anteil nicht religiös gebundener

530 Schüler*innen wächst, bauen wir Praktische Philosophie schon ab der Grundschule
531 sowie das Fach Philosophie in den weiterführenden Schulen aus.

532 Schulen sind für uns Orte gelebter Demokratie. Kinder und Jugendliche sollen
533 erleben, dass ihre Stimme zählt, dass sie ihr Umfeld mitgestalten und
534 mitentscheiden können, wann, wo und wie ihr Lernen stattfindet. Mitbestimmung
535 soll für alle Altersstufen selbstverständlich zum Schulalltag gehören, und
536 demokratisches Denken sowie politisches Lernen sollen den gesamten Unterricht
537 durchziehen. Bestehende Maßnahmen zur Demokratieförderung, Antidiskriminierung,
538 Extremismusprävention und zum Mentoring bauen wir aus. Die Expertise
539 zivilgesellschaftlicher Akteur*innen binden wir dabei aktiv in
540 Entwicklungsprozesse ein. Die Mitwirkung der Elternvertretung wird von einer
541 Kann-Regelung zum verbindlichen Standard auf kommunaler Ebene.

542 Gute Räume, gute Technik

543 Digitale Bildung darf nicht vom Wohnort, der Schulform oder dem Schulträger
544 abhängen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schüler*innen und Lehrkräfte in
545 NRW dauerhaft Zugang zu funktionierender technischer Infrastruktur sowie
546 sicheren, datenschutzgerechten und kostenfreien digitalen Bildungswerkzeugen
547 erhalten. Wir sorgen dafür, dass informationstechnische Grundlagen und eine
548 kritisch-reflektierte KI-Grundbildung allen zugänglich werden. Wir wollen, dass
549 jedes Kind und jede Lehrkraft ein digitales Endgerät hat und wollen die Kommunen
550 auf diesem Weg begleiten. Dazu gehören auch ein Glasfaseranschluss mit
551 mindestens 1 GBit/s symmetrisch, leistungsfähiges WLAN und IT-Assistenz vor Ort.
552 Mit den Städten und Gemeinden entwickeln wir die Lernmittelfreiheit weiter und
553 öffnen sie für neue digitale Inhalte und Anbieter. Digitale Werkzeuge helfen uns
554 zudem, Bildungsqualität sichtbar zu machen: Wir bauen ein durchgängiges
555 Bildungsmonitoring auf, das individuelle Lernverläufe in den Blick nimmt und als
556 verlässliche Grundlage für politische wie pädagogische Entscheidungen dient. So
557 steuern wir Bildung datengestützt und systematisch weiter, statt sie nur zu
558 verwalten.

559 Statt isolierter Softwarelösungen einzelner Schulen oder Kommunen entwickeln wir
560 sie gemeinsam mit anderen Bundesländern, dem Bund und europäischen
561 Partner*innen. Dabei setzen wir prioritär auf quelloffene europäische Angebote.
562 So schaffen wir eine verlässliche, zukunfts feste Grundlage, die gleichzeitig
563 Lehrkräfte entlastet. Dabei ist uns wichtig: Der Betrieb digitaler Werkzeuge
564 darf nicht von Konzernen außerhalb des Rechtsraums der EU abhängen. Daten von
565 Schüler*innen und Lehrkräften müssen in europäischer Hand bleiben und dürfen
566 nicht in die Geschäftsmodelle einzelner Anbieter einfließen. Ergänzend benötigen
567 wir praxisnahe Fortbildungen, die Lehrkräfte befähigen, digitale Werkzeuge im
568 Unterricht einzusetzen und ihren sachgerechten Umgang damit zu vermitteln.
569 Gemeinsam mit Stakeholder*innen erarbeiten wir eine "White List", die
570 datenschutzrechtliche Empfehlungen für digitale Lernwerkzeuge gibt. Zudem
571 fördern wir digitale Lernräume gezielt über die Schule hinaus und verbinden so,
572 bspw. über Bibliotheken, Werkstätten und Jugendzentren, schulisches und
573 außerschulisches Lernen.

574 Auch die Gebäude müssen mithalten: Mit dem "NRW.Plan" investieren wir bereits
575 gemeinsam mit den Kommunen in die Sanierung und Modernisierung unserer Schulen,
576 während wir mit der Altschuldenhilfe des Landes hoch verschuldeten Kommunen neue

577 finanzielle Spielräume verschaffen. Diesen Weg setzen wir fort und unterstützen
578 Schulträger dabei, nachhaltige, innovative und flexible Lösungen umzusetzen.
579 Auch den Hitzeschutz an Schulen treiben wir weiter voran: Unser Programm "Coole
580 Schulhöfe" zur klimaangepassten Gestaltung von 1.000 Schulhöfen setzen wir fort
581 und entwickeln es mit dem Ziel weiter, perspektivisch alle Schulhöfe in NRW zu
582 entsiegeln und klimaangepasst zu gestalten. So bleiben die Schulhöfe auch an
583 Hitzetagen kühl. Außerdem wollen wir mit Klimaanlage und Wärmepumpen dafür
584 sorgen, dass die Schulräume in solchen Zeiten erträglich bleiben. Dafür gehen
585 wir auf die Schulträger zu und unterstützen sie bei der Umrüstung.

586 Ausbildung stärken

587 Unser Ausbildungssystem schafft Wohlstand und eröffnet einen verlässlichen Weg
588 ins Berufsleben. Obwohl in NRW jedes Jahr zehntausende junge Menschen vergeblich
589 einen Ausbildungsplatz suchen, bleiben gleichzeitig zehntausende Plätze frei.
590 NRW braucht diese Fachkräfte. Deshalb wollen wir die Ausbildung attraktiver und
591 zugänglicher machen.

592 Bei der Berufsorientierung erhalten Jugendliche Hilfe, um den passenden
593 Ausbildungsberuf zu finden, an jeder Schulform und unabhängig von Abschluss und
594 Geschlecht. Das gilt auch an Hochschulen, für Studierende, die sich beruflich
595 neu orientieren wollen. Wir bauen das bewährte Modell "Kein Abschluss ohne
596 Anschluss" (KAoA) weiter aus, ebenso die Berufseinstiegsbegleitung und Angebote
597 wie "Kurs auf Ausbildung". Für Menschen mit Behinderung verbessern wir die
598 Beratung, bei der Chancen und berufliche Möglichkeiten im Mittelpunkt stehen.
599 Wir unterstützen dafür theoriereduzierte Ausbildungswege und statten
600 Berufsschulen entsprechend barrierefrei aus. Zusätzliche Schulabschlüsse neben
601 der beruflichen Qualifikation sollen leichter erreichbar werden, wodurch auch
602 die Berufskollegs gestärkt werden. Auch berufsbegleitende
603 Weiterqualifizierungen, beispielsweise von Kinderpfleger*in zu Erzieher*in und
604 weiteren Bereichen mit Fachkräftebedarf, sollen möglich gemacht werden.

605 Um Schulabsolvent*innen eine fundierte und breite Berufserkundung im Handwerk zu
606 bieten, gibt es das Pilotprojekt Freiwilliges HandwerksjahrPLUS der
607 Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe. Dabei können Freiwillige innerhalb eines
608 Jahres bis zu vier Ausbildungsberufe kennenlernen. Wir unterstützen die
609 Handwerkskammern bei der flächendeckenden Einführung im Land.

610 Berufskollegs haben eine zentrale Rolle in der beruflichen Bildung. Wir statten
611 sie zeitgemäß digital aus, unterstützen sie mit Personalressourcen sowie mehr
612 eigener Personalverantwortung bei der Stellenbesetzung. Wir initiieren
613 Innovationslabore an bzw. mit Berufskollegs im Zusammenwirken mit den Kammern.
614 Leistungen im Rahmen der dualen Ausbildung sollen stärker für das Studium
615 anerkannt werden. Exzellenz in der beruflichen Bildung wollen wir fördern.

616 Schüler*innen sollen die Möglichkeiten der beruflichen Bildung systematischer
617 und früher als bisher kennenlernen und sich schon in der Schule von den Chancen
618 einer dualen Ausbildung überzeugen können. Dazu setzen wir verstärkt auf
619 Ausbildungsbotschafter*innen, Orientierungstage an Schulen, digitale Beratung,
620 mehr Praxisabschnitte und gendersensible Berufsorientierung. Bei Berufserkundung
621 oder bei Praktika geben wir allen Schüler*innen die Chance, Handwerks- oder
622 Industriebetriebe kennenzulernen, und nehmen Schüler*innen ohne Abschluss
623 gezielt in den Blick.

624 Um mehr Menschen niedrigschwellig den Einstieg in Arbeit zu ermöglichen, setzen
625 wir auf Teilqualifikationen: Berufe werden in einzelne Segmente zerlegt, so dass
626 Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung oder Zuwanderungsgeschichte
627 schrittweise bis zur vollständigen Berufsprüfung gelangen können. IHKen und
628 Handwerkskammern in NRW unterstützen wir dabei, dieses Angebot landesweit
629 auszubauen. Gleichzeitig sollen die Berufsbildungszentren technisch auf den
630 neuesten Stand gebracht werden. Hybride Lernformate sorgen dafür, dass niemand
631 wegen zusammengelegter Kurse wochenlang stundenlange Anfahrtswege in Kauf nehmen
632 muss.

633 Wir wollen die Internationalisierung der Ausbildung fördern und mehr
634 Auslandsaufenthalte ermöglichen. Mit einer Informationskampagne zu Erasmus+ und
635 dem direkten Austausch mit kleinen und mittleren Betrieben werben wir für
636 Auslandspraktika während der Ausbildung.

637 Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig. Sie schließen sich nicht
638 aus, sondern ergänzen sich: Wir erleichtern das berufsbegleitende Studium und
639 schaffen zusätzliche duale Studiengänge. Der Meisterabschluss bleibt ein
640 Gütesiegel handwerklicher Arbeit, das wir sichern wollen. Seine Gleichwertigkeit
641 mit dem akademischen Bachelor im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) muss
642 endlich rechtlich festgeschrieben werden.

643 Azubis unterstützen

644 Für viele junge Menschen scheitert die Ausbildung schon an der Miete, weshalb
645 gerade in Großstädten reihenweise Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Aus
646 diesem Grund möchten wir nach dem Vorbild der Studierendenwerke
647 Auszubildendenwerke schaffen, die bezahlbare Wohnheimplätze, günstiges Essen,
648 Kinderbetreuung und Beratung rund um BAföG und finanzielle Unterstützung
649 bereitstellen.

650 Ausbildung muss sich außerdem flexibler an die Lebensrealität anpassen. Deshalb
651 machen wir Teilzeitausbildungen unter anderem durch flexiblere Modelle der
652 Berufsschulbildung flächendeckend möglich, und führen das erfolgreiche Programm
653 "Teilzeitberufsausbildung – Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen" (TEP)
654 landesweit konsequent fort. Das Programm ist besonders wichtig für Eltern nach
655 der Elternzeit und für Menschen, die parallel zu ihrem Sprachkurs eine
656 Ausbildung beginnen möchten. Mit den Handwerkskammern und IHKen wollen wir
657 gemeinsam ein Modell entwickeln, wie die finanzielle Verantwortung für mehr
658 Ausbildungsplätze auf mehr Schultern verteilt werden kann. Gemeinsam mit
659 Betrieben und weiteren Akteuren helfen wir benachteiligten Jugendlichen gezielt
660 dabei, einen Ausbildungsplatz zu finden und zu halten. In noch mehr Branchen
661 wollen wir ein Azubi-Ticket – das vergünstigte Deutschlandticket – umsetzen.
662 Mehr Anerkennung und finanzielle Anreize in den Betrieben machen die Ausbildung
663 insgesamt attraktiver.

664 Wer eine Ausbildung beginnt, braucht die Sicherheit, sie auch beenden zu können.
665 Deshalb setzen wir uns für verlässliche Bleibeperspektiven für Azubis mit
666 ungesichertem Aufenthaltsstatus während der Ausbildung und beim anschließenden
667 Einstieg in das Berufsleben ein. Junge Menschen sollen trotz erfolgreicher
668 Ausbildung und guter Perspektiven nicht um ihren Aufenthalt fürchten müssen.
669 Gleichzeitig geben wir Ausbildungsbetrieben die Sicherheit, dass ihre

670 Investition in Ausbildung und Integration nicht durch eine drohende Abschiebung
671 zunichte gemacht wird.

672 **Wir ermöglichen Weiterbildung für ein ganzes** 673 **Leben**

674 **Lebenslang lernen – Chancen für alle**

675 Weiterbildung darf kein Privileg für Menschen in Großunternehmen sein. Digitale
676 Grundkompetenz gehört für uns in jedes Lebensalter. Gerade ältere Menschen
677 wollen wir mit niedrigschwelligen Angeboten für den Umgang mit digitaler
678 Verwaltung und sozialen Medien fit machen. Auch akademische Weiterbildung gehört
679 für uns dazu: Wir bauen sie an den Hochschulen nach den neuen Möglichkeiten des
680 Hochschulgesetzes aus und verzahnen Hochschulen stärker mit der Arbeitswelt,
681 damit lebensbegleitendes Lernen auf jedem Bildungsniveau möglich wird.

682 **Neue Wege in die Berufe, die NRW jetzt braucht**

683 Ob Handwerk, Pflege oder frühkindliche Bildung: Wo Fachkräfte fehlen, öffnen wir
684 zusätzliche Türen. Den zweiten Bildungsweg über Volkshochschulen und freie
685 Träger bauen wir aus, damit niemand ohne Schulabschluss oder Ausbildung
686 zurückbleibt. Die Berufskollegs entwickeln wir zu echten regionalen Zentren der
687 beruflichen Weiterbildung. Wir schaffen berufsbegleitende Qualifizierungswege in
688 Mangelberufen wie der Kindertagespflege und dem Lehrpersonal in der Pflege und
689 nutzen konsequent die Fördermöglichkeiten von Arbeitsagentur, Jobcentern und
690 Rentenversicherung, damit mehr Menschen sich einen Quer- oder Seiteneinstieg
691 überhaupt leisten können.

692 Wer sich zum Meister oder zur Meisterin weiterbildet, investiert in die eigene
693 Zukunft und stärkt zugleich unser Handwerk. Mit der Meisterprämie und der
694 ausgebauten Meistergründungsprämie haben wir die berufliche Weiterbildung und
695 den Schritt in die Selbstständigkeit bereits deutlich attraktiver gemacht. Diese
696 Instrumente wollen wir verstetigen und weiterentwickeln – gerade auch, um die
697 Übernahme bestehender Betriebe zu erleichtern und die anstehende Welle von
698 Betriebsnachfolgen zu unterstützen. Zugleich setzen wir uns für mehr Stipendien
699 und eine stärkere Begabtenförderung in der beruflichen Bildung ein. Unser Ziel
700 bleibt die finanzielle und gesellschaftliche Gleichwertigkeit von beruflicher
701 und akademischer Bildung.

702 **Der Bildungsscheck bleibt**

703 Wer sich beruflich weiterbildet, verdient Verlässlichkeit. Der Bildungsscheck
704 hat sich bewährt und läuft aktuell als Bildungsscheck 2.0 bis 2029. Wir wollen
705 ihn über dieses Datum hinaus dauerhaft fortführen, unabhängig von EU-
706 Förderzyklen, und ihn so weiterentwickeln, dass er einfacher und schneller
707 zugänglich wird. Denn wer erst mühsam Anträge stellen muss, verzichtet im
708 Zweifel lieber ganz auf die Weiterbildung. Auf das Potential, das NRW damit
709 verloren ginge, können und wollen wir nicht verzichten.

710 Damit der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel des Landes für alle
711 gelingt, wollen wir möglichst viele Menschen für lebensbegleitendes Lernen
712 gewinnen. Wir unterstützen den Ausbau der akademischen Weiterbildung an den
713 Hochschulen nach den neuen Möglichkeiten des Hochschulgesetzes und verzahnen
714 Hochschulen stärker mit der Arbeitswelt, um den Anforderungen der Transformation
715 gerecht zu werden

716 **Wir stärken freie und exzellente Hochschulen**

717 **Verlässliche Finanzierung in schwierigen Zeiten**

718 Wissenschaft und Forschung in NRW sind schon heute Weltklasse: von
719 Gesundheitsforschung bis hin zu Cybersicherheit. Genau diese Stärke wollen wir
720 erhalten und ausbauen, denn ohne exzellente Hochschulen keine Innovation „made
721 in NRW“. Freie, von Neugier getriebene Forschung und Grundlagenforschung sind
722 dafür unverzichtbare Grundsteine. Kostenlose Hochschulbildung ist eine
723 Errungenschaft, die wir verteidigen: Sie öffnet Perspektiven und
724 Aufstiegsmöglichkeiten und ist damit ein zentraler Baustein für soziale
725 Gerechtigkeit in NRW. Ebenso wichtig ist inter- und transdisziplinäre sowie
726 anwendungsorientierte Forschung, die konkrete Beiträge zu gesellschaftlichen
727 Herausforderungen erarbeitet, aber genau diese kommt bislang oft zu kurz.
728 Deshalb fördern wir sie gezielter und bauen dazu auch die Johannes-Rau-
729 Forschungsgemeinschaft institutionell weiter aus. Mit den Hochschulen als Orten
730 gesellschaftlicher Verantwortung gehen wir konsequent den Weg zur
731 Klimaneutralität.

732 Wissenschaft braucht Verlässlichkeit, keine Zufallsfinanzierung von Projekt zu
733 Projekt. Unser Ziel: Öffentliche Förderung muss stärker in die Grundfinanzierung
734 der Hochschulen fließen und weniger in befristete Projektmittel, damit
735 Hochschulen wirklich unabhängig von Drittmitteln planen können, auch personell.
736 Wir stehen für eine Wissenschaftspolitik, die Dialog fördert, Perspektiven und
737 Innovation schafft und Spitzenforschung ermöglicht – für Studierende, Lehrende,
738 Forschende und die Gesellschaft als Ganzes. Wir wollen zu einem resilienten
739 Wissenschaftssystem kommen, das ökonomische Krisen und gesellschaftlichen Wandel
740 besser bewältigen kann, das internationalen Spannungen und Konflikten mit
741 Aufklärung und einer klaren Haltung begegnet und das einer vielfältigen, sich
742 stetig wandelnden Gesellschaft entspricht.

743 **Kooperation statt Konkurrenz**

744 Die Studierendenzahlen gehen etwas zurück und gerade die Umstellung auf G9 führt
745 aktuell zu deutlich weniger Studierenden. Dies führt dazu, dass Hochschulen mehr
746 um Studierende konkurrieren. Damit daraus aber kein Verdrängungswettbewerb wird,
747 setzen wir auf Kooperation, auf gemeinsame Infrastrukturen, aufeinander
748 abgestimmte Studiengänge und den bedachten Abbau echter Doppelstrukturen.
749 Studienangebote und Standorte wollen wir vorausschauend und stärker landesweit
750 abgestimmt weiterentwickeln. Wir sorgen dafür, dass die Studienkapazitäten in
751 Bereichen, die einen besonders hohen Fachkräftebedarf haben – insbesondere wo es
752 darum geht, staatliche Funktionen zu erfüllen –, bedarfsgerecht zeitnah erhöht
753 werden. Kleine Fächer und die regionale Bildungsbeteiligung sichern wir ab.

754 Ausgewählte Studiengänge mit landesweiter Bedeutung etablieren wir als
755 Fernstudiengänge, damit Angebote erhalten bleiben, auch wenn sie sich an einem
756 einzelnen Standort nicht mehr tragen.

757 Machtstrukturen hinterfragen, Mitbestimmung stärken

758 Wer gemeinsam entscheidet, entscheidet besser: Deshalb stärken wir den Senat
759 gegenüber Rektorat und Hochschulrat und machen eine ausgewogene Beteiligung
760 aller Statusgruppen wieder zum Standard, damit nicht über die Köpfe von
761 wissenschaftlichem Mittelbau, Verwaltung und Studierenden hinweg entschieden
762 werden kann. Wir setzen zudem Anreize für studentische Mitwirkung in der
763 Selbstverwaltung der Hochschulen und evaluieren das Hochschulstärkungsgesetz mit
764 dem Ziel, notwendige Verbesserungen vorzunehmen. Das Lehrstuhl-Modell ist ein
765 Relikt, deshalb unterstützen wir Hochschulen beim Umstieg auf
766 Departmentstrukturen, die nicht nur Machtmissbrauch vorbeugen, sondern auch neue
767 Karrierewege unterhalb der Professur eröffnen.

768 Innerhalb der Hochschulen tragen Rektorate und Professor*innen besondere
769 Verantwortung – deshalb stärken wir gezielt ihre Führungskompetenzen. Gute
770 Führung heißt für uns: Vertrauen schaffen, Verantwortung übernehmen und
771 Mitgestaltung ermöglichen. Sie fördert Talente, sorgt für faire
772 Arbeitsbedingungen, schützt vor Machtmissbrauch und zeigt eine klare Haltung
773 gegen Demokratiefeinde.

774 Gute Arbeit an Hochschulen

775 Exzellente Lehre und Forschung gibt es für die, die sie leisten, nicht zum
776 Nulltarif. Auch studentische und wissenschaftliche Beschäftigte verdienen gute
777 und faire Löhne. Dafür wollen wir arbeiten, zum Beispiel mit mehr Verträgen
778 innerhalb des Tarifvertrags der Länder (TVL). Studentische und wissenschaftliche
779 Beschäftigte müssen vollständig nach dem Tarifvertrag der Länder besoldet
780 werden. Wer dauerhafte Aufgaben in Forschung, Lehre, Verwaltung oder
781 Infrastruktur übernimmt, muss auch eine dauerhafte Stelle statt endloser
782 Befristung erhalten. Wir unterstützen die Weiterentwicklung des “Vertrags über
783 gute Beschäftigungsbedingungen” sowie neue Karrierewege neben der Professur und
784 im Wissenschaftsmanagement. Um die Qualität der Lehre zu verbessern, sollen
785 Lehrende außerdem stärker mit den Angeboten der Hochschuldidaktik
786 zusammenarbeiten.

787 Ein Studium, das allen offensteht

788 Ob ohne akademischen Familienhintergrund, mit Zuwanderungsgeschichte oder mit
789 Behinderung und chronischer Erkrankung: Der Zugang zum Studium darf nicht am
790 Geldbeutel, fehlender Beratung oder mangelnder Barrierefreiheit scheitern. Wir
791 bauen gezielte Unterstützungsprogramme, bessere Beratung und konsequente
792 Barrierefreiheit aus. Auch Hürden innerhalb des Studiums schaffen wir ab. Starre
793 Begrenzungen von Prüfungsversuchen können dazu führen, dass eine einzelne
794 Prüfung über das endgültige Scheitern eines ganzen Studiums entscheidet. Deshalb
795 setzen wir uns dafür ein, dass Modulprüfungen ohne starre Obergrenze für die
796 Prüfungsversuche wiederholt werden können. Nach wiederholten Fehlversuchen soll

797 eine verbindliche Studienberatung gemeinsam mit den Studierenden Wege für einen
798 erfolgreichen Studienverlauf aufzeigen.

799 Hochschulen unterstützen wir dabei, sowohl Studierende als auch Beschäftigte
800 dort zu unterstützen, wo sie Bedarfe haben.

801 Gute Studienbedingungen beginnen bei Wohnen, Mensa und Beratung. Ihr soziales
802 Rückgrat sind die Studierendenwerke. Auf Grundlage der
803 Organisationsuntersuchungen haben wir ihre Modernisierung bereits angestoßen.
804 Diesen Weg setzen wir fort: Wir stärken ihre Zusammenarbeit und Digitalisierung,
805 schaffen mehr Planungssicherheit und entwickeln ihre Finanzierung und Strukturen
806 so weiter, dass bezahlbares Essen, Wohnraum, Beratung und weitere soziale
807 Angebote dauerhaft gesichert werden können. Dabei rücken wir die psychische
808 Gesundheit von Studierenden stärker in den Fokus.

809 Hochschulen als Orte der Demokratie stärken

810 Wir schützen die Freiheit und Vielfalt in der Wissenschaft. Wissenschaft kann
811 nur auf dem Boden des Grundgesetzes stattfinden, denn die Wissenschaftsfreiheit
812 und die freie Berufswahl sind ihre Grundpfeiler. Der Unterwanderung von
813 Hochschulen durch Rechtsextreme setzen wir uns gemeinsam entgegen.
814 Antisemitismus hat an unseren Hochschulen ebenfalls keinen Platz. Wir
815 unterstützen die Hochschulen darin, Studierende und Beschäftigte effektiv vor
816 Diskriminierung und Gewalt zu schützen und Vorfälle konsequent zu ahnden. Der
817 Wissenschaftsspionage durch ausländische Mächte begegnen wir mit abgestimmten
818 Strategien. Unsere Hochschulen erhalten dabei klare Rückendeckung. Wir
819 unterstützen die Wissenschaft dabei, noch besser in die Gesellschaft zu
820 kommunizieren, und stärken die Demokratiebildung an den Hochschulen.

WP-04 Ein Land der Solidarität

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 4. Programm zur Landtagswahl 2027

Antragstext

Für uns beginnt Solidarität mit der Überzeugung: Niemand wird in NRW allein gelassen, egal ob es um Miete, Gesundheit, Arbeit oder ein selbstbestimmtes Leben mit Behinderung geht. Wir richten unsere Politik danach aus, was Menschen wirklich brauchen, um gleichberechtigt durchs Leben zu kommen: bezahlbares Wohnen, faire Löhne, gute Gesundheitsversorgung und echte Teilhabe.

Wir wissen: Armut entsteht nicht im luftleeren Raum. Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen entscheiden mit darüber, welche Chancen Menschen haben und wie gut sie in schwierigen Situationen aufgefangen werden. Deshalb setzen wir dort an, wo Menschen im Alltag Unterstützung am dringendsten brauchen; bei Alleinerziehenden, bei Familien mit wenig Geld, bei Menschen, die wohnungslos sind oder zu werden drohen. Und wir sorgen dafür, dass Hilfe nicht an bürokratischen Zuständigkeiten scheitert, sondern Menschen verlässlich erreicht.

Zu einem solidarischen NRW gehört bezahlbares Wohnen für alle, ob zur Miete oder im Eigentum. Dazu gehören Löhne, von denen man leben kann, und sichere Arbeitsplätze mit fairen Arbeitsbedingungen. Dazu gehört eine wohnortnahe und geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung. Und dazu gehört Inklusion, die nicht über Menschen mit Behinderung entscheidet, sondern mit ihnen.

Wir wollen ein Land, in dem Nachbarschaften zusammenhalten, Generationen sich gegenseitig stützen und niemand mit seiner Notlage allein bleibt. Aus dieser Überzeugung heraus machen wir seit fast fünf Jahren Regierungsarbeit: Wir haben die Wohnraumförderung deutlich ausgeweitet, das Tarifentgeltsicherungsgesetz eingeführt und Kinder gezielt vor Armut geschützt. Daran wollen wir anknüpfen in den nächsten 5 Jahren: mit mehr bezahlbaren Wohnungen, einem starken sozialen Netz und verlässlicher Unterstützung dort, wo sie gebraucht wird. Denn ein solidarisches NRW gibt allen Menschen die Chance, selbstbestimmt und in Sicherheit zu leben.

Wir sichern ein Leben ohne Armut

Armut spürbar reduzieren

Ein solidarisches, inklusives und lebenswertes NRW ist ein Land, in dem kein Mensch in Armut leben muss. Wir wollen Menschen darin stärken, selbstbestimmt Wege aus der Armut zu finden, und sie dabei verlässlich unterstützen. Armut gemeinsam zu überwinden heißt, an die Fähigkeiten und Erfahrungen der Menschen anzuknüpfen und die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihre Anstrengungen Früchte tragen können. Armut ist dabei meist kein individuelles Versagen, sondern entsteht durch Schicksalsschläge, fehlende Chancen und ungerechte Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen wollen wir

38 gemeinsam mit Wohlfahrtspflege, Kommunen, Gewerkschaften und den Betroffenen
39 selbst verändern.

40 Wer mit wenig Geld lebt, weiß, wo Sozialpolitik gut wirkt und wo nicht. Trotzdem
41 werden Armutsbetroffene selten gehört. Wir schaffen eine dauerhafte zentrale
42 Struktur für Menschen mit Armutserfahrung und entwickeln landesweite Leitlinien
43 zur Beteiligung Armutsbetroffener in kommunalen Entscheidungsprozessen, die über
44 ihren Alltag vor Ort entscheiden.

45 Über Familienzentren in Kitas und Grundschulen, Frühe Hilfen und Kita-
46 Sozialarbeit wollen wir von Armut betroffene Familien auch dabei
47 niedrigschwellig unterstützen, finanzielle Hilfen zu beantragen. Insbesondere
48 Alleinerziehende, darunter meist Frauen, haben ein größeres Armutsrisiko.
49 Deshalb wollen wir sie besonders unterstützen. Die Fachstelle Alleinerziehende
50 werden wir weiter fördern.

51 Wer in eine finanzielle Notlage gerät, darf nicht allein gelassen werden. Wir
52 stehen für den Zugang zu einer kostenlosen Schuldner- und
53 Verbrauchsinsolvenzberatung aus einer Hand. Auch Menschen, die noch nicht
54 überschuldet sind, bei denen die Überschuldung aber absehbar ist, sollen beraten
55 werden können. Wir teilen die Zielsetzung des Schuldnerberatungsdienstgesetzes
56 des Bundes, mit dem die Schuldnerberatung für neue Zielgruppen geöffnet wird,
57 und wollen das Angebot entsprechend ausweiten.

58 Armut vor Ort bekämpfen: Sozialplanung und Energiearmut

59 Ob Unterstützung ankommt, entscheidet sich ganz konkret vor Ort. Wer in Armut
60 oder mit Einschränkungen lebt, hat oft nicht die Zeit, das Geld oder die
61 Mobilität für lange Wege zu Beratungsstellen. Deshalb bauen wir die landesweite
62 Unterstützung für eine integrierte kommunale Sozialplanung aus. Sie führt
63 soziale und räumliche Daten zusammen und ermöglicht den Kommunen, zielgenau zu
64 erkennen, wo Familien Unterstützung brauchen, statt wie bisher Fördermittel nach
65 dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Mit einer neuen Landesstrategie
66 "Energiearmut und Klimaanpassung" legen wir zudem das Programm „NRW bekämpft
67 Energiearmut“ neu auf. Wir wollen Nachbarschaften ermuntern, gemeinsame
68 Energieprojekte zur Kostensenkung in ihrem Wohnviertel umzusetzen. Bestehende
69 Energieberatungsangebote richten wir deshalb stärker auf Nachbarschaft und
70 Wohnviertel aus und fördern gezielt Maßnahmen, die einkommensschwache Haushalte
71 vor Hitze und steigenden Energiekosten schützen.

72 Wer beim Öffnen der Stromrechnung zuerst überlegen muss, welche andere Ausgabe
73 dafür warten kann, lebt unter ständigem finanziellem Druck. Damit Beratungs- und
74 Förderangebote für Mietende auch tatsächlich bei Menschen mit niedrigem
75 Einkommen ankommen, schaffen wir niedrigschwellige Energie-Beratungsangebote in
76 der Nachbarschaft. Mit ihnen schaffen wir das Angebot von verlässlicher
77 Begleitung vor Ort, die Einspar- und Fördermöglichkeiten aufzeigt und den
78 Kontakt zu qualifizierten Fachstellen herstellt.

79 Wir wollen, dass Mieter*innen noch mehr von der Energiewende profitieren. Von
80 Landesseite fördern wir sozial ausgerichtete Mieterstromprojekte. Insbesondere
81 wollen wir dabei einkommensschwache Mieter*innen unterstützen, damit günstiger
82 Solarstrom vom eigenen Dach direkt bei den Bewohner*innen ankommt.

83 Kinder und Jugendliche vor Armut schützen

84 Wer als Kind eine Geburtstagseinladung ausschlagen muss, weil das Geld für ein
85 Geschenk fehlt, erlebt früh, was es bedeutet, nicht dazuzugehören. Armut
86 bedeutet für Kinder und Jugendliche häufig: weniger soziale Teilhabe,
87 schlechtere Bildungschancen und weniger Möglichkeiten, eigene Interessen und
88 Talente zu entfalten. Armut in der Kindheit kann sich dadurch bis ins
89 Erwachsenenleben fortsetzen. Mit einer besseren Ausstattung von Programmen wie
90 "kinderstark - NRW schafft Chancen" wollen wir weiter die strukturellen Folgen
91 von Armut bekämpfen und Jugendhäuser sowie niedrigschwellige Angebote finanziell
92 und personell besser aufstellen. Junge Menschen aus der stationären Jugendhilfe
93 sind bei Erreichen der Volljährigkeit besonders gefährdet. Hier brauchen wir
94 ausreichend ausgestattete, gut begleitete Übergänge in ein selbstständiges Leben
95 und die Möglichkeit, auch nach einem gescheiterten Übergang unkompliziert wieder
96 Jugendhilfe zu erhalten. Wir lassen keinen jungen Menschen allein.

97 Wir machen Wohnungspolitik für alle

98 Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum

99 Bezahlbares Wohnen ist zur zentralen sozialen Frage unserer Zeit geworden. Die
100 Miete verschlingt immer größere Teile des Einkommens, bei vielen bleibt am
101 Monatsende kaum noch Geld für Lebensmittel, Bildung und Teilhabe. Das gefährdet
102 den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein echtes kommunales Vorkaufsrecht zum
103 Verkehrswert gibt Städten und Gemeinden endlich die Möglichkeit, dem Höchstgebot
104 etwas entgegenzusetzen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Kommunale
105 Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften bleiben für uns die zentralen
106 Akteure einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik, denn sie garantieren nicht
107 nur, dass günstiger Wohnraum entsteht, sondern auch, dass er günstig bleibt.

108 Die öffentliche Wohnraumförderung haben wir in den vergangenen Jahren stark
109 erhöht und beispielsweise 2025 rund 2,4 Milliarden Euro Fördervolumen für
110 bezahlbares Wohnen bereitgestellt. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt: Mit
111 einer Bezahlbar-Wohnen-Milliarde erhöhen wir die öffentliche Wohnraumförderung
112 um zusätzlich eine Milliarde Euro pro Jahr und schaffen damit mehr bezahlbaren
113 Wohnraum für Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen. Wir unterstützen
114 damit insbesondere kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften vor
115 Ort. Auch in Städten mit besonders hohen Mieten wollen wir bezahlbare Wohnungen
116 für Menschen schaffen, die die Voraussetzung für eine Sozialwohnung nicht
117 erfüllen, sich gleichzeitig die hohen Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt aber
118 trotzdem kaum leisten können. Wir richten die öffentliche Wohnraumförderung noch
119 stärker auf langfristig orientierte Investitionen aus. Denn öffentliche
120 Förderung soll dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen und nicht dazu beitragen,
121 Immobilien kurzfristig aufzuwerten und anschließend gewinnbringend
122 weiterzuverkaufen. Bei der Vergabe der Mittel wollen wir daher, dass diejenigen
123 bevorzugt gefördert werden, die die Immobilien langfristig selbst
124 bewirtschaften. So stärken wir die Investoren, die sich langfristig um die
125 Immobilie kümmern und verhindern, dass öffentliche Fördermittel kurzfristigen
126 spekulativen Geschäftsmodellen zugutekommen.

127 Wir gehen konsequent gegen ausbeuterische Vermietung vor und schaffen mit der
128 Treuhandverwaltung ein neues Instrument, um bei schweren Missständen eingreifen
129 zu können. Als letztes Mittel ermöglichen wir die Enteignung besonders
130 problematischer Immobilien. Übernachtungsplattformen wie Airbnb regulieren wir
131 in angespannten Wohnungsmärkten, damit der begrenzte Wohnraum zum dauerhaften
132 Wohnen, statt zur touristischen Vermietung zur Verfügung steht.

133 Wir schützen Mieter*innen zudem wirksamer vor steigenden Mieten, Verdrängung und
134 Preisspekulationen. Wir wollen die Mietpreisbremse auf mehr Städte ausweiten und
135 die Handlungsspielräume für Kappungsgrenzen und Umwandlungsschutz öffnen. So
136 sollen Kommunen dort eingreifen, wo der Markt am angespanntesten ist. Wir gehen
137 mit einer "Miet-Schutz-Offensive", gemeinsam mit den Kommunen, dem Mieterbund
138 und den Verbraucherzentralen konsequent gegen überhöhte Mieten und Abzocke vor.
139 Wir wehren uns, gegen Diskriminierung von Alleinerziehenden, Menschen mit
140 kinderreichen Familien oder Menschen mit Migrationsgeschichte im Mietmarkt.

141 Mieten-Apps, die auf qualifizierten Mietspiegeln basieren, machen Mietpreise
142 transparenter und helfen Mieter*innen, die Höhe ihrer Miete besser einzuordnen.
143 Wir wollen einen digitalen Mieten-Check einrichten, der Mieter*innen die
144 ortsübliche Vergleichsmiete für eine Wohnung anzeigt und Mietwucher transparent
145 macht. So stärken wir Mieter*innen dabei, ihre Rechte zu kennen und wahrzunehmen
146 und schaffen gleichzeitig Klarheit für Vermieter*innen, welche Miethöhe
147 angemessen und rechtlich zulässig ist.

148 Für viele Menschen ist Wohneigentum weit mehr als nur ein Ort zum Wohnen – es
149 steht für Freiheit, Selbstverwirklichung und Sicherheit. Doch inzwischen ist der
150 Traum vom Wohneigentum für weite Teile der Gesellschaft, gerade für junge
151 Menschen, völlig unerreichbar. Damit werden wir uns nicht abfinden. Wir wollen
152 mehr Menschen ermöglichen, sich den Wunsch nach den eigenen vier Wänden zu
153 erfüllen. Dafür entwickeln wir die Eigentumsförderung des Landes weiter. Wir
154 nehmen insbesondere die finanziellen Hürden beim Erwerb selbstgenutzten
155 Wohneigentums in den Blick und stärken den Erwerb und die Sanierung bestehender
156 Immobilien.

157 Wir setzen Eigentumsförderung gezielt dort ein, wo sie bezahlbares Wohnen und im
158 ländlichen Raum die Entwicklung der Ortskerne stärkt. So ermöglichen wir
159 Eigentum, beleben bestehende Viertel und Dörfer und verbinden bezahlbares Wohnen
160 mit Klimaschutz und einem sparsamen Umgang mit Fläche.

161 Bezahlbarer Wohnraum muss auch zu unterschiedlichen Lebenssituationen passen.
162 Deshalb brauchen wir mehr kleine Wohnungen für Einpersonenhaushalte ebenso wie
163 ausreichend große, bezahlbare Wohnungen für Familien und mehr barrierefreien und
164 altersgerechten Wohnraum.

165 Wohnungs- und Obdachlosigkeit entschlossen bekämpfen

166 Immer mehr Menschen in NRW sind wohnungs- oder sogar obdachlos. Wir verfolgen
167 weiterhin das gemeinsame Ziel von EU, Bund und Land, Wohnungs- und
168 Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden und wollen alle Hebel auf Landesebene
169 dafür in Gang setzen. Wir sichern das bewährte Housing-First-Konzept
170 flächendeckend und verlängern dafür konsequent Landesinitiativen wie „Endlich
171 ein ZUHAUSE!“.

172 Jede neue Wohnungslosigkeit ist nicht nur eine persönliche Tragödie, sondern
173 auch eine langfristige, kostenintensive Belastung unserer Sozialsysteme. Deshalb
174 sorgen wir für eine frühzeitigere Informierung der Wohnungsfachstellen bei
175 drohendem Wohnraumverlust.

176 Für wohnungslose junge Menschen und Frauen braucht es den Ausbau gezielter
177 Angebote, die ein sicheres Zuhause als Grundlage schaffen, um wieder Stabilität,
178 Perspektiven und Selbstständigkeit zu gewinnen.

179 Nachbarschaften, die zusammenhalten

180 Ein gutes Zuhause ist mehr als eine Wohnung: Es ist auch die Nachbarschaft, in
181 der man sich kennt, aushilft und zusammen älter wird. Deshalb wollen wir
182 gemeinschaftliche und generationenübergreifende Wohnformen erleichtern. Wir
183 passen das Baurecht besser an ihre Bedürfnisse an und unterstützen Kommunen
184 dabei, geeignete Flächen auch für Mehrgenerationenwohnen, Genossenschaften und
185 andere gemeinschaftliche Wohnprojekte zu nutzen. Gemeinsam mit Genossenschaften
186 und sozialen Trägern wollen wir bestehende Hürden bei Planung und Umsetzung
187 abbauen. So wird Wohnraum effizienter genutzt, sinken die Kosten für die
188 Einzelnen, und es entstehen soziale Netze, die soziale Isolation abbauen und den
189 Zusammenhalt zwischen den Generationen im Alltag stärken.

190 Wir gestalten darüber hinaus eine Quartierspolitik, die gute Nachbarschaft und
191 gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt stellt. Dazu unterstützen wir
192 Kommunen bei der Entwicklung altersfreundlicher Quartiere. Wohnortnahe
193 Begegnungs- und Beratungsangebote, gut erreichbare Dienstleistungen und die
194 aktive Beteiligung älterer Menschen an der Gestaltung ihres Lebensumfelds
195 ermöglichen es, möglichst lange selbstbestimmt im vertrauten Umfeld zu leben.

196 Wir setzen uns für faire Löhne und gute Arbeit 197 ein

198 Tarifbindung stärken

199 Gute Löhne und angemessene Arbeitsbedingungen werden am besten von starken
200 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden verhandelt. Daher unterstützen wir
201 regionale und branchenspezifische Dialoge der beiden Tarifpartner. Klar ist: Wer
202 für das Land NRW Aufträge erfüllt, sollte seine Beschäftigten anständig
203 bezahlen. Mit dem Tarifentgeltsicherungsgesetz haben wir deshalb bei
204 öffentlichen Aufträgen in NRW dafür gesorgt, dass dort künftig Tarifentgelte zum
205 Maßstab werden. Damit stärken wir faire Löhne und schützen tarifgebundene
206 Unternehmen vor einem Wettbewerb, der auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen
207 wird. Wir wollen hier nicht stehen bleiben und regelmäßig überprüfen, ob das
208 Gesetz wirksam ist. Dienstleistungsjobs in der Landesverwaltung, wie etwa
209 Reinigung und Pförtnerdienste, werden wir nicht weiter outsourcen.

210 Wir fördern den regelmäßigen Austausch zwischen Gewerkschaften,
211 Arbeitgeberverbänden und Landesregierung und erarbeiten gemeinsam mit ihnen
212 einen landesweiten Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung. Wir unterstützen
213 Allgemeinverbindlichkeitserklärungen gerade in Branchen mit geringer
214 Tarifbindung und hohem Unterbietungsdruck durch Branchendialoge und eine bessere

215 Datengrundlage , und setzen uns auf Bundesebene für den Abbau rechtlicher Hürden
216 dafür ein. Tarifbindung und Mitbestimmung sollen künftig auch bei
217 Wirtschaftsförderung, Bürgschaften und Transformationsmitteln eine Rolle
218 spielen.

219 Mitbestimmung stärken, prekäre Arbeit zurückdrängen

220 Die Behinderung von Betriebsratsgründungen und Betriebsratsarbeit ist kein
221 Kavaliersdelikt und muss konsequent verfolgt werden. Deshalb bauen wir die
222 Beratung für Betriebsratsgründungen und die Technologieberatungsstelle NRW aus.
223 Besonders in der Paketbranche, bei Lieferdiensten oder in Teilen der Kosmetik-
224 und Beautybranche wollen wir prekäre Beschäftigung zurückdrängen.
225 Missbräuchliche Ketten aus Werkverträgen und Subunternehmen dürfen nicht länger
226 dazu genutzt werden, Verantwortung für faire Löhne, Arbeitszeiten und
227 Arbeitsschutz zu umgehen. Unser Ziel ist reguläre, tarifgebundene Beschäftigung
228 statt undurchsichtiger Ketten.

229 Arbeitsschutz-Mindeststandards müssen für alle, die in NRW arbeiten, gelten,
230 auch für EU-Arbeitnehmer*innen auf den Feldern, in Fleischbetrieben oder in der
231 Logistik. Wir stärken den Arbeitsschutz und unterstützen die Einrichtungen der
232 fairen Mobilität.

233 Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz

234 Arbeitspolitik wollen wir stärker mit psychischer Gesundheit verbinden und
235 psychische Belastungen systematischer in den Arbeitsschutz einbeziehen. Dazu
236 gehören Prävention und Entstigmatisierung sowie eine bessere Beratung für
237 Beschäftigte und Betriebe. Betriebliches Eingliederungsmanagement,
238 Beratungsangebote zu gesunder Arbeit und die Rückkehr nach längeren Erkrankungen
239 sollen verbessert werden, um Beschäftigte bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz
240 besser zu begleiten. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der
241 Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen unterstützt werden.

242 **Wir stärken Gesundheit und Pflege für alle** 243 **Generationen**

244 Gesundheitschancen für alle – gerecht von Anfang an

245 Gesundheit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und entscheidet über
246 Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Armut macht krank und Krankheit macht arm.
247 Menschen in benachteiligten Lebenslagen erkranken häufiger, leben oft kürzer und
248 haben schlechteren Zugang zu Prävention und Versorgung. Deshalb wollen wir eine
249 barrierefreie, diskriminierungssensible und wohnortnahe Gesundheitsversorgung
250 sichern, bauen Sprachmittlung aus und fördern verständliche
251 Gesundheitsinformationen. Weil Diagnostik und Therapie noch immer zu oft am
252 männlichen „Normkörper“ ausgerichtet sind, bauen wir den Gender Health Gap
253 konsequent ab, fördern Frauengesundheit in Forschung und Versorgung und sichern
254 einen verlässlichen, wohnortnahen Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung.
255 Den Zugang zu HIV-Tests sowie zu PrEP und PEP wollen wir spürbar verbessern,
256 unter anderem durch mehr kostenlose Testangebote. Gemeinsam mit den Akteur*innen

257 im Gesundheitswesen stärken wir zudem die Diversitäts- und
258 Antidiskriminierungskompetenz in Aus-, Fort- und Weiterbildung und bauen
259 kultursensible, barrierefreie Versorgungsangebote aus.

260 Rund 86 Prozent der Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt,
261 meist von Angehörigen. Bis 2050 wird laut Modellrechnung des Statistischen
262 Landesamts jede zehnte Person in NRW pflegebedürftig sein. Besonders belastet
263 sind Alleinerziehende mit Pflegeverantwortung, Eltern von Kindern mit
264 Behinderung oder chronischer Erkrankung. Wir wollen ihre Lebensrealität
265 verbessern.

266 Gesund aufwachsen: 1.000 Tage für einen guten Start

267 Den Grundstein für ein gesundes Leben legen wir in den ersten Lebensjahren. Mit
268 einem neuen Projekt „Willkommen NRW-Babys – 1.000 Tage für einen gesunden Start
269 ins Leben“ schaffen wir eine landesweite Präventionskette von der
270 Schwangerschaft bis zum zweiten Geburtstag und beziehen dabei bewährte Programme
271 wie “Elternstart NRW” ein. Gesundheits-Lots*innen begleiten Familien von Anfang
272 an, vermitteln passgenaue Unterstützung und vernetzen Hebammen, Kinder- und
273 Jugendärzt*innen, Frühe Hilfen und Beratungsstellen. Zugleich stärken wir die
274 Kinder- und Jugendgesundheitsdienste der Gesundheitsämter, bauen Präventions-
275 und Beratungsangebote in Kitas und Schulen aus und nutzen die Ergebnisse der
276 Schuleingangsuntersuchungen gezielt dort, wo Kinder besonders häufig von Armut
277 und gesundheitlichen Belastungen betroffen sind.

278 Sichere Geburtshilfe und Versorgung von Schwangeren und 279 Familien

280 Die Geburtshilfe in NRW steht unter erheblichem Druck. Fast jede zweite Hebamme
281 denkt laut Studien darüber nach, den Beruf zu verlassen. Lange Anfahrtswege,
282 Personalmangel und fehlende Eins-zu-Eins-Betreuung stehen einer sicheren und
283 selbstbestimmten Geburt entgegen. So wird auch Gewalt bei der Geburt begünstigt,
284 deren gesundheitliche Folgen häufig lebenslang bestehen bleiben und
285 gesellschaftlich noch immer tabuisiert werden.

286 Besonders freiberufliche Hebammen werden zusätzlich durch hohe Kosten für die
287 Berufshaftpflicht aus dem Beruf gedrängt. Die Folgen zeigen sich unmittelbar in
288 der Versorgungsrealität: Kreißsaalschließungen gefährden gerade im ländlichen
289 Raum die Versorgungssicherheit von Schwangeren und Familien. Wir setzen uns
290 deshalb dafür ein, die Erreichbarkeit und Qualität von Geburtsstationen zu
291 sichern und Hebammen-Kreißsäle zu verstetigen. Um Hebammen im Beruf zu halten
292 und neue Hebammen zu gewinnen sind bessere Arbeitsbedingungen, faire Vergütung
293 und verlässliche Strukturen nötig. Die physische und psychische Gesundheit von
294 Gebärenden gehört ins Zentrum einer respektvollen und bedarfsgerechten
295 Gesundheitsversorgung.

296 Sichere Schwangerschaftsabbrüche und eine 297 geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung

298 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht und eine zentrale
299 Voraussetzung für gesellschaftliche, berufliche und wirtschaftliche Teilhabe.

300 Deshalb wollen wir den Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung in ganz NRW
301 verlässlich sichern. Schwangerschaftsabbrüche müssen wohnortnah,
302 niedrigschwellig und ohne Stigmatisierung Teil der regulären medizinischen
303 Versorgung sein. Es darf nicht vom Wohnort abhängen, ob Frauen Zugang zu einer
304 sicheren medizinischen Versorgung erhalten. Deshalb wollen wir bestehende
305 Versorgungslücken schließen und sicherstellen, dass reproduktive
306 Gesundheitsversorgung im Rahmen der Krankenhausplanung flächendeckend
307 berücksichtigt wird. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Kenntnisse über
308 Schwangerschaftsabbrüche verbindlich in der gynäkologischen Aus- und
309 Weiterbildung verankert werden.

310 Eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung endet jedoch nicht bei der
311 reproduktiven Gesundheit. Frauen müssen in allen Bereichen des Gesundheitswesens
312 die Versorgung erhalten, die ihren Bedürfnissen entspricht. Deshalb wollen wir
313 Geschlechterunterschiede in Diagnostik, Behandlung und medizinischer Versorgung
314 stärker berücksichtigen und Benachteiligungen abbauen. Die Angebote für
315 Endometriose-Betroffene wollen wir ausbauen. Auch die Wechseljahre gehören
316 selbstverständlich zu einer geschlechtergerechten Gesundheitsversorgung. Noch
317 immer werden Beschwerden nicht ausreichend erkannt und Betroffene finden nicht
318 überall die Beratung und Behandlung, die sie benötigen. Wir wollen deshalb das
319 Wissen über alle Phasen der Wechseljahre in der medizinischen Versorgung
320 stärken, Fachkräfte besser qualifizieren und den Zugang zu evidenzbasierter
321 Beratung und Behandlung verbessern. Gleichzeitig wollen wir die Wechseljahre
322 weiter enttabuisieren und auch in der Arbeitswelt stärker ins Bewusstsein
323 rücken. Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die allen Frauen unabhängig
324 von Alter, Herkunft, Behinderung oder Lebensrealität einen gleichberechtigten
325 Zugang zu medizinischer Versorgung und gesundheitlicher Selbstbestimmung
326 ermöglicht.

327 Psychische Gesundheit darf keine Frage des Geldes sein

328 Psychische Gesundheit ist eine wesentliche Grundlage für Lebensqualität,
329 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb behandeln wir sie als
330 Querschnittsaufgabe und wollen psychischen Belastungen möglichst früh begegnen.
331 Unser Ziel ist es, Prävention, Früherkennung sowie wohnortnahe und
332 niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote auszubauen, damit
333 Menschen frühzeitig die Hilfe erhalten, die sie benötigen.

334 Dabei müssen Angebote die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen
335 berücksichtigen: Wir wollen mehrsprachige und kultursensible Zugänge stärken,
336 Barrieren für Menschen mit Behinderungen abbauen und inklusive Angebote der
337 psychosozialen und psychotherapeutischen Versorgung sicherstellen. Menschen mit
338 Fluchterfahrung brauchen zudem gezielte und niedrigschwellige
339 Unterstützungsangebote.

340 Kein Kind und kein junger Mensch darf mit seelischen Belastungen allein gelassen
341 werden. Kinder und Jugendliche brauchen frühzeitig und unkompliziert dort
342 Unterstützung, wo sie leben, lernen und ihren Alltag verbringen. Dabei braucht
343 nicht jede psychische Belastung sofort eine umfassende Psychotherapie. Deshalb
344 wollen wir Psychotherapie neu denken, zusätzliche niedrigschwellige Angebote
345 schaffen und die Prävention deutlich stärken. Gleichzeitig fördern wir die
346 interdisziplinäre Zusammenarbeit, damit Psychotherapie, Jugendhilfe und

347 Sozialarbeit enger zusammenarbeiten und Hilfen besser aufeinander abgestimmt
348 werden.

349 Wir fördern niedrigschwellige Beratungsangebote und Peer-Beratung an Schulen,
350 Hochschulen, in der Arbeitswelt, in den Quartieren, der Suchthilfe und bei der
351 Einsamkeitsprävention. Darüber hinaus wollen wir innovative Versorgungs- und
352 Behandlungskonzepte erproben und wissenschaftlich begleiten. So gewinnen wir
353 Erkenntnisse darüber, wie psychotherapeutische und psychosoziale Hilfen künftig
354 schneller, bedarfsgerechter und besser miteinander verzahnt angeboten werden
355 können. Angesichts zunehmender psychischer Belastungen und wachsender Einsamkeit
356 unter jungen Menschen prüfen wir zudem die Einrichtung niedrigschwelliger
357 psychotherapeutischer und psychosozialer Ambulanzen.

358 Einsamkeit kann gesellschaftliche Teilhabe erschweren und den Zusammenhalt
359 schwächen. Deshalb wollen wir Orte schaffen, an denen Menschen einander
360 begegnen, Gemeinschaft erleben und Unterstützung finden können. In unseren
361 Städten und Gemeinden sollen offene Begegnungsangebote für alle Generationen
362 entstehen. Besonders wichtig ist uns, Kinder und Jugendliche frühzeitig vor
363 sozialer Isolation zu schützen und ihnen Räume für Austausch, Zugehörigkeit und
364 gemeinsames Erleben zu eröffnen.

365 Kinder- und Jugendmedizin neu denken und besser aufstellen

366 Kinder und Jugendliche werden im Gesundheitssystem seit Jahren systematisch
367 benachteiligt, obwohl Investitionen in ihre Gesundheit auch volkswirtschaftlich
368 sinnvoll sind. Wir wollen Gesundheitsfachpersonen stärker im Lebensumfeld von
369 Kindern verankern, die Zusammenarbeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit
370 KITAS und Schulen ausbauen, die Kinderkrankenpflege durch gezielte
371 Ausbildungsförderung unterstützen und über telemedizinische Vorschaltangebote
372 die Fehlinanspruchnahme von Notfallstrukturen reduzieren. Auch Prävention
373 beginnt früh: Wir bauen Information, Wissensvermittlung und Beratungsangebote
374 für Jugendliche zu sexuell übertragbaren Krankheiten und Drogen konsequent aus.
375 Denn wer Risiken kennt, Warnsignale früh erkennt und weiß, wo es vertrauliche
376 Unterstützung gibt, kann selbstbestimmter und verantwortungsvoller mit der
377 eigenen Gesundheit umgehen. Prävention soll deshalb niedrigschwellig,
378 altersgerecht und nah an der Lebenswelt junger Menschen stattfinden.

379 Sucht- und Drogenpolitik ohne Kriminalisierung

380 Drogen wie Fentanyl, Crack und andere Substanzen zerstören Leben. Ein Ausstieg
381 funktioniert aber nur, wenn die betroffenen Menschen diesen auch wollen. Eine
382 moderne Sucht- und Drogenpolitik setzt deshalb so weit wie möglich auf
383 Selbstbestimmung, klärt über Risiken auf und hilft suchtkranken Menschen dabei,
384 Schäden durch riskanten Konsum zu verringern. Bei dieser Arbeit unterstützen wir
385 die Kommunen und ihre bestehenden Angebote, um Menschen mit ihrem Konsumdruck
386 nicht in lebensbedrohliche Lagen zu bringen. Die zielgruppenspezifischen
387 Hilfsangebote und Beratungsstrukturen bauen wir aus. Damit wollen wir der
388 Ausbreitung neuer Substanzen, wie Fentanyl und Crack, und damit einhergehenden
389 Herausforderungen begegnen.

390 Wir setzen uns dafür ein, dass es in NRW Modellkommunen nach dem Züricher Modell
391 geben wird. Prävention, Therapie, Schadensminderung und konsequentes Vorgehen

392 gegen den illegalen Drogenhandel müssen zusammengedacht werden. Menschen mit
393 Suchterkrankungen brauchen Hilfe statt Ausgrenzung, zugleich wollen wir offene
394 Drogenszenen verhindern und den öffentlichen Raum schützen.

395 Glücksspiel kann süchtig machen und Existenzen zerstören. Indem wir
396 Zahlungsströme und den Zugang zu illegalen Online-Angeboten unterbinden,
397 bekämpfen wir wirksam illegales Glücksspiel im analogen wie im digitalen Raum.
398 Bei der Regulierung des legalen Marktes setzen wir auf Spieler*innen- und
399 Jugendschutz, mit einem Verbot für Glücksspielwerbung, Glücksspiel-Streams und
400 Glücksspielmechanismen in Videospielen. Gezielte Werbung bei Risikogruppen
401 unterbinden wir wirksam.

402 Auch neuere Erscheinungsformen der Sucht, wie zum Beispiel Online- und Gaming-
403 Sucht, von denen besonders jüngere Menschen betroffen sind, sind
404 besorgniserregend. Jugend-, Suchthilfe und das Gesundheitssystem müssen dafür
405 zielgruppengerecht zusammenarbeiten und Betroffene wie Angehörige einbeziehen;
406 Therapieübergänge wollen wir spürbar verbessern. Rechtlichen Entwicklungen im
407 Gaming-Sektor begegnen wir bei Bedarf mit gezielten Aufklärungskampagnen.

408 Die richtige Versorgung am richtigen Ort

409 Mit der Krankenhausplanung haben wir die Versorgung in NRW grundlegend neu
410 aufgestellt. Diesen Weg gehen wir weiter: Eine verlässliche Grund- und
411 Notfallversorgung muss für die Menschen wohnortnah erreichbar bleiben, während
412 spezialisierte Leistungen dort gebündelt werden, wo die notwendige Erfahrung,
413 Qualität und Ausstattung vorhanden sind. Dabei richten wir die
414 Krankenhausplanung am tatsächlichen regionalen Versorgungsbedarf aus und
415 entwickeln die Standorte gemeinsam mit der ambulanten Versorgung weiter. Wir
416 investieren weiter in die Modernisierung unserer Krankenhäuser und sorgen dafür,
417 dass sie ihren Versorgungsauftrag auch angesichts des demografischen Wandels und
418 des Fachkräftemangels zuverlässig erfüllen können. Dabei denken wir ambulante
419 Versorgung, Rettungsdienst und Krankenhäuser stärker zusammen und sorgen für
420 verlässliche Übergänge zwischen Prävention, Behandlung und Nachsorge.

421 Wer im Notfall den Notruf wählt, muss sich darauf verlassen können, dass schnell
422 die richtige Hilfe kommt. Dafür entwickeln wir das Rettungsgesetz weiter,
423 erarbeiten mit den Kommunen eine landesweit einheitliche
424 Rettungsdienstbedarfsplanung einschließlich der Luftrettung und setzen uns beim
425 Bund dafür ein, dass alle Leistungen des Rettungsdienstes als
426 Gesundheitsleistungen über die Krankenkassen abgerechnet werden können, damit
427 Menschen, wo fachlich vertretbar, vor Ort versorgt werden und ein
428 Krankenhausaufenthalt vermieden werden kann.

429 Ein gutes Gesundheitssystem orientiert sich an den Menschen, nicht an
430 Zuständigkeiten. Deshalb soll jede*r Bürger*in eine Hausarztpraxis oder ein
431 Primärversorgungszentrum haben, das die gesundheitliche Begleitung über alle
432 Lebensphasen übernimmt. Wir fördern multiprofessionelle
433 Primärversorgungszentren, in denen Ärzt*innen, Pflegefachpersonen, Community
434 Health Nurses, Therapeut*innen, Hebammen und Apotheker*innen Hand in Hand
435 arbeiten. Wir bauen Telemedizin und regionale Gesundheitsnetzwerke aus und
436 stärken Gesundheitsregionen, die Kommunen, den Öffentlichen Gesundheitsdienst,
437 Krankenhäuser und niedergelassene Gesundheitsberufe besser vernetzen. So

438 vermeiden wir unnötige Krankenhausaufenthalte und sorgen dafür, dass Menschen
439 schneller die passende Behandlung erhalten.

440 Pflege stärken, Leiharbeit fair regulieren

441 Nur 30 Prozent der Pflegekräfte können sich vorstellen, ihren Beruf bis zur
442 Rente auszuüben. Obwohl das Tarifniveau in der Pflege in NRW bundesweit am
443 höchsten ist, bleiben die Lohnunterschiede zwischen Menschen in Leiharbeit und
444 direkt Angestellten hoch. Wir fordern, den Korridor für übertarifliche Bezahlung
445 in der Refinanzierung auf 15 Prozent zu erhöhen und Nacht- und
446 Wochenendzuschläge steuer- und abgabenfrei zu stellen. Die Vorteile von
447 Leiharbeit – wie ein flexiblerer und selbstbestimmterer Arbeitseinsatz – können
448 auch im Regelsystem erreicht werden. Gleichzeitig wollen wir den Bedarf an
449 Leiharbeit durch Pflegepools, eine verbindliche und quartiersorientierte
450 Pflegebedarfsplanung sowie mehr ambulante und wohnortnahe Pflegeangebote
451 reduzieren. Wo Leiharbeit dennoch notwendig ist, um kurzfristige
452 Personalengpässe aufzufangen, wollen wir sie zum Beispiel durch ein Verbot
453 aggressiver Abwerbekampagnen, Zertifizierungspflichten und einrichtungsbezogene
454 Obergrenzen stärker regulieren.

455 Gesund älter werden – selbstbestimmt bis ins hohe Alter

456 Gute Gesundheits- und Pflegepolitik beginnt lange vor dem Beginn von
457 Pflegebedürftigkeit. Wir investieren in kommunale Präventionsangebote,
458 Bewegungsförderung und Sturzprävention sowie die Vernetzung von Reha-Angeboten
459 mit der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung. Wir fördern
460 altersgerechte Quartiere mit kurzen Wegen, barrierefreien Angeboten und
461 Begegnungsorten, stärken Wohnberatung und diversitätssensible Pflege und bauen
462 demenzfreundliche Kommunen sowie regionale Demenznetzwerke aus. Wir denken
463 Bewegung und Gesundheitsförderung bei der Stadt- und Quartiersentwicklung mit
464 und schaffen insbesondere für ältere Menschen mehr niedrigschwellige Bewegungs-
465 und Trainingsmöglichkeiten im öffentlichen Raum. Nachbarschaftstreffs und
466 Mehrgenerationenorte wirken zugleich der Einsamkeit entgegen, die als ernst zu
467 nehmendes Gesundheitsrisiko gilt.

468 Digitalisierung und Innovation im Gesundheitswesen

469 Digitalisierung, Forschung und neue Technologien eröffnen enorme Chancen, wenn
470 sie den Menschen dienen. Wir unterstützen Krankenhäuser, Gesundheitsämter und
471 weitere landesgeförderte Einrichtungen dabei, interoperable, barrierefreie und
472 datenschutzkonforme digitale Verfahren einzuführen, fördern digitale
473 Modellprojekte und telemedizinische Netzwerke und setzen uns auf Bundesebene für
474 eine nutzerfreundliche elektronische Patientenakte ein. Wir wollen NRW zum
475 Vorreiter für einen verantwortungsvollen Einsatz Künstlicher Intelligenz im
476 Gesundheitswesen machen und dafür eine KI-Strategie entwickeln, die Forschung,
477 Versorgung und Gesundheitswirtschaft zusammenbringt und den konkreten Nutzen für
478 Patient*innen und Beschäftigte in den Mittelpunkt stellt. Künstliche Intelligenz
479 kann Diagnostik, Therapie und Forschung unterstützen, ersetzt aber nicht die
480 Verantwortung medizinischer Fachkräfte. Ihr Einsatz muss transparent,
481 nachvollziehbar und diskriminierungsfrei bleiben. Wir fördern die Zusammenarbeit

482 von Hochschulen, Krankenhäusern, Gesundheitswirtschaft und Start-ups, damit
483 Innovationen schneller in die Versorgung gelangen.

484 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

485 Wir unterstützen Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen, den
486 Rettungsdienst und den Öffentlichen Gesundheitsdienst dabei, sich mit
487 Hitzeschutzkonzepten, Hitzewarnketten, klimaresilienten Gebäuden und
488 Notfallplänen besser auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten. Green
489 Hospitals sollen zu einem festen Bestandteil der Krankenhausentwicklung in NRW
490 werden. Dazu gehören insbesondere wirksame Kühl- und Hitzeschutzmaßnahmen für
491 Patient*innen und Beschäftigte, Klimaanlage, energieeffiziente Gebäude,
492 Photovoltaikanlagen auf geeigneten Dachflächen, Batteriespeicher, nachhaltige
493 Beschaffung und ressourcenschonende Prozesse. Von der Bundesregierung fordern
494 wir, endlich für mehr Hitzeschutz und die notwendigen Voraussetzungen für
495 Klimaanlage in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu sorgen. So investieren
496 wir in den Klimaschutz, senken langfristig Betriebskosten und sorgen dafür, dass
497 Krankenhäuser auch bei Hitzewellen und anderen Krisen leistungsfähig bleiben.

498 Gleichzeitig bauen wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst weiter aus und
499 verbessern Krisen- und Notfallpläne, damit unser Gesundheitswesen auch in
500 künftigen Pandemien und anderen Krisen handlungsfähig bleibt.

501 Wir bauen Inklusion und Teilhabe aus

502 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, sowie
503 Neurodivergente selbstbestimmt und selbstverständlich mitten in unserer
504 Gesellschaft leben können. Dass sie lernen und arbeiten können, wo andere es
505 auch tun, dass sie verstanden werden und dazugehören – und dass sie selbst
506 entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten. Das ist für uns Inklusion.
507 Daher setzen wir uns entschlossen für die Umsetzung der UN-
508 Behindertenrechtskonvention in NRW ein. Dabei gilt für uns der Grundsatz „Nichts
509 über uns ohne uns“: Wer über die Belange von Menschen mit Behinderungen
510 entscheidet, muss sie von Anfang an einbeziehen, statt nur über sie zu sprechen.

511 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die im Bundesrat eingebrachte
512 Initiative zur finanziellen Entlastung der Kommunen bei den Kosten der
513 Eingliederungshilfe endlich umgesetzt wird und fordern eine Dynamisierung dieser
514 Entlastung, damit Länder und Kommunen bei den steigenden Kosten nicht allein
515 gelassen werden. Die Transparenz über Leistungs-, Kosten- und
516 Organisationsstrukturen der Eingliederungshilfe verbessern wir weiter.

517 Wir wollen das Gesetz über die Hilfen für Blinde und Gehörlose gerechter machen
518 und die Leistungen konsequenter an den tatsächlichen Mehrbedarfen ausrichten.
519 Zugleich wollen wir die Rechte auf barrierefreie Kommunikation und Information
520 stärken. Denn wer Informationen nicht verstehen oder erreichen kann, wird von
521 gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

522 Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist sozial gerecht und angesichts des
523 Fachkräftemangels wirtschaftlich klug. Arbeit bedeutet aber noch mehr: Sie
524 schafft Selbstständigkeit und Anerkennung. Diese Erfahrung muss allen Menschen
525 offenstehen. Dafür spielen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen eine

526 wichtige Rolle. So wird durch den „NRW-Weg“ in NRW als einzigem Bundesland
527 Menschen mit Schwerst- und Mehrfachbehinderungen und sehr hohen
528 Assistenzbedarfen als Werkstattbeschäftigte eine Teilhabe am Arbeitsmarkt
529 ermöglicht.

530 Der aktuelle Teilhabebericht zeigt positive Entwicklungen, aber auch, dass der
531 Übergang aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in
532 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausbaufähig ist. Wir bauen
533 Inklusionsbetriebe aus, verbessern Übergänge in reguläre Beschäftigung und
534 fordern von der Bundesregierung, den Prozess zur fairen Entlohnung von
535 Werkstattbeschäftigten zügig und verlässlich finanziert fortzusetzen.

536 Inklusionspolitik muss sich an konkreten Fortschritten messen lassen. Auch das
537 Land selbst muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Das neu eingeführte Fünf-
538 Prozent-Ziel bei Neueinstellungen von schwerbehinderten und ihnen
539 gleichgestellten Menschen in der Landesverwaltung wollen wir weiter verfolgen
540 und dafür Hürden in Bewerbungsverfahren abbauen sowie die Landesverwaltung
541 stärker als inklusiver Arbeitgeber sichtbar machen.

WP-05 Ein Land der Freiheit, Sicherheit und Erneuerung

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 4. Programm zur Landtagswahl 2027

Antragstext

- 1 Wir wollen einen Staat, der für die Menschen da ist und dabei einfach
2 funktioniert. Es ist kein Naturgesetz, dass der Kontakt mit Ämtern und Behörden
3 oft müßig ist. Wir wollen, dass der Staat mit digitalen Diensten und einer
4 offenen, nahbaren Kommunikation schnell, gut und hilfreich funktioniert. Wir
5 denken nicht von der Akte her, sondern vom Menschen.
- 6 Wir wollen, dass der Staat für Menschen Probleme löst und keine neuen schafft.
7 Da wo Verwaltungsstrukturen zu kompliziert und zu träge geworden sind, werden
8 wir sie effizienter und schlanker machen. Wir bauen bürokratische Vorgaben ab,
9 wo sie nicht benötigt werden.
- 10 Unser Staat muss handlungsfähig sein. Dazu gehören die digitale Unabhängigkeit
11 von anderen Staaten und eine klare Haltung zu KI: Wir nutzen sie, wo es sinnvoll
12 ist, machen aber gleichzeitig klar, dass wir die Regeln bestimmen. Zu einem
13 handlungsfähigen Staat gehören auch finanziell besser ausgestattete Kommunen,
14 damit es auch in Zukunft Schwimmbäder, Bibliotheken und gute Schulgebäude vor
15 Ort gibt. Das stärkt den Zusammenhalt und ist die beste Prävention gegen
16 Extremismus und Gewalt.
- 17 Gegenüber jenen, die unsere Gesellschaft und genau diesen Zusammenhalt aber
18 angreifen, braucht es einen starken Staat; eine professionelle Polizei und eine
19 handlungsfähige Justiz. Gegenüber den Feinden der Demokratie und unserer
20 liberalen Gesellschaft werden wir Zähne zeigen, ob im Aus- oder im Inland.
- 21 Wir wollen einen modernen Staat; einen, der bei den Alltagsproblemen hilft, bei
22 der Transformation unterstützt und uns als vielfältige Gesellschaft stark macht.
23 Einen Staat, der Freiheit schützt, Sicherheit gewährleistet und Erneuerung
24 möglich macht. Wir wissen, wie das geht, weil wir es unter anderem seit fast
25 fünf Jahren in der Landesregierung tun. Ob Energiekrise, oder Pandemie oder die
26 Folgen der Hochwasserkatastrophe, wir haben Verantwortung übernommen und NRW
27 erfolgreich durch Krisen geführt. Wir machen Politik mit klarem Kopf und ohne
28 die Menschen allein zu lassen. Diese Erfahrung nehmen wir mit in die nächsten
29 Jahre: für alle 18 Millionen Menschen in diesem Land, entlastend und immer mit
30 dem Ziel, dass sich Vertrauen in den Staat aus echten Erfahrungen speist.
- 31 Ein moderner Staat ist für uns die Grundlage dafür, dass wir als Gesellschaft
32 zusammenhalten, wenn es darauf ankommt – heute und in Zukunft. Diesen Weg gehen
33 wir weiter: anpackend, ehrlich und mit der Zuversicht, dass NRW jeden Tag ein
34 Stück besser werden kann.

35 **Wir machen Verwaltung digital und einfach**

36 **Digitale Dienste, die alle erreichen**

37 Personalausweis verlängern, Auto ummelden, Gewerbe anmelden: Noch immer bedeutet
38 das für viele Menschen in NRW Behördengang, Wartenummer und Papierkram. Wir
39 wollen, dass das auch per Swipe zu Hause am Küchentisch geht. Wir wollen
40 digitale Dienste für Bürger*innen und Unternehmen ausbauen. Das reduziert
41 Verwaltungsgänge, macht sie effizienter und spart Kosten. Durch Digitalisierung
42 machen wir unsere Verwaltung zu einer Ermöglichungsverwaltung, die die Angebote
43 zu den Menschen und Unternehmen bringt: Bei bereits vorliegenden Daten sollen
44 Leistungen und ein Datenaustausch zwischen unterschiedlichen Behörden
45 automatisch angeboten werden.

46 Digitale Verwaltung darf niemanden zurücklassen. Unser Ziel sind barrierefreie
47 und mehrsprachige digitale Dienste, die wirklich alle Bevölkerungsgruppen nutzen
48 können. Für alle diejenigen, die sie brauchen, bleibt daneben selbstverständlich
49 eine persönliche Beratung vor Ort bestehen. Auch digitale Beteiligungs- und
50 Debattenräume zwischen Bürger*innen und Staat müssen diesen Standards
51 entsprechen.

52 Für Standardaufgaben der Verwaltung schaffen wir gemeinsame digitale Lösungen,
53 die landesweit genutzt werden können. Nicht jede der 396 Kommunen in NRW soll
54 für die gleichen Aufgaben eigene Lösungen entwickeln oder beschaffen müssen.
55 Stattdessen setzen wir auf gemeinsame, offene Systeme, die einen sicheren und
56 automatisierten Datenaustausch ermöglichen. So können Daten zwischen den
57 zuständigen Stellen fließen und Verfahren vom ersten Kontakt der Bürger*innen
58 bis zum fertigen Bescheid medienbruchfrei digital bearbeitet werden. Das spart
59 Personal- und Sachkosten, entlastet insbesondere kleinere Kommunen und
60 ermöglicht Bürger*innen, ihre Anliegen digital, einfach, unabhängig und
61 jederzeit vom Wohnort aus zu erledigen. Die kommunalen IT-Dienstleistungen
62 stärken wir als regionale Ansprechpartner*innen und organisieren ihre
63 Zusammenarbeit stärker arbeitsteilig und standardisiert.

64 Darauf aufbauend ermöglichen wir Bürger*innen einen einheitlichen
65 Verwaltungszugang. Niemand soll sich mehr fragen, welche App oder Website für
66 den Behördengang gebraucht wird, weil es eine einheitliche Deutschland-App gibt.
67 In Kooperation mit den anderen Ländern und dem Bund wollen wir dafür sorgen,
68 dass häufig genutzte und weitgehend einheitlich geregelte Leistungen wie
69 Personalausweis, Kfz-Zulassung, Wohnsitzan- und -ummeldung oder Gewerbeanmeldung
70 in Hamm und Hannover gleichermaßen funktionieren und an derselben Stelle digital
71 zugänglich sind. Wir setzen dabei auf Kooperation unter den Ländern,
72 unterstützen andere Länder aktiv in ihren Entwicklungen, passen ggf. eigene
73 Verwaltungsprozesse und Lösungen an, um die Nachnutzung aus anderen Ländern zu
74 beschleunigen, und verzichten dabei konsequent auf teure Doppellösungen aus NRW.

75 Die digitale Umsetzung von Gesetzen ist komplex. Deshalb möchten wir prüfen, ob
76 innovative Ansätze, wie ein Pilotprojekt „Law as Code“, also die zusätzliche
77 maschinenlesbare Abbildung gesetzlicher Regelungen, die digitale Umsetzung von
78 Gesetzen erleichtern können.

79 Für viele Bereiche haben wir die Genehmigungsverfahren schon beschleunigt, nun
80 wollen wir sie weiter vereinfachen. Nach dem Vorbild des Projekts „Gründen in 24

81 Stunden", wollen wir für ausgewählte Vorhaben digitale Genehmigungsverfahren aus
 82 einer Hand erproben: Ein Antrag, eine Stelle, die alle beteiligten Fachbehörden
 83 intern koordiniert. Verbindliche Bearbeitungsfristen mit echter
 84 Genehmigungsfiktion sorgen dafür, dass die Fachbehörde in angemessenem Zeitraum
 85 liefern muss. Förderprogramme nützen nur, wenn man sie findet. Deshalb ergänzen
 86 wir das Förderportal „Nordrhein-Westfalen fördert“ um eine KI-gestützte
 87 Lotsenfunktion, die passende Programme automatisch vorschlägt und verständlich
 88 erklärt.

89 Digitale Infrastruktur: flächendeckend

90 Schnelles Internet gehört heute einfach zum Alltag: Es ermöglicht Homeoffice auf
 91 dem Land, Videosprechstunden bei der Ärztin, digitalen Unterricht in der Schule
 92 und moderne Produktion im Betrieb. Wir haben den Glasfaser- und Mobilfunkausbau
 93 in NRW spürbar vorangetrieben und setzen diesen Kurs fort. Unser Ziel bleibt:
 94 flächendeckend Glasfaser und 5G bis Ende des Jahrzehnts, damit die
 95 Gleichwertigkeit von Stadt und ländlichem Raum keine Frage der
 96 Internetverbindung mehr ist. Das Kompetenzzentrum "Gigabit.NRW" und die
 97 geförderten Gigabit- und Mobilfunkkoordinator*innen in den Kreisen unterstützen
 98 die Kommunen dabei weiterhin. Mit dem Breitband-Portal können
 99 Genehmigungsverfahren für den Breitbandausbau bereits digital abgewickelt
 100 werden. Wir wollen seine Nutzung in NRW weiter voranbringen und dafür sorgen,
 101 dass die Verfahren beim Ausbau digitaler Infrastruktur möglichst einfach,
 102 standardisiert und medienbruchfrei ablaufen. Wo noch kein Glasfaserkabel liegt,
 103 schließt Mobilfunk die Lücke.

104 Digitale Souveränität: raus aus der Abhängigkeit

105 Digitale Souveränität bedeutet für uns, selbst über die digitale Zukunft
 106 Nordrhein-Westfalens entscheiden zu können. Deshalb reduzieren wir einseitige
 107 Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern und setzen beim Ausbau der
 108 Landes-IT konsequent auf offene Standards, offene Schnittstellen und Open-
 109 Source-Software. Öffentlich finanzierte Software soll grundsätzlich als Open
 110 Source veröffentlicht und von anderen Behörden nachgenutzt werden können. Den
 111 Wandel gestalten wir gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren
 112 Personalvertretungen. Wir verfolgen einen Derisking-Ansatz: Nicht Autarkie ist
 113 das Ziel, sondern die Fähigkeit, technische Entscheidungen selbstbestimmt
 114 treffen und Anbieter wechseln zu können. Wo Cloud-Lösungen eingesetzt werden,
 115 setzen wir auf den Aufbau und die Nutzung leistungsfähiger öffentlicher,
 116 beziehungsweise in öffentlicher Verantwortung betriebener Rechenzentren. So
 117 stärken wir Sicherheit, Resilienz und die digitale Handlungsfähigkeit des Landes
 118 und seiner Kommunen.

119 Beim Zahlungsverkehr lösen wir uns weiter schrittweise von teuren
 120 außereuropäischen Anbietern: Wir stärken die europäische Souveränität und wollen
 121 digitale Zahlweg-Alternativen für Landes- und kommunale Dienstleistungen
 122 anbieten. So halten wir Steuergeld im europäischen Wirtschaftsraum. Daten und
 123 Infrastruktur der NRW-Verwaltung sichern wir unter europäischer Kontrolle, ohne
 124 Risiken durch den US-Cloud-Act. Das Vergaberecht wird für uns zum Hebel: Wer
 125 Software beschafft, schaut nicht nur auf den Preis, sondern auch auf

126 Souveränität und Resilienz. So machen wir uns unabhängig von Tech-Oligarchen und
127 stärken den Wirtschaftsstandort NRW.

128 Cybersicherheit als gemeinsame Aufgabe

129 Mit unserem Informationssicherheitsgesetz haben wir die Grundlage für eine
130 moderne Cybersicherheitsarchitektur geschaffen. Künftig wollen wir auch die
131 Kommunen systematisch einbeziehen und sie bei der Umsetzung von
132 Sicherheitsmaßnahmen finanziell, organisatorisch und fachlich unterstützen. Denn
133 Cybersicherheit darf nicht von der Größe einer Kommune abhängen. Wir schaffen
134 eine widerstandsfähige digitale Infrastruktur, die den realen Bedrohungen
135 unserer Zeit gewachsen ist. Angriffe auf die digitale Infrastruktur müssen
136 regelmäßig geübt werden wie Katastrophen- oder Brandschutzlagen. Deshalb
137 etablieren wir verbindliche Cybersicherheitsübungen und stärken die
138 Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen. Gleichzeitig bauen wir ein
139 leistungsfähiges landeseigenes Cyber-Response-Team auf, das Sicherheitsvorfälle
140 erkennt, Kommunen und Behörden im Ernstfall unterstützt und Wissen im gesamten
141 öffentlichen Sektor verfügbar macht.

142 Über "Digital.Sicher.NRW" wollen wir insbesondere kleine und mittlere
143 Unternehmen dabei beraten und unterstützen, ihre digitale Resilienz auszubauen
144 und zugleich europäische Technologien und Anbieter voranbringen. Oft fehlen hier
145 eigene große IT-Abteilungen, Fachkräfte oder schlicht die Ressourcen, um sich
146 ausreichend abzusichern. Gleichzeitig kann ein erfolgreicher Cyberangriff
147 Produktion und Geschäftsbetrieb lahmlegen und im schlimmsten Fall die Existenz
148 eines Unternehmens bedrohen. Deshalb begreifen wir Cybersicherheit als Teil
149 einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik. Wir wollen, dass NRW als Vorbild
150 bundesweit vorangeht. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundesebene für
151 einheitliche, digitaltaugliche Standards ein.

152 Einen attraktiven öffentlichen Dienst schaffen

153 Wir wollen einen modernen Staat und brauchen dafür auch attraktive
154 Rahmenbedingungen. Wir haben bereits die rechtlichen Rahmenbedingungen für den
155 öffentlichen Dienst in NRW flexibilisiert und modernisiert. Diesen Weg wollen
156 wir fortführen. Dazu gehören insbesondere der Ausbau von Co-Working-Spaces und
157 faire Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten. Wir setzen uns für
158 behördenübergreifende Weiterbildungsangebote ein, um die Zusammenarbeit zwischen
159 Landesinstitutionen zu fördern und Synergieeffekte zu nutzen. Wir fördern den
160 Wechsel zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst, insbesondere wollen
161 wir die Anerkennung von Abschlüssen und beruflichen Erfahrungen erleichtern. Um
162 die Durchlässigkeit weiter zu verbessern, setzen wir uns für das Recht für alle
163 Beamte*innen ein zwischen individueller und pauschaler Beihilfe zu wählen und
164 wollen die grundsätzliche Höchstaltersgrenze überwinden. Deshalb prüfen wir, wo
165 sie erhöht oder gelockert werden kann.

166 **Wir haushalten verantwortungsvoll für die** 167 **Zukunft**

168 Ein Haushalt, der Zukunft ermöglicht

169 Politik muss ehrlich sein, auch wenn es unbequem ist. Wir wissen: Angesichts der
170 angespannten Haushaltslage werden Einsparungen auch in den kommenden Jahren
171 notwendig sein. Dabei setzen wir klare Prioritäten und schützen, was für die
172 Zukunft unseres Landes und den gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders wichtig
173 ist. Gleichzeitig heben wir Effizienzpotenziale und bauen unnötige Strukturen
174 und Bürokratie ab. Eine starke Wirtschaft und neues Wachstum schaffen
175 Arbeitsplätze und Wohlstand und stärken gleichzeitig langfristig auch die
176 finanzielle Basis unseres Landes. So sichern wir dauerhaft die finanzielle
177 Handlungsfähigkeit unseres Landes, ohne die Zukunft kaputt zu sparen.

178 Damit Bürger*innen nachvollziehen können, wofür ihr Steuergeld eingesetzt wird,
179 modernisieren wir das Rechnungswesen und wollen die wirkungsorientierte
180 Haushaltssteuerung voranbringen. Wir machen im Landeshaushalt transparent,
181 welchen sozialen, ökologischen und finanziellen Nachhaltigkeitszielen die
182 Ausgaben des Landes dienen, und entwickeln dieses Nachhaltigkeitstracking
183 konsequent weiter. Effizienzpotenziale wollen wir durch einfachere Verfahren,
184 eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Landesverwaltung und die Bündelung
185 geeigneter Aufgaben heben.

186 Auch unsere Förderpolitik richten wir stärker auf Wirkung und weniger auf immer
187 neue Programme aus. Nicht für jedes neue politische Ziel braucht es einen neuen
188 Fördertopf mit eigenen Antrags-, Bewilligungs- und Nachweisverfahren. Wir
189 überprüfen alle bestehenden Förderprogramme darauf, ob sie ihre Ziele wirksam
190 und mit möglichst wenig Bürokratie erreichen, bündeln Programme mit ähnlichen
191 Zielen und richten bestehende Instrumente stärker auf neue politische
192 Herausforderungen aus. Wo eine pauschale Finanzierung sinnvoller ist als
193 kleinteilige Einzelförderungen, wollen wir auf Pauschalen umstellen. So
194 reduzieren wir Bürokratie für Förderempfänger*innen und Verwaltung, setzen
195 öffentliche Mittel effizienter ein und schaffen mehr Verlässlichkeit.

196 Die Arbeit und Wirkung von Landesbeauftragten soll regelmäßig evaluiert werden,
197 um die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit zu überprüfen und Weiterentwicklungsbedarfe
198 frühzeitig zu erkennen.

199 Wir wollen ein einfaches, transparentes und faires Grundsteuermodell für NRW
200 nach dem Vorbild des Bodenwertmodells, wie es Baden-Württemberg bereits
201 etabliert hat, einrichten, mit Zuschnitt auf die Bedürfnisse unseres Landes. Mit
202 Blick auf die nächste Hauptfeststellung 2029 korrigieren wir die Messzahlen,
203 damit Wohnen bezahlbar bleibt.

204 Finanz- und Haushaltskontrolle schaffen Vertrauen in den Staat. Wir versetzen
205 Landtag und Landesrechnungshof stärker in die Lage, auch die finanziellen
206 Auswirkungen von Gesetzesvorhaben im Blick zu behalten.

207 Gemeindefinanzierung verlässlich aufstellen

208 Wir sichern die Gemeindefinanzierung dauerhaft und geben den Kommunen mehr Geld
209 für ihre gestiegenen Aufgaben, indem wir den Verbundsatz im

210 Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) weiter schrittweise anheben. Tempo und Umfang
 211 der weiteren Umsetzung richten wir nach der allgemeinen Steuerentwicklung – je
 212 besser sie verläuft, desto schneller gehen wir voran. Das verbessert unmittelbar
 213 die Finanzlage der Kommunen und erleichtert die Finanzierung sowohl pflichtiger
 214 als auch freiwilliger Leistungen in Bildung, Sozialem, Kultur und Sport sowie
 215 kommunaler Investitionen.

216 Wir entwickeln das GFG hin zu einer bedarfsgerechteren, wissenschaftlich
 217 fundierten Finanzverteilung, die vor allem für kleinere Gemeinden besser planbar
 218 ist. Dies tun wir zulasten pauschaler Zuweisungen wie der Aufwands- und
 219 Unterhaltungspauschale und ergänzen es um einen Mechanismus zur mehrjährigen
 220 Stabilisierung der Finanzkraftbetrachtung.

221 Kommunen entlasten

222 NRW hat mit seiner Altschuldenlösung und der Übernahme von fast neun Milliarden
 223 Euro kommunaler Altschulden bereits einen historischen Schritt zur Entlastung
 224 überschuldeter Kommunen gemacht. Damit geben wir insbesondere den Städten und
 225 Gemeinden wieder mehr finanziellen Handlungsspielraum, die über Jahrzehnte hohe
 226 Liquiditätskredite aufnehmen mussten, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Denn
 227 hohe Altschulden und die damit verbundenen Zinslasten nehmen Kommunen das Geld,
 228 das sie für Investitionen in Schulen und Kitas, Straßen und Brücken, sozialen
 229 Zusammenhalt, Klimaschutz, Kultur und Sport dringend brauchen. Die
 230 Bundesregierung muss jetzt endlich ihr langjähriges Versprechen einer
 231 umfassenden Altschuldenlösung einlösen und ihren Teil zur Entlastung der
 232 Kommunen beitragen. Die bislang vorgesehene Beteiligung des Bundes reicht dafür
 233 nicht aus und ist zudem nur bis 2029 vorgesehen. Wir erwarten, dass der Bund
 234 gemeinsam mit den Ländern eine tragfähige Lösung schafft, die besonders hoch
 235 verschuldete Kommunen dauerhaft von ihren übermäßigen Altschulden befreit und
 236 ihnen damit einen echten finanziellen Neustart ermöglicht. Zugleich müssen Bund
 237 und Land für eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung der Kommunen sorgen, damit
 238 nicht neue Altschulden entstehen.

239 Die Eingliederungshilfe ist eine der am schnellsten wachsenden kommunalen
 240 Transferleistungen und trägt erheblich zur strukturellen Unterfinanzierung der
 241 Kommunen bei. Die Eingliederungshilfe ist für die Kommunen mit erheblichen und
 242 weiter steigenden Kosten verbunden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der
 243 Bund sich dauerhaft und verlässlich an ihrer Finanzierung beteiligt und die
 244 Kommunen strukturell entlastet.

245 Wir stehen zum verfassungsrechtlichen Prinzip der Veranlassungskonnexität in NRW
 246 und gleichen Mehrbelastungen der Kommunen durch Landesgesetze weiterhin
 247 finanziell aus. Das Konnexitätsprinzip muss endlich auch für den Bund
 248 verbindlich gelten. Dafür setzen wir uns mit einer Grundgesetzänderung ein.

249 Wir entwickeln die Kommunale Haushaltsverordnung (KomHVO) weiter, um nachhaltige
 250 Investitionen in Kreislaufwirtschaft, Energieeffizienz, CO₂-Reduktion und
 251 soziale Standards gezielt zu fördern und die Nutzung klimaschädlicher
 252 Technologien zeitlich stärker zu begrenzen.

253 Mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur haben wir in der
 254 Landesregierung das größte Infrastruktur- und Investitionsprogramm in der
 255 Geschichte unseres Landes auf den Weg gebracht. Den Kommunen stellen wir daraus

256 zehn Milliarden Euro für Investitionen pauschal zur Verfügung mit einem
 257 besonderen Schwerpunkt auf Kitas, Schulen und Ganzttag sowie der Sanierung
 258 kommunaler Gebäude und dem Klimaschutz. Damit schaffen wir langfristige
 259 Planungssicherheit und ermöglichen den Kommunen, innerhalb breiter
 260 Investitionsbereiche selbst zu entscheiden, was vor Ort gebraucht wird. Die
 261 bereitgestellten Mittel wollen wir schnell in konkrete Investitionen umsetzen.
 262 Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass auch über die Laufzeit des Nordrhein-
 263 Westfalen-Plans hinaus dauerhaft ausreichend in die kommunale Infrastruktur
 264 investiert wird, damit kein neuer Investitionsstau entsteht.

265 Wir reduzieren aufwendige Antrags-, Bewilligungs- und Nachweisverfahren,
 266 entlasten die Verwaltungen in Land und Kommunen und sorgen dafür, dass
 267 Fördermittel schneller vor Ort ankommen, indem wir Programme grundsätzlich
 268 pauschalisieren und nur im Ausnahmefall Einzelförderungen vornehmen. Zugleich
 269 stärken wir so die kommunale Selbstverwaltung und geben Städten und Gemeinden
 270 mehr Planungssicherheit und Handlungsspielraum, weil sie selbst am besten
 271 wissen, welche Investitionen vor Ort notwendig sind. Davon profitieren
 272 insbesondere kleinere und finanzschwächere Kommunen, denen häufig die
 273 personellen Ressourcen fehlen, um aufwändige Förderprogramme zu beantragen und
 274 abzuwickeln.

275 Wir überprüfen, wo eine Zentralisierung beim Land Synergien ergibt,
 276 beispielsweise bei kommunalen Pflichtaufgaben nach Weisung mit wenig örtlichem
 277 Bezug und hohem Digitalisierungspotenzial, etwa Wohngeld, Elterngeld und Hilfen
 278 zur Pflege. Aufgaben mit deutlichem Ortsbezug oder eigenem Ermessensspielraum
 279 wie Bauleitplanung oder Kita-Planung bleiben im Sinne der Subsidiarität
 280 ausdrücklich bei den Kommunen.

281 Nachhaltig investieren

282 Das Erfolgsrezept der Nachhaltigkeitsanleihen des Landes bauen wir aus, damit
 283 privates Kapital weiterhin gezielt in nachhaltige Landesprojekte investiert
 284 wird. Beim landeseigenen Pensionsfonds haben wir Investitionen in fossile
 285 Energieträger und Atomenergie konsequent ausgeschlossen. Diesen Weg wollen wir
 286 fortsetzen. Bei den Sparkassen und insbesondere der NRW.BANK setzen wir uns
 287 ebenfalls dafür ein, dass sie mit ihren Finanzierungs- und Förderangeboten
 288 Mittelstand, Handwerk und Kommunen bei Investitionen in Modernisierung und die
 289 klimaneutrale Transformation unterstützen. Das Ziel der klimaneutralen
 290 Landesverwaltung bis 2030 verfolgen wir bei Bau und Beschaffung weiter
 291 konsequent.

292 Mit ihrer Beschaffung und ihren Investitionen kann die öffentliche Hand zu
 293 Nachhaltigkeit und fairem Handel beitragen und zugleich langfristig Kosten
 294 senken. Die Landesverwaltung muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Wir
 295 richten die Vergabeentscheidungen der Landesverwaltung deshalb an verbindlichen
 296 sozialen und ökologischen Kriterien aus. Darüber hinaus unterstützen wir die
 297 Kommunen im Land bei der Umsetzung einer fairen, nachhaltigen Beschaffung und
 298 stärken dafür Beratung und Wissenstransfer.

299 Wo öffentliche Mittel in Neubau, Ausbau oder Sanierung von Gebäuden und
 300 Infrastruktur fließen, denken wir Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz von
 301 Anfang an mit. Investitionen sollen dazu beitragen, Energie und Ressourcen zu
 302 sparen, Gebäude und Infrastruktur gegen Hitze, Starkregen und andere Folgen der

303 Klimakrise zu wappnen sowie ihre langfristigen Betriebs- und Folgekosten zu
 304 senken. Ein verbindlicher Teil öffentlicher Investitionen in Baumaßnahmen soll
 305 in Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Kreislaufwirtschaft fließen. Dieses
 306 Prinzip wollen wir auch in bestehenden Förderprogrammen des Landes stärker
 307 verankern. Damit nutzen wir die öffentliche Nachfrage gezielt, um innovative,
 308 klimafreundliche und zirkuläre Lösungen in die Anwendung zu bringen, ihnen den
 309 Weg in den Markt zu erleichtern und ihre Skalierung voranzutreiben. Dabei setzen
 310 wir auf wirtschaftliche Lösungen über den gesamten Lebenszyklus hinweg: Was
 311 heute sinnvoll investiert wird, spart morgen Energie, Reparaturen und
 312 öffentliche Mittel. So verbinden wir die Modernisierung unserer Infrastruktur
 313 mit Klimaschutz und einem verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld.

314 Europäische Mittel wirksam für NRW einsetzen

315 Europäische Strukturfördermittel sind für NRW ein zentraler Hebel, um
 316 Transformation und Strukturwandel sozial gerecht zu gestalten, bessere
 317 Ausbildungs- und Berufschancen zu schaffen und Ressourcen nachhaltig zu nutzen.
 318 Der Entwurf für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union sieht
 319 jedoch grundlegende strukturelle Veränderungen für die Kohäsionspolitik vor. Wir
 320 setzen uns dafür ein, dass die zentrale Rolle der Regionen und ihre Kompetenzen
 321 erhalten bleiben, dass wichtige Fonds wie der ESF+ fortbestehen und NRW auch
 322 künftig im bisherigen Umfang von den europäischen Strukturfonds profitieren
 323 kann, einschließlich tragfähiger Kofinanzierungsätze, die unsere Kommunen nicht
 324 überfordern. Die europäischen Strukturfördermittel wollen wir noch
 325 zielgerichteter im Sinne der Nachhaltigkeits- und Klimaziele sowie der sozial-
 326 ökologischen Transformation einsetzen.

327 Wir schützen Recht und Freiheit

328 Justiz personell und digital zukunftsfest machen

329 Ob ein Rechtsstreit Monate oder Jahre dauert, entscheidet maßgeblich darüber,
 330 wie sehr Menschen dem Rechtsstaat vertrauen. Gerichte und Staatsanwaltschaften
 331 kämpfen mit Personalmangel, unbesetzten IT-Stellen und einer bevorstehenden
 332 Pensionierungswelle, die überdurchschnittlich viele Richter*innen und
 333 Staatsanwält*innen betreffen wird. Wir bauen deshalb zusätzliche Stellen auf,
 334 damit Verfahren spürbar schneller und Arbeitsbelastungen erträglicher werden.

335 Wir setzen uns weiterhin für familienfreundliche und flexible Arbeitsstrukturen
 336 in der Justiz ein, denn das macht sie als Arbeitgeberin gerade für Eltern
 337 attraktiver. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass unser Personal diverser
 338 wird und die Vielfalt NRWs widerspiegelt. Dabei knüpfen wir an die erfolgreiche
 339 Frauenförderung in der Justiz an, stärken die Diversitätsförderung und verankern
 340 Rechtsstaatsbildung stärker im Arbeitsalltag der gesamten Justiz.

341 Künstliche Intelligenz bietet echte Chancen, Gerichte bei Massenverfahren und
 342 riesigen Datenmengen spürbar zu entlasten. Für uns gilt dabei ein unverrückbarer
 343 Grundsatz: KI ist Assistenz, kein Ersatz für Menschen. Wir nutzen KI, aber KI
 344 muss sich an unsere Regeln halten. Ein Algorithmus darf Fakten strukturieren und
 345 Daten aufbereiten, urteilen darf er nie. Die Letztentscheidung und die
 346 richterliche Unabhängigkeit bleiben ausnahmslos in menschlicher Hand, mit

347 systematischen Kontrollmechanismen gegen diskriminierende Vorurteile und
 348 technische Fehler. Kommen KI-Tools in einem Verfahren zum Einsatz, schaffen wir
 349 eine lückenlose Informations- und Dokumentationspflicht und setzen auf
 350 souveräne, europäische Modelle. Mit barrierefreien, KI-gestützten Justizlotsen
 351 schaffen wir einen einfachen, verständlichen Zugang zum Recht für Bürger*innen.

352 Resilienztaskforce Justiz: Konsequenter Schutz für unsere 353 Justizbediensteten

354 Richter*innen, Staatsanwält*innen, Rechtspfleger*innen, Gerichtsvollzieher*innen
 355 und Justizbedienstete geraten zunehmend ins Visier zielgerichteter
 356 Einschüchterungsversuche von verschiedenen Seiten: Extremistische und
 357 demokratiefeindliche Akteure versuchen, die Justizangehörigen in ihrer
 358 professionellen Unabhängigkeit zu beeinflussen, sie unter Druck zu setzen oder
 359 persönlich zu diskreditieren; sei es durch mediale Anprangerung im Netz oder
 360 durch gezielten Druck bis tief ins private Umfeld. Wer unseren Rechtsstaat mutig
 361 verteidigt, darf bei solchen Bedrohungen nicht auf sich allein gestellt bleiben.
 362 Wir spannen einen landesweiten Schutzschirm über die Mitarbeiter*innen in der
 363 Justiz und ihre Unabhängigkeit, indem wir eine zentrale "Resilienztaskforce" im
 364 Ministerium der Justiz etablieren.

365 Justizvollzug: Sicherheit und neue Perspektiven schaffen

366 Guter Justizvollzug schützt die Gesellschaft – während der Haft und darüber
 367 hinaus. Deshalb verbinden wir konsequente Sicherheit mit einem Vollzug, der
 368 Menschen dabei unterstützt, nach ihrer Entlassung ohne neue Straftaten zu leben.
 369 Dazu fördern wir Behandlung, Therapie, Bildung und Qualifizierung und verbessern
 370 die Zusammenarbeit mit der Straffälligenhilfe beim Übergang in Arbeit, Wohnung
 371 und ein stabiles Leben. Den offenen Vollzug wollen wir als wichtigen Baustein
 372 erfolgreicher Wiedereingliederung erhalten und zugleich besser gegen Missbrauch
 373 und Einflussnahme durch organisierte Kriminalität absichern. Aus bekannt
 374 gewordenen Sicherheits- und Korruptionsfällen ziehen wir Konsequenzen: Wir
 375 stärken Kontrollen und Korruptionsprävention, überprüfen besonders sensible
 376 Abläufe und entwickeln die Sicherheitsstandards in unseren
 377 Justizvollzugsanstalten kontinuierlich weiter.

378 Auch die Familien von Inhaftierten nehmen wir stärker in den Blick –
 379 insbesondere die Kinder, die von einer Inhaftierung ihrer Eltern besonders
 380 betroffen sind. Wir sichern die Landesfachstelle „Netzwerk Kinder von
 381 Inhaftierten NRW“ finanziell ab, stärken kind- und familiengerechte Besuchs- und
 382 Kontaktmöglichkeiten und erkennen enge soziale Bezugspersonen und Pflegefamilien
 383 im Justizvollzug als Familie an. Damit gestalten wir den Justizvollzug und die
 384 Justiz insgesamt kind-, jugend- und familiengerechter.

385 Für einen modernen Vollzug braucht es vor allem die Menschen, die täglich dort
 386 arbeiten. Wir wollen mehr Fachkräfte gewinnen, sie langfristig halten und durch
 387 zeitgemäße Arbeitsbedingungen entlasten. Zugleich treiben wir die Erneuerung der
 388 Justizvollzugsanstalten voran, damit Gebäude und Ausstattung den Anforderungen
 389 an Sicherheit, Behandlung und einen modernen Vollzug gerecht werden.

390 Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen

391 Unserem Gemeinwesen gehen bundesweit jedes Jahr geschätzt rund 100 Milliarden
392 Euro durch Steuerhinterziehung verloren – Geld, das für Zukunftsinvestitionen
393 fehlt. Wir sagen insbesondere organisierter Kriminalität den Kampf an. Dafür
394 müssen wir die Strukturen zerschlagen und bei Finanzströmen und
395 Geschäftsmodellen ansetzen. Wir haben mit der Gründung des Landesamtes zur
396 Bekämpfung von Finanzkriminalität (LBF) sowie der Zentral- und Ansprechstelle
397 für die Verfolgung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität (ZeFin) wirksame
398 Strukturen geschaffen, um die Kompetenzen im Kampf gegen Finanzkriminalität und
399 Geldwäsche zu bündeln. Daran wollen wir anknüpfen und die Zusammenarbeit
400 zwischen allen beteiligten Behörden weiter fördern. Durch interdisziplinäre
401 Teams sollen Polizei, Justiz und Finanzbehörden bei der Verfolgung spürbar
402 schneller zusammenarbeiten. Hierbei ist eine konsequente Vermögensabschöpfung
403 von Vermögen aus dubioser Herkunft ein entscheidender Schlüssel, um Kriminellen
404 das Handwerk zu legen.

405 Gruppen der organisierten Kriminalität beuten Menschen aus und begehen schwerste
406 Menschenrechtsverletzungen. Sie verstoßen gegen das Schwarzarbeitsgesetz und
407 schmuggeln Menschen, beuten sie aus, insbesondere sexuell, und nutzen sie in
408 ihrer Vulnerabilität brutal aus. Sie handeln über nationale Grenzen hinweg, in
409 Zusammenarbeit mit anderen Staaten, terroristischen Vereinigungen und
410 demokratiefeindlichen Ideologien. Daher verstehen wir den Kampf gegen
411 organisierte Kriminalität interdisziplinär und international.

412 Umweltkriminalität ist kein Kavaliersdelikt. Millionenschwere illegale
413 Müllentsorgung, die Verschmutzung von Gewässern oder der Handel mit toxischen
414 Abfällen sind hochkriminelle, oft organisierte Machenschaften, die uns alle
415 schaden und nachfolgende Generationen belasten. Die neu geschaffene
416 Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität und die Vernetzungsstelle beim
417 Landeskriminalamt wollen wir weiter ausbauen. Jede*r zusätzliche*r Ermittler*in
418 rechnet sich für den Staatshaushalt um ein Vielfaches, weil Bußgelder und
419 Gewinnabschöpfung das investierte Geld direkt an die Gesellschaft zurückgeben.

420 Die konsequente Aufklärung des Cum-Ex-Steuerraubs bleibt eine Aufgabe von
421 besonderer Bedeutung für die Strafverfolgung und Justiz in ganz Deutschland. In
422 der bundesweit einmaligen Spezialeinheit Cum-Ex bei der Staatsanwaltschaft Köln
423 arbeiten so viele Staatsanwält*innen wie nirgendwo sonst an der strafrechtlichen
424 Aufarbeitung. Die Spezialeinheit in Köln werden wir weiterhin unterstützen. Wir
425 stellen eine enge Vernetzung aller beteiligten Stellen im Land und im Bund und
426 der Spezialeinheit in Köln sicher.

427 Kinder- und Jugendkriminalität früh begegnen

428 Die große Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in NRW wächst auf, ohne
429 Straftaten zu begehen. Für eine weitere Gruppe bleibt kriminelles Verhalten eine
430 einmalige Episode in ihrer Entwicklung. Nur wenige Kinder und Jugendliche
431 begehen mehrfach Straftaten. In diesen Fällen braucht es klare Reaktionen.
432 Gerade in jungen Jahren ist es entscheidend, dass sich kriminelle Karrieren
433 nicht verfestigen und ein Ausstieg gelingt. Wir wollen deshalb Konsequenzen und
434 Prävention zusammendenken. Dazu müssen Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz
435 enger und verbindlicher zusammenarbeiten. Prävention muss dort ansetzen, wo

436 Probleme entstehen. Straffällige junge Menschen müssen Verantwortung für ihre
 437 Taten übernehmen, gleichzeitig muss ihnen eine reale Chance auf einen Ausstieg
 438 gegeben werden. Insbesondere bei jungen Intensivtäter*innen wollen wir früh
 439 reagieren, bevor sich Kriminalität verfestigt. Das Programm "Kurve kriegen", das
 440 an diesen Punkten ansetzt, wollen wir deshalb gemeinsam mit den Trägern
 441 ausbauen.

442 In acht Häusern des Jugendrechts arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und
 443 Jugendhilfe bereits eng zusammen, um straffällig gewordenen jungen Menschen eine
 444 Perspektive für ein straffreies Leben zu eröffnen. Wir wollen flächendeckend in
 445 NRW solche Häuser für das Jugendrecht einrichten.

446 Für eine moderne Jurist*innenausbildung

447 Ein leistungsfähiger Rechtsstaat braucht exzellente Jurist*innen. Wir wollen
 448 eine grundlegende Reform der Jurist*innenausbildung. Wir wollen ein Studium, das
 449 für alle zugänglich ist und Jurist*innen hervorbringt, die fachlich gut
 450 ausgebildet sind. Dazu gehört auch ein kritischer Blick auf gesellschaftliche
 451 Zusammenhänge, denn Recht gestaltet Gesellschaft und Gesellschaft gestaltet
 452 Recht.

453 Mit dem integrierten Bachelor und der Digitalisierung des
 454 Landesjustizprüfungsamtes haben wir in NRW bereits wichtige Reformen auf den Weg
 455 gebracht. Darauf bauen wir auf. Studierende sollen ihr Können frei von
 456 Existenzängsten abrufen können. Dafür ermöglichen wir das Aufteilen von
 457 Prüfungsleistungen und bauen Kosten ab. Das E-Examen vollenden wir. Die
 458 Digitalisierung der juristischen Arbeit (Legal Tech) und Praxisbezug verankern
 459 wir fest im Studium, ebenso Antidiskriminierung und Diversität, damit Talent und
 460 Motivation entscheiden, nicht Herkunft oder Geldbeutel.

461 Staatsanwaltschaften vor politischer Einflussnahme schützen

462 Die Wehrhaftigkeit von Rechtsstaat und Demokratie gegen extreme Parteien und
 463 Ideologien entscheidet sich auch an einer Stelle, die selten im Blick ist.
 464 Anders als Gerichte unterstehen Staatsanwaltschaften der Dienst- und
 465 Fachaufsicht der jeweiligen Justizminister*innen. Politisch motivierte Weisungen
 466 spielen in der heutigen Praxis kaum eine Rolle. Doch wir müssen den Rechtsstaat
 467 auch für den Fall wappnen, dass extreme Parteien Regierungsverantwortung
 468 übernehmen. Denn wer ein Justizministerium führt, könnte grundsätzlich auch
 469 Einfluss auf staatsanwaltschaftliche Entscheidungen bis hin zu einzelnen
 470 Verfahren nehmen. Dieses Einfallstor für politischen Missbrauch wollen wir so
 471 weit wie möglich schließen. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Reform des
 472 Weisungsrechts nach dem Vorbild der Selbstbindung des Ministeriums der Justiz
 473 ein: Verbindliche Absicherung bei Einzelweisungen, Beschränkung auf eng
 474 begrenzte Ausnahmefälle und klare Begründungs-, Dokumentations- und
 475 Transparenzpflichten.

476 **Wir sorgen für Sicherheit im ganzen Land**

477 Eine starke und professionelle Polizei

478 Der Polizei kommt in einer liberalen Demokratie eine besondere und
479 verantwortungsvolle Aufgabe zu. Polizeibeamt*innen schützen uns nicht nur vor
480 Kriminalität, sondern gewährleisten, dass Demonstrationen, Kundgebungen,
481 Versammlungen, Sportveranstaltungen und sensible Orte sicher bleiben und sie
482 schützen unsere Demokratie vor ihren Feinden. Jahr für Jahr entscheiden sich
483 Menschen bewusst für den Polizeidienst und verpflichten sich mit ihrem Eid auf
484 das Grundgesetz, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen.

485 Polizist*innen leisten jeden Tag unter anspruchsvollen Bedingungen
486 unverzichtbare Arbeit für unser Land. Dafür verdienen sie unseren Respekt,
487 unsere Anerkennung und unser Vertrauen. Zugleich gilt: Polizeiliche Arbeit ist
488 dann besonders erfolgreich, wenn Bürger*innen darauf vertrauen können, dass ihre
489 Polizei demokratisch, transparent, offen und nahbar handelt.

490 Wir wollen, dass alle Menschen Vertrauen in ihre Polizei haben können. Dazu
491 gehören einerseits die klare Anerkennung der täglichen Leistung und der
492 schwierigen Aufgaben von Polizist*innen andererseits aber auch eine transparente
493 Fehlerkultur.

494 Die Anforderungen an Polizeiarbeit sind in den vergangenen Jahren deutlich
495 gewachsen. Neue Kriminalitätsformen, digitale Ermittlungen, gesellschaftliche
496 Konflikte und eine veränderte Sicherheitslage treffen auf einen zunehmenden
497 Fachkräftemangel. Wir wollen deshalb eine resiliente Polizei, die für neue
498 Bedrohungslagen gut gerüstet ist und den Menschen in NRW verlässlich Sicherheit
499 gibt. Angriffe auf Polizist*innen und andere Einsatzkräfte haben zugenommen –
500 das verurteilen wir entschieden. Wer sich für die Sicherheit anderer einsetzt,
501 verdient den Schutz der Gesellschaft.

502 Wir sorgen für dauerhaft ausreichend Personal und eine moderne, praxistaugliche
503 Ausstattung. Dabei halten wir an den hohen Einstellungszahlen fest, das gilt
504 auch für die Tarifbeschäftigten. Auch bei hohen Einstellungszahlen halten wir an
505 unseren Qualitätsstandards für Ausbildung und Studium fest und stärken dafür das
506 Landesamt für Aus-, Fort- und Weiterbildung der Polizei (LAFP) sowie die
507 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV). Einsatztraining und
508 regelmäßige Fortbildung bauen wir weiter aus. Gute Führung ist für gute
509 Polizeiarbeit zentral, deshalb fördern wir die Qualifizierung von
510 Führungskräften und schaffen attraktive Fachkarrieren mit besseren
511 Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Polizei.

512 Von digitalen Spuren bis zu internationalen Finanzströmen: Die Kriminalpolizei
513 braucht mehr Zeit, Fachwissen und Spezialisierung. Deshalb stärken wir sie
514 personell, bauen Fachkarrieren aus und sorgen für ausreichend spezialisierte
515 Ermittler*innen bei Cybercrime, Organisierter Kriminalität, Finanzkriminalität
516 und sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Frauen. Die Kriminalassistenten
517 wollen wir nach erfolgreicher Evaluation landesweit verankern. Sie sollen
518 Aufgaben übernehmen, für die nicht zwingend hochqualifizierte Ermittler*innen
519 gebraucht werden.

520 Die Polizei braucht außerdem leistungsfähige digitale Werkzeuge. Gerade bei
 521 komplexen Ermittlungen müssen große Datenmengen ausgewertet und Zusammenhänge
 522 erkannt werden können. Sensible staatliche Daten müssen dabei unter staatlicher
 523 Kontrolle bleiben. Aus der Analysesoftware Palantir, die weder europäischen
 524 Datenschutzstandards noch demokratischer Kontrolle in ausreichendem Maß
 525 unterliegt, steigen wir aus und setzen uns für eine bürgerrechtssensible
 526 europäische Alternative ein. Beim Einsatz automatisierter Datenanalyse gilt:
 527 klare gesetzliche Grundlagen statt Graubereiche, strenge Verhältnismäßigkeit und
 528 der Vorrang menschlicher Entscheidung.

529 Transparente und bürgernahe Polizei

530 Wir wollen das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei stärken. Mit der
 531 Einführung einer unabhängigen Polizeibeauftragten haben wir eine zentrale
 532 Forderung umgesetzt. Nun wollen wir die Stelle als feste Institution in NRW
 533 etablieren, für angemessene Ausstattung sorgen und ihren Bekanntheitsgrad
 534 erhöhen. Sie soll gleichermaßen Anlaufstelle für Bürger*innen wie für
 535 Polizeibeamt*innen sein.

536 Mit einer Kontrollquittung dokumentieren wir polizeiliche Kontrollen auf Wunsch
 537 der Betroffenen mit Ort, Zeitpunkt, Rechtsgrundlage und kontrollierender
 538 Dienststelle. Die Daten werten wir zudem statistisch aus, um diskriminierende
 539 Kontrollmuster frühzeitig zu erkennen und polizeiliches Handeln überprüfbar zu
 540 machen.

541 Wir entwickeln zudem den Einsatz von Bodycams ausgewogen weiter. Desweiteren
 542 halten wir an der individualisierten, anonymisierten Kennzeichnungspflicht für
 543 Polizeibeamt*innen fest.

544 Polizeistrukturen modernisieren und Präsenz vor Ort sichern

545 Nicht jede Spezialaufgabe muss in jeder Kreispolizeibehörde bearbeitet werden
 546 können. Gleichzeitig darf eine modernere Struktur nicht dazu führen, dass die
 547 Polizei sich aus der Fläche zurückzieht. Wir wollen deshalb Spezialisierung und
 548 Bürgernähe miteinander verbinden und eine Polizeistrukturereform schnellstmöglich
 549 auf den Weg bringen.

550 Wir entwickeln die Bezirksdienste zu modernen Quartiersdiensten weiter.
 551 Bezirksbeamt*innen sollen als feste Ansprechpartner*innen für die Menschen vor
 552 Ort präsent sein, lokale Akteur*innen, Schulen, Vereine und soziale
 553 Einrichtungen vernetzen und neben der Gefahrenabwehr stärker auf Prävention,
 554 Konfliktvermittlung und die Lösung lokaler Sicherheitsprobleme setzen. Dieses
 555 Prinzip übertragen wir auch auf die digitalen Lebenswelten von Kindern und
 556 Jugendlichen: Digitale Bezirksbeamt*innen sollen auf relevanten Plattformen und
 557 in digitalen Räumen ansprechbar sein, Präventionsarbeit leisten, Fragen
 558 beantworten und bei Bedarf an geeignete Beratungs- und Unterstützungsangebote
 559 weitervermitteln.

560 Für den Kommunalen Ordnungsdienst schaffen wir verbindliche landesweite
 561 Ausbildungsstandards. Einheitliche Mindeststandards für Ordnungs- und
 562 Polizeirecht, Eingriffs- und Befugnisrecht, Kommunikation und Deeskalation,
 563 Einsatztraining sowie den Umgang mit psychischen Ausnahmesituationen sorgen für

564 eine vergleichbare Qualifikation und mehr Handlungssicherheit. So stärken wir
565 die Professionalität und Bürgernähe des Kommunalen Ordnungsdienstes in ganz NRW.

566 Rassismus und Diskriminierung mit der Polizei entgegenwirken

567 Die große Mehrheit der Polizist*innen in NRW steht fest auf dem Boden unserer
568 Verfassung, schützt sie gegen ihre Feinde und leistet jeden Tag professionelle
569 Arbeit für die Menschen in unserem Land. Gerade weil die Polizei das staatliche
570 Gewaltmonopol ausübt, müssen sich alle Menschen darauf verlassen können,
571 unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Religion fair und respektvoll behandelt
572 zu werden. Zu oft gehört es zur Erfahrung von Menschen mit
573 Migrationshintergrund, dass sie schneller in polizeiliche Kontrollen oder
574 Maßnahmen geraten als andere. Rassismus und Diskriminierung haben in der Polizei
575 keinen Platz. Wir wollen professionelles Handeln stärken, Probleme ernst nehmen
576 und dort konsequent reagieren, wo Grenzen überschritten werden.

577 Wir verankern die Auseinandersetzung mit Rassismus, Diskriminierung und
578 unbewussten Vorurteilen weiterhin fest in die Aus- und Fortbildung aller
579 Polizeikräfte. Die sogenannte Alltagsreflexion für Polizeikräfte mit
580 Bürger*innenkontakt wollen wir weiterentwickeln und stärker in den polizeilichen
581 Alltag integrieren. Wir fördern den regelmäßigen Austausch zwischen Polizei und
582 unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Vertrauen entsteht dort, wo man
583 miteinander spricht und die Perspektive des Gegenübers kennt.

584 Polizeibeamt*innen müssen häufig innerhalb weniger Sekunden schwierige
585 Entscheidungen treffen. Besonders Einsätze mit Menschen in psychischen
586 Ausnahmesituationen stellen hohe Anforderungen an sie und können schnell
587 eskalieren. Wir wollen die Polizei dafür besser vorbereiten und gleichzeitig
588 dafür sorgen, dass medizinische und psychosoziale Hilfe schneller verfügbar ist.
589 Dafür bringen wir den Ausbau des Einsatztrainings der Polizei NRW mit Fokus auf
590 Deeskalation und den Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen
591 weiter voran. Wir wollen regionale Netzwerke zwischen Polizei, psychiatrischer
592 Versorgung, Medizin und psychosozialen Hilfen. Die Polizei soll dort entlastet
593 werden, wo eigentlich gesundheitliche oder psychosoziale Hilfe gebraucht wird.

594 Polizeieinsätze, bei denen Menschen getötet oder lebensgefährlich verletzt
595 werden, müssen unabhängig untersucht werden. Deshalb ist es unser Ziel, dass die
596 Ermittlungen künftig von einer nicht benachbarten Kreispolizeibehörde geführt
597 werden.

598 Unsere Demokratie gegen Rechtsextremismus und neue 599 Bedrohungen schützen

600 Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für unsere Demokratie. Gleichzeitig
601 haben sich die Bedrohungslagen verändert: Islamismus, Spionage, Cyberangriffe,
602 hybride Einflussnahme, digitale Radikalisierung und Linksextremismus in Form von
603 Sabotage – all dies oft durch fremde Länder gesteuert – stellen unsere
604 Sicherheitsbehörden vor neue Aufgaben. Wir wollen einen Staat, der diese
605 Entwicklungen früh erkennt und handlungsfähig bleibt.

606 Rechtsextreme Netzwerke und Strukturen verfolgen wir mit Nachdruck. Dabei nehmen
607 wir Finanzströme, digitale Radikalisierung und neue Tätertypen stärker in den

608 Blick als bisher. Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft müssen bei
 609 Prävention und Früherkennung enger zusammenarbeiten, denn Extremismus wird oft
 610 zuerst dort sichtbar, wo Menschen ihn im Alltag erleben, nicht erst in den Akten
 611 der Behörden. Auch innerhalb der Polizei selbst setzen wir weiterhin auf
 612 Prävention, Extremismusbeauftragte und niedrigschwellige Meldewege, damit
 613 rechtsextreme Tendenzen frühzeitig erkannt und geahndet werden.

614 Der Verfassungsschutz muss ebenfalls auf neue Bedrohungslagen vorbereitet sein.
 615 Wo sich Bedrohungslagen verändern, müssen Sicherheitsbehörden handlungsfähig
 616 bleiben. Neue oder weitergehende Befugnisse müssen dabei aber immer mit klaren
 617 gesetzlichen Grenzen und starker Kontrolle verbunden sein. Deshalb stärken wir
 618 die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes fachlich und bauen sie
 619 weiter aus. Eingriffsbefugnisse überprüfen wir regelmäßig darauf, ob sie
 620 notwendig, verhältnismäßig und wirksam sind.

621 Auslandsbezogene, rechtsextreme Ideologien gefährden ebenso unsere Demokratie
 622 und unser vielfältiges Zusammenleben. Ihre Anhänger*innen organisieren
 623 Vereinsstrukturen, verbreiten ihre Ideologie über das Netz und rekrutieren in
 624 unterschiedlichen Räumen neue Anhänger*innen. Wir wollen die Arbeit gegen ihre
 625 Ideologie interdisziplinär stärken. Dazu zählt, dass wir nicht nur die
 626 gesellschaftliche Auseinandersetzung fördern, sondern auch Lehrstühle, Fach- und
 627 Anlaufstellen stärken und Fachkräfte, etwa aus Polizei und Verfassungsschutz,
 628 sensibilisieren wollen.

629 Der transnationalen Repression sagen wir den Kampf an der Seite demokratischer
 630 Stimmen in der Diaspora an. Wir wollen politisch Verfolgte, die bei uns eine
 631 neue Heimat gefunden haben, vor der Spionage ausländischer Geheimdienste, ihrer
 632 Aktivitäten und Einschüchterungen besser schützen. Dafür wollen wir auch die
 633 Expertise von Diasporagesellschaften stärker in behördliche Aufklärungsarbeit
 634 einbeziehen.

635 Sicherheitspolitik auf belastbare Erkenntnisse stützen

636 Gute Sicherheitspolitik darf nicht danach entschieden werden, welcher Einzelfall
 637 gerade die größte Aufmerksamkeit bekommt oder gar, welche Nationalität die oder
 638 der Täter*in hat. Wir wollen genauer wissen, welche Kriminalitätsentwicklungen
 639 tatsächlich stattfinden, welche Ursachen dahinter stehen und welche Maßnahmen
 640 wirken. Dafür führen wir einen periodischen Sicherheitsbericht ein, der neben
 641 der Polizeilichen Kriminalstatistik auch das Dunkelfeld, Viktimisierung,
 642 Strafverfolgungsverläufe und das Sicherheitsgefühl der Menschen einbezieht.
 643 Ebenso wollen wir die Herkunftsnennung beenden, dort wo sie unnötige
 644 Stigmatisierung von Menschen mit Migrationshintergrund schafft. Unabhängige
 645 Wissenschaft binden wir dabei stärker ein, und neue Maßnahmen und Befugnisse
 646 überprüfen wir regelmäßig auf ihre tatsächliche Wirkung.

647 Katastrophenschutz als zentrale Aufgabe des Landes stärken

648 Sabotage, Cyberangriffe, Hochwasser, Hitzewellen, Waldbrände und Stromausfälle
 649 zeigen: Katastrophenschutz ist längst mehr als die Reaktion auf einzelne
 650 Naturereignisse. Wir brauchen Strukturen, die Risiken früh erkennen, Fähigkeiten
 651 planen und Kommunen im Ernstfall unterstützen. Deshalb bauen wir den
 652 Katastrophenschutz konsequent weiter aus. Zur weiteren Stärkung des

Katastrophenschutzes bündeln wir Kompetenzen, Planung und operative Unterstützung in einem Landesamt für Katastrophenschutz. Es stärkt die Zusammenarbeit mit den Kommunen und verbessert die Vorbereitung auf Krisen wie Hochwasser, Waldbrände oder großflächige Stromausfälle. Wir entwickeln die Katastrophenschutzbedarfsplanung verbindlich weiter, erfassen Risiken, vorhandene Fähigkeiten und Lücken nach einheitlichen Maßstäben und schaffen ein belastbares, landesweites Lagebild mit klaren Zuständigkeiten bei überregionalen Krisen. So erhöhen wir die Resilienz unseres Landes und sorgen für schnellere Hilfe im Ernstfall.

Ein handlungsfähiger Katastrophenschutz und eine gut vorbereitete Bevölkerung gehören zusammen. Menschen, die wissen, wie sie sich in einer Krise verhalten können, überbrücken die Zeit bis zum Eintreffen professioneller Hilfe besser und entlasten die Einsatzkräfte. Das entbindet den Staat aber nicht von seiner Verantwortung. Deshalb sorgen wir dafür, dass Informationen zur Krisenvorsorge verständlich und niedrigschwellig zugänglich sind und die Menschen wissen, wie Warnungen funktionieren und wie sie sich bei Stromausfällen, Hochwasser oder anderen Krisen richtig verhalten. Auch in Schulen und Kommunen wollen wir Krisenvorsorge stärker vermitteln. Die spontane Hilfsbereitschaft vieler Menschen wollen wir besser vorbereiten und in bestehende Einsatzstrukturen einbinden. Denn klar ist: Selbsthilfefähigkeit ergänzt einen starken Katastrophenschutz, aber sie ersetzt ihn nicht.

Einen krisenfesten Staat aufbauen – auch gegen Sabotage und hybride Bedrohungen

Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat erreichbar und handlungsfähig bleibt, wenn Strom, Kommunikation oder digitale Systeme ausfallen – sei es durch Naturereignisse, Cyberangriffe oder gezielte Sabotage. Deshalb bauen wir eine krisenfeste Infrastruktur auf: ausfallsichere Rechenzentren, redundante Kommunikationswege, geschützte Datenzugänge, Notstromversorgung und klare Notfallstrukturen für Verwaltung, Polizei, Justiz, Katastrophenschutz und kritische Landesaufgaben. Kritische Daten und Systeme müssen auch in Krisen verfügbar bleiben; sicherheitsrelevante Daten werden dabei nicht veröffentlicht. Für Kriegs- und Katastrophenlagen sowie großflächige Cyberangriffe benötigen wir verbindliche Szenarienplanungen, regelmäßige Stresstests, regelmäßige Aus- und Fortbildung von Krisenstäben und ressortübergreifende Übungen, damit Landesbehörden auch bei Stromausfällen, Angriffen auf Netze oder gestörter Kommunikation handlungsfähig bleiben. Bestehende Notfall- und Krisenstrukturen überprüfen und modernisieren wir und statuen sie technisch so aus, dass der Staat auch im Ernstfall erreichbar, entscheidungsfähig und arbeitsfähig bleibt. Dabei unterstützt das Land insbesondere kleinere Kommunen, die spezielle Fähigkeiten nicht dauerhaft selbst vorhalten können.

Strom, Wasser, Telekommunikation und Gesundheitsversorgung müssen auch in einer veränderten Sicherheitslage funktionieren. Der Schutz kritischer Infrastrukturen ist deshalb eine zentrale Sicherheitsaufgabe. Wir bündeln die ressortübergreifende Koordinierung des KRITIS-Schutzes, also des Schutzes kritischer Infrastrukturen, und bauen die vorhandenen Strukturen zu einer leistungsfähigen zentralen Stelle aus. Mit einer regelmäßigen Betreiberkonferenz bewerten Land, Kommunen, Sicherheitsbehörden und Betreiber gemeinsam Bedrohungen, Schutzbedarfe und Unterstützungsbedarf. Für besonders gefährdete

701 und versorgungsrelevante Anlagen wie Umspannwerke, entwickeln wir abgestufte
 702 Schutzkonzepte, bei erhöhter Gefährdung auch mit zeitweisem personellem Schutz.
 703 Auch schaffen wir klare rechtliche Voraussetzungen für den gezielten Einsatz
 704 moderner Video- und Sensorsysteme sowie für Drohnerdetektion und -abwehr im
 705 Umfeld besonders gefährdeter Anlagen. Beim Bund setzen wir uns dafür ein, dass
 706 Mittel für Bevölkerungsschutz und Resilienz tatsächlich bei Ländern und Kommunen
 707 ankommen und fordern klare Zuständigkeiten zwischen Bund, Land, Kommunen und
 708 Betreibern.

709 Feuerwehren bestmöglich ausstatten und ausbilden

710 Die Feuerwehren tragen jeden Tag Verantwortung für die Sicherheit der Menschen
 711 in NRW. Wir wollen, dass die Feuerwehren insgesamt gut ausgebildet und gut
 712 ausgestattet sind. Die Klimakrise verändert außerdem ihre Arbeit spürbar:
 713 Einsätze bei Wald- und Vegetationsbränden, bei Starkregen oder Hochwasser werden
 714 häufiger und anspruchsvoller. Wer neue Aufgaben wie diese bewältigen soll,
 715 braucht dafür die richtige Technik: Wir sorgen für moderne Fahrzeuge und
 716 zeitgemäße persönliche Schutzausrüstung. Spezialtechnik, wie Drohnen oder
 717 digitale Lageführung, gehört für uns zu einer modernen Feuerwehr, ebenso wie
 718 weitere Investitionen in Gerätehäuser und Infrastruktur. Weil sich Waldbrände
 719 nicht an Zuständigkeitsgrenzen halten, arbeiten Feuerwehr, Forst, Landwirtschaft
 720 und Kommunen enger zusammen als bisher.

721 Eine gute Ausstattung braucht auch eine gute Ausbildung: Wir stärken das
 722 Institut der Feuerwehr und bauen Ausbildungskapazitäten aus. Wartezeiten bei
 723 Lehrgängen sollen weiter sinken. Neue Einsatzlagen verankern wir stärker in Aus-
 724 und Fortbildung und legen weiterhin einen besonderen Schwerpunkt auf die
 725 Führungskräfteausbildung.

726 Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz

727 Ohne die mehr als 100.000 ehrenamtlichen Einsatzkräfte in Freiwilliger
 728 Feuerwehr, Hilfsorganisationen und Technischem Hilfswerk wäre der
 729 Katastrophenschutz in NRW nicht aufrechtzuerhalten. Dafür haben sie unsere
 730 bestmögliche Unterstützung verdient. Wir sorgen dafür, dass sie die fundierte
 731 Ausbildung erhalten, die im Ernstfall nötig ist, denn wenn jede Minute zählt,
 732 entscheiden eingespielte Strukturen und gut ausgebildete Einsatzkräfte über
 733 Menschenleben. Damit sich Ausbildung, Übungen und Einsätze leichter mit Beruf
 734 und Familie vereinbaren lassen, vereinfachen wir Freistellungsregelungen und
 735 schaffen echte Anreize fürs Engagement, statt finanzielle oder berufliche
 736 Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

737 Es darf keinen Unterschied machen, in welchem Bereich jemand sich engagiert:
 738 Alle ehrenamtlichen Einsatzkräfte stellen wir rechtlich gleich, unabhängig
 739 davon, ob sie bei der Freiwilligen Feuerwehr oder einer Hilfsorganisation aktiv
 740 sind. Dies gilt insbesondere bei Freistellung, Verdienstausschlag und sozialer
 741 Absicherung. Diese Gleichstellung muss auch vor Ort in den Kommunen gelebt
 742 werden.

743 Hilfsorganisationen beziehen wir verlässlich in die Katastrophenschutzplanung
 744 ein und geben ihnen Planungssicherheit bei Ausstattung und Fahrzeugen. Ihr

745 Finanzierungssystem überprüfen wir grundlegend und entwickeln es so weiter, dass
746 notwendige Strukturen dauerhaft vorgehalten werden können.

WP-06 Ein Land der Vielfalt

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 4. Programm zur Landtagswahl 2027

Antragstext

- 1 NRW ist ein vielfältiges Land und ein Land, das zusammenhält. Unsere Demokratie
2 und das Engagement der Menschen in NRW, sich dafür einzusetzen, ist stark. Das
3 soll so bleiben. Dabei darf niemand außen vor bleiben, weil Alter, Herkunft oder
4 sprachliche Barrieren Beteiligung erschweren. Wir wollen wissen, was die
5 Menschen in NRW bewegt und ihnen ermöglichen, sich einzubringen – egal ob im
6 Bürgerrat, im Stadtrat, in der Schule oder in der Nachbarschaft.
- 7 Vielfalt und Wehrhaftigkeit gehören für uns zusammen. Frauen gehört die Hälfte
8 der Macht, queere Menschen müssen in NRW angstfrei leben können, und niemand
9 darf wegen seines Glaubens, seiner Herkunft oder der Person, die sie oder er
10 liebt, ausgegrenzt werden. Wir gestalten unsere Einwanderungsgesellschaft so,
11 dass Menschen unabhängig von ihrer Herkunft selbstbestimmt und gleichberechtigt
12 an allen Bereichen der Gesellschaft teilhaben können. Wer vor Krieg und
13 Verfolgung flieht, findet bei uns Schutz; dafür brauchen wir ein
14 funktionierendes Asylsystem. Die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit
15 halten wir wach, damit sie sich nicht wiederholen. Und wir schaffen Transparenz
16 darüber, wer Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt.
- 17 Eine lebendige Demokratie zeigt sich im Kleinen wie im Großen. Menschen, die
18 sich ehrenamtlich engagieren, dürfen dafür keine Nachteile in Kauf nehmen
19 müssen. Für ihr Engagement schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen. Und
20 dort, wo Kinder, Jugendliche oder Menschen mit Einwanderungsgeschichte bisher zu
21 wenig mitentscheiden können, öffnen wir echte Wege zur Mitsprache. Auch Kultur,
22 Medien und Sport schaffen Räume für Begegnung und gesellschaftlichen
23 Zusammenhalt. Diese Räume wollen wir stärken.
- 24 Wir stellen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit entgegen. Wer unsere offene
25 und vielfältige Gesellschaft angreift, trifft auf unseren entschiedenen
26 Widerstand, einen wehrhaften Rechtsstaat und eine starke Zivilgesellschaft –
27 online wie offline, hier wie international.
- 28 Uns geht es um eine Demokratie, die junge Menschen einbindet, Vielfalt als
29 Stärke versteht und niemanden mit Gewalterfahrung oder Diskriminierung allein
30 lässt. Um eine Demokratie, die Teilhabe schafft, schützt und zusammenführt.
- 31 In den letzten fünf Jahren haben wir wichtige Ziele für mehr demokratische
32 Teilhabe in NRW erreicht: Wir haben das Wahlalter auf 16 Jahre bei
33 Landtagswahlen herabgesetzt, den ersten Bürger*innenrat des Landtags auf den Weg
34 gebracht und sind gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Gewalt gegen
35 Frauen entschieden vorgegangen. Auf dieser Grundlage wollen wir weiterarbeiten:
36 für jeden Menschen in diesem Land, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts,
37 welchen Glaubens und mit dem Anspruch, dass Teilhabe sich im Alltag beweist.

38 Eine vielfältige, wehrhafte Demokratie trägt unsere Gesellschaft dann, wenn es
39 wirklich darauf ankommt. Dafür stehen wir: entschlossen, offen und in der festen
40 Überzeugung, dass NRW ein Land ist, das in Vielfalt zusammenhält.

41 **Wir stärken Beteiligung und demokratische** 42 **Mitbestimmung**

43 **Direkte Demokratie und Bürger*innenräte**

44 Unsere Demokratie stärken heißt für uns, die vielen Menschen zu unterstützen,
45 die sie täglich mit Leben füllen. Millionen Ehrenamtliche in Initiativen,
46 Verbänden, Vereinen und Menschen in der Nachbarschaft tragen den
47 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie sind eine unverzichtbare Stimme für
48 Miteinander, Toleranz, Demokratie, Menschenrechte und den Schutz von Natur und
49 Umwelt in NRW. Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir deshalb in ihrem
50 Engagement unterstützen. Wir verteidigen staatliche Unterstützung dafür, dass
51 Bürgerinnen und Bürger gesellschaftliche Fragen mit eigenem Engagement angehen,
52 statt alleine auf den Staat zu warten, und verteidigen auch ihre
53 Meinungsfreiheit, gerade wenn sie sich aktiv für die Werte des Grundgesetzes und
54 der Landesverfassung einsetzen.

55 Wir binden die Zivilgesellschaft systematisch und transparent in politische
56 Entscheidungen ein. Das gelingt uns mit Beteiligungsverfahren,
57 Expert*innenanhörungen, Begleitgremien und Mitwirkungsmöglichkeiten bei
58 wichtigen Gesetzesvorhaben. Bürger*innenräte wollen wir dauerhaft als festen
59 Bestandteil unserer demokratischen Kultur etablieren. Mindestens ein Bürgerrat
60 pro Wahlperiode soll Empfehlungen zu einem zentralen Zukunftsthema erarbeiten.

61 Demokratie lebt vom Mitmachen und soll mehr bedeuten als Ja-oder-Nein-
62 Entscheidungen. Deshalb erproben wir frühzeitige, digitale Beteiligungsverfahren
63 wie etwa "Liquid Democracy". Echte Mitbestimmung setzt aber auch voraus, dass
64 Menschen wissen, wer sonst noch Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt:
65 Deshalb führen wir ein verbindliches, öffentliches Lobbyregister und den
66 legislativen Fußabdruck für Landtag und Landesregierung ein, die politische
67 Einflussnahme nachvollziehbar machen. Abgeordnete sollen von Lobbyorganisationen
68 keine Nebeneinkünfte erzielen.

69 **Demokratie vor Ort**

70 In Bezirksvertretungen, Stadträten und Kreistagen sowie deren Ausschüssen
71 leisten ehrenamtliche Politiker*innen in ihrer Freizeit täglich einen wichtigen
72 Beitrag für die Demokratie. Hier gestalten sie zum Beispiel mit, wie ihre
73 Kommune in Zukunft aussehen wird und welche sozialen oder kulturellen Angebote
74 es gibt. Wir unterstützen die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen in ihrer
75 Arbeit, stärken ihre Position gegenüber der hauptamtlichen Verwaltung und
76 verbessern die Rahmenbedingungen, beispielsweise bei der Vereinbarkeit von
77 Familie, Beruf und Mandat.

78 Kommunale Mandatsträger*innen werden zunehmend angefeindet und bedroht. Für eine
79 starke Demokratie vor Ort müssen Strafverfolgungsbehörden und Justiz
80 sensibilisiert und besser ausgestattet, die Privatsphäre von kommunalpolitisch

81 Engagierten gewährleistet und letztlich Unterstützungsstrukturen etabliert
82 werden.

83 Wer an einem Ort lebt, soll ihn auch mitgestalten können: Wir setzen uns dafür
84 ein, das aktive kommunale Wahlrecht auf alle Menschen auszuweiten, die dauerhaft
85 und mit festem Aufenthaltstitel in einer Kommune leben, unabhängig von ihrer
86 Staatsangehörigkeit.

87 Kinder und Jugendliche ernst nehmen

88 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Gehör, auch weil sie zahlenmäßig
89 bereits in der Minderheit in unserer Gesellschaft sind und am längsten mit den
90 Folgen politischer Entscheidungen leben werden. Für Kitas und Schulen wirken wir
91 darauf hin, dass sie verlässliche Beteiligungskonzepte verankern. Wir wollen NRW
92 noch kinder- und familienfreundlicher gestalten. Städte und Gemeinden
93 unterstützen wir dabei, die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen
94 mit altersgerechten Beteiligungsformaten systematisch in Planungs- und
95 Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Wir wirken auf eine kommunale Planung hin,
96 die die Bedürfnisse junger Menschen frühzeitig berücksichtigt. Ihre Ziele sind
97 sichere Mobilität, attraktive und sichere öffentliche Räume, wohnortnahe Spiel-
98 und Bewegungsangebote sowie lebenswerte Quartiere, die den Bedürfnissen von
99 Kindern, Jugendlichen und Familien gerecht werden. Unsere Städte und Kommunen
100 werden durch die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen für alle
101 lebenswerter.

102 In der laufenden Legislaturperiode haben wir das Wahlalter-16 bei Landtagswahlen
103 erreicht, uns für stärkere Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene eingesetzt und
104 die Absenkung des Mindestalters für sachkundige Bürger*innen auf 16 Jahre auf
105 den Weg gebracht. Wir setzen uns weiter dafür ein, Jugendlichen ein
106 verbindliches Mitspracherecht zu gewähren, etwa durch Jugendvertretungen oder
107 Jugendbeauftragte in den Gemeinderäten. Auf Landesebene richten wir einen
108 Bürger*innenrat für Jugendliche ein: Zufällig ausgewählte Jugendliche beraten
109 über ein landespolitisches Thema und erarbeiten konkrete Empfehlungen. Darüber
110 hinaus wollen wir durch Online-Plattformen einen einfachen Beteiligungsweg für
111 alle Jugendlichen in NRW ermöglichen. Den gestarteten "Aktionsplan
112 Jugendbeteiligung" setzen wir fort und entwickeln ihn weiter.

113 Zivilgesellschaft und Ehrenamt unterstützen

114 Ehrenamtliche tragen unsere Gesellschaft, ob in Hilfsorganisationen, Initiativen
115 oder Vereinen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement
116 weiter verbessern.

117 Wir finden: Wer sich ehrenamtlich engagiert, soll bei Verdienstaussfällen nach
118 dem Sonderurlaubsgesetz auskömmlich abgesichert werden. Darauf prüfen wir einen
119 Rechtsanspruch. Wir fordern den Bund auf, die Ehrenamtspauschale auf das Niveau
120 der Übungsleiterpauschale anzuheben und damit ehrenamtliches Engagement
121 steuerlich stärker anzuerkennen. Wir entlasten Vereine, Verbände und Initiativen
122 durch den Abbau unnötiger Bürokratie: durch einfache, kostengünstige Tools für
123 digitale Belegführung, leicht verständliche Antragsverfahren und praxistaugliche
124 Abrechnungsregelungen, eine Reform des Gemeinnützigkeits- und Zuwendungsrechts
125 sowie verlässliche und langfristige Förderung.

126 Erinnerung als Auftrag – Nie wieder ist jetzt

127 Erinnerungskultur ist unverzichtbar. Die Verbrechen des Nationalsozialismus
128 prägen unsere Gesellschaft bis heute. Wir tragen Verantwortung dafür, die
129 Erinnerung an die Opfer wachzuhalten und daraus für unsere Demokratie und
130 gesellschaftliche Freiheit einzustehen. Gerade in Zeiten wachsender
131 Demokratiefeindlichkeit gilt für uns: Nie wieder ist Auftrag für Gegenwart und
132 Zukunft.

133 Deshalb setzen wir die Förderung, erfolgreiche Zusammenarbeit mit und Vernetzung
134 von Gedenkstätten, Initiativen und lokalen Erinnerungsorten weiter fort. Darüber
135 hinaus stärken wir eine vielfältige, inklusive und barrierefreie
136 Erinnerungskultur. In unserer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft wollen wir
137 neue Ansätze stärken, um alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft zeitgemäß
138 anzusprechen. Wir wollen allen jungen Menschen den Besuch einer NS-Gedenkstätte
139 während ihrer Schulzeit ermöglichen und digitale Erinnerungsformate sowie neue
140 Vermittlungsangebote fördern.

141 Zur Erinnerungskultur gehört für uns auch die Erinnerung an die Opfer von
142 Verbrechen vor und nach der NS-Zeit. Das betrifft beispielsweise die
143 Aufarbeitung der deutschen Kolonialverbrechen. Zudem halten wir das Gedenken an
144 die Opfer rechtsextremer und islamistischer Gewalt in der jüngeren Vergangenheit
145 wach. Auch die Geschichte der Verfolgung queerer Menschen in der NS-Zeit und in
146 der Bundesrepublik wollen wir sichtbar machen. Die Erinnerung mahnt uns zum
147 Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegen Antisemitismus,
148 Rassismus, Islamismus und Rechtsextremismus.

149 Konsequenz gegen Rechtsextremismus, Islamismus, Rassismus 150 und Antisemitismus

151 Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie. Rassismus,
152 Antisemitismus und Rechtsextremismus gefährden den gesellschaftlichen
153 Zusammenhalt und die Sicherheit von Menschen in NRW – online wie offline. Das
154 zeigt sich in vielen Formen: in der Diskriminierung und Bedrohung aufgrund von
155 (zugeschriebenen) Merkmalen wie Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder
156 geschlechtlicher Identität. Wir stärken deshalb die Strukturen, die Betroffene
157 unterstützen, Prävention leisten und demokratisches Engagement vor Ort fördern.

158 Unsere Demokratie ist wehrhaft und sie muss wehrhaft bleiben. Wir setzen uns
159 deshalb für ein AfD-Verbotsverfahren ein. Es braucht einen Verbotsantrag gegen
160 diese völkische, rechtsextreme Partei, damit das Bundesverfassungsgericht über
161 ihre Verfassungswidrigkeit entscheiden kann.

162 Wir wollen die mobile Beratung, Opferberatung und Ausstiegsberatung absichern
163 und auch zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
164 Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit besser
165 unterstützen. Beratungsstellen stärken wir ebenso wie die Bildungsarbeit für
166 Demokratie und Vielfalt sowie den Schutz zivilgesellschaftlicher Organisationen
167 im digitalen Raum. Wir setzen das Handlungskonzept gegen Antisemitismus,
168 Rassismus und Rechtsextremismus konsequent weiter um.

169 Mit der Ansiedlung der Landeszentrale für politische Bildung am Landtag haben
170 wir ihre Unabhängigkeit gestärkt. Jetzt wollen wir die politische Bildung noch

171 stärker dorthin bringen, wo Menschen tatsächlich leben: Wir setzen auf mehr
172 aufsuchende Angebote, wie etwa Demokratiewerkstätten vor Ort. Die Landeszentrale
173 für politische Bildung soll neue Konzepte entwickeln, um Menschen besser zu
174 erreichen, die von klassischen Angeboten politischer Bildung bislang zu selten
175 angesprochen werden. So schaffen wir breitere Zugänge zu politischer Bildung und
176 stärken demokratische Teilhabe in der ganzen Gesellschaft. Zudem leistet die
177 Landeszentrale für politische Bildung Prävention gegen antidemokratische und
178 verfassungsfeindliche Haltungen. Neben Rechtsextremismus und Islamismus treten
179 wir auch dem Linksextremismus entschieden entgegen. Wo Gewalt gegen Menschen
180 oder Sachen als Mittel politischer Auseinandersetzung legitimiert, der
181 demokratische Rechtsstaat abgelehnt oder politische Gegner eingeschüchtert
182 werden, ziehen wir eine klare Grenze. Wir stärken deshalb die Prävention und die
183 politische Bildung gegen linksextremistische Radikalisierung, insbesondere bei
184 jungen Menschen und im digitalen Raum.

185 Illegale Hassrede muss leicht aus dem Netz gelöscht werden können.
186 Niedrigschwellige, technisch unterstützte Meldewege für strafbare Inhalte wie
187 die Initiative "Verfolgen statt löschen" setzen wir fort. Wir setzen uns dafür
188 ein, dass Menschen ihre Inhalte auf Social Media frei und bewusst wählen können.
189 Die aktuellen Algorithmen, die Hass und Gewalt mit hoher Reichweite belohnen und
190 andere Inhalte unterdrücken, lehnen wir ab. Dazu fordern wir die Europäische
191 Kommission auf, das Digital-Dienste-Gesetz (Digital Services Act) entschlossener
192 und konsequenter durchzusetzen.

193 Islamismus ist eine menschenfeindliche und faschistische Ideologie und eine
194 ernsthafte Bedrohung für unsere freiheitliche Demokratie. Er richtet sich gegen
195 zentrale Werte unseres Zusammenlebens: gegen das Recht auf Leben, die Glaubens-
196 und Meinungsfreiheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter, gegen andere
197 Ethnien und die Freiheit zu lieben, wen man lieben möchte. Zunehmend geht der
198 Islamismus auch mit nationalistischen Bewegungen Hand-in-Hand. Wir sagen dem
199 Islamismus, ob auf den Straßen, in Verbänden oder im Netz, den Kampf an! Dabei
200 setzen wir sowohl auf unsere Sicherheitsbehörden und eine starke Justiz als auch
201 auf Prävention und Intervention. Islamismus ist keine Frage von Herkunft,
202 Nationalität oder Religion. Deshalb setzen wir auf ein ganzheitliches
203 Handlungskonzept gegen jeglichen, aber insbesondere gegen gewaltbereiten
204 Islamismus, das Prävention, Aussteigerprogramme und konsequente Strafverfolgung
205 verbindet. Dabei stärken wir insbesondere die digitale und kommunale
206 Präventionsarbeit sowie aufsuchende Angebote. Den Kampf gegen Islamismus führen
207 wir Seite an Seite mit der Mehrheit der Muslime, die ihn ebenfalls ablehnen, und
208 deshalb ohne Generalverdacht gegenüber zugewanderten Menschen. Denn viele
209 Menschen, die aus Krisengebieten zu uns fliehen, fliehen selbst vor
210 islamistischem Terror und Verfolgung.

211 Um Radikalisierung frühzeitig zu erkennen, stärken wir die Sicherheits- und
212 Ermittlungsbehörden personell und technisch und verbessern die Bekämpfung
213 islamistischer Propaganda im Internet. Dabei nehmen wir insbesondere die
214 Radikalisierung in den sozialen Netzwerken und Messengerdiensten in den Blick.

215 Wir schaffen gezielt Räume für liberale muslimische Stimmen, die sich klar für
216 Demokratie, Menschenrechte und gegen Radikalisierung einsetzen und fördern den
217 innermuslimischen und interreligiösen Dialog sowie Initiativen für Demokratie
218 und gegen Demokratiefeindlichkeit. Wo Verbände sich nicht eindeutig vom
219 Islamismus abgrenzen, von anderen Staaten vollständig emanzipieren oder nicht

220 für unsere demokratischen Grundwerte einstehen, beenden wir die Zusammenarbeit
221 mit staatlichen Stellen.

222 **Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung**

223 **Die Hälfte der Macht den Frauen**

224 Frauen gehört die Hälfte der Macht: in Parlamenten und Regierungen, in
225 Chefetagen und Aufsichtsräten, in Wissenschaft und Justiz, in Medien und Kultur.
226 Überall dort, wo Macht ausgeübt und Zukunft gestaltet wird, müssen Frauen
227 gleichberechtigt vertreten sein. Wir GRÜNE NRW leben Parität und besetzen
228 Gremien grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen.

229 Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für
230 Selbstbestimmung. Noch immer arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit und häufiger
231 unterhalb ihrer erworbenen Qualifikation, sind seltener in Führungspositionen
232 vertreten, verdienen durchschnittlich weniger als Männer und tragen ein deutlich
233 erhöhtes Risiko für Altersarmut. Besonders Frauen in Minijobs und sozialen
234 Berufen erleben geringe Löhne, unsichere Beschäftigung und fehlende
235 Aufstiegsperspektiven. Entscheidende Hebel sind deshalb: gleicher Lohn für
236 gleichwertige Arbeit, faire Arbeitsbedingungen und der gleichberechtigte Zugang
237 zu Kapital und Netzwerken. Die Kompetenzzentren "Frau und Beruf" sowie Programme
238 für Gründerinnen und Unternehmerinnen, etwa die Weiterentwicklung der
239 Meistergründungsprämie, wollen wir weiterführen, ausbauen und breiter zugänglich
240 machen.

241 Care-Arbeit wird immer noch zu einem großen Teil von Frauen übernommen.
242 Insbesondere Alleinerziehende wollen wir daher unterstützen. Care-Berufe, ob im
243 Gesundheitswesen, der Pflege oder der Kinderbetreuung sind essentiell für unsere
244 Gesellschaft – so müssen wir sie auch bewerten.

245 Mutterschutz darf keine Frage des Beschäftigungsstatus sein. Deshalb wollen wir
246 auch selbstständige Frauen während des Mutterschutzes finanziell absichern. Auch
247 werben wir weiter für das in NRW entwickelte Modell für einen verlässlichen
248 Einkommensausgleich und die Finanzierung betrieblicher Vertretungen in der
249 bundespolitischen Debatte.

250 Schon an Universitäten und Berufsschulen brauchen wir Mentoring, Empowerment und
251 Netzwerkveranstaltungen, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen – im
252 öffentlichen Dienst wie in der Wirtschaft – zu erhöhen, wobei wir gezielt auch
253 Frauen mit Einwanderungsgeschichte, Schwarze Frauen und Frauen mit Behinderungen
254 in den Blick nehmen, die in Führungspositionen weiterhin besonders
255 unterrepräsentiert sind.

256 **Gewalt gegen Frauen entschieden bekämpfen**

257 Gewalt gegen Frauen ist eine der größten Herausforderungen der inneren
258 Sicherheit. Sie hat viele Formen: körperliche, psychische, sexualisierte,
259 digitale sowie wirtschaftliche Gewalt und trifft Frauen aller sozialen Schichten
260 und häufig im privaten Umfeld. Wir GRÜNE NRW setzen uns für die konsequente
261 Umsetzung der Istanbul-Konvention und den Schutz vor geschlechtsspezifischer und
262 häuslicher Gewalt ein. Dazu benötigen wir eine enge Verzahnung unterschiedlicher

263 Strukturen, etwa von Gewalthilfe, Polizei, Justiz und dem Gesundheitsbereich.
264 Die enge Zusammenarbeit erfolgt auf Grundlage des Landesaktionsplans "NRW
265 gemeinsam gegen Gewalt".

266 Unser Ziel ist es, dass keine Frau Gewalt erleben muss. Wir wissen aber auch,
267 dass die Realität leider anders aussieht. Wir stellen uns konsequent an die
268 Seite von Frauen, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind. Wir wollen
269 sicherstellen, dass jede von Gewalt betroffene oder bedrohte Frau und ihre
270 minderjährigen Kinder die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Wir bauen
271 Frauenhäuser, Frauenberatungs- und Interventionsstellen weiter aus. Dafür setzen
272 wir das Gewalthilfegesetz des Bundes konsequent auf Landesebene um. Unser Ziel
273 ist klar: Jede Frau, die Schutz und Beratung braucht, muss sie bekommen. Den
274 dafür notwendigen Ausbau von Frauenhausplätzen werden wir bis 2032
275 sicherstellen. Alle Betroffenen müssen unabhängig von Wohnort, Behinderung,
276 Herkunft, Fluchtgeschichte oder Geschlechtsidentität schnellen Zugang zu Schutz
277 und Beratung erhalten. Dazu gehören barrierefreie und kultursensible Angebote
278 sowie Schutzmöglichkeiten.

279 In dieser Legislaturperiode haben wir dafür gesorgt, dass zusätzliche Angebote
280 für Kinder in Frauenhäuser geschaffen und ausgebaut werden konnten. Kinder sind
281 Mitbetroffene von häuslicher Gewalt und müssen daher immer mitgedacht werden.
282 Mütter müssen die Möglichkeit bekommen, ihre minderjährigen Kinder mit in ein
283 Frauenhaus nehmen zu können. Auch für jugendliche Jungen müssen Plätze
284 vorgehalten werden, damit Mütter mit ihren minderjährigen Söhnen in ein
285 Frauenhaus gehen können.

286 Polizei und Justiz müssen Gewalt gegen Frauen konsequent verfolgen. Wir stärken
287 schnelle Ermittlungen und Verfahren und verbessern die Risikoeinschätzung. Nach
288 spanischem Vorbild wollen wir zudem Spezialgerichte gegen häusliche Gewalt
289 etablieren, die familien- und strafrechtliche Verfahren besser verzahnen,
290 Zuständigkeiten bündeln und Verfahren beschleunigen. Darüber hinaus wollen wir
291 die elektronische Aufenthaltsüberwachung zum Schutz vor Partnerschaftsgewalt
292 zunächst evaluieren und bei Bedarf weiter ausbauen. Zum Schutz von Frauen vor
293 Zwangskontrolle gewaltausübender Väter halten wir am bisherigen
294 Sorgerechtsmodell für nicht verheiratete Eltern fest und wollen die
295 Deeskalationshaft als letztes Mittel. Femizide, die extremste Form
296 geschlechtsspezifischer Gewalt, wollen wir auf Bundesebene als eigenständiges
297 Mordmerkmal im Strafgesetzbuch verankern.

298 Digitale sexualisierte Gewalt betrifft vor allem Frauen und junge Menschen. Sie
299 umfasst alle Formen sexueller Belästigung, Nötigung und Angriffe, die im
300 digitalen sozialen Nahraum verübt werden und ist ein schwerwiegender Eingriff in
301 die körperliche und seelische Unversehrtheit. Ihre Folgen unterscheiden sich oft
302 nicht von analoger Gewalt. Wir setzen uns konsequent für eine Gesellschaft ein,
303 in der Betroffene vor allen Gewaltformen wirksam geschützt, unterstützt und
304 ernst genommen werden. Digitale Gewalt muss wirksamer bekämpft und genauso hart
305 bestraft werden wie analoge Gewalt. Wir setzen uns für eine klare Strafbarkeit
306 voyeuristischer Bild- und Videoaufnahmen sowie bildbasierter sexualisierter
307 Gewalt und wollen Deepfakes ohne Einwilligung der Betroffenen unter Strafe
308 stellen. Plattformen müssen rechtswidrige Inhalte – ob in Bildform oder auch
309 Hate Speech – zügig löschen, Betroffene bei der Rechtsdurchsetzung unterstützen
310 und ihrer Verantwortung zum Schutz vor digitaler Gewalt gerecht werden. Des
311 Weiteren rufen wir einen Aktionsplan „Kampf gegen digitale sexualisierte Gewalt“

ins Leben. Als Teil davon vermitteln wir praktisches Wissen zum Schutz vor digitaler Gewalt direkt an Betroffene sowie an Beschäftigte von Beratungsstellen und Frauenhäusern, damit diese auch in akuten Bedrohungslagen sofort helfen können.

Gewaltschutz beginnt jedoch vor der Tat. Deshalb stärken wir Gewaltprävention und Medienkompetenz, bauen die Arbeit mit Jungen und Männern sowie Täterarbeit und Programme zur Rückfallprävention aus. Wir treten Antifeminismus und frauen- und queerfeindlichen Netzwerken mit Aufklärung, Demokratieförderung, vor allem in Schulen entschieden entgegen und werden auch digitale Maßnahmen gegen Antifeminismus ausbauen.

Sexualdelikte professionell und mit Kontinuität verfolgen

Verfahren wegen sexualisierter Gewalt erfordern besondere Sensibilität und Fachkompetenz. Deshalb richten wir Schwerpunkt-Amtsgerichte und spezialisierte Kammern für Sexualdelikte ein. Wir stärken verpflichtende Fortbildungen, Supervision sowie den Einsatz audio-visueller Vernehmungen, um Betroffene besser zu schützen und Verfahren zu beschleunigen. Spezialisierungen in Justiz und Staatsanwaltschaft müssen sich auch bei Beförderungen widerspiegeln.

Für uns gilt im Sexualstrafrecht der Grundsatz: Nur Ja heißt Ja. Sexuelle Handlungen dürfen nur bei eindeutiger und freiwilliger Zustimmung als einvernehmlich gelten. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir bestehende Schutzlücken im Sexualstrafrecht schließen. Wir setzen uns für härtere Strafen beim Einsatz von K.-o.-Tropfen bei Übergriffen ein.

Um zu vermeiden, dass Opfer ein wiederholtes Mal belastet oder psychisch verletzt werden, verpflichten wir Staatsanwält*innen und Richter*innen zu Fortbildungen zu geschlechtsspezifischer Gewalt und Traumafolgen, führen Gewalt-, Opfer- und Kinderschutzbeauftragte an den Präsidialgerichten ein und bauen spezialisierte Ermittlungs-, Staatsanwaltschafts- und Richter*innenstrukturen weiter aus.

Sexarbeit: Rechte stärken, Ausbeutung bekämpfen

Feministische Politik nimmt unterschiedliche Lebensrealitäten und Machtverhältnisse in den Blick – dazu gehört auch Sexarbeit. Wir möchten deshalb die Rechte, Sicherheit und Gesundheit von Sexarbeiter*innen in NRW stärken, Stigmatisierung abbauen und Ausbeutung, Menschenhandel sowie Zwangsprostitution bekämpfen, ohne selbstbestimmt arbeitende Sexarbeiter*innen einzuschränken. Um das zu erreichen, wollen wir Beratungsangebote niedrigschwellig, diskriminierungssensibel und flächendeckend zugänglich machen, Fortbildungen zur Sensibilisierung von Polizei, Ordnungsämtern, Gesundheitsämtern und Justiz ausweiten und den Schutz für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution ausbauen. Das Prostituiertenschutzgesetz muss auf Bundesebene dahingehend grundlegend reformiert werden. Dabei ist es wichtig, Sexarbeiter*innen und auch Opfer von Menschenhandel sowie Zwangsprostitution bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen. Sexarbeit darf nicht pauschal kriminalisiert oder in unsichere Verhältnisse verdrängt werden.

355 Sicherheit und Sichtbarkeit für queere Menschen

356 NRW ist bunt und feiert alle Farben des Regenbogens. Wer queer ist, muss in NRW
357 frei leben können und niemals Angst haben müssen – nicht auf der Straße, nicht
358 beim Amt, nicht im eigenen Zuhause. Christopher Street Days und andere queere
359 Veranstaltungen machen die Vielfalt und Freiheit unserer Gesellschaft sichtbar.
360 Sie sind Orte der Gemeinschaft, der Sichtbarkeit und des politischen Kampfs für
361 gleiche Rechte. Wir sorgen dafür, dass queeres Leben überall in NRW sichtbar und
362 sicher sein kann. Wir kämpfen weiter dafür, in Artikel 3 Grundgesetz die
363 sexuelle Identität als Diskriminierungsmerkmal aufzunehmen.

364 Gegen Queerfeindlichkeit gehen wir konsequent vor. Dazu gehört der Schutz von
365 CSDs, queeren Einrichtungen und Engagierten vor rechtsextremen, islamistischen
366 und queerfeindlichen Angriffen, Bedrohungen und Hate Speech.

367 Mit einem Aktionsplan „Queer leben“ für NRW schaffen wir eine verlässliche
368 Grundlage für die Rechte und den Schutz queerer Menschen – mit konkreten
369 Maßnahmen für mehr Sicherheit, Akzeptanz und Teilhabe. Sichtbarkeit und queere
370 Strukturen stärken wir gerade auch im ländlichen Raum. Die Erkenntnisse der
371 Lebenslagenstudie setzen wir konsequent in konkrete Maßnahmen um. Wir stärken
372 Prävention, Beratung und den Schutz vor Diskriminierung und qualifizieren
373 Polizei, Justiz und Verwaltung im Umgang mit Queerfeindlichkeit und
374 Hasskriminalität. Queerfeindliche Gewalt muss konsequent verfolgt werden. Auch
375 Beschäftigte in Schulen und Gesundheitseinrichtungen sensibilisieren und
376 qualifizieren wir für den Schutz queerer Menschen. Damit tragen wir zum
377 Vertrauen in die Institutionen bei und reduzieren die Scham, die oft dazu führt,
378 dass Menschen sich keine Hilfe suchen. Vielfalt als Querschnittsaufgabe
379 öffentlicher Institutionen trägt dazu bei, dass alle Menschen in NRW unabhängig
380 von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität frei, sichtbar und
381 ohne Angst leben können. Dafür sichern wir die Finanzierung queerer Strukturen
382 langfristig ab. Hier nehmen wir insbesondere auch Strukturen für migrantische
383 und ältere queere Personen in den Blick.

384 Weil Gewalt gegen queere Menschen zunimmt und bestehende Schutzstrukturen sie
385 oft nicht auffangen, schaffen wir als Modellprojekt ein eigenes Schutzhaus für
386 LSBTIQ*-Personen, die von Gewalt betroffen sind.

387 Lesbische Familien brauchen endlich die gleichen Rechte. Wir setzen uns auf
388 Bundesebene dafür ein, dass die Co-Mutter eines Kindes von Geburt an automatisch
389 als rechtlicher Elternteil anerkannt wird, wenn das Kind in eine Ehe oder
390 entsprechend rechtlich abgesicherte Partnerschaft hineingeboren wird. So beenden
391 wir die Benachteiligung lesbischer Familien im Abstammungsrecht und schaffen von
392 Anfang an Rechtssicherheit für Kinder und Eltern. Auch die Anerkennung anderer
393 Co-Eltern wollen wir erleichtern.

394 Wir begreifen Vielfalt als Stärke

395 Einwanderungsgesellschaft gestalten – Integration 396 verlässlich machen

397 Nordrhein-Westfalen ist ein Land, das in Vielfalt zusammenhält. Menschen mit
398 unterschiedlichen Herkunft, Sprachen und Erfahrungen prägen seit Generationen
399 unser Zusammenleben, unsere Wirtschaft und unsere Kultur. Ob die sogenannten
400 Gastarbeiter*innen und ihre Familien, Fachkräfte, die aus aller Welt zu uns
401 gekommen sind, oder Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflüchtet sind und
402 sich hier ein neues Leben aufgebaut haben: Sie alle sind Teil unserer
403 Einwanderungsgesellschaft und gehören untrennbar zu dem, was NRW ausmacht. Wir
404 sind stolz auf unser Einwanderungsland. Und wir wissen, dass gleiche Chancen
405 noch immer keine Selbstverständlichkeit sind. Herkunft oder Name dürfen nicht
406 darüber entscheiden, welche Chancen ein Mensch in der Schule, auf dem
407 Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche oder im Alltag hat. NRW braucht die Ideen,
408 Qualifikationen und Erfahrungen aller Menschen, die hier leben und arbeiten.
409 Unser Ziel ist ein NRW, in dem alle Menschen ihr Leben selbstbestimmt gestalten
410 und gleichberechtigt teilhaben können.

411 Wir stärken die Kommunalen Integrationszentren und das Kommunale
412 Integrationsmanagement, Integrationsagenturen, Beratungsstellen und
413 Migrant*innenselbstorganisationen. Sie schaffen Zugänge zu Bildung, Arbeit und
414 gesellschaftlicher Teilhabe, begleiten Menschen beim Ankommen und bauen Brücken
415 zwischen Staat und Bevölkerung. Diese gewachsenen Strukturen wollen wir
416 strukturell absichern und gemeinsam mit allen Beteiligten weiterentwickeln.

417 Zu guten Integrationsstrukturen gehören für uns außerdem Begegnungsräume, die
418 Stärkung von Migrant*innenselbstorganisationen sowie wirksame
419 Antidiskriminierungsstrukturen. Dafür entwickeln wir die Förderung nach dem
420 Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW (TIntG) weiter, schaffen mehr
421 Planungssicherheit und vereinfachen die Verwaltungsverfahren.

422 Menschen mit Einwanderungsgeschichte müssen nicht nur vertreten sein, sondern
423 selbst mitentscheiden können. Deshalb stärken wir ihre politische Partizipation.
424 Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass Einbürgerungsverfahren vereinfacht
425 und beschleunigt werden. Offensiven, die für die Einbürgerung werben,
426 unterstützen wir.

427 Die vielfältige Migrationsgeschichte NRWs gehört zu unserem gemeinsamen
428 kulturellen Gedächtnis. Zu einem Einwanderungsland gehört auch, seine eigene
429 Geschichte erzählen zu können. Die Geschichte von Flucht und Vertreibung, von
430 Aussiedler*innen und Spätaussiedler*innen, der Arbeitsmigration und der
431 unterschiedlichen Flucht- und Einwanderungsbewegungen, die unser Land bis heute
432 prägen. Wir sorgen dafür, dass die Geschichte der Einwanderung nach NRW als
433 selbstverständlicher Teil unserer gemeinsamen Geschichte sichtbar bleibt. Daher
434 unterstützen wir weiter das Vorhaben eines nationalen Migrationsmuseums in NRW.

435 Lebensleistung von Gastarbeiter*innen angemessen würdigen

436 Nordrhein-Westfalen, so wie wir es heute als Zuhause kennen, haben wir auch den
437 vielen Gastarbeiter*innen, also der ersten Generation der Arbeitsmigrant*innen,

438 die zu Beginn der Republikgründung nach Deutschland kamen, zu verdanken. Sie
439 haben unser Land wirtschaftlich und gesellschaftlich mitgeprägt – oft unter
440 schwierigen Arbeitsbedingungen und ohne die soziale Absicherung, die ihrer
441 Leistung gerecht geworden wäre. Das wirkt bis heute nach: Ehemalige
442 Gastarbeiter*innen sind aufgrund fehlender oder unzureichender Tarifregelungen
443 sowie gehäuft auftretender irregulärer Beschäftigungsverhältnisse im Rentenalter
444 von Altersarmut und anderen sozialen Folgen in besonderer Weise betroffen. Ihre
445 besonderen Bedürfnisse und ihre soziale Sicherheit im Alter wollen wir deshalb
446 stärker in den Blick nehmen. Wir wollen, dass im ganzen Land niedrigschwellige,
447 aufsuchende, muttersprachliche Informations- und Beratungsangebote zur Verfügung
448 stehen. Ihre Lebensleistung ist Teil der Geschichte NRWs und verdient
449 Anerkennung.

450 Das Landesantidiskriminierungsgesetz weiterdenken

451 Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz haben wir den Schutz vor
452 Diskriminierung in NRW deutlich gestärkt. Polizeibeamt*innen, Lehrkräfte und
453 alle anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes treten jeden Tag für unsere
454 freiheitliche Demokratie ein. Dennoch kann es zu Diskriminierung kommen. Mit dem
455 Gesetz setzen wir auf gütliche Einigungen und eine präventive Wirkung. Auf Basis
456 der anstehenden Evaluation des Gesetzes im Jahr 2030 wollen wir den
457 Diskriminierungsschutz weiter stärken. Das Land NRW geht mit der Vorbildfunktion
458 als Staat voran und sorgt für einen starken Diskriminierungsschutz.

459 Freiheit im Glauben, Freiheit vom Glauben

460 NRWs Vielfalt zeichnet sich auch in der Vielzahl der Religionen aus. Egal ob
461 Christentum, Islam, Judentum, Alevitentum, Jesidentum, Buddhismus, orthodoxes
462 Christentum, Hinduismus oder andere Religionen – die Menschen in NRW leben und
463 glauben vielfältig. Und viele Menschen glauben auch nicht, bekennen sich zum
464 Agnostizismus oder Atheismus oder lassen sich gar keiner dieser Kategorien
465 zuordnen. Für uns stehen die Freiheit zum Glauben und die Freiheit, nicht zu
466 glauben, all dieser Menschen im Mittelpunkt unserer Politik.

467 Ganz oft verbinden Menschen mit ihrem Glauben auch Heimat, Zusammenhalt und
468 persönliches Engagement, egal ob in ihrer Gemeinde oder in ihrer Nachbarschaft.
469 Dieses Verständnis und die daraus resultierende Arbeit sind für uns als
470 Gesellschaft wertvoll, und wir schätzen sie. Der Sozialstaat, wie wir ihn heute
471 kennen und schützen, wäre ohne die Wohlfahrtspflege und die vielen
472 Ehrenamtlichen unmöglich aufrechtzuerhalten. Der Bedarf muslimischer
473 Wohlfahrtsarbeit steigt in unserer vielfältigen Gesellschaft. Wir unterstützen
474 die Weiterentwicklung von Vereinen, die nicht staatlich und politisch gebunden
475 sind.

476 Die Kirchen sind für uns darüber hinaus oft Bündnispartner, sei es beim
477 gesellschaftlichen Zusammenhalt, bei der Nächstenliebe, bei Chancen, beim
478 Klimaschutz, in der Seenotrettung, im Kampf für Menschenrechte oder in der
479 Bildungs- und Sozialarbeit. Diese gewachsene Partnerschaft von Land, Kommunen
480 und Kirchen wollen wir erhalten und weiterentwickeln. Insbesondere beim
481 Kirchenasyl setzen wir auf frühzeitige Kommunikation zwischen Kirchen, BAMF und
482 Ausländerbehörden, damit humanitäre Härtefälle erkannt und bestehende rechtliche

483 Spielräume konsequent genutzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das
484 Kirchenasyl von Bundes- und Landesbehörden geachtet wird.

485 Über den Missbrauch in der Kirche darf man nicht schweigen. Amtsträger der
486 Kirche haben unendlich viel Leid erzeugt und das Leben von Menschen zerstört.
487 Wir stehen an der Seite der Opfer. Dort wo wir helfen können, möchten wir alles
488 tun, um dieses Leid zu lindern. Wir drängen auf Aufarbeitung, Transparenz und
489 unterstützen Selbsthilfegruppen für Betroffene und Angehörige von Betroffenen.
490 Wir drängen auf Schutzkonzepte, Anlaufstellen und Beratung, damit Menschen von
491 diesem Leid verschont bleiben.

492 Wir wissen auch um die Probleme innerhalb der Kirche und zwischen Staat und
493 Kirche. Wir wollen diese Probleme angehen und sie nicht verschweigen. Das
494 betrifft das kirchliche Arbeitsrecht, aber auch in Teilen das Verhältnis von
495 Staat und Kirche. Eine Gesellschaft kann beides gleichzeitig tun: den Wert von
496 Glaubensgemeinschaften anerkennen und würdigen und zugleich für eine Neutralität
497 von Staat und Kirche eintreten. Ein Staat muss weltanschaulich neutral handeln,
498 weshalb zum Beispiel die „Ehrfurcht vor Gott“ aus unserer Sicht kein allgemeines
499 Bildungsziel sein sollte. Wir plädieren für eine Modernisierung des
500 Feiertagsgesetzes, um unter anderem das Verbot von Kultur- und
501 Tanzveranstaltungen an „stillen“ Feiertagen zu überwinden. Zudem unterstützen
502 wir die Abschaffung von Hürden bei Kirchenaustritten.

503 Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche befinden sich in unserem
504 Land in einer Transformation. Sie sanieren Kirchengebäude klimagerecht, nutzen
505 Gebäude um oder entweihen auch Kirchengebäude. Diesen Transformationsprozess
506 wollen wir als Land begleiten und unterstützen, alleine schon deshalb, weil aus
507 historischen Gründen Kirchengebäude oft das städtebauliche Zentrum eines Dorfes
508 oder einer Stadt bilden. Für uns ist entscheidend, dass auch eine neue Nutzung
509 diesen Zentrumscharakter ermöglicht. Deshalb begleiten wir die Umnutzungen
510 konstruktiv im Dialog mit Kommunen und Kirchen.

511 Wir treten jeder Form von religiösem Fundamentalismus entschieden entgegen –
512 unabhängig davon, aus welcher Religion heraus er begründet wird. Wo Religion
513 genutzt wird, um Freiheit und Selbstbestimmung einzuschränken,
514 Gleichberechtigung infrage zu stellen oder Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung
515 zu rechtfertigen, ziehen wir eine klare Grenze. In den USA zeigt sich, wie
516 christlich-nationalistische Bewegungen Religion zum politischen Machtinstrument
517 machen und mit der MAGA-Bewegung gesellschaftliche Vielfalt, die
518 Gleichberechtigung der Geschlechter, die Rechte queerer Menschen und
519 demokratische Institutionen angreifen. Doch auch hier versuchen Kräfte der
520 extremen Rechten, christliche Werte und Symbole für ihre Politik zu
521 vereinnahmen.

522 Muslim*innen gehören zu NRW. Das ist Realität seit vielen Jahren. Die
523 gesellschaftliche Anerkennung dessen ist aber jahrzehntelang ausgeblieben.
524 Gebetsräume wurden oft in Gewerbegebiete oder Hinterhöfe verwiesen. Es war ein
525 integrationspolitischer Fehler, dass wir nicht vor Ort muslimisches Leben
526 mitorganisiert, sondern anderen Staaten überlassen haben. Diese Räume wussten
527 und wissen Islamist*innen für ihre Propaganda zu nutzen. Wir wissen um die
528 Gefahr von Islamismus und werden diesen mit allen Mitteln bekämpfen. Viele
529 Muslim*innen leiden unter der Gleichsetzung von Islam und Islamismus, vor allem
530 jene liberalen Muslim*innen im Land, die von radikalen Islamisten besonders

531 bedroht werden und deswegen zu uns flüchten. Wir stehen an ihrer Seite,
532 motivieren und unterstützen sie, eine noch hörbarere Position für den liberalen
533 Islam zu beziehen.

534 NRW blickt auf mindestens 1.700 Jahre jüdisches Leben zurück, und wir kämpfen
535 dafür, dass es in NRW weiter sichtbar, vielfältig und hörbar ist. Zur bitteren
536 Realität gehört: Menschen tragen ihren Davidstern unter der Kleidung und
537 verzichten im öffentlichen Raum auf eine Kippa. Viele von ihnen sitzen
538 sprichwörtlich auf gepackten Koffern. Nach dem Terroranschlag der Hamas auf
539 Menschen in Israel am 7. Oktober 2023 hat sich das Sicherheitsgefühl vieler
540 Jüd*innen in Deutschland grundlegend verändert. Viele fragen sich, wie sicher
541 und selbstbestimmt ihre Lebensführung in Deutschland noch möglich ist. Der
542 Antisemitismus war bereits auf einem hohen Niveau und nahm danach noch einmal
543 dramatisch zu. Wir wehren uns gegen jeden Antisemitismus, sei es von rechts, von
544 links, durch den politischen Islam oder aus der Mitte der Gesellschaft. Wir
545 stehen an der Seite unserer jüdischen Mitbürger*innen und werden immer dafür
546 eintreten, dass sie ihr Recht auf Religionsausübung und das Zelebrieren ihrer
547 Kultur ausüben können. Wir setzen uns für ein starkes und sichtbares jüdisches
548 Leben in NRW ein.

549 **Wir schützen Menschenrechte und schaffen Chancen** 550 **für Geflüchtete**

551 **Integration von Anfang an: ankommen und teilhaben**

552 Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, haben ihre alte Heimat verloren.
553 Sie kommen mit großer Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Sicherheit. Sie haben
554 das Recht auf Schutz. Nordrhein-Westfalen steht für eine humanitäre
555 Flüchtlingspolitik. Wir begegnen ihnen dabei auf Augenhöhe: Als potenzielle neue
556 Bürger*innen, mit eigenen Potenzialen und der Verantwortung, ihre neue Heimat
557 aktiv mitzugestalten. Unsere Kommunen haben gemeinsam mit einer starken
558 Zivilgesellschaft Handlungsfähigkeit in Krisen- und Kriegszeiten bewiesen, indem
559 sie zusammengehalten und viele Menschen auf der Flucht aufgenommen haben.

560 Das individuelle Recht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention sind für
561 uns unverrückbare Grundlagen einer menschenrechtsorientierten
562 Flüchtlingspolitik. Wir stellen uns allen Versuchen entgegen, das individuelle
563 Recht auf Schutz auszuhöhlen oder Menschen auf der Flucht pauschal unter
564 Generalverdacht zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass
565 menschenrechtsbasierte Ansätze in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik
566 gestärkt werden. Wir stehen für ein rechtsstaatliches, solidarisches und
567 funktionierendes Asyl- und Rückführungssystem, das jeden Menschen individuell im
568 Blick hat.

569 Unser Ziel sind kurze Aufenthaltszeiten in den Landesunterkünften. Wir halten
570 ausreichend Plätze vor, um auf Fluchtbewegungen reagieren zu können und so die
571 Kommunen zu entlasten. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir weg von übergroßen
572 und isolierten Einrichtungen und hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten
573 mit persönlichen Rückzugsorten. In unseren Unterkünften müssen alle Menschen,
574 insbesondere Kinder und besonders schutzbedürftige Menschen, sicher sein.
575 Deshalb verankern wir verbindliche Standards im Landesgewaltschutzkonzept und

576 entwickeln dieses weiter. Wir stärken kindgerechte Beschwerdemöglichkeiten,
577 Rückzugsräume und Freizeitangebote und stellen für Kinder und Jugendliche den
578 Zugang zu Regelbeschulung und Jugendhilfe sicher. Die gesundheitliche Versorgung
579 von Menschen ohne Papiere wollen wir durch den anonymen Krankenschein weiterhin
580 ermöglichen.

581 Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen Perspektiven. Wir setzen uns
582 bedarfsorientiert für eine starke und abgesicherte Jugendhilfe- oder
583 Clearingeinrichtungen ein, sodass ihre unabhängige Vertretung ab Tag eins
584 gewährleistet ist. Der Vorrang des Kindeswohls ist jederzeit sicherzustellen.

585 Der Austausch mit der Zivilgesellschaft, die sich für die Belange von
586 Geflüchteten einsetzen, ist uns wichtig und muss ein fester Bestandteil unseres
587 Asylsystems sein. Ihr haupt- und ehrenamtliches Engagement ist unersetzlich für
588 die Aufnahme, Integration und Begleitung von Geflüchteten.

589 Wir wollen Integrationsmöglichkeiten für Geflüchtete von Beginn an. Deshalb
590 müssen Integrations-, Teilhabe- und Sprachkurse allen Geflüchteten unabhängig
591 von Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive offenstehen. Für Teilhabe, ein
592 eigenständiges Leben und eine gelungene Integration sind Deutschkenntnisse
593 wichtig, deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen die Chance haben,
594 Deutsch zu lernen, unabhängig von Alter, Einkommen oder Aufenthaltsdauer.
595 Kürzungen und Zulassungsstopps bei Integrations- und Erstorientierungskursen des
596 Bundes treten wir entgegen.

597 Menschen, die zu uns kommen, bringen vielfältige Potenziale und oft auch
598 Berufserfahrungen und Qualifikationen mit. Gerade angesichts des demografischen
599 Wandels sind wir darauf angewiesen, diese Fähigkeiten zu nutzen und dringend
600 benötigte Arbeits- und Fachkräfte zu gewinnen. Geflüchtete sollen deshalb einen
601 persönlichen Integrationsfahrplan erhalten, der beim Übergang in die Kommune
602 weitergeführt wird. So verhindern wir Brüche zwischen Landesunterkunft,
603 Ausländerbehörde, Schule, Jobcenter und Beratungsstelle. Mit einem Kompetenz-
604 Check in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen stellen wir frühzeitig fest,
605 welche beruflichen Fähigkeiten, Abschlüsse und Arbeitserfahrungen sie
606 mitbringen. So verbessern wir Integrationschancen und entlasten die Kommunen.
607 Insbesondere für geflüchtete Frauen wollen wir Zugänge zu Informationen,
608 Orientierung und Netzwerken schaffen. Wir wollen auch migrantische Unternehmen
609 stärker einbeziehen und als gute Ausbildungspartner*innen begleiten.

610 Kommunale Ausländer- und Einbürgerungsbehörden sollen über Behördengrenzen
611 hinweg Menschen bei den notwendigen Schritten vom Ankommen, über den Zugang zur
612 Arbeit bis hin zur Einbürgerung verlässlich begleiten. Mehrsprachige
613 Informationen und verlässliche, pragmatische Lösungen bei der Sprachmittlung
614 sowie feste Ansprechpersonen bei komplexeren Anliegen stärken den Umgang der
615 Behörden mit den Geflüchteten und Neuzugewanderten auf Augenhöhe. Viele Kommunen
616 haben sich bereits auf den Weg gemacht, ihre Behörden mit diesem Fokus
617 aufzustellen. Dafür unterstützen wir Behörden, die gesellschaftliche Teilhabe
618 durch aktive und individuelle Beratung sowie Zusammenarbeit mit den Klient*innen
619 ermöglichen. Menschen, die gut integriert sind, die Deutsch lernen, hier in
620 Ausbildung oder in Arbeit sind und sich an die Gesetze halten, sollen auf
621 Bleibeperspektiven hin beraten werden. Wir wollen dafür auch die Arbeit der
622 Ausländerbehörden, des Kommunalen Integrationsmanagements und der
623 Zivilgesellschaft besser verzahnen. Auf Bundesebene werden wir uns weiter für

624 Möglichkeiten des "Spurwechsels" und vereinfachte Voraussetzungen für
625 Arbeitserlaubnisse einsetzen.

626 Menschenrechte schützen – auch an Europas Grenzen

627 Menschenrechte sind auch an den Außengrenzen der Europäischen Union
628 unverhandelbar. Wir wollen das Sterben im Mittelmeer beenden. Wer Menschen aus
629 lebensgefährlicher Seenot rettet, darf nicht verfolgt werden. Für besonders
630 verfolgte und schutzbedürftige Gruppen setzen wir uns gezielt für humanitäre
631 Lösungen ein, wie die Aufnahme aus UN-Programmen. Für die in NRW lebenden
632 Ezid*innen haben wir bereits eine sichere Bleibeperspektive auf den Weg bringen
633 wollen. Doch das Bundesinnenministerium verweigert die dafür notwendige
634 Zustimmung. Wir setzen uns weiter für eine rechtssichere Lösung ein.

635 Faire, rechtsstaatliche und humane Asylverfahren

636 Unabhängige Asylverfahrensberatung stärkt die Rechte Schutzsuchender, trägt zu
637 fairen Verfahren bei und entlastet die Behörden. Deshalb fordern wir den Bund
638 auf, die Finanzierung dauerhaft sicherzustellen. Eine regelmäßige
639 Wirksamkeitsprüfung soll Transparenz schaffen und die Angebote am Bedarf
640 ausrichten. Besonders Frauen, Minderjährige, traumatisierte und queere
641 Geflüchtete sind auf unabhängige, niedrigschwellige und spezialisierte Beratung
642 angewiesen. Deshalb wollen wir diese Angebote stärken.

643 Zu einem funktionierenden und fairen Asylsystem gehört, dass rechtskräftige
644 Entscheidungen durchgesetzt werden: Wo kein Bleiberecht besteht und eine
645 freiwillige Ausreise nicht erfolgt, sind Rückführungen durchzuführen.

646 Unsere Gesellschaft hat einen Anspruch darauf, dass Straftaten konsequent
647 verfolgt und Strafen vollstreckt werden. Daher setzen wir bei Rückführungen eine
648 Priorisierung auf schwere Straftäter sowie Menschen, von denen eine erhebliche
649 Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht. Wir verbessern die Zusammenarbeit
650 und den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Behörden, kommunizieren
651 klare Zuständigkeiten und einheitliche, verlässliche Verfahren. Dabei nehmen wir
652 auch den Bund in die Pflicht: Wo das BAMF oder andere Bundesbehörden zuständig
653 sind, müssen sie die Ausländerbehörden bei der Umsetzung rechtskräftiger
654 Entscheidungen verlässlich unterstützen. Wir erwarten, dass der Bund seiner
655 Ankündigung nachkommt und die sogenannten Dublin-Verfahren zentral übernimmt.
656 Denn es ist Aufgabe des Bundes, sich gegenüber der EU und der europäischen
657 Ersteinreiseländer für verlässlichere Rücknahmeverfahren und eine bessere
658 Zusammenarbeit einzusetzen.

659 Wir achten auf Humanität, Verhältnismäßigkeit und den Schutz besonders
660 vulnerabler Menschen. Daher wollen wir Abschiebungen aus Schulen, Kitas,
661 Jugendhilfeeinrichtungen, Krankenhäusern, psychiatrischen Einrichtungen und
662 geschützten Beratungsräumen vermeiden. Der Kinderschutz ist dabei zu wahren. Die
663 unabhängige Abschiebungsbeobachtung stärken wir. Abschiebehaft ist keine
664 Strafaft. Mildere Mittel als die Abschiebehaft müssen immer geprüft und
665 angewendet werden, Abschiebehaft darf nur als letztes Mittel zum Einsatz kommen.
666 Die Abschiebehaft muss höchsten rechtsstaatlichen und humanitären Standards
667 entsprechen.

Bei Rückführungen gelten die Menschenrechte, die Genfer Flüchtlingskonvention und das Völkerrecht uneingeschränkt. Niemand sollte in einen Staat abgeschoben werden, in dem Verfolgung oder Folter drohen. Wir kritisieren Verhandlungen des Bundes zur Ausweitung von Abschiebungen um jeden Preis, da sie Terrorregime, wie in Iran oder Afghanistan, legitimieren, die Grundrechte missachten und Gewalt gegen die eigene Bevölkerung ausüben. Widerrufsentscheidungen müssen sich an der tatsächlichen Sicherheits- und Menschenrechtslage im Herkunftsland orientieren. Wir fordern den Bund auf, bestehende Abschiebungsverbote konsequent zu beachten und Entscheidungen bei einer veränderten Lage unverzüglich zu überprüfen.

Wir fördern Kultur, Medien und Sport

Kulturpolitik krisenfest und planbar machen

Die Kunst- und Kulturszene in NRW ist einzigartig und macht unser Bundesland besonders lebenswert. Von Museen über Clubs und Konzertsälen bis zu Bühnen und freien Angeboten – sie bereichern NRW in ihrer Vielfalt auf dem Land wie in der Stadt und tragen unsere Demokratie mit. Sie stärken den Wirtschaftsstandort und sind zugleich Motor für gesellschaftliche Debatten und neue Impulse. Wir fordern eine mehrjährige, verlässliche Finanzplanung für die Kultur in NRW, damit sie nicht jedes Jahr neu zur Verhandlungsmasse wird. Und wir fordern eine Anpassung der Fördersummen an die tatsächliche Kostenentwicklung, damit reale Erhöhungen nicht durch Inflation aufgefressen werden. Für eine verlässliche Kulturförderung stärken wir zugleich die Finanzen der Städte, Gemeinden und Kreise, denn sie sind die wichtigsten Geldgeber für Kultur vor Ort.

Faire Arbeitsbedingungen sind die Grundlage für eine vielfältige und leistungsfähige Kulturlandschaft. Auch für Künstler*innen und bei Kulturschaffenden wollen wir gute, verlässliche und angemessen vergütete Arbeitsbedingungen sichern. Die Honoraruntergrenzen bei landesgeförderten freien Projekten dürfen nicht durch gekürzte Projektzahlen oder ausgedünnte Förderlinien querfinanziert werden. Wir wollen deshalb eine Ausfallsicherung für Förderlinien, die durch die neuen Honoraruntergrenzen unter Druck geraten. Über eine Gagenuntergrenze für Solo-Beschäftigte an öffentlichen Theatern verbessern wir zusätzlich die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen auf und hinter der Bühne. Gleichzeitig setzen wir uns entschieden gegen Machtmissbrauch und für sichere Arbeits- und Produktionsbedingungen in der Kultur ein. Schutzkonzepte wollen wir weiterentwickeln und insbesondere die Intimitätskoordination an Theatern und Opernhäusern sowie in Hochschulen und in der künstlerischen Lehre und bei Proben verankern, um die künstlerische Arbeit von der Bildung zur Premiere zu begleiten.

Kulturräume gegen Verdrängung schützen

Kunst und Kultur brauchen Räume – zum Arbeiten, Ausprobieren, Produzieren und Begegnen. Deshalb wollen wir Kulturräume in den Städten und Gemeinden sichern, schaffen und dauerhaft zugänglich halten. Atelier-, Proben- und Produktionsräume sind dabei weit mehr als reine Arbeitsorte: Sie sind Orte der Kommunikation, der Sichtbarkeit von Kunst und Kultur und des gesellschaftlichen Austauschs. Gerade in wachsenden Städten und Gemeinden geraten solche Räume jedoch durch steigende

712 Mieten, Flächenkonkurrenz und die zunehmende Verdichtung von Wohnbebauung immer
713 stärker unter Druck. Kultur darf nicht an den Rand gedrängt werden. Wir setzen
714 uns dafür ein, kulturelle Räume auch in innerstädtischen und zentralen Lagen zu
715 erhalten und bei der Stadt- und Gemeindeentwicklung von Anfang an mitzudenken.
716 Dafür wollen wir neue Modelle der Zwischennutzung, Kooperationen mit Kommunen,
717 Wohnungswirtschaft und privaten Eigentümerinnen und Eigentümern sowie
718 langfristige Sicherungsmodelle für Kulturimmobilien stärken. So schaffen wir
719 verlässliche Orte, an denen künstlerische Arbeit entstehen, ausprobiert und
720 sichtbar werden kann und an denen Menschen zusammenkommen. Kulturorte wie Kinos
721 und Theater sind wegen ihrer oft zentralen Lage in den Städten und Dörfern gut
722 geeignet, kühlende Orte bei Hitze zu sein. Dafür braucht es Investitionen wie
723 Klimaanlage. Wir wollen sie dabei mit einem Programm "Kühlende Kultur"
724 unterstützen, damit die Kultur bei Hitze kostenfreie Orte zur Verfügung stellen
725 kann.

726 Mit der Baurechtsnovelle des Bundes von 2026 werden Musikclubs erstmals konkret
727 im Baurecht als Kulturorte verankert. Das ist ein Erfolg, aber noch keine
728 Gleichstellung: Clubs bleiben eine eigene Kategorie neben klassischen "Anlagen
729 für kulturelle Zwecke" wie Theatern oder Opern, und ohne eine Modernisierung der
730 Lärmschutzregeln (TA Lärm) bleibt der neue Rechtsstatus für viele Clubs
731 wirkungslos. Wir setzen uns dafür ein, dass NRW diese Reform zügig und in voller
732 Konsequenz umsetzt und sich für eine echte Gleichstellung sowie eine überfällige
733 TA-Lärm-Reform stark macht.

734 Über die Clubs hinaus schaffen wir Freiräume für Kultur insgesamt: Wir
735 erleichtern Kommunen die kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gebäude,
736 fördern gemeinsam nutzbare Produktionsräume nach dem Vorbild des Werkkunsthauses
737 NRW und öffnen Landesgebäude und -flächen für kulturelle Projekte.

738 Im ländlichen Raum geht es zugleich darum, kulturelle Orte und Angebote in
739 erreichbarer Nähe zu erhalten und neu entstehen zu lassen. Mit dem
740 Landesprogramm „Dritte Orte“ haben wir Kultur und Begegnung im ländlichen Raum
741 gezielt gestärkt. Darauf bauen wir auf: Wir wollen erfolgreiche "Dritte Orte"
742 langfristig sichern, ihre Vernetzung stärken und insbesondere dort neue
743 kulturelle Treffpunkte ermöglichen, wo kulturelle Angebote bislang fehlen oder
744 nur schwer erreichbar sind. Dabei unterstützen wir Orte, die unterschiedliche
745 Nutzungen verbinden und gemeinsam mit den Menschen vor Ort entwickelt werden.
746 Denn gerade dort, wo Wege weiter und kulturelle Angebote weniger dicht sind,
747 sind Kulturorte wichtige Treffpunkte für Kultur, Austausch und
748 gesellschaftliches Miteinander. Auch den von uns eingeführten Kultur-Scheck
749 wollen wir weiterentwickeln und stärker dafür nutzen, kulturelle Teilhabe
750 unabhängig von Einkommen und Wohnort zu ermöglichen.

751 Kultur resilient machen – Kunstfreiheit verteidigen

752 Kunst und Kultur sind Räume der Freiheit, der Auseinandersetzung und der
753 gesellschaftlichen Verständigung. Gerade deshalb geraten Künstler*innen und
754 Kulturinstitutionen zunehmend ins Visier rechter und rechtsextremer
755 Kulturkämpfe: Veranstaltungen werden gezielt gestört, Einrichtungen unter Druck
756 gesetzt, Künstler*innen bedroht und die Förderung missliebiger Kunst und Kultur
757 politisch infrage gestellt. Dem stellen wir uns entgegen.

758 Wir wollen die Kultur in NRW widerstandsfähiger gegen solche Angriffe machen und
759 Kulturschaffende und Einrichtungen dabei unterstützen, mit Bedrohungen,
760 Einschüchterungsversuchen und gezielten Kampagnen umzugehen. Dafür stärken wir
761 die Beratung, Vernetzung und den Wissenstransfer und unterstützen
762 Kulturinstitutionen dabei, Schutz- und Handlungskonzepte zu entwickeln. Wo die
763 öffentliche Kulturförderung unter politischen Druck gerät, stehen wir für
764 verlässliche Strukturen und transparente, fachliche Entscheidungen. Denn die
765 Freiheit der Kunst gilt gerade dann, wenn sie provoziert, widerspricht und
766 gesellschaftliche Konflikte sichtbar macht.

767 Freie Szene stärken – Bürokratie abbauen

768 Die Freie Szene ist ein unverzichtbarer Bestandteil der vielfältigen und
769 lebendigen Kulturlandschaft NRWs. Wir wollen ihre künstlerische Arbeit und ihre
770 besonderen Arbeitsstrukturen verlässlich stärken und weiterentwickeln. Dazu
771 sollen die Mindesthonorare für Künstler*innen weiterhin bestärkt, regelmäßig
772 angepasst und bei der Ausgestaltung der Fördermittel angemessen berücksichtigt
773 werden, damit steigende Kosten nicht zu Lasten des Umfangs und der Vielfalt
774 künstlerischer Arbeit gehen. Gleichzeitig wollen wir bürokratische Hürden bei
775 Antragstellungen und Verwendungsnachweisen abbauen und das
776 Verwendungsnachweisrecht vereinfachen, damit mehr Zeit und Ressourcen für die
777 eigentliche künstlerische Arbeit zur Verfügung stehen. Mehrjährige Förderungen
778 sollen weiterhin ermöglicht und ausgebaut werden, um Festivals, künstlerischen
779 Produktionen und Projekten verlässliche Arbeits- und Planungsperspektiven zu
780 geben. Auch neue Formate und innovative Ansätze in allen Kultursparten sollen
781 gute und passgenaue Förderbedingungen erhalten. So stärken wir die Freie Szene
782 als Ort für künstlerische Innovation, gesellschaftlichen Austausch und
783 kulturelle Teilhabe und sichern NRW auch in Zukunft als „place to be“ für
784 Kulturschaffende.

785 Kulturelle Bildung stärken

786 NRW ist Vorreiter in der kulturellen Bildung. Diesen Anspruch wollen wir
787 weiterentwickeln und kulturelle Teilhabe für Menschen aller Generationen
788 ermöglichen und stärken. Kulturelle Bildung darf sich dabei nicht auf die Arbeit
789 mit Kindern und Jugendlichen beschränken, sondern muss Menschen in
790 unterschiedlichen Lebensphasen und mit unterschiedlichen Voraussetzungen
791 erreichen. Viele Künstler*innen kommen als Quereinsteiger*innen in das Feld der
792 kulturellen Bildung. Wir wollen deshalb Fortbildungs- und
793 Qualifizierungsangebote stärken, bündeln und besser miteinander vernetzen – auch
794 in Kooperation mit Hochschulen und bestehenden Studiengängen, etwa an der
795 Hochschule Niederrhein. Kulturelle Bildung braucht Austausch, fachliche
796 Qualifizierung und kontinuierliche Weiterentwicklung. Deshalb wollen wir
797 Forschung und Praxis stärker zusammenbringen und langfristig ein verlässliches
798 Qualifizierungsangebot für Künstlerinnen und Künstler sowie Mitarbeitende von
799 Kultureinrichtungen schaffen. So stärken wir die Qualität kultureller
800 Bildungsarbeit und schaffen nachhaltige Perspektiven für alle, die kulturelle
801 Bildung gestalten.

802 Kultur zukunftsfähig gestalten

803 Kulturelle Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen und
 804 vielfältigen Gesellschaft. Wir wollen Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und
 805 Künstlern und die Freie Szene dabei unterstützen, Nachhaltigkeit ganzheitlich zu
 806 denken und umzusetzen – von einer ressourcenschonenden technischen Ausstattung
 807 und nachhaltigem Bühnen- und Veranstaltungsequipment bis hin zu nachhaltigen
 808 Produktionsweisen und der Wiederaufnahme erfolgreicher künstlerischer Arbeiten.

809 Wiederaufnahmen und die Weiterentwicklung bestehender Programme sollen gezielt
 810 unterstützt werden, um kulturelle Inhalte langfristig nutzbar und zugänglich zu
 811 machen. Kultur ist zugleich ein wichtiges Sprachrohr in die Gesellschaft und
 812 kann neue Perspektiven auf die Herausforderungen unserer Zeit eröffnen.

813 Viele Kultureinrichtungen befinden sich bereits in Transformationsprozessen, die
 814 Publikum, Personal und Programme gleichermaßen betreffen. Wir wollen diese
 815 Entwicklungen weiter unterstützen und insbesondere neue künstlerische
 816 Perspektiven und Formen der Zusammenarbeit fördern. Dabei gilt es, die Vielfalt
 817 unserer Gesellschaft stärker in den Kulturinstitutionen abzubilden und
 818 insbesondere migrantische Perspektiven und Biografien sichtbar zu machen.
 819 Kooperationen zwischen Künstlerinnen und Künstlern, migrantisch geprägten
 820 Initiativen, der Freien Szene und etablierten Kulturinstitutionen wollen wir
 821 deshalb stärken und zu einem selbstverständlichen Bestandteil einer
 822 zukunftsfähigen Kulturpolitik machen.

823 Für guten Journalismus in NRW

824 In Zeiten von Desinformation und gezielten Angriffen auf unsere Demokratie
 825 brauchen wir verlässliche Informationsquellen, eine vielfältige Medienlandschaft
 826 und unabhängigen, kritischen Journalismus. Wir stärken deshalb weiterhin
 827 Medienvielfalt und guten Journalismus in NRW – vom Öffentlich-rechtlichen
 828 Rundfunk (ÖRR) über Lokal- und Hochschulradios bis zu vielfältigen
 829 journalistischen Angeboten.

830 Die Presse steht aktuell unter starkem Druck, da Werbeeinnahmen an ausländische
 831 Monopol-Unternehmen abfließen. Die Einführung der KI-Zusammenfassungen
 832 reduzieren die Einnahmen der Verleger weiter und gefährden die Medienvielfalt.
 833 Wir stehen an der Seite der Presseverlage und setzen uns für eine starke
 834 Durchsetzung von europäischem Wettbewerbsrecht zum Schutz der freien Medien ein.

835 Freier Journalismus braucht Journalist*innen, die ohne Angst vor Gewalt,
 836 Bedrohung und Einschüchterung arbeiten können. Wir wollen Medienschaffende
 837 besser vor Angriffen und Hetzkampagnen schützen – bei ihrer Arbeit vor Ort
 838 ebenso wie im Netz – und dafür sorgen, dass Straftaten gegen sie konsequent
 839 verfolgt werden.

840 Wir unterstützen weiterhin den Reformkurs im öffentlich-rechtlichen Rundfunk,
 841 damit er auch in Zukunft unabhängig, leistungsfähig und breit akzeptiert bleibt
 842 und Vertrauen zurückgewonnen wird. Dabei darf die Reform nicht zu einem Verlust
 843 journalistischer, kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt führen. Mit COSMO
 844 endet 2027 ein Programm, das über viele Jahre die kulturelle und sprachliche
 845 Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft in besonderer Weise sichtbar und
 846 hörbar gemacht hat. Die Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft lässt sich

847 weder auf einzelne Altersgruppen und Lebensstile noch auf einzelne Musikgenres
848 reduzieren. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der öffentlich-rechtliche
849 Rundfunk auch künftig ein starkes interkulturelles Angebot schafft, das
850 unterschiedliche Generationen und Lebensrealitäten erreicht, mehrsprachige
851 Inhalte und internationale Musikkultur ins Zentrum setzt und an die Stärken von
852 COSMO anknüpft.

853 Regionale Berichterstattung, Kultur- und Wissensformate und mehrsprachige
854 Angebote müssen verlässlich erhalten bleiben. Wir unterstützen das Konzept der
855 Staatsferne vollumfänglich. Staatsferne ist eine essentielle Voraussetzung für
856 eine um Objektivität bemühte Berichterstattung und eine unabhängige
857 Meinungsbildung in den Redaktionen. Politische Akteure dürfen keinen Einfluss
858 auf Programmgestaltung und personelle Entscheidungen haben, um dieses wertvolle
859 Gut nicht zu untergraben. Sollten in anderen Bundesländern die Staatsverträge
860 zum ÖRR gekündigt werden, setzen wir uns aus NRW heraus mit unserer ganzen Kraft
861 dafür ein, dass das System ÖRR erhalten bleibt.

862 Wir werden weiterhin dafür werben, dass der WDR mit seinen Formaten die Breite
863 der Bevölkerung erreichen kann. Dazu gehört eine Stärkung von inklusiven und
864 mehrsprachigen Angeboten, damit auch Menschen mit Behinderungen und Menschen mit
865 geringen Deutschkenntnissen gleichermaßen erreicht werden, sowie eine Stärkung
866 der Online- und Social-Media-Formate. Dabei ist es uns wichtig, dass lineare
867 Angebote nicht eins zu eins übertragen, sondern zielgruppenadressiert
868 aufbereitet und veröffentlicht werden.

869 Auch beim Lokaljournalismus steht die Maßgabe der Staatsferne an erster Stelle
870 unseres politischen Handelns. Wir unterstützen die Landesmedienanstalt bei der
871 Lösungsfindung diesen zu stärken und begleiten dies mit gesetzgeberischen
872 Maßnahmen.

873 Gemeinnütziger Journalismus muss endlich rechtssicher gemacht werden. Wir setzen
874 uns für eine gesetzliche Verankerung der Journalismusförderung als
875 gemeinnützigen Zweck in der Abgabenordnung ein, statt auf einen jederzeit
876 widerruflichen Erlass zu vertrauen. Nur eine gesetzliche Lösung gibt
877 Bürger*innenmedienvereinen, Redaktionsnetzwerken und Non-Profit-Newsrooms die
878 Planungssicherheit, um sich über Spenden und Stiftungsgelder zu finanzieren.

879 Medienkompetenz steigern – gegen Desinformation und KI-
880 Fälschungen

881 Soziale Medien sind einer der wichtigsten Kanäle für Unterhaltung und Quelle für
882 Informationen. Doch es wimmelt dort vor Fake News und zunehmend auch vor
883 unmarkierten KI-Inhalten. Bilder, Videos und Stimmen lassen sich mithilfe von
884 Künstlicher Intelligenz innerhalb von Sekunden erzeugen und sind mittlerweile
885 kaum noch von echten Aufnahmen zu unterscheiden. Das birgt extreme Risiken, denn
886 Falschmeldungen können nur noch schwer erkannt und entkräftet werden. Wir bauen
887 Angebote aus, die Schüler*innen und Bürger*innen befähigen, das Geschäftsmodell,
888 die Algorithmen und die Suchtmechanismen von Social Media zu verstehen. Wir
889 unterstützen landesweit den Kampf gegen Desinformation und setzen unseren
890 Schwerpunkt auf die Förderung von Medienkompetenz. Auch außerhalb der
891 Ballungsräume unterstützen, vernetzen wir kleinere, eigenständige Initiativen
892 unter einem Dach und erhöhen ihre Sichtbarkeit und Wirkkraft.

893 Illegale demokratiefeindliche und hetzerische Inhalte aus dem In- und Ausland
894 bekämpfen wir, indem wir den Aufsichtsbehörden mehr Kompetenzen zusprechen, das
895 Recht auf Gegendarstellung ausweiten und für konsequente Strafverfolgung sorgen.

896 Extremistische Gruppierungen, ob politischer oder religiöser Natur, nutzen die
897 Sozialen Medien verstärkt, um Kinder und Jugendliche anzusprechen und für ihre
898 Sache zu rekrutieren. Wir fördern den weiteren Ausbau von Präventions- und
899 Aussteigerangeboten, um Kinder und Jugendliche zu schützen und mögliche
900 Straftaten abzuwenden.

901 Kreativwirtschaft als Wachstumsmotor

902 Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land der Kultur- und Kreativwirtschaft.
903 Film, Games und Medien, Livemusik und Popkultur, Galerien und Buchhandlungen und
904 andere Sparten der Kreativwirtschaft stehen für die kulturelle Vielfalt unseres
905 Landes, schaffen Arbeitsplätze und Wertschöpfung und machen Kunst und Kultur
906 sichtbar und zugänglich.

907 Erfolgreiche Strukturen wie das Mediennetzwerk NRW, die Film- und Medienstiftung
908 NRW, die Internationale Filmschule Köln, das Mediengründerzentrum NRW und das
909 GamesLab Cologne wollen wir erhalten, weiterentwickeln und stärker miteinander
910 sowie mit Hochschulen vernetzen. Zugleich stärken wir den Austausch mit
911 Verbänden, Netzwerken und Branchenakteur*innen der Kultur- und
912 Kreativwirtschaft, um gemeinsame Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und
913 Lösungen zu entwickeln.

914 Den Wandel durch Künstliche Intelligenz wollen wir gemeinsam mit den
915 Kreativschaffenden gestalten. Sie brauchen beim Einsatz von KI Orientierung und
916 verlässliche Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, ihre Rechte zu
917 schützen und eine faire Vergütung kreativer Leistungen auch im digitalen Wandel
918 zu sichern.

919 Sport für alle in der Nachbarschaft

920 Sport verbindet Menschen über Generationen, Herkunft und soziale Unterschiede
921 hinweg. Er hält gesund, schafft Gemeinschaft und vermittelt Fairness, Respekt
922 und Teamgeist. Für uns ist deshalb klar: Alle Menschen in NRW sollen die
923 Möglichkeit haben, Sport zu treiben und sich zu bewegen – unabhängig von
924 Einkommen, Alter, Geschlecht, Herkunft, Behinderung oder Vereinsmitgliedschaft.

925 Dabei verändert sich, wie Menschen Sport treiben. Millionen Menschen sind in
926 Vereinen aktiv, gleichzeitig findet immer mehr Bewegung selbstorganisiert statt.
927 Unsere Sportpolitik nimmt beides in den Blick: Wir stärken den organisierten
928 Sport und schaffen zugleich bessere Bedingungen für Bewegung im Alltag. Mit dem
929 Landessportbund NRW, den Sportbünden und den Sportverbänden haben wir starke
930 Partner, mit denen wir die Sportlandschaft in NRW gemeinsam weiterentwickeln
931 wollen.

932 Bewegung darf keine Frage des Wohnorts oder des Geldbeutels sein. Wir wollen,
933 dass Menschen in NRW überall gute und niedrigschwellige Möglichkeiten finden,
934 sich zu bewegen – im Verein ebenso wie selbstorganisiert in der Nachbarschaft.

935 Deshalb wollen wir Bewegungs- und Sportflächen stärker in der Landesplanung und
936 Städtebauförderung verankern. Frei zugängliche und vielseitig nutzbare
937 Bewegungsräume fördern Gesundheit und Begegnung und machen unsere Quartiere
938 lebenswerter. Die Förderinstrumente des Landes wollen wir stärker für solche
939 Sport- und Bewegungsräume jenseits klassischer Sportstätten öffnen.

940 Sport und Bewegung leisten zugleich einen wichtigen Beitrag zur gesundheitlichen
941 Prävention. Diesen Gedanken wollen wir stärker in der Sportförderung des Landes
942 verankern und dabei insbesondere Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen in
943 den Blick nehmen.

944 Sport und Bewegung sind Querschnittsaufgaben, die von Gesundheit und Bildung
945 über Stadtentwicklung bis zu Integration und Inklusion reichen. Deshalb wollen
946 wir einen regelmäßigen ressortübergreifenden Dialog zwischen Landespolitik,
947 organisiertem und selbstorganisiertem Sport, Kommunen, Wissenschaft und weiteren
948 gesellschaftlichen Akteur*innen etablieren. In einem Zukunftsforum Sport wollen
949 wir gemeinsam Ziele für die Sport- und Bewegungsförderung in NRW entwickeln und
950 ihre Umsetzung regelmäßig überprüfen.

951 Vereine, Fankultur und Ehrenamt stärken, Sportförderung
952 verlässlich und inklusiv gestalten

953 Sport ist Teil unserer demokratischen Gesellschaft. Er verbindet Menschen und
954 stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stellen uns deshalb Rassismus,
955 Antisemitismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit und jeder anderen Form der
956 Menschenfeindlichkeit im Sport entgegen. Vereine, Verbände, Fanprojekte und
957 Fans, die sich für Vielfalt und Demokratie engagieren, haben unsere
958 Unterstützung.

959 Gerade im Fußball setzen wir auf Dialog und Prävention. Regelmäßige
960 Dialogformate zwischen Fans, Vereinen, Verbänden, Fanprojekten, Polizei und
961 Ordnungsbehörden wollen wir fortführen und ausbauen und die organisierte
962 Fanszene als Teil der Zivilgesellschaft einbeziehen. Fanprojekte wollen wir
963 stärken und ihre unabhängige sozialpädagogische Arbeit schützen.

964 Unverhältnismäßige Überwachung lehnen wir ab. Verpflichtend personalisierte
965 Tickets, biometrische oder KI-gestützte Massenüberwachung sind für uns nicht der
966 richtige Weg zu mehr Sicherheit im Stadion. Stadionverbote sollen das letzte
967 Mittel bleiben. Stattdessen bauen wir Fanprojekte aus, stärken ihre
968 Unabhängigkeit durch ein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter*innen und
969 setzen auf den Dialog mit Fans, Vereinen und Verbänden. Unsere Sportvereine und
970 -verbände sind eine tragende Säule des Sports und unserer Zivilgesellschaft.
971 Trainer*innen, Übungsleiter*innen, Schiedsrichter*innen und
972 Vereinsverantwortliche ermöglichen mit ihrem überwiegend ehrenamtlichen
973 Engagement jeden Tag Sport für Millionen Menschen. Dieses Engagement wollen wir
974 stärken und von unnötiger Bürokratie entlasten.

975 Besonders junge Menschen wollen wir dafür gewinnen, Verantwortung im Sport zu
976 übernehmen. Gemeinsam mit dem organisierten Sport und seinen Bildungswerken
977 wollen wir Qualifizierung und Weiterbildung stärken und gute Bedingungen für
978 ehrenamtliches Engagement schaffen.

979 Gleichzeitig muss die Sportförderung der Vielfalt unserer Gesellschaft gerecht
980 werden. Wir fördern deshalb weiterhin Angebote, die Sport unabhängig von
981 Behinderung, Herkunft oder Einkommen für die Breite der Gesellschaft zugänglich
982 machen. Wer Sport treibt, muss zudem vor physischer, psychischer und
983 sexualisierter Gewalt sowie vor Machtmissbrauch geschützt sein. Wir stärken
984 unabhängige Strukturen für Safe Sport und entwickeln verbindliche Standards für
985 Prävention, Intervention und Aufarbeitung weiter. Schutzkonzepte und Good
986 Governance sollen dort, wo das Land Sport strukturell fördert,
987 selbstverständlich sein.

988 Schwimmen können muss für jedes Kind selbstverständlich sein

989 Schwimmen zu können, kann Leben retten und eröffnet Teilhabe an Sport und
990 Freizeit. Unser Ziel ist deshalb klar: Jedes Kind soll bis zum Ende der
991 Grundschulzeit sicher schwimmen können.

992 Dafür wollen wir den Schwimmunterricht, die Bäderinfrastruktur und die Angebote
993 von Vereinen und Rettungsorganisationen zusammendenken. Wir stärken den
994 Schwimmunterricht an Schulen und bauen den Einsatz von Schwimmassistenten weiter
995 aus, die Lehrkräfte im Wasser unterstützen und so mehr Kindern einen
996 qualifizierten Schwimmunterricht ermöglichen. Darüber hinaus stärken wir die
997 Zusammenarbeit mit dem DLRG.

998 Gleichzeitig braucht es auch Wasserflächen. Wir unterstützen die Kommunen dabei,
999 Freibäder, Hallenbäder und Lehrschwimmbecken zu erhalten und zu modernisieren,
1000 damit Schwimmenlernen und Schwimmsport überall in NRW möglich bleibt. In der
1001 vergangenen Legislatur haben wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür
1002 geschaffen, dass Kommunen geeignete Bereiche an natürlichen Gewässern leichter
1003 zum Baden freigeben können. Damit haben wir mehr Möglichkeiten für nicht
1004 kommerzielles Baden geschaffen und zugleich die Eigenverantwortung der Badenden
1005 gestärkt. Darauf bauen wir auf: Wir wollen Kommunen bei der Umsetzung
1006 unterstützen und Menschen noch besser befähigen, Gefahren durch Strömung,
1007 Wasserqualität und andere Risiken selbst einzuschätzen. Wir entwickeln Konzepte,
1008 damit innovative Angebote wie Badeschiffe oder Pop-Up-Freibäder von Kommunen
1009 umgesetzt werden können. Kommunen wollen wir intensiv dabei unterstützen
1010 geeignete Schwimmtrainer*innen, Schwimmassistenten sowie Lehrschwimmbecken
1011 vorzuhalten, damit jedes Kind die Möglichkeit erhält, schwimmen zu lernen. Für
1012 die Kleinsten schaffen wir mehr Wasserspielplätze, die im Sommer Abkühlung und
1013 Bewegung verbinden.

1014 Sportstätten fit machen für Klimawandel und Energiewende

1015 Der Sanierungsstau bei Sportanlagen in NRW ist groß. Hitze, Starkregen und
1016 andere Extremwetterereignisse stellen zusätzliche Anforderungen an ihre
1017 Bausubstanz und ganzjährige Nutzbarkeit. Mit den Investitionen der vergangenen
1018 Jahre haben wir begonnen, den Sanierungsstau anzugehen. Diesen Weg wollen wir zu
1019 einer langfristigen und verlässlichen Investitionsstrategie weiterentwickeln,
1020 die Sportanlagen in NRW gezielt gegen solche Wetterextreme wappnet.

1021 Mit der "NRW-Sport Milliarde" haben wir das größte Investitionsprogramm für
1022 Sportstätten in der Geschichte unseres Landes auf den Weg gebracht. Diese
1023 Investitionen wollen wir gezielt nutzen, um den Sanierungsstau bei Sportstätten

1024 und Schwimmbädern abzubauen. Dabei gilt für uns: Sanierung und Instandhaltung
1025 vor Neubau, und die Folgekosten des laufenden Betriebs müssen von Anfang an
1026 mitgedacht werden. Wir wollen Förder- und Genehmigungsverfahren einfacher und
1027 schneller machen und bei Sanierung und Neubau stärker auf serielle und modulare
1028 Bauweisen setzen, wo diese Kosten und Bauzeiten reduzieren können. Die Belastung
1029 vieler Kunstrasenplätze ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Wir bewerten
1030 ihre Langlebigkeit neu und setzen auf plastikfreie Alternativen. Klimaanpassung
1031 und Energieeffizienz werden fester Bestandteil jeder Sanierungs- und
1032 Neubaumaßnahme: Begrünung und Verschattung von Sportflächen reduzieren
1033 Wärmeinseln und schützen die Gesundheit der Nutzer*innen, energieeffiziente
1034 Sportstätten senken Betriebskosten und Emissionen zugleich. Bundes- und
1035 Landesförderprogramme verzahnen wir dafür besser miteinander, damit Kommunen
1036 nicht zwischen Fördertöpfen verloren gehen.

1037 Nachhaltige Sportgroßveranstaltungen – Impulse für den Sport 1038 verantwortungsvoll nutzen

1039 Sportgroßveranstaltungen können Menschen begeistern, internationale Begegnung
1040 ermöglichen und dem Breiten- und Spitzensport neue Impulse geben. Unser Anspruch
1041 ist, dass ihr Nutzen über wenige Wochen hinausreicht.

1042 Mit der Bewerbung KölnRheinRuhr um Olympische und Paralympische Spiele hat NRW
1043 gezeigt, welches Potenzial in unserer vielfältigen Sportlandschaft und in der
1044 vorhandenen Infrastruktur steckt. Auch wenn sich der DOSB für München als
1045 deutschen Bewerber entschieden hat, wollen wir die durch die Bewerbung
1046 entstandenen Impulse für NRW nutzen. Investitionen in moderne und barrierefreie
1047 Sportstätten, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie die Förderung des
1048 Breiten-, Para-, Nachwuchs- und Spitzensports bleiben unabhängig von einer
1049 Olympiabewerbung wichtige Aufgaben.

1050 NRW soll auch künftig Gastgeber großer nationaler und internationaler
1051 Sportveranstaltungen sein. Dabei setzen wir auf bestehende und ohnehin benötigte
1052 Infrastruktur statt auf teure Neubauten und wollen sicherstellen, dass
1053 Investitionen dauerhaft dem Sport und den Menschen vor Ort zugutekommen.
1054 Kommunen dürfen durch die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen nicht mit
1055 langfristigen finanziellen Belastungen allein gelassen werden.

1056 Für vom Land geförderte Sportgroßveranstaltungen wollen wir verbindliche
1057 Nachhaltigkeitsstandards weiterentwickeln. Dabei orientieren wir uns an den
1058 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und berücksichtigen ökologische,
1059 soziale und wirtschaftliche Auswirkungen gleichermaßen. Barrierefreiheit und die
1060 Belange des Parasports denken wir dabei von Anfang an mit.

1061 E-Sport unterstützen

1062 Auch Gaming-Kultur und E-Sport sind Teil des gesellschaftlichen Lebens. Wir
1063 fördern gemeinsame Projekte von E-Sport und klassischem Sport sowie Maßnahmen
1064 gegen Diskriminierung und für Vielfalt. Wir unterstützen E-Sport NRW bei der
1065 ehrenamtlichen Trainerausbildung in Vereinen und ermöglichen damit Kindern und
1066 Jugendlichen den gesunden Umgang mit E-Sports. Die bereits von uns über eine
1067 Bundesratsinitiative angestoßene Forderung nach der Gemeinnützigkeit von E-Sport
1068 in Vereinen, werden wir weiter stärken.

1069 **Wir engagieren uns für Europa und die Welt**

1070 Die Europäische Union und die europäische Zusammenarbeit sind ein Garant für
 1071 Frieden, Freiheit und Wohlstand. Unser Bundesland im Herzen Europas profitiert
 1072 enorm von der europäischen Integration und trägt Verantwortung dafür, sie zu
 1073 verteidigen und weiterzuentwickeln. Diese Verantwortung endet für uns nicht an
 1074 Europas Grenzen. Wir stehen für internationale Zusammenarbeit, die Stärke des
 1075 Rechts und den Schutz der Menschenrechte – und für eine Welt, in der Konflikte
 1076 friedlich gelöst werden.

1077 Wir stehen an der Seite der Menschen, die in der Ukraine, im Sudan, im Nahen
 1078 Osten und in den vielen weiteren Krisen- und Konfliktregionen der Welt unter
 1079 Krieg, Gewalt und Vertreibung leiden. Wir unterstützen Menschen, die gezwungen
 1080 sind, ihre Heimat zu verlassen und Schutz zu suchen. Im Rahmen unserer
 1081 Möglichkeiten leisten wir einen Beitrag zu Wiederaufbau und neuen Perspektiven
 1082 vor Ort.

1083 Die Terrorangriffe vom 7. Oktober 2023, geführt von der islamistischen Hamas und
 1084 ihre Folgen haben den Konflikt im Nahen Osten in eine neue Dimension der Gewalt
 1085 geführt. Unser Kompass sind Menschenrechte und Völkerrecht: Die Verbrechen der
 1086 Terrororganisation Hamas, ihre Repression gegenüber der eigenen Bevölkerung,
 1087 mögliche Kriegsverbrechen der Netanjahu-Regierung im Gazastreifen und die
 1088 völkerrechtswidrige Siedlungspolitik im Westjordanland müssen konsequent
 1089 aufgearbeitet und geahndet werden. Für uns gehören das Existenzrecht und die
 1090 Sicherheit Israels ebenso wie das Recht der Palästinenser*innen auf
 1091 Selbstbestimmung zusammen. Wir setzen uns für eine Zukunft ein, in der Israelis
 1092 und Palästinenser*innen in Frieden, Sicherheit und Selbstbestimmung in zwei
 1093 souveränen, demokratischen und lebensfähigen Staaten leben können.

1094 **Europa als unser Zuhause verteidigen und weiterdenken**

1095 Wir wollen Europa verteidigen und gleichzeitig weiterentwickeln. Wir setzen auf
 1096 enge Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern, gerade angesichts des
 1097 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Langfristig streben wir die
 1098 Schaffung einer europäischen föderalen Republik an: ein Europa, das als
 1099 handlungsfähige Demokratie auftritt, statt an nationalen Vetos zu scheitern.

1100 Wir verteidigen unsere europäischen Werte: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit,
 1101 Freiheit und Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar. Wir setzen uns für
 1102 eine konsequente Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus auf EU-Ebene ein und
 1103 erwarten von unseren Partnern ein klares Bekenntnis zu diesen Werten. Wie ernst
 1104 es um diese Werte steht, zeigt sich besonders an Europas Ostgrenze: Wir stehen
 1105 fest an der Seite der Ukraine und der Menschen in der Ukraine. Wir wollen den
 1106 wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine aktiv mitgestalten und bauen dafür auf
 1107 die Stärken unseres Bundeslandes: starken Maschinenbau, eine leistungsfähige IT-
 1108 Branche, Erfahrung im Strukturwandel und Innovationskraft in Energiewende,
 1109 Raumfahrt und Verteidigung. Wiederaufbau-Partnerschaften zwischen nordrhein-
 1110 westfälischen Unternehmen, Kommunen und Institutionen und ihren ukrainischen
 1111 Partnern wollen wir in den Bereichen Energie, Infrastruktur, Digitalisierung und
 1112 Landwirtschaft ausbauen und so den Wiederaufbau der Ukraine als modernes,
 1113 nachhaltiges und digitales Land unterstützen. Wir bauen außerdem die nordrhein-
 1114 westfälische Regionalpartnerschaft mit der Oblast Dnipropetrowsk weiter aus. Für

1115 uns ist klar: Nachhaltige Solidarität mit der Ukraine braucht ein geschlossenes
 1116 europäisches Vorgehen, mit härteren Sanktionen gegen Russland und der Nutzung
 1117 eingefrorener russischer Staatsvermögen für den Wiederaufbau.

1118 Europa muss seine Sicherheit stärker selbst gewährleisten können. Deshalb wollen
 1119 wir europäische Fähigkeiten bei Verteidigung, Cyberabwehr und strategischen
 1120 Schlüsseltechnologien gemeinsam ausbauen und Beschaffung, Entwicklung und
 1121 Produktion stärker europäisch koordinieren. NRW kann mit seiner Industrie und
 1122 Forschungslandschaft einen wichtigen Beitrag zu Europas Sicherheit und
 1123 strategischer Handlungsfähigkeit leisten.

1124 Auch bei zentralen globalen Herausforderungen wie dem fortschreitenden
 1125 Klimawandel, zählen wir auf europäische Zusammenarbeit und bringen uns dafür
 1126 verstärkt in die internationale „Under2 Coalition“ ein, die mit regionalen
 1127 Maßnahmen die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius begrenzen will. Wir treten
 1128 entschieden gegen die Abschwächung von Klima-, Umwelt-, Natur- und
 1129 Menschenrechtsstandards ein und setzen uns dafür ein, dass Europas Ziel, bis
 1130 2050 klimaneutral zu sein, ambitioniert verfolgt und tatsächlich erreicht wird.
 1131 Wir stehen für einen Green Deal, der ökologische Transformation und soziale
 1132 Gerechtigkeit zusammen denkt, statt sie gegeneinander auszuspielen. Nur wer auf
 1133 Erneuerbare Energien und schonenden Ressourcenverbrauch statt auf Kosten von
 1134 Klima und Natur setzt, sichert sich die wirtschaftlichen Zukunftsmärkte von
 1135 morgen – deshalb muss Europa hier vorangehen, statt anderen das Feld zu
 1136 überlassen. Als industriestarkes Herzstück Europas will NRW dabei zur ersten
 1137 klimaneutralen Industrieregion werden, mit gezielter Unterstützung für die
 1138 Stahlindustrie beim Einstieg in Wasserstoff, die Chemieindustrie bei
 1139 klimaneutralen Produktionsverfahren und die Energiewirtschaft beim Umbau von
 1140 Kohle auf Erneuerbare. Wir setzen uns für den Aus- und Umbau einer
 1141 grenzüberschreitenden Energieinfrastruktur ein und arbeiten dafür eng mit
 1142 unseren Nachbarn, den Niederlanden und Belgien zusammen.

1143 Als Industrieland und Exportstandort profitiert NRW besonders vom freien Verkehr
 1144 von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften in Europa. Ein starker
 1145 Binnenmarkt sichert Absatzmärkte, grenzüberschreitende Wertschöpfung und
 1146 Arbeitsplätze bei uns im Land. Das zeigt sich besonders in unseren Grenzregionen
 1147 zu Belgien und den Niederlanden. Wir setzen uns für offene Grenzen im Schengen-
 1148 Raum ein und verteidigen den starken europäischen Binnenmarkt. Dauerhafte
 1149 anlasslose Grenzkontrollen belasten Pendler*innen, Familien und Unternehmen.
 1150 Deshalb wollen wir grenzüberschreitende Hürden weiter abbauen und die
 1151 Zusammenarbeit mit unseren Nachbarregionen vertiefen. Den grenzüberschreitenden
 1152 öffentlichen Nahverkehr wollen wir grenzüberschreitend im Sinne des
 1153 Deutschlandtickets zum Europaticket weiterentwickeln.

1154 Ein starkes Europa muss auch digital souverän sein. Wir wollen Abhängigkeiten
 1155 bei kritischer digitaler Infrastruktur reduzieren und europäische Kompetenzen
 1156 bei Halbleitern, Cloud, Künstlicher Intelligenz und Open Source stärken. Mit
 1157 seiner starken Forschungslandschaft und seiner Industrie soll NRW ein
 1158 Ankerstandort dieser europäischen Technologie sein.

1159 Europa erlebbar machen

1160 Europa muss in NRW erlebbar sein. Die von uns initiierten Europa-Schecks, die
 1161 ein niedrigschwelliges zivilgesellschaftliches Europa-Engagement fördern, führen

1162 wir deshalb fort. Die EU-Programme “Erasmus+” und “Horizon Europe” wollen wir
1163 weiterhin so umsetzen, dass sie möglichst viele Menschen erreichen. Auch die
1164 Grundlagenforschung profitiert von europäischer Zusammenarbeit über Grenzen
1165 hinweg: Wir setzen uns weiterhin auf allen politischen Ebenen für den Bau des
1166 Einstein-Teleskops im Dreiländereck Aachen–Lüttich–Maastricht ein und stellen
1167 finanzielle Mittel bereit.

1168 Faire globale Lieferketten und starke internationale 1169 Partnerschaften

1170 Wir setzen uns für einen fairen globalen Handel und die Einhaltung von
1171 Umweltschutz und Menschenrechten entlang globaler Lieferketten ein, treten für
1172 die Umsetzung der Agenda 2030 ein und treiben die Nachhaltigkeitsstrategie des
1173 Landes NRW voran – unterstützt durch gezielte Kampagnen für fairen Handel.

1174 Getragen wird diese Politik von einer lebendigen Zivilgesellschaft: Viele
1175 Menschen in NRW engagieren sich ehrenamtlich für den globalen Süden, bauen
1176 gemeinsam mit Partner*innen dort Projekte auf, und immer mehr Verbraucher*innen
1177 kaufen fair gehandelte Produkte. Wir fördern diese Aktivitäten und die
1178 zivilgesellschaftliche internationale Zusammenarbeit.

1179 Auch unsere Kommunen tragen diese globale Verantwortung mit: Viele Städte und
1180 Gemeinden in NRW haben enge Beziehungen zu ihren Partnerregionen weltweit und
1181 führen gemeinsame Projekte durch, auch in der kommunalen Entwicklungspolitik.
1182 Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen ein Konzept entwickeln, das die Umsetzung
1183 der UN-Nachhaltigkeitsziele, Menschenrechte und fairen Handel zu zentralen
1184 Aspekten bestehender und künftiger Städtepartnerschaften macht. Kommunale
1185 Klimapartnerschaften sollen dabei eine tragende Rolle spielen. Klimaanpassung in
1186 den Partnerregionen selbst ist dabei ein zentrales Handlungsfeld dieser
1187 Partnerschaften. Damit Kommunen beim Aufbau einer Klimapartnerschaft nicht
1188 allein gelassen werden, nutzen wir die Beratungs- und Vernetzungsstrukturen von
1189 “NRW.Energy4Climate” und stärken den Austausch mit internationalen
1190 Partnerkommunen.

1191 NRW: internationaler Standort für Menschenrechte und 1192 Zusammenarbeit

1193 Bonn wird neuer zentraler Standort des UN-Entwicklungsprogramms UNDP, der
1194 zweitgrößten UN-Organisation weltweit. Diesen Erfolg wollen wir sichtbarer
1195 machen, weitere Ansiedlungen vorantreiben und uns für den Erhalt des Bonn-
1196 Berlin-Gesetzes stark machen. Dazu unterstützen wir den Abschluss einer
1197 Zusatzvereinbarung zum Bonn-Berlin-Gesetz zwischen der Region Bonn, dem Bund
1198 sowie den Ländern NRW und Rheinland-Pfalz und bringen uns aktiv in die
1199 Verhandlungen ein.

1200 Diese Rolle als internationaler Standort verpflichtet: Wir leben in einem
1201 funktionierenden Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die Rechte seiner
1202 Bürger*innen zu schützen. Was für uns selbstverständlich klingt, ist es für
1203 viele Journalist*innen, Abgeordnete, Wissenschaftler*innen und
1204 Menschenrechtsverteidiger*innen in vielen Ländern der Welt nicht: sie werden von
1205 Unrechtsregimen verfolgt, unterdrückt und bekämpft, wegen ihrer Arbeit oder
1206 schlicht wegen ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer Orientierung. Diesen

1207 Menschen wollen wir in NRW eine Zuflucht bieten. Das Patenschaftsprogramm des
1208 Landtags nach dem Vorbild von „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ bauen wir
1209 aus: weitere Patenschaften für bedrohte, verfolgte oder inhaftierte
1210 Parlamentarier*innen und Menschenrechtsaktivist*innen sollen von Abgeordneten
1211 übernommen werden.

1212 Wir wollen die Friedens- und Konfliktforschung in NRW nachhaltig stärken. Um die
1213 Vernetzung der Standorte der inter- und transdisziplinären Friedens- und
1214 Konfliktforschung in NRW weiter zu stärken und Synergien zu fördern,
1215 unterstützen wir die Einrichtung eines Friedensforschungs-Campus.